

**Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Institut für Politische Wissenschaft**

EU und NATO

Entwicklung einer funktionalen Arbeitsteilung und strategischen Partnerschaft?

Magisterarbeit im Fachbereich Politikwissenschaft
Internationale Beziehungen und Außenpolitik

Erstgutachter:

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Zweitgutachter:

Prof. Dr. Peter Schlotter

vorgelegt von:

Caja Schleich

Plöck 54

69117 Heidelberg

Heidelberg, im März 2009

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	i
Abkürzungsverzeichnis	ii
I. Einleitung	1
1. Forschungsstand und Quellenlage	2
2. Relevanz der Frage	3
2.1 Empirische Relevanz	3
2.2 Theoretische Relevanz	4
3. Hypothesen und Fragestellung	4
4. Untersuchungsrahmen und Methodik	6
4.1 Definitionen	6
4.1.1 Arbeitsteilung und strategische Partnerschaft	6
4.1.2 Arten der Konfliktregulierung	6
4.2 Fallauswahl	9
4.2.1 Länderauswahl	9
4.2.2 Fallbeispiele Missionen	9
4.3 Aufbau der Arbeit	10
II. Theorie	12
1. Rationaler Institutionalismus	12
2. Entstehung und Veränderung von Institutionen	15
2.1 Externe Umweltfaktoren	15
2.2 Veränderungen mitgliedersstaatlicher Politik	16
2.3 Institutionelle Faktoren	19
III. Entwicklung der Beziehung von EU und NATO	21
1. Historische Entwicklung	21
1.1 (W)EU und NATO nach dem Ost-West-Konflikt	21
1.1.1 Die (W)EU	21
1.1.2 Die NATO	23
1.2 Ausgestaltung der Beziehung	25
1.2.1 1. Phase (1992-1998)	25
1.2.2 2. Phase (1998-2003)	27
1.2.3 3. Phase (seit 2003)	28
2. Funktionszuweisung durch die Mitgliedsstaaten	29
2.1 Positionen zur (W)EU	29
2.1.1 USA	29
2.1.2 Großbritannien	38
2.1.3 Frankreich	45

2.1.4	Deutschland	53
2.2	Positionen zur NATO	59
2.2.1	USA	59
2.2.2	Großbritannien	64
2.2.3	Frankreich	68
2.2.4	Deutschland	74
3.	Zwischenfazit	78
3.1	Länderfazite	78
3.2	Funktionen von EU und NATO in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	85
IV.	Kooperation in der Praxis (seit 2003)	88
1.	Umsetzung einer funktionalen Arbeitsteilung?	88
1.1	De jure Arbeitsteilung	88
1.2	De facto Arbeitsteilung	89
2.	Grundlegende Kooperation von EU und NATO	93
3.	Fallbeispiele Missionen	96
3.1	EUFOR Althea (Bosnien-Herzegowina)	97
3.1.1	Die NATO in Bosnien-Herzegowina	97
3.1.2	Die EU-Mission	99
3.1.3	Die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO	100
3.2	EUPOL Afghanistan	106
3.2.1	Die NATO in Afghanistan	107
3.2.2	Die EU-Mission	108
3.2.3	Die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO	110
3.3	EU-Unterstützungsmission für AMIS/Darfur	115
3.3.1	Die NATO in Darfur	115
3.3.2	Die EU-Mission	116
3.3.3	Die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO	117
4.	Zwischenfazit	120
V.	Gesamtfazit und Ausblick	125
1.	Funktionszuweisung an und Arbeitsteilung von EU und NATO	125
2.	Kooperation in der Praxis	128
3.	Fazit: Entwicklung einer funktionalen Arbeitsteilung und strategischen Partnerschaft?	131
VI.	Wissenschaftlicher Anhang	133
1.	Tabellen: EU- und NATO-Missionen im Konfliktmanagement	133
2.	Verzeichnis der Interviewpartner	138
3.	Quellen- und Literaturverzeichnis	139
3.1	Quellenverzeichnis	139
3.2	Literaturverzeichnis	157

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Graphische Darstellung der Fragestellung	5
Abbildung 2: Arbeitsteilung bei der Konfliktregulierung	93
Tabelle 1: Funktionszuweisung der USA an EU und NATO	80
Tabelle 2: Funktionszuweisung Großbritanniens an EU und NATO	81
Tabelle 3: Funktionszuweisung Frankreichs an EU und NATO	83
Tabelle 4: Funktionszuweisung Deutschlands an EU und NATO	84
Tabelle 5: Funktionsübernahme durch EU und NATO	86
Tabelle 6: Anzahl von Konfliktmanagement-Missionen (1990-2009)	90
Tabelle 7: EU-Konfliktmanagement-Missionen (2003-2009)	133
Tabelle 8: NATO-Konfliktmanagement-Missionen (1990-2009)	136

Abkürzungsverzeichnis

AMIS	African Union Mission in Sudan
ANA	Afghan National Army
ANP	Afghan National Police
ANSF	Afghan National Security Forces
AU	Afrikanische Union
CJTF	Combined Joint Task Force
CPCC	Civilian Planning and Conduct Capability
DSACEUR	Deputy Supreme Allied Commander Europe
EG	Europäische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERRF	European Rapid Reaction Forces
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVI	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EUFOR Althea	Militärische ESVP-Mission in Bosnien-Herzegowina
EUMC	European Union Military Committee
EUMS	European Union Military Staff
EUPOL Afghanistan	ESVP-Polizeimission, Afghanistan
EUSR	European Union Special Representative
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IFOR	Implementation Force, Bosnien-Herzegowina
IPCB	International Police Coordination Board, Afghanistan
ISAF	International Security Assistance Force, Afghanistan
JCMB	Joint Coordination and Monitoring Board, Afghanistan
JFC Naples	Allied Joint Force Command Headquarters Naples, Italien
NAC	North Atlantic Council
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRF	NATO Response Forces

NSS	National Security Strategy der USA
OEF	Operation Enduring Freedom, Afghanistan
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAG	Police Action Group, Afghanistan
PfP	Partnership for Peace
PRT	Provincial Reconstruction Team
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee der EU
SFOR	Stabilization Force, Bosnien-Herzegowina
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe, Mons, Belgien
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UNAMID	African Union - United Nations Hybrid Operation in Darfur
UNMIS	United Nations Mission in Sudan
UNO	United Nations Organization / Vereinte Nationen
WEU	Westeuropäische Union

I. Einleitung

Zwischenstaatliche Politik und internationale Beziehungen veränderten sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Die Staaten mussten sich ebenso wie die internationalen Organisationen diesen neuen Gegebenheiten anpassen. Auch die NATO und die Europäische Union, zu dem damaligen Zeitpunkt noch die Europäische Gemeinschaft, blieben von diesen Umwälzungen nicht verschont und mussten sich politisch neu ausrichten. Die transatlantische Gemeinschaft stand vor neuen Herausforderungen und Aufgaben, die Anpassungen erforderten.

Sicherheits- und Verteidigungspolitiken mussten grundsätzlich neu ausgestaltet werden. Der internationale Rahmen des Kalten Krieges und die Bedrohungen, die sich aus der Blockstellung ergeben hatten, waren obsolet geworden. Stattdessen tauchten durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und insbesondere Jugoslawiens neue Gefahren und Risiken auf. Die Ausbrüche zahlreicher gewaltsamer Konflikte auf dem Balkan Anfang der 1990er Jahre führten den westlichen Staaten vor Augen, dass die Lösung der Konflikte nicht ohne äußeres Eingreifen erreicht werden kann. Erste Konfliktmanagement-Missionen wurden von einzelnen Staaten in Zusammenarbeit mit der NATO durchgeführt. Gleichzeitig wurde durch die Breite neuer Aufgaben klar, dass einzelne Akteure diese nicht alleine bewältigen können und dass insbesondere nur eine verstärkte Zusammenarbeit von EU und NATO zu einer dauerhaften Lösung solcher Krisen führen kann. Doch nicht nur in Einsätzen vor Ort, sondern grundsätzlich auch auf institutioneller Ebene war es nötig, EU und NATO stärker miteinander zu vernetzen und Absprachen über konkretere Aufgabenverteilungen zu ermöglichen.

Diese veränderte internationale Lage liefert den Hintergrund für die vorliegende Arbeit, welche die Beziehung von EU/ESVP und NATO in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik allgemein und in der externen Krisenregulierung (besonders dem Konfliktmanagement) speziell untersucht. Dabei wird sie den Fragen nachgehen, wie sich die Beziehung seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes entwickelte, wie die Kooperation zwischen beiden Institutionen aussieht und wie gut diese funktioniert.

Aufgrund der Fülle neuer Herausforderungen und Aufgaben erscheint es sinnvoll, dass EU und NATO bestimmte Funktionen (gemeinsam) übernehmen und sich als Partner unterstützen. Die Arbeit wird im ersten Teil analysieren, wie sich funktionale Arbeitsteilung und strategische Partnerschaft entwickelt haben und wie sie heute gestaltet sind. Auf der Grundlage des rationalen Institutionalismus werden die Ausgestaltung der Beziehung von EU und NATO und die Funktionszuschreibung an beide Organisationen seitens der Staaten USA, Großbri-

tannien, Frankreich und Deutschland untersucht; dabei wird der Frage nachgegangen wie diese Entwicklung und die neuen Funktionen beider Organisationen zu erklären sind.

Der zweite Teil der Arbeit wird sich der praktischen Umsetzung der Kooperation widmen. Es stellt sich die Frage, ob die Übernahme unterschiedlicher Funktionen und Aufgaben in der Praxis umgesetzt wird und wie gut die Vernetzung und Kooperation zwischen EU und NATO funktioniert. Effektivität und Effizienz praktischer Kooperation, besonders beim Konfliktmanagement, sollen anhand der grundsätzlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure innerhalb EU und NATO sowie anhand dreier Fallbeispiele, drei Konfliktmanagement-Missionen, analysiert werden.

1. Forschungsstand und Quellenlage

Die Beziehungen von EU und NATO sind grundsätzlich ausgiebig erforscht. Zur konkreten Entwicklung der EU/ESVP-NATO Beziehung gibt es eine gute Literaturgrundlage, die sich unter anderem in den Werken von Gnesotto (2004a), Howorth/Keeler (2003a), Moens/Cohen/Sens (2003b), Schmidt (2008) und Varwick (2005a) sowie zahlreichen Aufsätzen oder einzelnen Artikeln niederschlägt. Auch einzelne Studien zu den Positionen individueller Länder zu EU und NATO sowie deren Beziehungen untereinander, etwa denen von Erhart (2002c), Kaim (2007) und Müller-Brandeck-Bocquet (2002), liegen vor.

Eine Lücke öffnet sich jedoch in der systematischen Erforschung der Funktionszuschreibung und Arbeitsteilung in Bezug auf diese beiden Institutionen auf der Grundlage des rationalen Institutionalismus. Diese Arbeit sucht an dieser Stelle anzuknüpfen und diese Lücke zu schließen. Neben dem Rückbezug auf die vorhandene Sekundärliteratur werden als Quellen in der Arbeit sowohl Dokumente und Erklärungen von EU, NATO und den Nationalstaaten als auch Reden von EU- und NATO-Abgeordneten sowie hochrangigen Vertretern der Nationalstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs verwendet. Durch einen gezielten Auf- und Ausbau der Online-Archive von EU, NATO und den Nationalstaaten steht dem Forscher eine breite Dokumentengrundlage zur Verfügung.

Im Hinblick auf den zweiten Teil der praktischen Analyse sieht die Lage ähnlich aus. Es gibt einige Analysen von Wissenschaftlern, auch seitens EU und NATO, die sich mit einzelnen Missionen, deren Verwirklichung und Bilanz, beschäftigen. Fragen nach der Umsetzung einer funktionalen Arbeitsteilung sowie nach Effektivität und Effizienz praktischer Kooperation werden dabei kaum oder nur am Rande behandelt. In solchen Fällen werden eher Aspekte einer möglichen Arbeitsteilung oder allgemeinere Aspekte der Zusammenarbeit besprochen, als dass diese in einen theoretischen Zusammenhang gestellt würden. Daher sucht die Arbeit

zu untersuchen, ob eine funktionale Arbeitsteilung auch in der Praxis stattfindet und wirft die Frage auf, wie effektiv und effizient die praktische Kooperation ist und anhand welcher Kriterien sich dies beurteilen lässt. Als Informationsgrundlage dienen Sekundäranalysen, EU- und NATO-Informationen und Beschlüsse zu den einzelnen Missionen sowie Analysen von Einrichtungen, wie der NATO-Parliamentary Assembly. Des Weiteren führte die Autorin Interviews mit EU- und NATO-Mitarbeitern, um interne Positionen und Beurteilungen mit einbeziehen zu können.

2. Relevanz der Frage

2.1 Empirische Relevanz

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes musste sich insbesondere die NATO den neuen Gegebenheiten der internationalen Politik anpassen und ihre Rolle neu definieren. Das Verteidigungsbündnis hatte seinen direkten Feind, die Sowjetunion und den Warschauer Pakt als Gegenspieler, verloren. Die kollektive Verteidigung der Mitgliedsstaaten stand plötzlich nicht mehr im Mittelpunkt der Aufgaben. Stattdessen tauchten neue Sicherheitsbedrohungen auf, die es zu bewältigen galt. Unter dem Schlagwort „Out of area or out of business“ suchte die NATO ihren Aktionsradius zu erweitern und neue Aufgaben wahrzunehmen.

Gleichzeitig ist die NATO seitdem nicht mehr alleine für Sicherheit und Verteidigung in Europa verantwortlich. Zunehmend wird die Europäische Union in die Verantwortung genommen. Zum einen fordern insbesondere die USA eine aktivere Rolle der europäischen Staaten und der EU, zum anderen trachten die Mitgliedsstaaten selber danach, der EU ein neues Profil in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu geben. So wurden, zwar nicht ohne interne Diskussionen, allmählich eigene europäische Strukturen und Kapazitäten aufgebaut, um die EU zu einem handlungsfähigeren Akteur zu machen. Im Laufe der 1990er Jahre übernahm die EU immer stärker eine außenpolitische Rolle. Zugleich war und ist bis heute nicht völlig klar, wie genau diese ausgestaltet werden soll. Militärisch ist die EU noch von der NATO (sprich der USA) abhängig; diese wird auf absehbare Zeit die einzige Militärorganisation bleiben, die auf Distanz und über einen längeren Zeitraum hinweg Einsätze höchster Intensität durchführen kann. Im zivil-militärischen und zivilen Bereich hingegen hat sich die EU ein breites Spektrum operativer Mitteln angeeignet, durch welche sie die transatlantische Allianz stärken kann.

Betrachtet man das Wirken im externen Konfliktmanagement, so stellt man fest, dass NATO und EU die Mehrzahl der Friedensmissionen und Kampfeinsätze durchführen. In vielen

Einsatzgebieten sind beide Organisationen vor Ort und werden es auf absehbare Zeit auch bleiben müssen. Dieser Tatbestand und zahlreiche neue Herausforderungen sowie die Zunahme des Aufgabenspektrums zwingen EU und NATO zur Zusammenarbeit und Verzahnung beider Organisationen. Durch ihre jeweiligen Mittel und unterschiedlichen Kapazitäten können beide einen Beitrag zur Lösung internationaler Konflikte leisten. Eine gewisse funktionale Arbeitsteilung und eine strategische Partnerschaft scheinen unter den neuen Gegebenheiten zwingend notwendig, wenn beide Organisationen zur internationalen Stabilität wirkungsvoll beitragen wollen.

2.2 Theoretische Relevanz

Aufgrund der Zunahme der Komplexität und internationalen Verflechtung externer Aufgaben handeln internationale Institutionen nicht mehr alleine, sondern kooperieren zunehmend miteinander und übernehmen unterschiedliche Funktionen bei der Krisenbewältigung. Es stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen es zu einer institutionellen Arbeitsteilung zwischen Organisationen kommt und welche Aufgaben jeweils übernommen werden. Es gilt zu analysieren, inwiefern aus theoretischer Perspektive die Institutionenverknüpfung erklärt werden kann.

Theoretische Grundlage dieser Arbeit ist der rationale Institutionalismus. Die Arbeit soll einen Beitrag dahingehend leisten zu untersuchen, inwiefern der gewählte theoretische Ansatz bei der Zuweisung bestimmter Funktionen an EU und NATO erklärungskräftig ist. Die Arbeit sucht zu erfassen, wie Aufgabenverteilung im Bezug auf EU und NATO und deren Kooperation abläuft und ob die neuen Funktionen auch in der Praxis angenommen und ausgeführt werden. Es soll analysiert werden, inwieweit innerhalb des rationalen Institutionalismus Fortbestand von und Arbeitsteilung zwischen Institutionen konzeptualisiert und erklärt werden kann.

3. Hypothesen und Fragestellung

Von dieser theoretischen Grundlage sowie der zuvor beschriebenen veränderten internationalen Lage und den neuen Herausforderungen, die sich für Akteure auf der internationalen Ebene stellen, leiten sich folgende drei *Hypothesen* her:

1. Verlieren Institutionen ihre ursprüngliche Funktion, werden sie nicht zwangsweise aufgelöst, sondern bekommen von ihren Mitgliedsstaaten neue Aufgaben zugeschrieben (institutionalistisches Beharren).

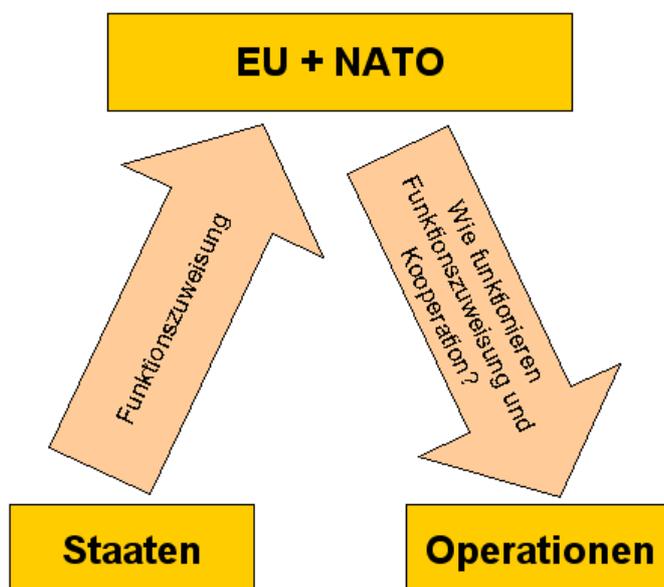
2. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich zwischen EU und NATO aufgrund neuer Herausforderungen und Erfahrungen eine funktionale Arbeitsteilung in mehreren Stufen entwickelt (Arbeitsteilung).
3. Effektivität und Effizienz praktischer Kooperation zwischen EU und NATO nehmen mit zunehmender Institutionalisierung zwischen den Institutionen zu (institutionelle Vertiefung).

Die Arbeit ist wie erwähnt in zwei Teile gegliedert, in welchen sich zwei *Fragestellungen* widerspiegeln, die sich wiederum von den drei zuvor genannten Hypothesen ableiten lassen:

1. Wie hat sich die funktionale Arbeitsteilung zwischen NATO und EU entwickelt und wie sieht sie heute aus? Wie ist diese Entwicklung zu erklären?
2. Wie gut arbeiten die beiden Organisationen in der Praxis zusammen? Wie gut funktionieren funktionale Arbeitsteilung und praktische Kooperation?

Die Frage der Arbeitsteilung wird mittels der Funktionszuweisung an EU und NATO seitens vierer Mitgliedsstaaten analysiert. Die Zusammenarbeit in der Praxis wird anhand einer Analyse der Kooperation beider Organisationen in drei Missionen erfolgen. Diese Konstellation lässt sich in einem Dreieck abbilden, welches in Abbildung 1 graphisch veranschaulicht wird.

Abbildung 1: Graphische Darstellung der Fragestellung



4. Untersuchungsrahmen und Methodik

4.1 Definitionen

4.1.1 *Arbeitsteilung und strategische Partnerschaft*

Die vorliegende Arbeit sucht zu ergründen, ob sich zwischen EU und NATO eine Arbeitsteilung und eine strategische Partnerschaft entwickelt haben und wenn ja, wie diese ausgestaltet sind. Bevor dies untersucht werden kann, muss definiert werden, was unter diesen Begriffen verstanden wird.

Aus wissenschaftlicher Perspektive steht die Arbeitsteilung im Fokus der Analyse, da aus dieser Sicht Arbeitsteilung als wissenschaftlich analytischer Begriff verstanden wird, während die strategische Partnerschaft ein politisch normativer Begriff ist. Letzterer wird auf politischer Ebene in Reden sowie in Dokumenten und Presseerklärungen seitens beider Organisationen verwendet. Die strategische Partnerschaft soll die Bedeutung der Beziehungen von EU und NATO hervorheben und zeigen, dass eine enge Vernetzung und Kooperation beider Institutionen vorhanden ist bzw. sein soll; sie ist vor allem eine politische Absichtserklärung und ein politisches Ziel. Eine Arbeitsteilung impliziert, dass EU und NATO bestimmte Aufgaben übernehmen. In der Forschung wird zwischen einer funktionalen, geographischen und zeitlichen Arbeitsteilung unterschieden (vgl. Ojanen 2006: 68f; Oudenaren/Schmidt 2008: 324-326; Pentland 2008: 120-125). Die Autorin ist der Ansicht, dass der funktionale Aspekt zentral ist; geographische und zeitliche Orientierungen spielen zwar auch eine Rolle, sind jedoch der funktionalen Teilung untergeordnet, ergänzen und spezifizieren sie. Die Zuweisung bestimmter Funktionen an EU und NATO steht im Fokus der Arbeit. Es gilt also zwischen politischen Implikationen einer strategischen Partnerschaft und wissenschaftlichen Ergebnissen im Hinblick auf eine funktionale Arbeitsteilung zu unterscheiden.

4.1.2 *Arten der Konfliktregulierung*

Im Bereich der Konfliktregulierung gibt es zahlreiche Begriffe, um die unterschiedlichen Aufgaben, die es zu übernehmen gilt, zu beschreiben. Diese Unmenge an unterschiedlichen Begriffen und Definitionen macht es nicht leicht nachzuvollziehen, welche Aufgaben in welche Bereiche bei der Konfliktbewältigung fallen. Die vorliegende Studie nimmt eine Dreiteilung in Konfliktprävention, Konfliktmanagement und Post-Konflikt-Management vor, wobei das Konfliktmanagement stärker im Fokus stehen wird.

Am Anfang des Spektrum steht die *Konfliktprävention*: durch präventive Maßnahmen sollen Konflikte gelöst werden, bevor sie sich zu einer handfesten Krise entwickeln und in Ge-

walt ausarten. Dieser Ansatz sucht durch ein breites Angebot an Mitteln, Konflikte am Anfang ihrer Entstehung zu lösen und eine Verschärfung von Krisen zu verhindern.

Das *Konfliktmanagement* ist der Bereich, der am unübersichtlichsten ist. Zahlreiche Begriffe und das unterschiedliche Verwenden dieser führen zu Unüberschaubarkeit und Verwirrung. In Anlehnung an die Einteilung und Definitionen von Alex Bellamy, Paul Williams und Stuart Griffin (2004) erfolgt eine Unterteilung in Peaceenforcement, Peacekeeping und Peacebuilding.

1. *Peaceenforcement*: Maßnahmen, Wirtschafts- oder Militäraktionen, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu erhalten oder wieder herzustellen, wenn der Frieden gebrochen oder bedroht wird oder wenn Akte von Aggressionen vorliegen. Der UN-Sicherheitsrat autorisiert den Einsatz militärischer Gewalt gegen einen Staat oder nicht-staatlichen Akteur innerhalb dieses Staates, um Frieden und Sicherheit herzustellen, Sanktionen durchzusetzen, das Personal von Friedensmissionen und die Zivilbevölkerung zu schützen sowie humanitäre Katastrophen zu verhindern. Der Einsatz der Mittel befindet sich am oberen Ende des Intensitätsspektrums und erfolgt in der Regel ohne Zustimmung des betroffenen Staates bzw. der Konfliktparteien. Ziel ist es, die Gewalt zu beenden und erste Waffenstillstandsabkommen oder Friedensverträge zu erwirken.¹
2. *Peacekeeping*: Missionen erfolgen während eines Konfliktes und anhaltender Gewalt mit dem Ziel, den (internationalen) Frieden und Sicherheit wiederherzustellen, die Gewalt zu beenden und den Friedensprozess abzusichern sowie den Konflikt zu lösen. In der Regel, jedoch nicht notwendigerweise, gibt es Waffenstillstandsabkommen oder Friedensverträge, welche jedoch instabil sind, so dass die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass der Friedensprozess zusammenbrechen könnte. Im Gegensatz zu Peaceenforcement-Operationen wird Peacekeeping mit der Zustimmung der Konfliktparteien durchgeführt. Die Aufgaben der Peacekeeping-Truppen umfassen hierbei die Trennung der Konfliktparteien, Entwaffnung der Kämpfer, die Überwachung der Waffenstillstände oder Friedensverträge sowie der Grenzen und Pufferzonen, militärische Hilfe für zivile Organisationen, die Organisation und Durchführung von Wahlen, die Sicherung der Zivilbevölkerung und des internationalen Personals sowie das Bereitstellen humanitärer Hilfe.²

¹ Vgl. Bellamy/Williams/Griffin 2004, Kapitel 8 für weitergehende Informationen und Beispiele für Peaceenforcement-Missionen in der Praxis.

² Vgl. Ebd., Kapitel 5 und 7. Während Bellamy, Williams und Griffin zwischen ‚Traditional‘ und ‚Wider‘ Peacekeeping unterscheiden, ist in dieser Arbeit einfach von Peacekeeping die Rede, welches die beschriebenen, erweiterten, Aufgaben umfasst.

3. *Peacebuilding*: Operationen “aim to manage and oversee a process of transition from violence to stable peace within states [and] to facilitate the successful implementation of a political settlement by playing a significant role in the management of the transition process itself” (Bellamy/Williams/Griffin 2004: 111f). Sie beginnen nach der Beendigung des Konfliktes und der Durchsetzung einer politischen Lösung. Peacebuilding-Missionen erfolgen auf Anfrage oder mit Zustimmung der Konfliktparteien und sollen sicherstellen, dass die Vereinbarungen von ihren jeweiligen Anhängern eingehalten werden. Der Friedensprozess soll auf diese Weise abgesichert und unterstützt werden. Hierbei spielen insbesondere zivile Mittel, wie Polizei, rechtsstaatliche Hilfen und die Unterstützung ziviler Organe eine Rolle. Ziel ist es, politische, wirtschaftliche und rechtsstaatliche Strukturen und Institutionen aufzubauen sowie zerrissene Staaten und Gesellschaften wieder zusammenzuführen. Das bedeutet jedoch nicht, dass militärische Mittel in diesem Prozess überflüssig sind; militärische Funktionen sind im Gegensatz zu den vorangegangenen Phasen weniger geworden und umfassen Aufgaben wie Demilitarisierung und Grenzüberwachung.³

Am Ende des Spektrums befindet sich das *Post-Konflikt-Management*, unter welchem Maßnahmen ergriffen werden, um gespaltene und unsichere Staaten dauerhaft zu stabilisieren. Ziel ist es, durch eine langfristige Unterstützung stabile, liberal-demokratische Staaten zu etablieren.

Während theoretisch versucht wird, die Begriffe klar zu definieren und die Aufgaben voneinander abzugrenzen, verschwimmen in der Praxis diese analytischen Grenzen zu einem gewissen Grade. In der Realität ist es nicht immer einfach, Friedensmissionen einer Kategorie zuzuordnen. So können die Grenzen zwischen Peaceenforcement und Peacekeeping sowie zwischen Peacekeeping und Peacebuilding verwischen; ebenso können Peacebuilding-Maßnahmen in einigen Fällen Teil des Konfliktmanagements sein und in anderen Fällen bereits dem Post-Konflikt-Management zugeordnet werden.

Mit der Einführung der *Peacesupport-Operationen* (vgl. Bellamy/Williams/Griffin 2004; Kapitel 9; Bono 2004: 399-401) soll diesem Problem Rechnung getragen werden. Diese propagieren einen umfassenden, integrierten Ansatz, in welchem Maßnahmen der oben genannten Bereiche sowie zivile und militärische Mittel miteinander kombiniert werden. Es wird erkannt, dass in der Praxis häufig ein Wechsel und eine Ergänzung zwischen den verschiedenen Bereichen stattfindet. In der Regel bedeutet dies, dass verschiedene internationale Institutio-

³ Vgl. Ebd. Kapitel 6.

nen, wie UNO, NATO, EU und OSZE gleichzeitig in einem Land tätig sind, sich gegenseitig ergänzen und versuchen sich miteinander abzustimmen.

4.2 Fallauswahl

4.2.1 Länderauswahl

Die Beantwortung der Frage, wie die Beziehung von EU und NATO im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und insbesondere bei der Konfliktregulierung ausgestaltet ist und welche Funktionen sie übernehmen sollen (Kapitel III), erfolgt über eine Analyse der Funktionszuschreibung an EU und NATO seitens der Mitgliedsstaaten USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

Die Auswahl dieser Staaten lässt sich folgendermaßen begründen: Alle vier Staaten sind Mitglieder der UNO; entscheidend ist vor allem, dass die ersten drei ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind, welcher darüber entscheidet, ob der internationale Frieden gefährdet ist oder bereits gebrochen wurde und beschließt, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um diesen und die internationale Sicherheit wieder herzustellen. Durch ein UN-Mandat wird eine Legitimationsgrundlage für Friedensmissionen geschaffen, welche zum großen Teil von EU und NATO durchgeführt werden. Des Weiteren sind diese vier Staaten die größten und einflussreichsten Staaten innerhalb der beiden Organisationen; sie sind die größten Beitragszahler und verfügen über die stärksten militärischen und zivilen Mittel, um Konfliktmanagement-Missionen durchführen zu können. Es ist anzunehmen, dass sie daher einen größeren Einfluss als die kleineren Mitgliedsstaaten dahingehend besitzen, welche Funktionen EU und NATO übernehmen und welche Aufgaben sie erfüllen sollen. Ein Positionswandel dieser Staaten diesbezüglich wird demzufolge eine neue Funktionszuschreibung bewirken.

4.2.2 Fallbeispiele Missionen

Für den zweiten Teil der Arbeit (Kapitel IV) wurden als Fallbeispiele drei EU-Missionen ausgewählt. NATO-Missionen werden nicht getrennt untersucht, da die Atlantische Allianz die Möglichkeiten und Kapazitäten besitzt, autonom Missionen durchzuführen; die EU hingegen bettet ihre Interventionen stets in einen transatlantischen Rahmen ein. Bezüglich der Kooperation von EU und NATO ist von Interesse, wie diese grundsätzlich und auf operativer Ebene funktioniert; ebenfalls untersuchenswert ist, auf welcher Grundlage EU-Operationen durchgeführt werden. Es stellt sich die Frage, ob diese autonom oder in enger Kooperation mit der NATO durchgeführt werden und wie gut die Zusammenarbeit der einzelnen Akteure innerhalb und zwischen EU und NATO funktioniert.

Für die Analyse wurden folgende drei Missionen ausgewählt:

1. EUFOR Althea in Bosnien-Herzegowina
2. EUPOL Afghanistan
3. EU-Unterstützungsaktion für die AU-Mission AMIS (Darfur)

Hierbei handelt es sich jeweils um einen militärischen, zivilen und zivil-militärischen Einsatz. Entscheidend ist auch, dass die NATO ebenfalls in diesen drei Ländern tätig ist. Des Weiteren wurden geographische – Balkan, Kaukasus und Afrika als Regionen– und zeitliche Aspekte (EU und NATO aufeinanderfolgend und parallel tätig) als weitere Auswahlkriterien herangezogen. Auf diese Art und Weise unterscheiden sich die Missionen in ihrer Art und Reichweite, um die Analyse der praktischen Umsetzung einer Arbeitsteilung sowie der Effektivität und Effizienz der Kooperation in der Praxis auf eine breite Grundlage zu stellen.

4.3 Aufbau der Arbeit

Theoretische Grundlage der Arbeit wird der rationale Institutionalismus sein, der in Kapitel II dargestellt werden soll. Für die Beantwortung der Frage, warum sich Institutionen verändern, wird das Kapitel II.2.2 zentral sein, welches Veränderungen der mitgliedsstaatlichen Politik als ausschlaggebendes Kriterium für den Wandel von Institutionen bestimmt. Staaten sind auch heute noch in den internationalen Beziehungen die Hauptakteure und prägen die Politik auf der internationalen Ebene. Für die Durchsetzung kollektiver Interessen und zur Lösung kollektiver Probleme bilden sie Institutionen. Veränderungen ihrer Bewertung der internationalen Lage und ihrer Positionen zu den Funktionen der jeweiligen Institution bewirken schließlich, dass sie diesen neue Funktionen und Aufgaben zuweisen.

Aus diesem Grund wird in Kapitel III.2 betrachtet werden, welche Positionen die vier ausgewählten Staaten gegenüber EU und NATO sowie deren Kooperation einnehmen und welche Funktionen und Aufgaben sie ihnen jeweils zuschreiben. In der Theorie gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Analyse bisher wenig Literatur zur Institutionenverknüpfung, weshalb sich die Arbeit bezüglich der Vernetzung und Kooperationsfrage auf mitgliedsstaatliche Einstellungen stützen wird: Wie stehen die Staaten der Kooperation von EU und NATO gegenüber und wie soll ihrer Meinungen nach deren Zusammenarbeit ausgestaltet sein? In welchem Maße sprechen sie sich für eine institutionelle und funktionelle Verknüpfung aus?

Aufgrund des begrenzten zeitlichen Rahmens und dem thematischen Fokus auf die Institutionen auf internationaler Ebene wird der Willensbildungsprozess innerhalb der Mitgliedsstaaten nicht untersucht, auch wenn etwa liberale Ansätze ebenfalls eine Erklärungskraft besitzen

können; die Staaten sollen hingegen als „black box“ betrachtet werden. Im Mittelpunkt wird stehen, welche Positionen diese, sprich Regierungen sowie Staats- und Regierungsoberhäupter, auf der internationalen Ebene vertreten.

Das Kapitel IV wird die zweite Fragestellung behandeln und analysieren, wie gut die Zusammenarbeit in der Praxis funktioniert. Nach einem kurzen Überblick über die Missionen von EU und NATO, wodurch verdeutlicht werden soll, in welchen Bereichen beide Institutionen tätig sind und welche Arten von Missionen durchgeführt werden, wird anhand von drei Fallstudien die Effektivität und Effizienz praktischer Kooperation untersucht. Die drei ausgewählten EU-Missionen sind gute Beispiele für die Verzahnung von EU und NATO und können Aufschluss über Art und Weise der Zusammenarbeit liefern.

II. Theorie

1. Rationaler⁴ Institutionalismus

Beschäftigt man sich mit Themen innerhalb des Bereichs der Internationalen Beziehungen, so muss man zunächst einen kurzen Blick auf das internationale System werfen. Allgemein anerkannt ist, dass dieses von Anarchie⁵ und Unsicherheit geprägt ist. Rational⁶ handelnde Staaten, sowohl von Vertretern des (Neo)Realismus als auch des rationalen Institutionalismus als die Hauptakteure internationaler Politik aufgefasst, sind um ihre eigene Sicherheit und die Durchsetzung ihrer Interessen besorgt (Hellmann/Wolf 1993: 7; Keck 1997a: 37; Keohane/Martin 2003: 73f). Da es in dem internationalen System keine übergeordnete Zentralgewalt gibt, welche die Einhaltung von Regeln überwachen könnte, sind Staaten in diesem Selbsthilfesystem zur Durchsetzung ihrer Ziele und Interessen auf die Stärkung ihrer eigenen Machtposition bedacht. Dem Realismus zufolge können sich Staaten nur auf ihre eigene Stärke stützen, da sich die Akteure untereinander nicht aufeinander verlassen können. Kooperation ist unter diesen Gegebenheiten nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen möglich, etwa wenn der Hegemon diese in Form einer Allianz forciert oder Staaten gegen diesen ein Gegengewicht bilden (Balancing) (Gelpi 1999: 107-110; Hellmann/Wolf 1993: 10-13; Krell 2004: 153 + 162-165).

Wenngleich der rationale Institutionalismus realistische Grundprämissen für das internationale System teilt, leitet er daraus andere Folgen für das Handeln der Akteure und derer möglichen Kooperation ab.

⁴ Die Bezeichnung *rationaler* Institutionalismus gründet sich darauf, dass „die Wurzeln dieses Ansatzes in der Mikroökonomik und in der Spieltheorie liegen – also in theoretischen Ansätzen, die innerhalb des umfassenderen Rational-Choice-Ansatzes zu verorten sind“ (Keck 1997a: 35).

⁵ Internationale Anarchie wird in den Internationalen Beziehungen als die Abwesenheit einer übergeordneten Sanktionsgewalt verstanden. Im Gegensatz zum nationalen System gibt es keine Weltregierung, die Regeln durchsetzen und Handlungen sanktionieren könnte (Axelrod/Keohane 1985: 226).

⁶ Rationalität kann unterschiedlich definiert werden. Alexander Wendt, selber der entgegengesetzten konstruktivistischen Theorieschule verhaftet, definiert sie wie folgt: „In rational-choice theory it refers to instrumental or 'logic of consequences' thinking: Actors are rational when they choose strategies that they believe have the optimal consequences given their interests. The expected costs and benefits of different choices are compared, and the one with the highest net value is chosen. This is a subjective definition of rationality in that a rational choice is not what will actually maximize an actor's pay-off (...), but what the actor thinks will do so.“ (Wendt 2001: 1023). Staaten werden demzufolge als Akteure gesehen, deren Strategien Ergebnis rationaler Kalkulationen ihrer politischen Führung sind (March/Olsen 1998: 949-951; Wallander/Haftendorn/Keohane 1999: 5). Für weiterführende Informationen zur Rationalität in den Internationalen Beziehungen vgl. Kahler 1998.

Im Gegensatz zu Realisten sehen InstitutionalistInnen die Möglichkeit das Sicherheitsdilemma abzumildern und Kooperation auch unter Anarchie⁷ zu ermöglichen. Institutionen sollen dabei helfen, das Kooperationsproblem⁸ zu lösen, indem sie den Anreiz zu betrügen verringern und den zur Befolgung von Regeln erhöhen (Hellmann/Wolf 1993: 7f). Institutionen, die Robert Keohane als „persistent and connected sets of rules (formal and informal) that prescribe behavioral roles, constrain activity and shape expectations“ (Keohane 1989: 3 + 163) definiert, sollen Vertrauen und Erwartungssicherheit zwischen ihren Mitgliedsstaaten fördern und Informations- und Transaktionskosten reduzieren. Auf diese Weise sollen Unsicherheiten im internationalen System reduziert und Kooperationsprobleme gelöst werden (Axelrod/Keohane 1985: 250; Keck 1997a: 35; Keohane 1989: 166; Krell 2004: 247 + 257). Institutionen haben Helga Haftendorn zufolge „die *allgemeine* Funktion, das Verhalten ihrer Mitglieder durch geeignete Verhaltens- und Verfahrensregeln im Sinne von kooperativen Verhaltensweisen zu beeinflussen“. Ihre *spezifische* Funktion liegt darin, „ihren Mitgliedsstaaten eine Zusammenarbeit bei der Gewährleistung von Sicherheit (...) zu erleichtern“ (Haftendorn 1997: 16).

Der rationale Institutionalismus versucht zu ergründen, unter welchen Bedingungen Kooperation erfolgt und sucht zu erklären, warum Staaten internationale Institutionen bilden (Keohane 1989:160). Grundsätzlich wird Kooperation von den Akteuren als sinnvoll erachtet. Im interdependenten internationalen System können die Staaten in der Regel ihre Ziele und Interessen nicht alleine durchsetzen und sind auf die Zusammenarbeit mit anderen Ländern angewiesen. Staaten arbeiten dann zusammen, wenn sie sich daraus einen Gewinn versprechen und „die Kosten ihrer Politik reduzieren können“ (Haftendorn 1997: 12; vgl. auch Mitchell/Keilbach 2001). Für die Zusammenarbeit ist es jedoch erforderlich, dass sich die Staaten auf ihre Partner verlassen und deren Handeln einschätzen können. In diesem Zusammenhang kommen Institutionen ins Spiel, die entscheidend für das Zustandekommen von Kooperation sind. Sie sind Regelsysteme, die das Verhalten ihrer Mitglieder beeinflussen, wodurch „die zwischen den Staaten bestehende Konkurrenz durch kooperative Interaktionsmuster ergänzt bzw. ersetzt“ (Haftendorn 1997: 13) wird. Zum einen übernehmen Institutionen eine regulierende und überwachende Funktion; sie sollen gewährleisten, dass Regeln und Vereinbarungen von den Mitgliedsstaaten eingehalten werden und auf diese Weise das Trit-

⁷ In ihrem Artikel „Achieving Cooperation under Anarchy“ analysieren Robert Axelrod und Robert Keohane (1985) Kooperationsprobleme und versuchen zu ergründen unter welchen Bedingungen Kooperation dennoch möglich ist.

⁸ Otto Keck definiert in seinem Artikel, in dem er den Beitrag rationaler Theorieansätze zur Analyse von Sicherheitsinstitutionen untersucht, ein Kooperationsproblem wie folgt: „Kooperationsprobleme werden normalerweise definiert als Situationen, in denen ohne die Koordinierung des Handelns der beteiligten Akteure ein Zustand perpetuiert wird, der für alle oder mindestens einen der Beteiligten suboptimal ist, oder in denen ein Zustand herbeigeführt wird, in dem sich alle oder mindestens einer der Beteiligten gegenüber dem Status Quo verschlechtern und sich keiner verbessert“ (Keck 1997a: 38).

brettfahrerproblem⁹ lösen. Nichtzahler (Free Rider) werden durch Sanktionsmechanismen zur Befolgung der Regelwerke angehalten. Zum anderen dienen Institutionen der Informationsbeschaffung. Der Informationsfluss zwischen den Partnern wird verbessert, wodurch sich die Akteure untereinander besser einschätzen können – Unsicherheit wird durch das Bereitstellen glaubwürdiger Informationen reduziert (Hellmann/Wolf 1993: 9; Keohane/Martin 2003: 79f; Wallander/Haftendorn/Keohane 1999: 4) und Misstrauen unter den Partner abgebaut. Staaten lernen einander zu vertrauen und in eine gegenseitige Wechselbeziehung zu treten; Kooperation eines Staates wird durch Kooperation der anderen Staaten erwidert – ebenso würde ein Regelbruch mit einem solchen begegnet (vgl. Keohane 1986).

Durch diese *allgemeinen, internen* Funktionen wird Kooperation institutionalisiert und durch festgelegte Regeln und Normen soll gemeinsames Handeln von Staaten erleichtert werden (Axelrod/Keohane 1985: 251f). Auf diese Weise sollen gemeinsame Interessen der Staaten durchgesetzt werden, die diese alleine nicht oder nur suboptimal hätten verfolgen können. Rational handelnde Staaten entscheiden sich demzufolge zur Bildung von Institutionen, um die Unsicherheit des internationalen Systems zu verringern und um ihre eigenen Interessen und Ziele durchzusetzen.

Des Weiteren üben Institutionen auch *spezifische, externe* Funktionen aus. Bezogen auf Sicherheitsinstitutionen versuchen Staaten auf externe Bedrohungen oder Risiken gemeinsam zu reagieren.¹⁰ Einerseits bilden sich zur Abwehr gegen äußere Bedrohungen Verteidigungsbündnisse oder Allianzen; andererseits können Institutionen auch zur Abwehr eher unbestimmter Gefahren eingesetzt werden oder die Koordinierung von Sicherheitspolitiken der Mitgliedsstaaten erleichtern (Haftendorn 1997: 16-18). Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nahm diese Aufgabe des gemeinsamen Sicherheitsmanagements (Stabilitätstransfer, Eindämmung neuer Sicherheitsrisiken, Konfliktregulierung) zu und äußerte sich etwa in der Zunahme von internationalen Konfliktmanagementfunktionen der Institutionen.

Grundsätzlich übernimmt eine Institution in der Regel nicht nur eine Funktion, sondern hat zahlreiche Aufgaben zu bewältigen (Aufgabenmix). Sowohl allgemeine Aufgaben, wie dem Austausch von Informationen, dem Abbau von Unsicherheit zwischen den Mitgliedsstaaten und der Einübung kooperativer Verhaltensweisen (kollektive Sicherheitsgemeinschaft) (Haftendorn 1997: 22), als auch spezifische Aufgaben zur Bewältigung externer Bedrohungen, Krisen oder Herausforderungen müssen Institutionen übernehmen. Die Effektivität einer

⁹ Hierunter ist zu verstehen, dass Staaten einen Nutzen aus bestehender Kooperationen ziehen, selber jedoch keinen Beitrag leisten.

¹⁰ Während die allgemeinen Funktionen von allen Arten von Institutionen übernommen werden, beziehen sich die spezifischen, externen Funktionen insbesondere auf Sicherheitsinstitutionen, die im Fokus dieser Arbeit stehen.

Institution wiederum hängt davon ab, wie gut sie es vermag, die ihr übertragenen Funktionen zu erfüllen und für die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten zu sorgen.

Institutionen agieren im internationalen System nicht unabhängig von anderen Akteuren, sondern vernetzen sich mit diesen, insbesondere mit anderen Institutionen, indem die Regelsysteme durch Überlappungen miteinander verknüpft werden (Keck 1997a: 55). Funktionen verschiedener Institutionen überlappen sich, wodurch es zu einer Verschränkung der Institutionen kommt. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich dieser Prozess intensiviert. Wie genau und warum es zu dieser Institutionenverknüpfung kommt, ist aus theoretischer Sicht noch relativ wenig erforscht. Es gibt einzelne Arbeiten, in denen die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen in einem bestimmten Politikfeld (vgl. etwa Klauer 1997 und Riecke 1997) analysiert wird, doch wurde diese Verknüpfung allgemein theoretisch bisher noch nicht genauer erfasst.

2. Entstehung und Veränderung von Institutionen

Es stellt sich, nachdem im vorangegangenen Kapitel grundlegende Funktionen von Institutionen dargestellt wurden, die Frage, wie Institutionen entstehen und vor allem wie sie sich verändern. Institutionen werden grundsätzlich gebildet, um bestimmte Probleme zu lösen und bestimmte Funktionen zu erfüllen (Keohane/Martin 2003: 101), doch können sie auch fortbestehen und sich wandeln, wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben. In den folgenden Abschnitten sollen Einflussfaktoren zur Entstehung und Veränderung von Institutionen analysiert werden.¹¹

2.1 Externe Umweltfaktoren

Externe Faktoren sind nicht nur für das Zustandekommen internationaler Institutionen zentral, sondern können auch deren Veränderungen bedingen: „When conditions such as the security environment change, these organizations can react by changing their allocations of resources, the tasks they pursue, and the constituencies that they seek to satisfy.” (Wallander/Haftendorn/Keohane 1999: 12).

Zu den äußeren Faktoren gehören Bedrohungen und Sicherheitsrisiken (Wallander/Keohane 1999: 24-26). Bedrohungen bestehen, wenn Akteure die Möglichkeit haben, anderen zu schaden und aus Sicht potentieller Opfer auch die Absicht haben, dies zu tun. Während des Ost-West-Konfliktes stellte die Sowjetunion eine solche Bedrohung gegenüber dem Westen dar

¹¹ Hierbei werden insbesondere die Arbeiten von Helga Haftendorn, Robert Keohane und Celeste Wallander (Haftendorn 1997; Haftendorn/Keohane/Wallander 1999; Keohane 1989) als Grundlage dienen.

(Tams 1999: 82). Die NATO sollte als kollektive Verteidigungsallianz diese Bedrohung abwehren und die äußere Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten gewährleisten. Selbst wenn Staaten keinen direkten äußeren Bedrohungen gegenüber stehen, können sie immer noch Sicherheitsrisiken zu bewältigen haben. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel 1 dargestellt, sind Staaten im anarchischen internationalen System um ihr Überleben und ihre Sicherheit besorgt. Sicherheitsangelegenheiten sind, so Haftendorn, Keohane und Wallander, „inherently characterized by uncertainty“ (Keohane/Haftendorn/Wallander 1999: 329). Unsicherheit besteht bezüglich des Agierens der anderen Akteure, des Abschließens von Vereinbarungen und des Einhaltens von diesen. Staaten können sich in solch einer Situation gegenseitig nicht vertrauen; Misstrauen gegenüber den anderen Akteuren wächst. Sucht ein Staat beispielsweise seine Sicherheitslage zu verbessern und rüstet etwa militärisch auf, sehen andere Staaten dies als potentielle Bedrohung und rüsten ihrerseits auf – eine Rüstungsspirale ist entstanden. Sicherheitsinstitutionen sollen Unsicherheit und das darin begründete Sicherheitsdilemma reduzieren. Solche, die Bedrohungen bewältigen sollen, müssen diese zunächst identifizieren und im Anschluss potentielle Aggressoren abschrecken oder gegen sie vorgehen. Institutionen, welche die Lösung von Sicherheitsrisiken als Aufgabe haben, müssen zum einen Regeln, Normen und Verfahren entwickeln, um Misstrauen und Streitigkeiten unter den Mitgliedern durch die Bereitstellung glaubwürdiger Informationen und Schlichtungsmechanismen zu verringern und beizulegen (Wallander/Keohane 1999: 26) und zum anderen Maßnahmen ergreifen, um die externen Sicherheitsrisiken zu bewältigen.¹² In diesen Situationen ist es für Staaten und ihre Regierungen lohnend, in Informationen zu investieren, um Strategien entwickeln zu können, die den äußeren Bedingungen angepasst sind (Wallander/Keohane 1999: 30).

Am besten können diese Aufgaben von Institutionen bewältigt werden. Ad hoc Kooperation mag bei geringen und kurzfristig bestehenden Kooperationsproblemen die kostengünstigere Variante sein, doch langfristig gesehen wird Kooperation durch feste Regeln und Verfahren billiger. Insbesondere, wenn das Sicherheitsproblem weitreichender ist und auf lange Zeit bestehen wird, ist es für Staaten günstiger, Kooperation zu institutionalisieren (Wallander/Keohane 1999: 31f).

2.2 Veränderungen mitgliedstaatlicher Politik

Robert Keohane, durch dessen Arbeiten die Theorie des neoliberalen Institutionalismus in den Internationalen Beziehung weitgehend bekannt wurde, betont, dass Staaten Institutionen

¹² Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind dies zunehmend Maßnahmen im externen Konfliktmanagement, um Sicherheitsrisiken, die durch gewaltsame Konflikte, instabile Staaten und sich ausbreitende Krisen entstehen, zu reduzieren.

aus rationalen Interessen heraus gründen. Sehen die Staaten keinen Nutzen in einer Institution, ist es unwahrscheinlich, dass sie diese bilden oder generell miteinander kooperieren (Keohane/Martin 1995: 41f; Martin/Simmons 1998: 743). „International organizations“, so Robert Keohane und Lisa Martin “are the agents of state interests” (Keohane/Martin 2003: 102). Des Weiteren stellt Keohane fest, dass „all international institutions are limited by the preferences, strategies and power of states“ (Keohane/Haftendorn/Wallander 1999: 331; vgl. auch Keck 1997b: 254f). Staaten bilden Institutionen, wenn sie für sie nützlich sind; das Kosten-Nutzen-Kalkül ist nach diesem rationalen Ansatz entscheidend. Staaten delegieren Autorität und Handlungsfähigkeit an Institutionen, um eigene Interessen durchzusetzen und den eigenen Handlungsrahmen zu erweitern. Sie werden daher zur Vergrößerung ihres Einflusses, die Institutionen unterstützen, in denen sie bereits eine starke Stellung besitzen (Interview in Berlin, 29. Januar 2009).

Keohane und Martin betonen, dass „the growth of institutions is ‚explained‘ by the common interests of states in achieving joint gains through institutions” (Keohane/Martin 2003: 83). Staaten entscheiden sich zur Bildung von Institutionen, da sie sich einen Nutzen von ihnen erhoffen. Im interdependenten internationalen System sind sie auf andere Akteure angewiesen, weshalb Kooperation in den meisten Fällen ein besseres Ergebnis als unilaterales Handeln bringt. Institutionen sollen daher Kooperation erleichtern und Sicherheitsprobleme lösen. Sie üben bestimmte von den Mitgliedsstaaten zugeschriebene Funktionen aus und übernehmen bestimmte Aufgaben zur Lösung von Kooperations- und Sicherheitsproblemen. Solange sie diese erfüllen, ist anzunehmen, dass die Mitgliedsstaaten ihren Bestand garantieren werden (Hellmann/Wolf 1993: 13-16).

Institutionen beeinflussen zwar die Kosten-Nutzen-Analyse von Staaten und formen deren Strategien, doch bleiben deren Ziele und Interessen unangetastet (Wallander/Haftendorn/Keohane 1999: 1+10). Auch wenn Staaten in diesem rationalen Theoriemodell fixe Präferenzen haben, heißt dies nicht, dass sich diese über Zeit nicht verändern können. Im Gegensatz zum Konstruktivismus, der postuliert, dass sich Struktur und Akteur gegenseitig bedingen und beeinflussen, Staaten bezüglich ihres Verhaltens auch der Logik der Angemessenheit folgen und Präferenzordnungen wandelbar sind (Keohane/Haftendorn/Wallander 1999: 337; March/Olsen 1998: 951f), werden Staaten im Rationalismus als unitarische Akteure behandelt. Veränderungen staatlicher Interessen und Präferenzordnungen, die häufig auf interne Ursachen in den Staaten selber zurückzuführen

sind, können nicht erklärt werden – dies ist auch nicht Ziel dieser Theorie.¹³ Entscheidend ist, dass Modifikationen der Interessen und Politiken der Staaten einen Einfluss auf die Institutionen haben und Veränderungen dieser, ihrer Funktionen und Strukturen, bewirken. Wallander, Haftendorn und Keohane betonen daher, dass „an analysis of institutional change should begin by investigating sources of changes in state policies“ (Wallander/Haftendorn/Keohane 1999: 12).

Internationale Politik ist nicht statisch. Im Gegenteil: Externe Faktoren und Positionen der Staaten können sich ändern. Verändern sich die Rahmenbedingungen, müssen Akteure und Institutionen darauf reagieren. Funktionen, die Institutionen seitens ihrer Mitgliedsstaaten zu einem bestimmten Zeitpunkt zugeschrieben wurden, können bei veränderten Gegebenheiten nicht mehr gelten. Neue Herausforderungen, Bedrohungen, Krisen oder Risiken können neue Sicherheits- und Kooperationsprobleme hervorrufen, wodurch neue Anforderungen an Staaten und Institutionen entstehen. Bestehen bereits Sicherheitsinstitutionen, neigen Staaten dazu, keine neuen aufzubauen, sondern die alten anzupassen (institutionelles Beharrungsvermögen). Höhere Kosten notwendig zur Etablierung neuer Strukturen können auf diese Weise vermieden werden. Solange zudem der Kooperationsgewinn höher ist als die Kosten der Aufrechterhaltung einer Institution, nutzt diese den Staaten und wird nicht aufgelöst. (Haftendorn 1997: 30; Haftendorn 1999a: 185; Keck 1997b: 263; Wallander/Keohane 1999: 35). Außerdem bestehen bereits bestimmte Regeln, Normen und Verfahren, auf welche die Mitgliedsstaaten vertrauen; auch wurde durch Informationsaustausch das Sicherheitsdilemma bereits reduziert. Es ist daher für die Staaten rational, den bestehenden Institutionen neue Funktionen zuzuschreiben

Diese neuen Herausforderungen erfordern in vielen Fällen zudem die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen. Otto Keck (1997b: 265) stellt fest, dass

„bei der Institutionenwahl oft nur einzelne Aspekte eines konkreten Politikproblems einer bestimmten Institution zur Bearbeitung zugewiesen wird, nicht das ganze Politikproblem. (...) Diese Aufteilung verschiedener Aspekte eines konkreten Politikproblems auf mehrere Institutionen kann in der Logik der Kooperationsprobleme liegen, die zu bearbeiten sind.“

Sehen die Mitgliedsstaaten eine Notwendigkeit darin, ein Kooperations- oder Sicherheitsproblem im Rahmen verschiedenen Organisationen zu behandeln, werden sie eine Verknüpfung zwischen ihnen forcieren sowie ihnen jeweils spezifische Funktionen zuschreiben, um die

¹³ In der vorliegenden Arbeit werden Staaten als rationale Akteure mit einer fixen Präferenzordnung behandelt. Veränderungen ihrer Positionen und Präferenzordnungen sind erklärende (unabhängige) und nicht zu erklärende (abhängige) Variablen, sie werden als gegeben hingenommen. Der Autorin ist durchaus bewusst, dass in innerstaatlichen (subsystemischen) Prozessen, die ein liberaler Ansatz untersuchen müsste, ebenso Erklärungsfaktoren für das Handeln von Staaten auf der internationalen (systemischen) Bühne liegen. Dies ist ein weiteres Untersuchungsfeld, wodurch ergänzende Erklärungen geliefert werden könnten, jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit.

Politikprobleme einer Lösung zuzuführen. Auf diesem Wege, so bilanziert Otto Keck (1997b: 266), kann

„neben die sachliche Verknüpfung von verschiedenen Aspekten eines konkreten Politikproblems oder von verschiedenen konkreten Politikproblemen also die institutionelle Verknüpfung („institutional linkage“) von Politikproblemen [treten]. Diese institutionelle Verknüpfung kommt zustande durch die Wechselwirkung zwischen den institutionellen Regeln, mit denen verschiedene Politikprobleme bearbeitet werden.“

Auf diese Weise kann es auch zu einer Verknüpfung von EU und NATO kommen. Zur Bewältigung bestimmter Probleme erscheint es sinnvoll, dass die Mitgliedsstaaten beiden Organisationen überlappende Funktionen zuweisen und auf diese Weise Kooperation forcieren.

2.3 Institutionelle Faktoren

Sicherheitsprobleme können unterschiedlicher Art sein und unterschiedliche Formen von Institutionen hervorrufen, sowie den Grad der Institutionalisierung beeinflussen.¹⁴ Dies wiederum hat Auswirkungen auf Optionen staatlichen Handelns und die Möglichkeit von Staaten, kollektiv zu agieren (Wallander/Haftendorn/Keohane 1999: 13). Keohane weist darauf hin, dass „state actions depend to a considerable degree on prevailing institutional arrangements“ (Keohane 1989: 2).

Wurden Institutionen geschaffen, entwickeln sie zu einem gewissen Grad ein Eigenleben. Interne Strukturen und die Ausgestaltung ihrer Bürokratien ermöglichen ihnen eigenständiges Handeln und das Gestalten von Politikprozessen (Tuschhoff 1999). Institutionelle Faktoren und Pfadabhängigkeit beeinflussen ihre Beständigkeit. Verändern sich die Rahmenbedingungen – in Hinsicht auf einen Wandel der externen Faktoren oder bezüglich neuer Positionen ihrer Mitgliedsstaaten – ist der Grad ihrer Adaptionfähigkeit für ihre Überlebensfähigkeit entscheidend. Institutionen sind von ihren Mitgliedsstaaten abhängig; diese bilden sie und sichern ihren Fortbestand. Verändern sich Sicherheitsprobleme oder tauchen neue auf, neigen Staaten dazu, insbesondere wenn der Institutionalisierungsgrad bestehender Institutionen hoch ist, keine neuen Institutionen zu schaffen, sondern alte anzupassen; ihnen werden neue Funktionen zugeschrieben und neue Aufgaben übertragen. Entscheidend für das Gelingen ist es, ob Institutionen in der Lage sind, diese zu erfüllen (Haftendorn 1997: 28f; Haftendorn 1999a:185f). Einfacher ist dieser Prozess, wenn Institutionen bereits breit angelegt waren und verschiedene Aufgaben zu erfüllen hatten (Wallander/Keohane 1999: 33-35).

Auch wenn für die Bildung und das Fortbestehen von Institutionen ihre Mitgliedsstaaten verantwortlich sind, können sie selber Einfluss auf die Ausgestaltung des Politikprozesses

¹⁴ Für weiterführende Informationen vgl. Haftendorn 1997: 19, Haftendorn 1999a: 183+192, Keohane/Haftendorn/Wallander 1999: 330f, Tams 1999: 81-87, Wallander/Keohane 1999: 28.

nehmen und durch ihre Anpassungsfähigkeit an neue Bedingungen und Herausforderungen ihren Wert für die Staaten betonen und durch ihre Beharrungskraft ihr Überleben sichern.

III. Entwicklung der Beziehung von EU und NATO

Die einschneidenden Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes blieben auch für EU und NATO nicht ohne Spuren. Das gesamte transatlantische Beziehungsgeflecht war einem tiefgreifenden Wandel unterworfen.¹⁵ Beide Institutionen mussten sich neu ausrichten und ihre Beziehung zueinander neu definieren (vgl. Plate 2003; vgl. Woyke 2007).

Im folgenden Kapitel soll auf die Entwicklung der Beziehung dieser beiden Organisationen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich eingegangen werden. Während sich beide Anfang der 1990er Jahre eher parallel zueinander entwickelten, ist ab Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Verzahnung zu beobachten. Diese Entwicklung soll zunächst dargestellt und bedeutende Ereignisse festgestellt werden. Im Anschluss daran wird sich das nachfolgende Kapitel mit den Ursachen für diese Entwicklung beschäftigen. Dem rationalen Institutionalismus zufolge schreiben Staaten Institutionen bestimmte Funktionen zu. Diese Funktionszuschreibung im Bezug auf EU und NATO und deren Kooperation wird das Kapitel 2 zum Gegenstand haben.

1. Historische Entwicklung

1.1 (W)EU und NATO nach dem Ost-West-Konflikt

1.1.1 Die (W)EU¹⁶

Die Zeit Anfang der 1990er Jahre bedeutete einen großen Wandel in der europäischen Politik. Das internationale System war grundlegenden Umwälzungen unterworfen. Durch den Wegfall der sowjetischen Bedrohung verlor Europa für die USA an strategischem Wert. Für die Europäer bedeutete dies einerseits eine geringere Abhängigkeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, andererseits hieß dies, dass mehr in die eigene Sicherheit investiert werden musste. Das Drängen nach mehr europäischer Autonomie wurde spürbar, wenngleich die NATO weiterhin das entscheidende Sicherheitsinstrument blieb (Haine 2004a: 41-44; Howorth/Keeler 2003b).

1992 wurde die Europäische Union gegründet, wodurch neben die wirtschaftlichen verstärkt politische Aspekte traten. Durch die Etablierung der GASP wurden Außen- und Sicher-

¹⁵ Vgl. Heise 2007, Maurer 2005, Moravcsik 2003, Varwick 2005b und Wittmann 2005.

¹⁶ In den 1990er Jahren gab es im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zahlreiche Begriffe, die nicht selten durcheinander geworfen werden. Als Institutionen bestehen die Europäische Union (EU) und die West Europäische Union (WEU). Mit dem Übergang der Funktionen der WEU auf die EU 1997/2000 wird die WEU zur Schattenorganisation – sie besteht zwar fort, doch hat sie ihre Bedeutung verloren. Innerhalb der EU entwickeln sich ESVI und ESVP als verteidigungspolitische Initiativen und Politikfelder.

heitspolitik auf die europäische Bühne gehoben (Crowe 2003: 533f). Auch die Verteidigungspolitik, die bisher Aufgabe der NATO und der WEU war, rückte aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und neuer Krisen, etwa auf dem Balkan, ins Blickfeld der europäischen Akteure. Zunehmend übernahm die EU neue von ihren Mitgliedsstaaten zugeschriebene Funktionen, übernahm Aufgaben, welche die NATO nicht (mehr) übernehmen wollte, und drängte als Akteur auf die internationale Ebene.

Dieser Prozess erreichte 1999 mit der Gründung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seinen Höhepunkt.¹⁷ Es wurden neue militärische Strukturen aufgebaut, Planziele für das Erreichen militärischer und ziviler Mittel¹⁸ gesetzt und der Handlungsradius erweitert.¹⁹ Die WEU, die der europäische Pfeiler innerhalb der NATO und der militärische Arm der EU gewesen war, verlor ihre Bedeutung. Durch den Vertrag von Amsterdam (1997) wurden die Aufgaben der WEU, die Petersberg-Aufgaben²⁰, der EU übertragen und durch den Vertrag von Nizza (2000/01) wurden schließlich deren operativen Funktionen von der EU übernommen (Dietrich 2006: 402).

Neben dem Aufbau militärischer Kapazitäten und Strukturen war die EU besonders darauf bedacht, das zivile Konfliktmanagement²¹ auszubauen (Kempin 2008a; Solana 2000: 5). Lange hatte sich die EU allein als Zivilmacht gesehen – militärische Aspekte blieben den Nationalstaaten und der NATO vorbehalten. Daher war es nun wichtig, dieses Handlungsfeld nicht zu vernachlässigen und die Stärken der EU in diesem säulenübergreifenden Bereich für das außenpolitische Handeln zu nutzen.

¹⁷ Entwicklung, Auf- und Ausbau von GASP und ESVP wurden von zahlreichen Wissenschaftlern analysiert und detailreich beschrieben. Vgl. etwa Dietrich 2006, Fröhlich 2008, Gnesotto 2004a, Howorth 2007, Missiroli 2004, Regelsberger 2007, Schmalz 2005 und Smith 2004b. Zur Entwicklung und zum Wandel der Europäischen Sicherheitskooperation generell siehe Jones 2007. Hans-Georg Erhart (2002a) beschäftigte sich drei Jahre nach der Gründung der ESVP mit der Frage, welche Rolle die EU generell in diesem Bereich einnehmen soll. Diejenigen Leser/innen, die dieses Politikfeld als Forschungsgegenstand interessiert, bekommen in den Kapiteln 2 bis 4 des Buches von Markus Kaim (2007) einen guten Überblick.

¹⁸ Fortschritte und noch bestehende Handlungsnotwendigkeit im Bereich der Kapazitäten stellt die EU in den Capabilities Improvement Charts da. Vgl. zum Aufbau militärischer Mittel Dietrich/Jopp/Sandawi 2004, Heise 2005, Howorth 2007, Kapitel 4 und Meiers 2007.

¹⁹ Für weiterführende Informationen vgl. Cornish/Edwards 2005: 802-806, Dini 2002, Fitschen 2005, Gerhardt 2002, Howorth 2000a: 32-41, Howorth 2003a: 223-231, Schmalz 2007 und Schmitt 2004.

²⁰ Die Petersberg-Aufgaben der WEU, im Juni 1992 erlassen, wurden durch den Vertrag von Amsterdam (am 1. Mai 1999 in Kraft getreten) in den EU-Vertrag übernommen und umfassen humanitäre und Rettungsaufgaben, friedenserhaltende Missionen, Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung und Peacemaking-Maßnahmen (Petersberg-Erklärung 1992; Dembinski 2000: 4; Heisbourg 2000: 2f; Ortega 2004: 86-90). 2003 wurden durch die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) die Aufgaben erweitert und umfassen nun auch präventive Diplomatie, regionale Stabilisierungspolitik, Befriedung von Krisenherden, Aufbau staatlicher, polizeilicher und ziviler Strukturen, Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, den Kampf gegen den Terror und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Meiers 2005: 120).

²¹ Hierunter fallen etwa der Aufbau von Polizeistrukturen, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilverwaltung sowie Zivil- und Katastrophenschutz. Hierin hat die EU ihre Stärken und kann bereits beträchtliche Erfolge vorweisen. Für detaillierte Informationen siehe Dietrich 2006: 405-419, Erhart 2002b, Erhart 2005a Rummel 2003, 2006 und Seidelmann 2002.

Insgesamt betrachtet kann die EU für den Aufbau ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einen Erfolg verzeichnen.²² Javier Solana, Hoher Vertreter für die GASP, sieht dies folgendermaßen:

„In den sogenannten Petersberg-Missionen sind diese ursprünglichen Ziele der Union genau festgelegt. Wir haben daher Instrumente ausgearbeitet, haben Fähigkeiten definiert, sind Verpflichtungen eingegangen, um die gesteckten Ziele zu erreichen, und haben auch in realen Krisensituationen Erfahrungen gesammelt.“ (Solana 2004: 5)

Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS, 2003)²³ hat sich die EU selber eine feste Strategie für ihr außenpolitisches Handeln gegeben und eigene Ziele festgesetzt. In zahlreichen Missionen hat sie zudem bewiesen, dass sie trotz aller noch bestehender Probleme als Akteur in den internationalen Beziehungen nicht außer Acht gelassen werden darf und dass „die ESVP ein echter Zusatznutzen bei der Stabilisierung in Krisensituationen oder der Verhütung humanitärer Katastrophen“ (Gnesotto 2004b: 16) geworden ist. Trotz dieser Fortschritte ist die EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich kein vollkommen autonom handelnder Akteur und auf die Unterstützung der Nationalstaaten und der NATO angewiesen. Aus diesem Grund ist der EU an einem gut funktionierenden transatlantischen Verhältnis sehr gelegen (Meier-Walser 2003).

1.1.2 Die NATO

Für die NATO²⁴ war der Einschnitt 1989 besonders groß. Der kollektiven Allianz war mit dem Wegfall der Sowjetunion, der Auflösung des Warschauer Paktes und der Wiedervereinigung Deutschlands ihre Legitimationsgrundlage entzogen worden (McCalla 1996: 448; Meier-Walser 2005: 28). Viele Politiker und Wissenschaftler, besonders Anhänger des Realismus, sagten der NATO ihren Zerfall voraus (vgl. Haglund/Nathwani 2008: 20f; Hellmann/Wolf 1993: 16-19; McCalla 1996: 451-456).

²² Eine weniger optimistische Position vertritt Anand Menon (2003), der stärker die Probleme der ESVP hervorhebt.

²³ Die ESS sucht zunächst das internationale Umfeld zu erfassen und ermittelt fünf Bedrohungen für Europa: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Zusammenbruch von Staaten und organisierte Kriminalität. Im Anschluss daran werden strategische Ziele (Abwehr von Bedrohungen, Stärkung der Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft und Etablierung einer Weltordnung auf Grundlage eines wirksamen Multilateralismus) sowie Handlungsmaßnahmen festgesetzt. Die EU will nicht alleine handeln, sondern mit anderen Staaten und internationalen Organisationen, besonders den Vereinten Nationen, kooperieren; effektiver Multilateralismus statt Unilateralismus wird propagiert. Durch die ESS hat sich die EU eine konkrete Strategie gegeben und dadurch eine Handlungsgrundlage geschaffen, um eine kohärentere Politik betreiben zu können. Sie hat sich das Ziel gesetzt präventiv zu handeln, um Konflikte bereits im Vorfeld zu lösen (Heise 2006: 3f; Heise 2008: 31). Für weitergehende Informationen vgl. die Analysen von Bailes 2005, Fröhlich 2005, Gareis 2005, Haine 2004a: 60-63, Howorth 2007: 199-206, Riecke 2005 und Quille et al. 2005.

²⁴ Für einen detaillierten Überblick über die NATO, ihre Entwicklung und ihre Veränderungen nach dem Ost-West-Konflikt vgl. Rynning 2005, Schürr 2003, Kapitel B II und C VII, Theiler 1997 und Varwick 2008.

Institutionalisten hingegen vertraten die Ansicht, dass sich die NATO an die neuen internationalen Bedingungen würde anpassen können (Asmus/Kugler/Larrabee 1993; Hellmann/Wolf 1993: 20).²⁵ Die NATO hatte nicht nur die Abwehr einer äußeren Bedrohung zur Aufgabe, sondern sollte auch intern den Frieden zwischen den Mitgliedern sichern (Keck 1997b: 257). Auch wenn der Schwerpunkt ihrer Funktion auf der kollektiven Verteidigung gelegen hatte, hatte sie bereits Aufgaben im Bereich kollektiver Sicherheit übernommen. Vertreter des Institutionalismus waren der Meinung, dass die NATO ihren Daseinszweck nicht verloren hatte, sondern sich nur neu ausrichten musste, um weiterhin für die Sicherheit ihrer Mitglieder sorgen zu können.

Aufgrund veränderter internationaler Rahmenbedingungen und neuer Bedrohungen blieb internationale Kooperation notwendig. Durch die Übernahme neuer Funktionen würde die NATO für die Mitgliedsstaaten auch in Zukunft von Nutzen sein; sie würden weiterhin von dem hohen Grad institutionalisierter Kooperation profitieren können.²⁶ Neben dem Beharrungsvermögen und der Anpassungsfähigkeit der NATO selber, war das Kosten-Nutzen-Kalkül der Mitgliedsstaaten für das Fortbestehen der Organisation entscheidend. Für die Staaten war es kostengünstiger, die NATO bestehen zu lassen und sie an die neuen Gegebenheiten anzupassen als neue Kooperationsstrukturen zu entwickeln und neue Institutionen zu etablieren; bestehende Strukturen und Kapazitäten konnten zur Bewältigung neuer Herausforderungen und Sicherheitsprobleme genutzt werden (vgl. McCalla 1996: 463-466).

Die NATO sollte geographisch durch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten erweitert und der Organisation neue Funktionen zugeschrieben werden; auch wurden Strukturen und Streitkräfte reformiert (Becker 2007; Pfeiffer 2007: 43-50; Wiesmann 2003). Die Transformation vollzog sich nicht plötzlich, sondern war Teil eines langen Aushandlungsprozesses, der sich in zahlreichen NATO-Gipfeln widerspiegelt. Auf dem Gipfel in Rom wurde 1991 das neue Strategische Konzept verabschiedet, welches 1999 auf dem Washingtoner Gipfel erneuert wurde.²⁷ Das Aufgabenspektrum der NATO wurde stark erweitert; kollektive Verteidigung wurde zwar nicht gestrichen, doch sollte die Organisation vor allem zur Konfliktbewältigung beitragen (Borinski 2002; Robertson 2000b). Die NATO sollte flexibler und breiter werden.

²⁵ Einige Autoren, wie Charles Glaser (1993), sehen in der NATO die beste Option den neuen Herausforderungen und Gefahren zu begegnen. Andere Autoren, darunter Helga Haftendorn, Alexander Moens, Lenard Cohen und Allen Sens, betonen, dass die Transformation der NATO weiter voranschreiten muss, wenn sie nicht an Bedeutung und Einfluss verlieren möchte (vgl. Haftendorn 2002; Moens/Cohen/Sens 2003a).

²⁶ Die NATO dient als transatlantisches Informations-, Diskussions- und Verhandlungsforum; außerdem garantiert sie die Einhaltung von Vereinbarungen (Monitoring) (Tuschhoff 1999: 151-159). Das Sicherheitsdilemma kann so zwischen den Mitgliedsstaaten reduziert werden. Diese allgemeinen, internen Funktionen hat die NATO auch nach dem Ost-West-Konflikt nicht verloren.

²⁷ Vgl. Adam 2007, Meier-Walser 2005: 28+31-33, Pfeiffer 2007: 39-41, Rynning 2005: 40f+78-80, Varwick 2008: 90-94 und Washington Summit Communiqué 1999.

Militärische Einsätze sind seit dieser Zeit nicht mehr auf das Mitgliederterritorium beschränkt; der Aktionsradius wurde erweitert und ‚out-of-area‘-Missionen wurden möglich. So ist die NATO heute weniger eine Allianz, die sich auf äußere Bedrohungen gründet, als vielmehr eine Sicherheitsmanagementinstitution (Wallander/Keohane 1999: 44f); Lübckemeier 2008: 307f;).

1.2 Ausgestaltung der Beziehung

Neue Herausforderungen und Erfahrungen nach dem Ost-West-Konflikt ließen neue Kooperations- und Sicherheitsprobleme entstehen. Anstatt für deren Bewältigung neue Institutionen zu etablieren, entschieden sich die Mitgliedsstaaten dazu, den alt bewährten Institutionen neue Funktionen zuzuweisen. EU und NATO wurden neue Aufgaben übertragen, wodurch diese gezwungen wurden sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Gleichzeitig wurde klar, dass in der neuen multipolaren Welt nach dem Ost-West-Konflikt einzelne Staaten oder Institutionen das breite Spektrum an Aufgaben nicht würden bewältigen können. Für EU und NATO bedeutete dies, dass eine stärkere Kooperation und Verschränkung beider Organisationen notwendig wurde (Genscher 2002; Haftendorn 2005: 6).²⁸ Während die Entwicklung beider Institutionen bis zum Anfang der 1990er Jahre eher parallel, teilweise gar gegensätzlich verlief (‚interlocking institutions‘), nahm die Verzahnung seit Mitte der 1990er Jahre zu (‚interlocking institutions‘) (Heise/Schmidt 2008: 297). Diese Entwicklung, lässt sich in drei Phasen einteilen, die von einschneidenden Ereignissen flankiert werden.

1.2.1 1. Phase (1992-1998)

In Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten dominierte Jahre lang die NATO während die WEU als europäischer Pfeiler im Rahmen der Allianz nur eine untergeordnete Rolle spielte (Varwick 2008: 124). Ein Austausch zwischen beiden Institutionen fand kaum statt. Die Entwicklung von WEU und NATO sowie die Bewältigung von Aufgaben verlief parallel anstatt miteinander verzahnt (‚interlocking institutions‘). 1992 beschlossen die NATO-Außenminister, die WEU im Rahmen der Allianz zu stärken, doch erst zwei Jahre später wurde durch die Einrichtung der Combined Joint Task Force (CJTF)²⁹ ein Mittel geschaffen, das

²⁸ Als Einstieg in die Thematik bieten sich Aufsätze von Jean-Yves Haine (2004b) und von Alexander Moens (2003a) an, die kurz und prägnant einen guten Einblick in die Thematik liefern. Eine Analyse von der rechtlichen Seite her bietet Sebastian von Kielmansegg (2005: 227-239).

²⁹ Die CJTF sind „multinationale, streitkräfteübergreifende Formationen, die sich ad hoc aus Modulen um den Kern eines Hauptquartiers herum zusammenstellen lassen“ (Dembinski 2005: 70; vgl. Cornish 1996: 762-764 und Terriff 2003). So können der EU Kapazitäten von NATO-Staaten zur Verfügung gestellt werden, auch wenn diese nicht direkt beteiligt sind. Die Idee dahinter war, „den Europäern die Möglichkeit zu geben, Konfliktmana-

den WEU-Staaten ermöglichte, bei Operationen auf kollektive Kapazitäten der NATO zurückzugreifen (Varwick 2005a: 298f; Whitman 2004: 433f).

Parallel zu dieser Entwicklung trat zunehmend die EU neben der WEU als Akteur im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich hervor. 1992 wurde mit der Gründung der Europäischen Union die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) geschaffen. Die WEU wurde zugleich als „integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union“ (Vertrag von Maastricht, Art. J.4 (2)) gesehen. 1997 wurden durch den Vertrag von Amsterdam die Petersberg-Aufgaben³⁰ in die GASP aufgenommen (Whitman 2004: 435) und zwei Jahre später wurde von beiden Organisationen beschlossen, die WEU komplett in die EU zu integrieren und deren Funktionen auf die EU zu übertragen. Seit 1992 ist eine zunehmende Annäherung zwischen der WEU und der EU einerseits und der beiden europäischen Organisationen mit der NATO andererseits zu beobachten.

Der Entschluss seitens der Außenminister der NATO-Staaten im Januar 1994 zum Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) im Rahmen der Allianz stellte einen weiteren Schritt in der Ausgestaltung ihrer Beziehung dar (NAC 1994; Peters 2004: 391; Solana 1998). Diese war keine unabhängige europäische Politik, sondern sollte den europäischen Pfeiler in der Nordatlantischen Allianz stärken und Aktionen ermöglichen, in denen die Allianz als Ganzes nicht aktiv werden würde (Howorth/Keeler 2003b: 8). Im Juni 1996 kam es zur Unterzeichnung des Berlin-Abkommens,³¹ wodurch der Rückgriff seitens der WEU auf NATO-Kapazitäten und -Strukturen institutionalisiert wurde (Dembinski 2005: 70; NAC 1996, 1997). 1999 wurden diese Bestimmungen de facto auf die EU und Konfliktmanagementoperationen im Rahmen der ESVP übertragen (Quille, et al. 2005: 49), jedoch noch nicht vertraglich festgeschrieben.

Neue politische Herausforderungen nach dem Ost-West-Konflikt, etwa Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa, die Frage nach einer Erweiterung von EU und NATO und einem Stabilitätstransfer in die osteuropäischen Nachbarländer sowie nach Friedensmissionen auf dem Balkan, zwangen die Organisationen zu einer verstärkten Kooperation miteinander. In dieser ersten Phase der Ausgestaltung dieser Beziehung ist ein Wandel von parallelen zu stärker aufeinander bezogenen Handlungen zu vermerken.

gemaßgaben zu übernehmen und dafür Streifkräfte einzusetzen, die ‚separable but not separate‘ von der NATO waren“ (Witte/Rademacher 2005: 273).

³⁰ Für genauere Angaben zu den Petersberg-Aufgaben siehe Kapitel III.1.1.1.

³¹ Durch dieses Abkommen werden der (W)EU Mittel, Kapazitäten und Kommandostrukturen der NATO zur Verfügung gestellt. Der stellvertretende Supreme Allied Commander Europe (DSACEUR), ein europäischer General, wurde mit einem europäischen Hut ausgestattet und wird europäische Operationen führen. Zudem wurde bestimmt, dass alle europäischen NATO-Partner an solchen (W)EU-Missionen teilnehmen können (Dembinski 2005: 70f; Varwick 2008: 134).

1.2.2 2. Phase (1998-2003)

Der Beginn der zweiten Phase wird durch das Gipfeltreffen zwischen Frankreich und Großbritannien in St. Malo (3./4. Dezember 1998) markiert. Veränderte politische Positionen beider Länder ermöglichten eine Einigung zugunsten einer europäischen Verteidigungskomponenten (Whitman 2004: 436); zudem führten neue politische Herausforderungen und die Handlungsunfähigkeit der EU während der Balkankriege den EU-Staaten die Notwendigkeit vor Augen, der Union neue Handlungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)³² wurde aus der Taufe gehoben. Im Juni 1999 wurden auf dem Europäischen Rat von Köln die Weichen für deren zukünftige Entwicklung gelegt (Haine 2004a: 50-52). Strukturen und Kapazitäten wurden im Laufe der folgenden Jahre aufgebaut und ermöglichen der EU eigenständiges Handeln in diesem Politikfeld (Rummel 2002 : 456; Varwick 2007: 160f). Im Gegensatz zur ESVI ermöglichte die ESVP durch die Bereitstellung eigener Mittel der EU ein autonomeres Handeln, ohne dass sich die ESVP losgelöst von der NATO weiterentwickeln würde. Die beiden Organisationen sollen nicht in Konkurrenz zueinander treten, sondern sich gegenseitig ergänzen – eine komplementäre Partnerschaft war das Ziel, doch blieb die konkrete Umsetzung unklar.

Die folgenden Jahre waren in Folge dessen von den Diskussionen um die Ausgestaltung der Beziehung zwischen EU und NATO geprägt. Die NATO wollte ihr Vorrecht in der Verteidigungspolitik wahren. Insbesondere die USA wollten Handlungen seitens der EU von der Zustimmung durch die Nordatlantische Allianz abhängig machen. Die Atlantiker unter den Europäern, zu denen auch Großbritannien zählt, orientierten sich zwar stark an der US-amerikanischen Position, doch wollten auch sie die EU nicht zu deren Lakai machen. Frankreich, welches zu den klar pro-europäisch ausgerichteten Staaten gehört, betonte wiederum die Notwendigkeit einer eigenständigen Rolle der EU. Es wird klar, dass die Mitgliedsstaaten den beiden Organisationen unterschiedliche Funktionen zuweisen, welche Zuschreibung Gegenstand des nachfolgenden Kapitels 2 sein wird.

Die Beziehung zwischen EU und NATO wurde in dieser Phase sukzessive institutionalisiert. Auf unterschiedlichen Ebenen finden seit 2001 Konsultationen zwischen Vertretern beider Institutionen statt (Haftendorn 2007: 146f; Hofmann/Reynolds 2007: 4-6; Witte/Rademacher 2005: 275; Varwick 2005a: 300). Am 16. Dezember 2002 wurde schließlich eine gemeinsame Erklärung zur ESVP abgegeben, in welcher die Bedeutung beider Organisationen und ihrer strategischen Partnerschaft hervorgehoben wurde. (Cornish/Edwards 2005: 816; Howorth 2007: 168f; Whitman 2004: 442). Diskussionen über das Berlin-Plus-

³² Für detaillierte Informationen zur Entwicklung der ESVP vgl. Analysen von Heisbourg 2000: 4-12, Haine 2004a, Moens 2003b, Peters 2004 und Varwick 2005a: 287-303.

Abkommen,³³ durch welches die NATO der EU den Zugriff auf ihre Ressourcen und Strukturen gestatten und auf diese Weise EU-geführte Missionen unterstützen würde, auch wenn sie als Ganzes nicht beteiligt war, hielten an (Cornish 2003: 5). Eine endgültige Einigung über die Vereinbarungen erfolgte am 17. März 2003, wodurch die dritte, aktuell anhaltende Phase eingeläutet wurde.

1.2.3 3. Phase (seit 2003)

Die dritte Phase beginnt mit der Umsetzung der beschlossenen Kooperation in der Praxis. Mit der ersten ESVP Mission im Jahre 2003 unterstrich die EU ihre operationelle Einsatzfähigkeit. Militärische Aktionen können unter Rückgriff auf Berlin-Plus und somit auch auf NATO-Kapazitäten durchgeführt werden. Gleichzeitig besteht für die EU durch den Aufbau eigener Mittel die Möglichkeit, Operationen autonom durchzuführen. Somit besitzt sie zunehmend eine Eigenständigkeit und kann ihre Abhängigkeit von der NATO verringern. Das jeweilige Handeln von EU und NATO in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordert gleichzeitig eine konkrete Zusammenarbeit beider Akteure.

Die Verabschiedung von Berlin-Plus, Vereinbarungen über Konsultationen von Vertretern beider Institutionen sowie einer EU-Zelle beim NATO-Hauptquartier SHAPE und einem NATO-Verbindungsbüro beim EU-Militärstab (EUMS) (Heise/Schmidt 2005: 74-76; Quille, et al. 2005: 51; Varwick 2007: 168) stellt den vertraglichen Rahmen dar. Auf diese Weise wurden Diskussionsforen geschaffen, wo Fragen nach Aktionsradius und Arten der Missionen sowie Art der Kooperation besprochen werden können.

Neben der institutionellen Verzahnung ist es notwendig, dass auch auf politischer und operativer Ebene eine verstärkte Kooperation stattfindet. Dabei stellt sich die Frage, wie eine Partnerschaft ausgestaltet werden soll und welche Funktionen von beiden Organisationen jeweils übernommen werden sollen. Aufgrund der Fülle neuer Aufgaben erscheint es sinnvoll, dass EU und NATO eine Arbeitsteilung vornehmen und die Mitgliedsstaaten ihnen bestimmte Funktionen zuweisen. In diesem Abschnitt soll nicht im Detail auf die Ausgestaltung der Beziehung eingegangen werden, da sich die nachfolgenden Kapitel ausführlich diesem Thema widmen werden. An dieser Stelle bleibt nur festzuhalten, dass sich durch gemeinsames Handeln und praktische Erfahrungen im Laufe der Zeit zwischen EU und NATO eine gewisse Arbeitsteilung und strategische Partnerschaft entwickelt zu haben scheint.

³³ Die Berlin-Plus-Vereinbarungen bestehen aus folgenden Elementen: ein Geheimschutzabkommen (24.03.2003), durch welches der Austausch von Informationen geregelt wird, dem garantierten Rückgriff auf NATO-Kapazitäten, den „Terms of Reference“ für den DSACEUR, der als European Operation Commander fungieren würde, und Konsultationsmechanismen. Für weitere Analysen zum Zustandekommen und Inhalt des Abkommens vgl. Dietrich 2006: 382-390, Witte/Rademacher 2005: 275f und Quille et al. 2005: 49f.

2. Funktionszuweisung durch die Mitgliedsstaaten

Im vorangegangenen Kapitel wurde die Entwicklung der Beziehung von EU und NATO in Grundzügen dargestellt. Nun stellt sich die Frage, wie diese Entwicklung einer zunehmenden Verschränkung beider Institutionen zu erklären ist und ob sich tatsächlich eine funktionale Arbeitsteilung entwickelt hat. Dem rationalen Institutionalismus zu Folge schreiben Mitgliedsstaaten ihren Institutionen aufgrund rationaler Kosten-Nutzen-Kalküle bestimmte Funktionen zu. Auf diesem Wege kann es auch zu einer Überlappung dieser kommen, wenn bestimmte Politikprobleme und Aufgabenbereiche verschiedenen Institutionen zugewiesen werden. Eine Partnerschaft zwischen EU und NATO ist in solch einer Situation erforderlich und entspricht durchaus den rationalen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten. Änderungen in den äußeren Bedingungen machen die Übernahme neuer Funktionen erforderlich. Aufgrund der zunehmenden Breite der neuen Aufgabe können einzelne Institutionen diese nicht mehr alleine bewältigen – die Entwicklung einer Arbeitsteilung ist die logische Konsequenz.

Das folgende Kapitel wird anhand der Positionen vierer Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland) zur (W)EU und NATO analysieren, welche Funktionen diese ihnen zuschreiben und welche Haltung sie zur Kooperation beider Institutionen einnehmen. Veränderungen der Positionen einzelner Staaten in den drei zuvor dargestellten Phasen sollten zu einem Wandel in den Beziehungen von ‚interblocking‘ zu ‚interlocking institutions‘ und zur Entwicklung einer funktionalen Arbeitsteilung und strategischen Partnerschaft führen.

2.1 Positionen zur (W)EU

Anfang der 1990er Jahre drängten die Europäer zunehmend in den Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Neben die Wirtschaftspolitik traten verstärkt politische Themen. Mit der Gründung der Europäischen Union 1992 wiesen die Mitgliedsstaaten dieser mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) neue Aufgaben zu. Sukzessiv wurden somit die Funktionen der EU im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich ausgeweitet. Gleichzeitig stellte sich die Frage, wie diese genau ausgestaltet werden sollten und wie die Kooperation mit der größten transatlantischen Sicherheitsinstitution, der NATO, aussehen sollte.

2.1.1 USA

Grundsätzlich unterstützen die Vereinigten Staaten von Amerika die europäische Integration (Brimmer 2007: 9). Der Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-

komponenten stehen sie jedoch von Anfang an ambivalent gegenüber. Einerseits wird von der USA insbesondere seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine Lastenteilung und ein stärkerer Beitrag der Europäer zur eigenen Verteidigung gefordert, andererseits fürchtet sie eine zu starke europäische Autonomie und eine Abkoppelung vom transatlantischen Bündnis (Kaim 2007: 309f-311). Der Forderung nach einer stärkeren transatlantischen Lastenteilung steht eine begrenzte Bereitschaft gegenüber, politische Macht und Entscheidungsfindung zu teilen.

2.1.1.1 1. Phase (1992-1998): Zugeständnisse an Europäische Initiativen

Verteidigungspolitische Fragen sollten im Rahmen der NATO diskutiert werden. Auf die Vorbereitungen des Vertrages von Maastricht reagierte die Bush Senior Regierung mit scharfer Kritik. Zwar wurden Schritte zur stärkeren Beteiligung der Europäer und somit zur Entlastung der Vereinigten Staaten begrüßt, solange sie die Verteidigung innerhalb der NATO stärkte (Donfried 1994: 161), doch wurde befürchtet, dass durch diese Europäische Initiative von 1991/92 die Nordatlantische Allianz untergraben werden könnte. In zahlreichen Reden, Briefen und Demarchen, etwa der Dobbins-Bartholomew Demarche³⁴ vom Februar 1991, wurde die Skepsis der US-Regierung geäußert (Link 2000: 922; Sloan 2000: 6f). Die US-Vorbehalte fasst Ingo Peters (2004: 390) in den folgenden fünf Punkten, die zur Grundlage der US-Haltung gegenüber der EU wurden, zusammen:

1. No decoupling: Europäische Verteidigungselemente dürfen nur innerhalb der NATO etabliert werden. Die NATO bleibt weiterhin erste Wahl bei Sicherheits- und Verteidigungsfragen.
2. Retain veto for the United States: Die USA ist um ihren Einfluss in Europa bedacht und will sicher gehen, dass kein europäischer Block entsteht, auf den sie bei Entscheidungen keinen Einfluss hat.
3. No entrapment: Die Vereinigten Staaten wollen verhindern, dass die Europäer ohne vorherige Konsultation mit ihnen Entscheidungen in diesem Politikfeld treffen, die sie letztlich nicht umsetzen können und schlussendlich doch sie selber eingreifen müssen.
4. No duplication: NATO-Strukturen und -Einrichtungen sollen nicht dupliziert werden.
5. No discrimination: Nicht-EU Staaten der NATO sollen von europäischen Entscheidungen nicht ausgeschlossen werden.

³⁴ Reginald Bartholomew war zu dieser Zeit Staatssekretär im Außenministerium und für Internationale Sicherheitsfragen zuständig. In seinem Memorandum an die NATO EG-Staaten warnte er vor den negativen Konsequenzen für die Allianz, wenn eine europäischer Verteidigung geschaffen würde (vgl. Donfried 1994: 159). Der Druck auf die europäischen Staaten stärkte letztlich bei der intergouvernementalen Konferenz in Maastricht die Skeptiker unter den Europäern (Burghardt 2006: 12) – Verteidigungspolitik verblieb im Bereich der NATO.

Die Bush Senior Regierung sah in den Ambitionen der Europäer nach einer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik, die Möglichkeiten zur Erweiterung auf die Verteidigungspolitik bot, eher eine Gefährdung der NATO und der transatlantischen Beziehungen als eine Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft. In einem internen Defense Planning Guidance des Pentagons hieß es diesbezüglich: „While the United States supports the goal of European integration, we must seek to prevent the emergence of European-only security arrangements which would undermine NATO, particularly the alliance’s integrated command structures“ (abgedruckt in der New York Times, 08.03.1992; vgl. Tyler 1992). NATO und US-Vorherrschaft in Europa und bei Verteidigungsfragen wurden seitens der Amerikaner deutlich betont.

Mit dem Amtsantritt von Bill Clinton verschwanden die Sorgen zwar nicht, doch änderte sich der Ton in den Äußerungen gegenüber der (W)EU. Während zuvor bei dem Slogan „Yes, but“ das „but“ hervorgehoben worden war, lag nun die Betonung auf der Unterstützung der europäischen Bemühungen (Oudenaren 2008: 55; Peters 2004: 391). Eine stärkere Verantwortung der Europäer in europäischen Sicherheitsfragen wurde seit langem gefordert und konnte in den Augen der US-Regierung die NATO und somit insbesondere die USA nur entlasten: „A capable European defense identity and effective cooperation between NATO and the Western European Union are critical elements of this relationship. Fortifying the European Pillar of the Alliance contributes to European stability and transatlantic burden-sharing“ (Außenminister Christopher 1994b). Ein erster Schritt Richtung europäische Eigenständigkeit wurde 1994 auf dem NATO-Gipfel unternommen. Nachdem Frankreich eine sanfte Annäherung an die NATO machte, sprach sich Präsident Clinton für die europäischen Pläne einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) aus. Mit der Schaffung des Combined Joint Task Force-Konzeptes sollten die Europäer über den europäischen Pfeiler in der Allianz, der WEU, auf NATO-Kapazitäten und -Strukturen zurückgreifen können (Link 2000: 922f). Im Juni 1996 bekräftigte die USA beim NATO-Ministertreffen ihre Unterstützung für die ESVI und das Konzept der CJTF (Rudolf 2004a: 275). Aus militärischen Kreisen war gleichzeitig zu vernehmen, dass dieses Abkommen genauer spezifiziert werden müsste, um Fragen der praktischen Umsetzung, etwa danach, welche Strukturen und Kapazitäten durch die WEU genutzt werden könnten oder welche NATO-Mitarbeiter der WEU zuarbeiten sollten, zu klären (Garnett 1996).

Clintons Wohlwollen gegenüber der europäischen Initiative ist zum einen darin begründet, dass außenpolitische Themen am Beginn seiner Amtszeit nicht an oberster Stelle der Agenda standen (Peterson 1994: 412) und er daher den Europäer mehr Spielraum einräumte und zum anderen darin, dass jegliche Entlastungen der USA sehr willkommen waren, um die ange-

schlagene Wirtschaft zu entlasten (Dembinski 1999: 26f; Hils/Wilzewski 2004: 197f). Trotz dieser positiven Einstellung war eine Abkoppelung der ESVI von der Nordatlantischen Allianz unvorstellbar. Das CJTF-Konzept beruhte auf dem Prinzip separierter, aber nicht separater Fähigkeiten und Strukturen; autonome Entscheidungsstrukturen und Fähigkeiten sollten die Europäer nicht aufbauen. Die ESVI sollte sich nicht außerhalb der Allianz entwickeln, sondern in diese integriert werden (Haftendorn 1999b: 280; Maddox 2001: 27). Das Primat der NATO wurde nicht angetastet.

Durch Zugeständnisse seitens der USA sollte die WEU und mit ihr die EU eine größere Handlungsfreiheit bekommen. In Situationen, in denen die Allianz als Ganzes nicht handelte, sollten die Europäer Reaktionsmöglichkeiten besitzen, um einen Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten. Kollektive Verteidigung sollte jedoch weiterhin im Rahmen der NATO erfolgen. Ebenso würde Konfliktmanagement, wenn auch durch die Petersberg-Aufgaben 1992 in den WEU- und 1997 in den EU-Katalog übernommen, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in den neuen Aufgabenbereich der NATO fallen, da die Europäer zu der Bewältigung dieser Aufgaben (noch) nicht fähig seien.

Zusammenfassend kann betont werden, dass die USA unter Clinton eine aktivere Rolle der (W)EU in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten tolerierte, diese Unterstützung jedoch an die Bedingung knüpfte, dass die NATO ihre Führungsrolle beibehielt und europäische Initiativen die Nordatlantische Allianz nicht unterwandern würden. Ebenso wurden Entwicklungen, welche die Vormachtstellung der USA in Europa gefährden könnten, kategorisch abgelehnt (Kupchan 2002: 320).

2.1.1.2 2. Phase (1998-2003): „3 D's“

1998 änderte sich mit der Einigung Großbritanniens und Frankreichs in St. Malo und dem Europäischen Rat in Köln im darauffolgenden Jahr der Inhalt der europäischen Verteidigungsinitiative (Howorth 2003b: 16f). Mit der Gründung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) traten die Europäer zunehmend als eigenständiger Akteur auf und aus dem Verbund der NATO heraus. Während die ESVI noch klar innerhalb der NATO angesiedelt war, entwickelte sich die ESVP außerhalb der Allianz. Alte Befürchtungen seitens der Vereinigten Staaten vor einer Loslösung von dem Atlantischen Bündnis wurden wach (Lindstrom 2003: 18). An der Forderung nach mehr europäischer Verantwortung hatte sich zwar nichts geändert, doch hatten die Amerikaner nicht daran gedacht, dass eine solche europäische Autonomiefrage in naher Zukunft auf der Agenda stehen würde. So versuchte Präsident Clinton in seiner Politik gegenüber Europa eine Balance zwischen einer grundsätzlichen

Unterstützung der ESVP und Bedingungen für deren Akzeptanz zu finden (Howorth 2003b: 17).

Diesbezüglich bezog Außenministerin Madeleine Albright in ihrem als „3Ds“ bekannt gewordenen Artikel in der *Financial Times* (07. Dezember 1998) Stellung. Die St. Malo Initiative Großbritanniens und Frankreichs und die Ambitionen der Europäer, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung zu übernehmen, wurden grundsätzlich begrüßt; doch wurde die Unterstützung an drei Bedingungen geknüpft:

1. No decoupling: Die ESVP darf sich nicht vollkommen losgelöst von der NATO entwickeln, die Allianz muss weiterhin zentraler Bezugspunkt in der transatlantischen Sicherheitspolitik bleiben.
2. No duplication: NATO-Strukturen und -Kapazitäten sollen von den Europäern nicht dupliziert werden.
3. No discrimination: NATO-Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, dürfen vom europäischen Entscheidungsprozess nicht ausgeschlossen werden.

Mit ihren drei Konditionen knüpfte Albright an die Dokumente von 1991 an, in denen bereits ähnliche Punkte festgehalten worden waren. Der stellvertretende Außenminister Strobe Talbott äußerte im Oktober des darauffolgenden Jahres seine Bedenken gegenüber der europäischen Verteidigungskomponenten und bezog sich, obwohl die ESVP bereits existierte, immer noch auf die ESVI,³⁵ welche innerhalb der NATO angesiedelt war: „We would not want to see an ESDI that comes into being first within NATO but then grows out of NATO and finally grows away from NATO, since that would lead to an ESDI that initially duplicates NATO but that could eventually compete with NATO“ (Talbott 1999a: 56). Der EU wurde von den USA zwar seit dieser Zeit mehr Handlungsfreiheit eingeräumt; außerdem wurde sie zu mehr Verantwortung herangezogen und zur Übernahme von Lasten aufgefordert, doch blieben Sorgen vor einer Abkoppelung von der Allianz bestehen (The Guardian, 24. November 1999).³⁶ Aus diesem Grund wurde stets betont, dass die ESVI bzw. ESVP die Allianz ergänzen und stärken und nicht ersetzen sollte (Lindley-French 2000: 3; Rudolf 2004a: 276f; Talbott 1999b, 1999c).

³⁵ In Reden und offiziellen Dokumenten wurden in den folgenden zwei bis drei Jahren in der Regel weiterhin von der ESVI gesprochen, wodurch verdeutlicht wurde, dass eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungskomponente innerhalb der NATO stattfinden und sich nicht, wie es sich mit der ESVP andeutete, autonom entwickeln sollte. Erst ab 2000/01 wird ausschließlich von der ESVP geredet. US-NATO Botschafter Alexander Vershbow vertrat die Ansicht, dass die ESVP die ESVI nicht ersetze, sondern ihr eine weitere Dimension gebe. Gegenstand sei es die kollektiven Kapazitäten zu erhöhen und die Bandbreite an Handlungsmöglichkeiten für die Lösung europäischer Sicherheitsprobleme zu erweitern (Lindley-French 2000: 22f).

³⁶ Einen guten Überblick über Hoffnungen und Befürchtungen der USA gegenüber der ESVP haben Stanley Sloan (2000: 40-48) und Oliver Thränert (2002) verfasst.

Den Sorgen vor einer Loslösung von der NATO stand eine andere gegenüber. Nämlich die, dass die EU zwar Ambitionen zum Handeln in Konflikten habe, doch aufgrund fehlender einheitlicher Positionen und militärischer Kapazitäten dazu gar nicht in der Lage war (Bolton 1999; Brimmer 2007: 17-20; Campbell 2002: 212-215). Die EU müsse daher ihren Worten Taten folgen lassen und militärische Mittel aufbauen,³⁷ um in Verteidigungsangelegenheiten überhaupt handeln zu können. (Cohen 1999b; Drozdiak 2000). Die Verabschiedung des Helsinki Headline Goals wurde daher von den USA ganz klar befürwortet und ein zügiger Ausbau der militärischer Kapazitäten gefordert (Cohen 2000c; Talbott 1999d; Vershbow 2000). Skepsis gegenüber den europäischen Projekten verschwand nie vollkommen,³⁸ doch sollte durch einen europäischen Beitrag die atlantische Gemeinschaft gestärkt werden.

In der Rhetorik übernahm die USA von NATO-Generalsekretär Lord Robertson die „3 Is“: „indivisibility of transatlantic security, improvement of European capabilities and inclusiveness of all European allies“ (Verteidigungsminister Cohen 2000a, 2000b). Transatlantische Sicherheit blieb weiterhin unteilbar und sollte unter dem Dach der NATO stattfinden, ebenso sollte kein Mitglied von den unterschiedlichen Verteidigungsinitiativen ausgeschlossen sein. Durch den besseren Einsatz von Ressourcen und den Aufbau neuer Mitteln auf beiden Seiten des Atlantiks sollte die Handlungsfähigkeit aller Akteure gestärkt werden. Inhaltlich änderte sich wenig, doch strahlten die „3Is“ eine positivere Wirkung bezüglich der transatlantischen Partnerschaft aus.

1999 wurde auf dem NATO-Ministertreffen in Washington das Berlin-Abkommen für die EU bestätigt (Cohen 2000d; Vershbow 2000: 112), doch konnten sich die Staats- und Regierungschefs nicht auf die genauen Modalitäten einigen. Die folgenden Jahre waren daher von Verhandlungen zur konkreten Ausgestaltung der EU-NATO Beziehung geprägt. Zur Diskussion standen dabei die Fragen nach dem gesicherten Rückgriff der EU auf NATO Planungskapazitäten und nach der praktischen Kooperation der EU- und NATO-Organe (Albright et al. 2000). Nachdem die EU immer zielstrebig die ESVP ausbaute, wollte die USA sicherstellen, dass die Umsetzung auch in der Praxis erfolgte und Handlungen seitens der Europäer zu einer Entlastung der USA führten. Das Primat der NATO wurde nicht angetastet (Rumsfeld

³⁷ Hierbei müsste die EU darauf achten Kapazitäten der NATO nicht zu duplizieren, wodurch zum einen Ressourcen verschwendet (Menon 2001: 460) und zum anderen die NATO unterwandert würde.

³⁸ Der Vize-Präsident des American Enterprise Institute, John Bolton, sah in der ESVI und besonders der ESVP eine Bedrohung für die NATO und die USA. Zum einen fürchtete er, dass die EU ohne vorherige Konsultationen mit den USA handeln könnte und zum anderen, dass sie aufgrund fehlender Mittel nur halbherzige Maßnahmen würden durchführen können und dadurch Situationen in Krisengebieten nur verschlimmern würde (Bolton 2000).

2001a), doch in Situationen, in denen die Allianz als Ganzes nicht handelte,³⁹ sollte die EU die Möglichkeit besitzen, auf Krisen zu reagieren und Funktionen im Krisenmanagement zu übernehmen.⁴⁰ Aus Sicht der Vereinigten Staaten waren diese Aufgaben am unteren Ende der Skala angesiedelt; Militäreinsätze höchster Intensität verblieben im alleinigen Aufgabenbereich der NATO (Kaim 2007: 317; Knowlton 2000).

Die USA hatte ein besonderes Interesse daran, die Beziehung zwischen den beiden Organisationen zu institutionalisieren, um ihren Einfluss in Europa nicht zu verlieren, die Anbindung an die NATO zu garantieren und sicherzustellen, dass Kapazitäten nicht dupliziert, gleichzeitig jedoch ergänzende Fähigkeiten seitens der Europäer aufgebaut wurden (Albright 2000c; Rühle 2001: 419). So betonte Verteidigungsminister Cohen (2000e) „the need to assure EU access to NATO operational planning machinery“. Außenministerin Albright (2000c) fügte hinzu: “We need to put in place reliable arrangements for regular consultations to ensure the effective partnership between the EU and NATO that we all seek.” Konkurrenzdenken seitens der US-Administration war der Einsicht gewichen, dass die ESVP die NATO und somit die transatlantische Gemeinschaft ergänzen und stärken konnte. Eine strategische Partnerschaft rückte daher auf der politischen Ebene immer stärker in den Fokus der Beteiligten.

Die Vereinigten Staaten unterstützten den Abschluss der Berlin-Plus Vereinbarungen. Eine stärkere institutionelle Verzahnung zwischen NATO und EU war in ihrem Interesse, um die ESVP im Rahmen der NATO entwickeln zu lassen:

„The U.S. agreed to Berlin Plus to allow the EU to develop capacity independent of NATO without reducing NATO’s preeminence in security concerns and duplication of efforts. Access to the operational planning capability of Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) meant that the EU would not have to duplicate structures and develop international planning capabilities already resident at SHAPE” (deCamp 2005: 6, Report der US-Armee).

Durch den Rückgriff auf NATO-Planungskapazitäten würde der EU zu einem gewissen Grad eigenständiges Handeln ermöglicht, doch würde dieses Agieren im größeren Rahmen der Allianz stattfinden. Zudem wurde hervorgehoben, dass die EU erst handeln solle, wenn diese sich dazu entschieden habe nicht einzugreifen (NATO’s right of first refusal; vgl. Howorth 2000a: 65; Vershbow 2000: 113).

³⁹ Für Verteidigungsminister Rumsfeld ist dieser Punkt zentral bei der Entwicklung von der ESVP: „Those pursuing a European Security and Defense Policy will need to be vigilant to ensure that this project is managed and handled in a way that adds capabilities to NATO, embeds defense planning in NATO and that activities are arranged so that NATO has the right of first refusal. (...) NATO is our organization of choice and ESDP applies only where NATO has chosen not to act collectively” (Rumsfeld 2001b).

⁴⁰ Vgl. Albright 2000c; Bush/Blair 2001a; Bush/Robertson 2001; Bush/Schröder 2002; Cohen 2000d; Kaim 2007: 313; Powell 2001a.

2.1.1.3 3. Phase (seit 2003): *Begrenztes europäisches Konfliktmanagement*

In den ersten beiden Phasen wurde seitens der Amerikaner vornehmlich Stellung bezüglich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bezogen und Bedingungen an die Unterstützung von ESVI und ESVP geknüpft. Seitdem die EU seit 2003 eigenständig Friedensmissionen durchführt, wird die Funktionszuschreibung an die Institutionen deutlicher. Neben der anhaltenden Betonung der Bedeutung der internen Funktionen, wie der parallelen Erweiterungen von EU und NATO und dem Nutzen der NATO als transatlantisches Kommunikationsforum, wird die EU angehalten ihren Beitrag zur eigenen Sicherheit und Verteidigung und zum internationalen Konfliktmanagement zu leisten.

Erste Rufe nach einer gewissen Arbeitsteilung zwischen NATO und EU waren bereits 2000 zu vernehmen als Condoleezza Rice, zu dem Zeitpunkt noch außenpolitische Beraterin des Gouverneurs George W. Bush, langanhaltendes Peacekeeping auf dem Balkan vor allem als Aufgabe der Europäer bezeichnete (Hönicke Moore 2002: 151). Die USA würde zwar weiterhin NATO Peacekeeping-Truppen unterstützen, doch sei es an der Zeit, dass die Europäer im Krisenmanagement aktive Aufgaben übernähmen. „When it comes to nation-building or civilian administration or indefinite peacekeeping, we do need for the Europeans to step up to their responsibilities“ (zitiert nach Knowlton 2000). Aufgaben am unteren Ende des Konfliktmanagements, etwa humanitäre Missionen oder kleinere Peacekeeping-Operationen, werden klar der EU zugeschrieben (Jones 2003). Eine Übernahme von Aufgaben höherer Intensität hält die USA aufgrund fehlender Kapazitäten in naher Zukunft allerdings für unmöglich (Archick/Gallis 2004: 14).

Die Übernahme erster EU-Missionen auf dem Balkan wurden daher von den Vereinigten Staaten ausdrücklich begrüßt (Jones 2004; Larson 2003) und demonstrierten das praktische Funktionieren von „Berlin-Plus“ und den Rückgriff auf NATO-Strukturen und -Kapazitäten. In den Augen der USA

„provides Berlin Plus a foundation for a strong NATO-EU partnership and also serves as the basis for a credible ESDP. We do not need duplicative structures. (...) Planning should be anchored at NATO. Our position is that NATO is and should always continue to be the pre-eminent security structure for the trans-Atlantic community“ (Under Secretary for Political Affairs beim Außenministerium Grossmann 2003).

Eine gewisse Skepsis ist weiterhin zu erkennen; militärische Missionen seitens der Europäer sollen im Rahmen des Berlin-Plus Abkommens ablaufen, um keine autonome ESVP entstehen zu lassen.

Während die NATO ihre militärische Macht zur Geltung bringen kann, hat die EU aus Sicht der Amerikaner besonders im zivilen Konfliktmanagement und der Kombination unterschiedlicher Mittel ein starkes Potential:

„In Bosnia, NATO has provided the military forces for security, the UN and then the EU provided the policing advisory role, and the EU and a host of nations and non-governmental organizations provided development aid projects. (...) The EU (...) can combine the military effort with existing EU political, monitoring, economic and police missions” (deCamp 2005: 9).

Diese Aussage bezieht sich zwar auf den Einsatz in Bosnien, kann jedoch als Beispiel für die US-Einstellung bezüglich der Arbeitsteilung von NATO und EU gelten. Während die NATO und insbesondere die US-Truppen für militärische Aufgaben höchster Intensität zuständig seien (Lindley-French 2002: 51), sei die EU für Peacekeeping-Missionen niedriger Intensität in der eigenen Peripherie sowie für ziviles Peacebuilding und Post-Konflikt-Management zuständig (Schmidt 2003a). Ein Beitrag der Europäer in diesen Bereichen würden NATO und USA entlasten und ihre Truppen für andere Gebiete und Aufgaben frei machen (deCamp 2005: 12-14). Auf diesem Weg könnte die EU einen entscheidenden Beitrag bei der Konfliktregulierung leisten und wäre für die US-Außenpolitik von Nutzen.⁴¹

Eine völlig einheitliche Position innerhalb der US-Administration gibt es nicht. Während die meisten hochrangigen Politiker die oben beschriebene Arbeitsteilung befürworten, gibt es Personen, die eine strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO in den Mittelpunkt stellen (Howorth 2003b: 25f). So warnt Verteidigungsminister Robert Gates (2008) vor einer klaren Trennung militärischer und ziviler Mittel: „Security has economic, political, and social dimensions. (...) In the future, the E.U. and NATO will have to find ways to work together better, to share certain roles – neither excluding NATO from civilian-military operations nor barring the E.U. from purely military missions.” Er plädiert zusammen mit europäischen Staaten und NATO-Generalsekretär Japp de Hoop Scheffer für eine stärker komplementäre Beziehung von EU und NATO.⁴²

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass eine gewisse Eigenständigkeit der Europäer von der USA befürwortet wird. Insbesondere nach dem 11. September schreiben die Vereinigten Staaten der NATO neue erweiterte Funktionen im externen Konfliktmanagement zu.

⁴¹ Während die USA der EU vorwirft aufgrund fehlender Mittel zu militärischen Operationen höchster Intensitätsstufe nicht fähig zu sein, dreht Andrew Moravcsik das Bild um. Die USA sei weder willens noch fähig ziviles Konfliktmanagement zu betreiben. Aus diesem Grund sei sie für ein breites und nachhaltiges Krisenmanagement auf die EU und ihre Fähigkeiten angewiesen. Die Vereinigten Staaten müssten daher lernen, die EU einzubeziehen und deren Kapazitäten zu nutzen. Sowohl die USA als auch die EU besäßen nicht das volle Spektrum an Mitteln, um unilateral handeln zu können. Beide Seiten seien voneinander abhängig und müssten aus diesem Grund verstärkt kooperieren (Moravcsik 2005).

⁴² Von politikwissenschaftlicher Seite wird ähnlich argumentiert. Eine militärisch stärkere EU könnte für die USA und die NATO von Nutzen sein. Die EU sollte daher nicht alleine auf zivile Mittel beschränkt werden, sondern auch militärisch tätig werden können (Garden 2001). Grundsätzlich sei eine Kombination von ‚hard‘ und ‚soft‘ Power notwendig. Aus diesem Grund müssten NATO und EU ihre Mittel kombinieren und nicht miteinander konkurrieren (Sloan/Borchert 2005). Für eine transatlantische Partnerschaft plädiert auch Johannes Varwick, welcher der Meinung ist, dass die USA und Europa einander benötigten und gegenseitig ergänzten (vgl. Varwick 2003; Weidenfeld 2003).

Aufgaben in den Balkanländern stehen nicht mehr an oberster Priorität. Die EU nutzt diese Lücke, um Aufgaben bei der Konfliktbewältigung zu übernehmen und die USA lässt dies zu bzw. wünscht dieses Engagement (Peterson/Pollack 2003b; Rotte 2002: 348f).

2.1.2 Großbritannien

Großbritanniens hat gegenüber der europäischen Integration eine skeptische Position eingenommen und Euro-Skeptiker gibt es immer noch viele. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich das Land lange der europäischen Integration entzog und nach dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft die kooperative statt integrative Politik betonte und allein die Wirtschaftspolitik im europäischen Rahmen verhandelt sehen wollte. Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde ausschließlich in den Handlungsbereich der Nationalstaaten und der NATO verordnet. Erst mit dem Amtsantritt von Tony Blair 1997 änderte sich die britische Haltung gegenüber einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungskomponenten.

2.1.2.1 1. Phase (1992-1998): Widerwillige Zugeständnisse an die (W)EU

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes änderte sich an der Europapolitik Großbritanniens zunächst wenig. Zwar wollte Premierminister John Major sein Land ins Zentrum der Europäischen Gemeinschaft rücken, doch konnte er dieses Ziel aufgrund zahlreicher Europaskeptiker in den eigenen Reihen nicht durchsetzen (Robertson 1990; Volle 1994: 392). Verstärkte Integrationsbemühungen der europäischen Partner stießen in Großbritannien auf Widerstand (Deutschmann 2002: 60). Auf der intergouvernementalen Regierungskonferenz, die zum Vertrag von Maastricht führte, sollte aus britischer Perspektive lediglich der Status quo erhalten und die Wirtschaftspolitik zentral bleiben. In der Außenpolitik akzeptierte Major zwar den Übergang von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zur GASP, doch sprach er sich klar gegen eine Vergemeinschaftung dieser aus; die GASP sollte nur in der intergouvernementalen zweiten Säule der Europäischen Union angesiedelt werden (Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 47f; Volle 1994: 385).⁴³ In den Augen der britischen Regierung sollte es allenfalls eine Kooperation der europäischen Staaten in der Außenpolitik geben, Sicherheits- und Verteidigungspolitik hingegen sollte den Nationalstaaten vorbehalten bleiben (Martin/Garnett 1997: 134f) und allein im Rahmen der NATO statt finden, welcher ein Primat in diesem Politikbereich eingeräumt wurde. Gleichzeitig war Großbritannien der Ansicht, dass Europa gar nicht fähig sei, in diesem Politikfeld zu agieren (Deutschmann 2002: 58);

⁴³ Diese Position änderte sich auch in den folgenden Jahren nicht. Großbritannien sprach sich wiederholte Male gegen eine Supranationalisierung der EU aus. Europäische Integration wurde daher begrenzt (Außenminister Rifkind 1996b).

fehlende Kapazitäten und Strukturen würden europäische Aktionen unmöglich machen. Erste Anzeichen seitens der anderen europäischen Staaten zum Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungskomponenten wurden kategorisch abgelehnt. Die vorsichtigen Formulierungen bezüglich der potentiellen Möglichkeit der Bildung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Maastricht, auch wenn allein schon die bloße Erwähnung dieser ein Novum darstellt, sind zum großen Teil den Vorbehalten Großbritanniens geschuldet. Anfang der 1990er Jahre bekam die EU keine Funktion in diesem Politikfeld zugeschrieben.

In dieser Zeit änderte sich gleichzeitig die britische Position gegenüber der WEU. Eine größere Rolle dieser im europäischen Sicherheitsumfeld wurde akzeptiert. In dieser britischen Position – contra europäische Verteidigungsinitiativen, zunehmend pro WEU im Rahmen transatlantisch-europäischer Sicherheit und Verteidigung – könnte man, so Paul Cornish, leicht eine schizophrene und ambivalente Haltung sehen, doch spiegele sie ihm zufolge die gegensätzlichen Politiken in Großbritannien wider (Cornish 1999: 54).⁴⁴ Die WEU sollte außerhalb der EU als unabhängige Institution bestehen bleiben und für die inhaltliche Ausgestaltung der europäischen Sicherheit und Verteidigung im Rahmen der NATO verantwortlich sein sowie eine Brückenfunktion zu dieser einnehmen (Bluth 1994: 401; Deutschmann 2002: 61). Sicherheits- und Verteidigungsfragen blieben bei der NATO verankert, die WEU sollte bei der Umsetzung der Politik unterstützen. Für Großbritannien war die WEU somit eher ein Mittel zum Zweck, als ein Wert an sich (Clarke 1998; Cornish 1999: 58f).

Innereuropäischer Druck zu mehr Integration und die Befürchtung in europäischen Fragen isoliert zu werden sowie die Angst vor einer Reduktion des US-Engagements in Europa, welches sich Anfang der 1990er Jahre abzuzeichnen begann, waren Ursache dafür, dass sich Großbritannien in den folgenden Jahren in europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfragen kompromissbereit zeigte. Die Handlungsunfähigkeit der EU während der Balkankrisen Mitte der 1990er Jahre und die Forderung der USA nach mehr europäischer Beteiligung spielten ebenfalls eine Rolle. Die führenden Politiker richteten sich in diesem Politikfeld stark an den europäischen Nachbarn und vor allem an den USA aus (Deutschmann 2002: 62). Ein Rückzug dieser aus Europa war nicht im Interesse der Briten. Durch die Umsetzung einer von den Amerikanern geforderten stärkeren Lastenteilung, sollte die Bedeutung als transatlantischer

⁴⁴ Eine pro-europäischere Position nahm Tony Blair ein. In einer Rede aus dem Jahr 1996 sprach er sich für eine stärkere Integration Großbritanniens in die EU aus. Er habe „keinen Zweifel daran, dass die Zukunft Großbritanniens in der EU liegt, im Mittelpunkt der Geschehnisse, nicht am Rande“ (Blair 1996:121). So sprach er sich für die EU-Erweiterung aus und war der Ansicht, dass der GASP mehr Substanz verliehen werden müsse, wenn „Europa eine glaubwürdige und wirksame Außenpolitik“ (Blair 1996: 122) betreiben wolle.

Partner hervorgehoben und ein Verbleiben der Vereinigten Staaten in Europa sichergestellt werden (Hill 1996: 84).

Europäische Initiativen, wie etwa das deutsch-französische Eurocorps (1991/92), ließen die britischen Politiker fürchten, die EU könnte sich in naher Zukunft aus dem transatlantischen Sicherheitsbündnis lösen. Um sicher zu stellen, dass sich die Europäische Sicherheits- und Verteidigungskooperation nicht von der Allianz lösen würde, zeigten sie sich bereit der WEU einen größeren Aktionsrahmen zu übertragen. Die WEU, die getrennt von der EU bleiben sollte und eng an die NATO gekoppelt war, sollte Ambitionen einiger europäischer Staaten dämpfen. Mit dem CJTF-Konzept wurde der WEU die Möglichkeit gegeben, auf Situationen zu reagieren, in denen die NATO als Ganzes nicht handeln wollte. In diesen Fällen könnten die europäischen Staaten zu einem gewissen Grade eigenständig handeln, um Krisen zu lösen. Allerdings würden sie bei diesem Konfliktmanagement nur Aufgaben niedriger Intensität, wie Peacekeeping und humanitäre Missionen, bewältigen (Martin/Garnett 1997: 135). In den Augen Großbritanniens bedeutete dies kein autonomes Handeln. Im Gegenteil, die WEU wurde als Mittel gesehen, den europäischen Beitrag zum europäischen Pfeiler in der Allianz zu erhöhen und letztlich dieser zuzuspielen (Cornish 1999: 61). Eine Verschmelzung mit der EU wurde von Großbritannien abgelehnt. Es sollte lediglich eine Partnerschaft zwischen beiden Institutionen geben, in welcher die EU die WEU würde bitten können zu handeln (Deutschmann 2002: 64f; Martin/Garnett 1997: 110f). Somit wurde die WEU „zum operativen Arm der Europäischen Union für Angelegenheiten im Verteidigungsbereich“ (Bluth 1994: 402).

Die Etablierung der ESVI im Juni 1996 wurde vor dem selben Hintergrund forciert. Großbritannien nahm eine Vermittlerrolle zwischen den europäischen Befürwortern einer stärkeren europäischen Komponente und den USA ein, die sich eine stärkere Beteiligung der europäischen Partner innerhalb der Allianz wünschte. An der zentralen Stellung der NATO wurde nicht gerüttelt. Ambitionen europäischer Partner sollten in den Rahmen der Allianz eingebunden werden und durch eine gewisse Lastenteilung seitens der Europäer das US-Engagement in Europa sicher gestellt werden. Die ESVI würde klar innerhalb der Allianz angesiedelt sein und über die WEU und das CJTF-Konzept auf Kapazitäten und Strukturen dieser zurückgreifen können (Cornish 1999: 66). Auf diese Weise sollte die unerwünschte Entwicklung einer europäischen Autonomie verhindert werden und die Verzahnung zwischen NATO und (W)EU über die ESVI sichergestellt werden (Howorth 2000b: 380f). Der EU wurde in diesem Politikfeld keine eigenständige Funktion zugeschrieben. Allein über die ESVI wurde ihr ein gewisser Spielraum innerhalb der Allianz ermöglicht. Das Prinzip der ‚interlocking instituti-

ons' wurde in dieser Phase von Großbritannien klar forciert und sollte die Verbindung zwischen NATO und (W)EU garantieren.

2.1.2.2 2. Phase (1998-2003): Entwicklung der ESVP

Mit der Regierungsübernahme durch Labour und dem Amtsantritt von Tony Blair als Premierminister zogen pro-europäischere Töne in der Downing Street ein. Das Primat der NATO wurde zwar nicht angetastet, doch wurde anerkannt, dass neben dieser weitere internationale Institutionen für die europäische Sicherheit verantwortlich sein sollten. In dem kurz nach Amtsübernahme verabschiedeten Strategic Defence Review (Juli 1998) hieß es diesbezüglich:

„The European Union has a vital role in helping to preserve and extend economic prosperity and political stability, including through the Common Foreign and Security Policy. The Western European Union has an important role in fostering defence co-operation amongst its members, in conflict prevention and, particularly, peacekeeping. Development of the European Security and Defence Identity within NATO will enable the Western European Union to carry out these roles more effectively.“

Erstmals wurde den Europäern eine aktivere Rolle im Sicherheits- und Verteidigungsbereich zugeschrieben. Für Blair stellte die Verteidigungspolitik, so die vorherrschende Ansicht in der Politikwissenschaft, einen Bereich dar, in welchem sich Großbritannien in der EU engagieren (Boniface 2003: 58) und die nicht Beteiligung an der Wirtschafts- und Währungsunion ausgleichen und einem Einflussverlust in Europa entgegen wirken konnte.⁴⁵ Zudem wurde durch die Kosovo-Krise die Handlungsunfähigkeit der Europäer und die Abhängigkeit von den USA und der NATO zur Lösung eines Konfliktes vor der eigenen Haustür den führenden Politikern klar vor Augen geführt (Campbell 2002; Kirchner 2004: 306). Diese neuen Herausforderungen und Anforderungen haben somit „als Stimulus des britischen Positionswandels gewirkt, einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur zuzustimmen, sondern die Initiative für deren Formulierung und Implementierung zu ergreifen“ (Kaim 2007: 74).

Auf einem informellen Regierungstreffen in Pörschach, Österreich, war dieser neue britische Ansatz bezüglich einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungskomponente erstmals offiziell auszumachen (Cornish 1999: 78). Europa, so der britische Premierminister in der anschließenden Pressekonferenz, müsse eine stärkere Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen; dabei müsse sicher gestellt werden, dass neue europäische Strukturen die NATO nicht unterliefen, sondern komplementär zu der Allianz seien (Blair 1998a: 1f). Der Durchbruch zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde auf dem britisch-französischen Gipfel von St. Malo (3.-4. Dezember 1998) erreicht (Deutschmann

⁴⁵ Vgl. Howorth 2000b: 384; Kirchner 2002: 44; Kramer 2003; Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 47.

2002: 66f).⁴⁶ Frankreichs Präsident Jacques Chirac und Großbritanniens Premierminister Tony Blair einigten sich darauf, dass die EU eigenständige Mittel in diesem Bereich benötigte:

„The European Union needs to be in a position to play its full role on the international stage. (...) The Union must have the capacity for autonomous actions, backed up by credible military forces, the means to decide to use them, and a readiness to do so, in order to respond to international crisis.” (St. Malo Deklaration 1998)

Auf der anschließenden Pressekonferenz betonte Blair noch einmal, wie notwendig es sei, dass Europa auf der internationalen Ebene mit einer Stimme spreche (Chirac/Blair 1998). Ebenso wichtig sei es, dass Großbritannien aktiv an diesem Prozess beteiligt sei und diese Politik im Einklang mit der NATO gestalte (Blair 2001a: 106). Der EU wurde somit eindeutig eine Funktion in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und im internationalen Konfliktmanagement zugeschrieben. Die EU verdrängte die NATO dabei nicht als zentrale Sicherheitsinstitution.⁴⁷ Großbritannien hatte mit Frankreich zusammen den Weg für den Europäischen Rat von Köln (1999) und die Gründung der ESVP geebnet. Bei deren Aufbau legten sie den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Kapazitäten und nicht von Institutionen.⁴⁸ Die WEU solle genutzt werden, um auf die Berlin-Vereinbarungen von 1996 aufzubauen, doch sollte diese unabhängig von der EU bleiben. Eine Verschmelzung mit der EU wurde von Großbritannien weiterhin abgelehnt (Cornish 1999: 79). Mit der zunehmenden Eigenständigkeit der ESVP und der Übernahme der operativen Fähigkeiten der WEU im Jahr 2000 wurde diese faktisch obsolet. Auch wenn die britische Regierung diesen Schritt stets abgelehnt hatte, konnte sie überzeugt werden, dass hierdurch institutionelle Probleme im Dreiecksgefüge von NATO, EU und WEU behoben werden könnten.

Um eine Abkoppelung der ESVP von der NATO zu verhindern und den Bedingungen der USA für die Akzeptanz dieser Genüge zu tun, trat das Vereinigte Königreich für ein Abkom-

⁴⁶ Anzumerken ist, dass jegliche sicherheits- und verteidigungspolitische Initiativen in der zweiten intergouvernementalen Säule angesiedelt bleiben. Eine Vergemeinschaftung ist unerwünscht.

⁴⁷ Diesbezügliche Sorgen der Amerikaner konnten die Briten aufgrund ihrer besonderen Beziehung zu diesen größtenteils zerschlagen. Entscheidend waren die Zusicherung, dass die ESVP sich nicht autonom von der NATO entwickeln, sondern an diese gekoppelt sein und sie ergänzen würde (Kirchner 2004: 309; Kramer 2003). In einem Interview mit BBC hob der britische Außenminister Robert Cook hervor, dass ein größeres europäisches Verteidigungspotential sowohl für die EU als auch für die NATO und somit ebenfalls für die USA positive Wirkungen hätte (Cook 1998b). Zudem würden auf diese Weise Forderungen der Vereinigten Staaten nach einer stärkeren Lastenteilung Rechnung getragen (Blair 2001a: 108).

⁴⁸ Bereits zwei Jahre zuvor hatte der damalige britische Außenminister Malcom Rifkind darauf hingewiesen, dass sich Europa im Verteidigungsbereich nicht in einer institutionellen Debatte verlieren dürfe, sondern reale Politik betreiben müsse (Rifkind 1996a: 100). In den Jahren nach der Gründung der ESVP war Großbritannien darauf bedacht sicherzustellen, dass sich die europäischen Partner auf den Aufbau von Kapazitäten einigten und Zusagen bezüglich der Streitkräfte machten (Straw 2003: 93). Den britischen Politikern war klar, dass ohne diese die ESVP nicht würde einsatzfähig sein (UK-French Declaration 1999). Dieser Prozess sollte parallel zur NATO stattfinden, wodurch eine Duplizierung der Mittel verhindert und eine Ergänzung und Stärkung der Allianz sichergestellt werden sollte (Anglo-French Summit 1999; British-Italian Summit 1999; Franco-British Summit 2001; Howorth 2000b: 386-388; Kirchner 2002: 46-50). Zudem sollte durch Reformen der Streitkräfte die Lücke zu den USA verringert werden.

men zwischen der EU und der NATO ein, um eine institutionelle Verbindung sicherzustellen (Blair 2001b; Franco-British Summit 2003; Kirchner 2002: 45f). An der Betonung des NATO-Primats hatte sich nichts geändert, ebensowenig an der Einstellung, dass die EU nur handeln würde, wenn die NATO als Ganzes nicht beteiligt war (Punkt 3, St. Malo-Erklärung). Somit hat die Einschätzung, „the British see ESDP as a limited, albeit useful crisis management adjunct to NATO“ (Lindley-French 2006: 124) weiterhin Relevanz. Die Ausdehnung des Berlin-Abkommens mit der WEU auf die EU und die Erweiterung der Vereinbarungen, was schließlich auch aufgrund britischen Drucks und Engagements (Cook 1999b; Quin 1999) 2002/03 erreicht werden konnte, sollte es der EU in solchen Situationen ermöglichen, im Rahmen von militärischen ESVP-Missionen auf NATO-Strukturen und -Kapazitäten sowie deren Erfahrungsschatz zurückzugreifen. Durch die Bündelung der Kräfte sollten die Allianz als Ganzes und Aktionen im Konfliktmanagement gestärkt werden (Blair 1999; Deutschmann 2002: 69f; Hain 2001; Straw 2002).

Dies führt zur Frage über, welche Funktion Großbritannien der EU in diesem Bereich genau zuschreibt. Mit den Petersberg-Aufgaben wurden zwar Konfliktmanagementaufgaben in die EU übernommen, doch stellte sich die Frage, wie weit diese gehen sollten. Als traditioneller Verfechter der transatlantischen Beziehungen stand Großbritannien für eine Begrenzung dieser Aufgaben.⁴⁹ Ähnlich wie die USA sprach es sich für die Übernahme von Missionen am unteren Ende des Spektrums mit regionaler Begrenzung auf die nähere Umgebung Europas aus (Howorth 2000b: 394). Einsätze höherer Intensität und das Führen von Kriegen blieben der NATO überlassen. Die EU, so der Tenor auf dem französisch-britischen Gipfel 2001 in London, komme insbesondere dann zum Zuge, wenn ein integrierter Ansatz mit militärischen, zivilen und polizeilichen Mittel nötig sein würde. EU-Operationen sollten grundsätzlich die Missionen der NATO unterstützen und ergänzen (Kirchner 2002: 50). Eine genaue Bestimmung der einzelnen Aufgabenbereiche findet in diese Zeit nicht statt, was dafür spricht, dass die britische Führung keine klare Arbeitsteilung zwischen beiden Institutionen wünscht.

⁴⁹ FCO Minister Keith Vaz (2001) schrieb der EU zwar alle Bereiche der Petersberg-Aufgaben zu. In diesen, die auch von Großbritannien angenommen wurden, ist auch die Rede von Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung und von Peacemaking, doch wird nicht näher ausgeführt, wie solche Einsätze genau aussehen sollen (Petersberg-Erklärung 1992). Gleichzeitig nahm Vaz die EU von der Kriegsführung aus. Er äußerte sich in dieser Rede jedoch nicht eindeutig bezüglich der Spannbreite der Intensität der ESVP-Aufgaben. Peter Hain (2001), Minister für Europa, hob hervor, dass die EU zu diesem Zeitpunkt gar nicht fähig sei Einsätze höherer Intensität durchzuführen und daher nur bei kleineren Petersberg-Aufgaben zum Zuge kommen könne. Es bleibt offen, ob die Übernahme größerer Missionen in der Zukunft, wenn entsprechende Kapazitäten aufgebaut wurden, wünschenswert ist. Eine klarere Position bezog Verteidigungsminister Geoff Hoon (2003), der Einsätze auf einem hohen Level von den Petersberg-Aufgaben ausnimmt.

2.1.2.3 3. Phase (seit 2003): *Konfliktmanagement im unteren Spektrum*

Im November 2002 betonte Blair, dass „once the EU-NATO links are in place, I am keen to see an ESDP operation to Macedonia, to show that Europe can play its part in bringing security and stability to this part of our continent“ (Blair 2002b). Verteidigungsminister Jack Straw (2003: 91) zufolge könne die EU auf dem Balkan wirklich etwas bewegen. Der integrierte Ansatz der Europäer, so der Tenor auf dem französisch-britischen Gipfel im Februar 2003, ermögliche es, verschiedene Mittel zu kombinieren, um für nachhaltige Stabilität in den Ländern zu sorgen.

Der Abschluss der Berlin-Vereinbarungen ermöglicht es der EU, ESVP-Missionen mit Unterstützung der NATO durchzuführen. Zum einen würde die EU ihre Fähigkeiten zu handeln ausbauen und zum anderen die NATO stärken (O’Brian 2003), die durch die Beteiligung der EU im Konfliktmanagement für neue Aufgaben frei würde. Die EU wiederum drängt bzw. wird von den Staaten gedrängt, in diese Lücken vorzudringen. Insbesondere britische Politiker propagieren, dass die EU Aufgaben, welche die NATO nicht (mehr) übernehmen will, ausführen soll. Die europäischen Staaten könnten auf diese Weise zur eigenen Sicherheit und Verteidigung beitragen und müssten nicht ständig die USA um Hilfe bitten (Blair 2003). Entscheidend sei es daher, die ESVP von der institutionellen zur operativen Phase zu bewegen.

Eine erste Gelegenheit hierzu war die Übernahme der NATO-Mission in Mazedonien. Unter Rückgriff auf Berlin-Plus konnte die EU erste Erfahrungen im militärischen Peacekeeping machen und zu einem Stabilitätstransfer nach Südosteuropa beitragen (O’Brian 2003; Symons 2004b). Den Forderungen pro-europäisch eingestellter Staaten nach der Durchführung autonomer ESVP-Missionen steht Großbritannien immer noch äußerst skeptisch gegenüber. Einsätze ohne einen Rückgriff auf die NATO sollen außen vor bleiben. Ebenso soll die ESVP kein Peaceenforcement betreiben, sondern nur Peacekeeping- und Peacebuilding-Operationen übernehmen, die auf niedriger und mittlerer Stufe angesiedelt sind (Hoon 2003).

Im Hinblick auf die Entwicklung von Strukturen und Kapazitäten ist Großbritannien der Meinung, dass die EU keine eigenen Planungsstrukturen aufbauen, sondern die ihr zur Verfügung stehenden der NATO nutzen solle. Den Vorstoß Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs (2003) zur Gründung eines europäischen Hauptquartiers zur Planung und Durchführung von EU-Operationen lehnte der britische Premierminister mit der Begründung, dass dadurch eine Duplizierung stattfände, kategorisch ab. Solch eine Entwicklung sei gegensätzlich zur NATO und würde dieser letztlich nur schaden. Die EU habe ohnehin keinen Bedarf an eigenständigen Planungsstrukturen, da sie gesicherten Zugriff auf SHAPE habe (De-

fence White Paper 2003; PMOS 2003a, 2003b).⁵⁰ Statt Ressourcen in den unnötigen Aufbau von Strukturen und Institutionen zu stecken, sollten die EU-Staaten ihre Anstrengungen zum Ausbau der militärischen Fähigkeiten verstärken,⁵¹ was sowohl für die ESVP als auch für die NATO von Nutzen wäre.

Die Grundeinstellung Großbritanniens gegenüber der ESVP, auch wenn sie dieser zunehmend Aufgaben bei der Regulierung von Krisen zuschreibt, bleibt bestehen: Großbritannien ist positiv gegenüber der ESVP und ihrer Weiterentwicklung eingestellt; diese darf die NATO allerdings nicht begrenzen oder mit ihr konkurrieren, sondern soll sie ergänzen (Taylor 2003: 17). Auch wenn von politischer Seite eher von einer strategischen Partnerschaft die Rede ist (Symons 2004a), so ist doch in der Einstellung zur Beziehung zwischen EU und NATO ein Ansatz zur Arbeitsteilung festzustellen. Die NATO soll zwar vom Anspruch her alle Aufgaben in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik übernehmen, doch übt sie in der Praxis vor allem Aufgaben höherer und mittlerer Intensität aus, während die ESVP-Missionen im unteren und mittleren Bereich des Krisenmanagements angesiedelt sein sollen (Lindley-French 2006: 128). Dabei hat die EU insbesondere in der Kombination militärischer und ziviler Mittel ihre Stärke (Symons 2004b) und kann sich partnerschaftlich neben der NATO als Akteur auf internationaler Ebene etablieren. Großbritannien hat den Nutzen, den die ESVP bringen kann, mittlerweile erkannt (Brown 2007) und lässt sie daher gezielt Aufgaben übernehmen, welche die NATO, insbesondere forciert durch die USA, nicht (mehr) übernehmen wollen. Auf diese Weise soll die EU zu einer Entlastung der NATO beitragen und sie für andere Tätigkeiten frei machen (Murphy 2007). Diese allmähliche Entwicklung einer funktionalen Arbeitsteilung wird zunehmend, wenn auch nicht explizit, propagiert.

2.1.3 *Frankreich*

Frankreich ist einer der Motoren der europäischen Integration. Während einige französische Akteure zunächst skeptisch gegenüber einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewesen waren und etwa die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG, 1952/54) am Veto der französischen Nationalversammlung gescheitert war, kam dieses Politikfeld in der Endphase des Kalten Krieges erneut auf die französische Agenda. Mit

⁵⁰ Um diese Verbindung zu verbessern, beschlossen Großbritannien, Frankreich und Deutschland im November 2003 eine EU-Zelle bei SHAPE und ein NATO-Verbindungsbüro beim EUMS einzurichten. Für Situationen, in denen die EU nicht auf NATO oder nationalstaatliche Hauptquartiere zurückgreifen würde, wurde eine zivilmilitärische Zelle beim EU Militärstab gebildet, die Frühwarnung und strategische Planung in Einzelfällen durchführen würde (Joint Paper 2003; vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 50).

⁵¹ Diese Einstellung ist ursächlich, dass Großbritannien insbesondere zusammen mit Frankreich den Aufbau der European Rapid Reaction Forces (ERRF) und vor allem der Battle Groups forciert (Lindley-French 2006: 126-128). Auf diese Weise hoffen sie, die Lücke zu den USA verringern zu können.

dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurden sicherheits- und verteidigungspolitische Komponenten erneut auf die europäische Ebene gehoben.

2.1.3.1 1. Phase (1992-1998): Die EU als verteidigungspolitischen Akteur begründen

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sah Frankreich die Chance gekommen, das sicherheitspolitische Übergewicht der NATO und der USA in Europa zu reduzieren. Europa sollte zu einem neuen außenpolitischen Akteur aufgebaut werden (Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 31f). Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten nicht ausgespart, sondern Teil einer neuen politischen Union werden, die durch die Regierungskonferenz von Maastricht – Frankreich war gemeinsam mit Deutschland der Initiator dieser intergouvernementalen Konferenz – gegründet werden sollte. Allerdings sprach sich auch Paris gegen eine Supranationalisierung aus und wollte dieses Politikfeld im intergouvernementalen Bereich belassen (La Serre 1996: 33; Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 109).

Angesichts der veränderten internationalen Lage sah Frankreich die Notwendigkeit, der EU ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Als Katalysatoren wirkten der Golf Krieg und die Krisen auf dem Balkan. Die Handlungsunfähigkeit während dieser Konflikte führte vor Augen, dass die EU eigene Mittel benötigte, um auf Krisen in der eigenen Peripherie, denen sich die Europäer in den folgenden Jahren zweifelsohne häufiger würden stellen müssen, ohne Hilfe seitens der NATO und der USA reagieren zu können. Zudem fürchtete Frankreich den Abzug der USA aus Europa. Für diese Eventualität musste die EU eigene Kapazitäten entwickeln (Meimeth 1997: 85; Menon 2000: 124).

Für Frankreich stellte die EU zunehmend eine Alternative für die Sicherheitskooperation dar. So entwickelten die französischen Politiker den Wunsch, die europäischen Strukturen außerhalb und autonom von der NATO zu entwickeln und die EU zu einem Gegengewicht zur USA zu machen (Schmidt 2000: 243). Die GASP war ein erster Schritt Richtung gemeinsamer Verteidigung. Die WEU, die in den Jahren zuvor ins Abseits geraten war, sollte wiederbelebt werden, Entscheidungen der EU weiterentwickeln und diese ganz oder in Teilen durchführen. Die WEU sollte „nach französischer Konzeption den bewaffneten Arm der Europäischen Union bilden“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 113) und mittelfristig in die EU integriert werden (Boyer 1999: 29).

Mit der Verabschiedung der Petersberg-Erklärung wurden der WEU „militärischoperative Aufgaben“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 135) übertragen. Das Festschreiben von Peacemaking-Aufgaben ist den Forderungen Frankreichs geschuldet, welches europäisches Handeln entlang des ganzen Spektrums der Konfliktbewältigung sehen wollte. Eine europäische Ver-

teidigungsorganisation sollte zunehmend Funktionen im Konfliktmanagement, sogar in der kollektiven Verteidigung (Howorth 2003c: 41) und in ‚out-of-area‘-Einsätzen übernehmen. Zu diesem Zweck wurde 1991/92 das deutsch-französische Eurocorps⁵² gegründet, welches Missionen im Rahmen der (W)EU durchführen sollte (Bloch-Lainé 1999: 151). Somit wurde der (W)EU zur Durchführung militärischer Operationen erstmals Truppen an die Hand gegeben. Diese europäischen Initiativen Frankreichs wurden bereits in diesem Anfangsstadium als Vorschlag zur Arbeitsteilung zwischen EU und NATO gesehen und führten zu Unbehagen bei den europäischen und insbesondere den transatlantischen Partnern. Doch auch den französischen Politikern war klar, dass solcherart europäische Strukturen die NATO in dieser Phase nicht würden ersetzen können. Um die Verbündeten zu beruhigen stimmte Frankreich im Dezember 1992 zu, das Eurocorps für Artikel 5 Missionen⁵³ unter den Oberbefehl der NATO zu stellen (Menon 2000: 124-126).

Diese ersten Jahre waren ein Höhepunkt in dem Streben Frankreichs, eine eigenständige europäische, von der NATO unabhängige Sicherheitsstruktur zu entwickeln. Diese Außen- und Europapolitik von Präsident Mitterand wird in der Wissenschaft unter dem Begriff der ‚Europe Puissance‘ geführt (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 108). Diese europäischen Ambitionen manifestieren sich in dem Verteidigungsweißbuch von 1994: Die EU und die WEU als Bestandteil der europäischen Verteidigung müssen über eigene Kapazitäten verfügen und ergänzend zur NATO Krisen- und Lageplanung entwickeln (Livre Blanc 1994: 32-34). Die EU sollte die NATO zwar nicht ersetzen, doch eine Alternative zu ihr sein und nicht-Artikel 5 Aufgaben übernehmen, die Frankreich nicht von der NATO, welche eine reine kollektive Verteidigungsorganisation bleiben sollte, übernommen sehen wollte.

Die Partner Frankreichs, insbesondere die USA und Großbritannien, hingegen wollten eine Erweiterung der NATO-Funktionen erreichen und standen autonomen europäischen Initiativen skeptisch gegenüber. Da Frankreich die europäischen Komponenten jedoch nur mit Unterstützung der anderen Mitgliedsstaaten würde vorantreiben können, rang man sich durch, die europäische Kooperation innerhalb der NATO zu verankern und die Kompatibilität von EU und NATO zu propagieren. Zwar bestand das Ziel einer autonomen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fort, doch wurde eingesehen, dass dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchsetzbar war. Aus diesem Grund sprach sich Frankreich für die Etablierung einer europä-

⁵² Die Aufgaben des Eurocorps sollten sich auf die Verteidigung des europäischen Bündnisgebietes und das Konfliktmanagement, welches sowohl Peaceenforcement als auch Peacekeeping sowie Einsätze am unteren Spektrum beinhaltet, erstrecken.

⁵³ Artikel 5 des Nordatlantikvertrages (4. April 1949) umfasst die kollektive Verteidigung der Staaten. Ein bewaffneter Angriff gegen einen von ihnen wird als ein Angriff gegen alle gesehen; in solch einem Fall tritt die Beistandspflicht der Mitgliedsstaaten in Kraft. Nicht-Artikel 5 Aufgaben beinhalten alle anderen sicherheits- und verteidigungspolitischen Aufgaben.

ischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität aus, die innerhalb der NATO angesiedelt war und in Kooperation mit dieser handeln würde (Menon 2000: 127-134). Dies bedeutete jedoch nicht, dass die EU zu einem Lakai der NATO werden durfte; die Europäer würden immer noch die Möglichkeit besitzen, eigenständig zu handeln.

Die Annäherung Frankreichs an die NATO machte die Entwicklung einer europäischen Verteidigungskomponente innerhalb der NATO möglich (Racine 1998: 22). Frankreich forcierte das CJTF-Konzept, auch wenn dieses an die integrierte Militärstruktur der Allianz gebunden war; hierdurch sollte die WEU, die stärker zum verteidigungspolitischen Arm in der Allianz ausgebaut werden sollte, und indirekt die EU, Möglichkeiten bekommen, auf NATO-Kapazitäten zurückgreifen zu können. Das Vorantreiben der ESVI fußte auf den selben Gründen und sollte den Europäern erste Handlungsmöglichkeiten verschaffen. Der Übergang zur Betonung eines europäischen Pfeilers innerhalb der Allianz ist den internationalen Bedingungen und dem Druck der Partner geschuldet. Letztlich musste Frankreich die Komplementarität von NATO und (W)EU anerkennen (Bozo 1995: 866). Dieser Schritt war ein Abweichen von dem Insistieren Frankreichs auf eine autonome Europäische Verteidigungspolitik (Menon 1995: 31). Es bedeutete die Akzeptanz der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität „im Rahmen einer transatlantischen Sicherheitspartnerschaft“ (Burmester 1997: 104); französische Ambitionen hinsichtlich einer autonomen europäischen Politik hatten einen Dämpfer erhalten. In einem Artikel in der Zeitung *Le Monde* (30. November 1994) erwähnte Premierminister Balldur bei der Auflistung des Programms für die französische EU-Ratspräsidentschaft weder die GASP noch die ESVI oder die WEU. In einem anderen Artikel des französischen Ministers für europäische Angelegenheiten, Alain Lamassoure, vom Dezember 1994 findet sich lediglich ein Verweis, dass weitere Fortschritte innerhalb der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht werden müssten, doch führte er nicht weiter aus, wie diese aussehen sollten. Ähnlich äußerte sich Präsident Chirac, der dieses Politikfeld am Anfang seiner Regierungszeit nicht an die oberste Stelle seiner Agenda setzte (Presseerklärung Kohl/Chirac 1995). Diese fehlenden Initiativen auf europäischer Ebene sind ein Zeichen dafür, dass zu diesem Zeitpunkt europäische Verteidigungselemente primär innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft diskutiert wurden.

Erst ab dem darauffolgenden Jahr (1996), als die Reintegration in die NATO gescheitert war, wurde die europäische Verteidigungskomponente wieder an oberste Stelle der französischen Europapolitik gehoben. In einer Rede vor dem Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale (Juni 1996) betonte Präsident Chirac die Notwendigkeit, eine „gemeinsame Verteidigungspolitik [zu] entwickeln“ (Chirac 1996: 105). Zwar würde die gerade etablierte ESVI

weiterhin Bestand haben und für die Vernetzung mit der NATO sorgen („interlocking institutions“), sowie die Möglichkeit bieten, auf NATO-Kapazitäten zurück zu greifen, doch war es letztlich das Ziel getrennte Fähigkeiten aufzubauen („interlocking institutions“). So müsste die WEU als „bewaffneter Arm der Union rasch mit Potentialen zur Krisenbewältigung“ (Chirac 1996: 105) ausgestattet werden, welche ihr zu diesem Zeitpunkt noch fehlten. Frankreich begann erneut, eine autonome europäische Verteidigungspolitik zu forcieren, doch erst der Positionswechsel Großbritanniens leitete eine neue Phase ein.

2.1.3.2 2. Phase (1998-2003): Entwicklung einer autonomen ESVP

1998 ermöglichte der Politikwechsel Großbritanniens eine Annäherung an die EU und die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungskomponenten. Frankreich hatte seit jeher eine autonome Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefordert, von deren Etablierung jedoch zeitweise Abstand genommen, da eine Mehrheit der anderen Staaten sich gegen eine solche Entwicklung gestellt hatte. Den Wandel der britischen Politik konnte Frankreich nutzen, um sein „Einflusspotential zurückzugewinnen“ (Deloche-Gaudez 2002: 129); es konnte sich als europäischer Partner anbieten, um dieses Politikfeld auf europäischer Ebene auszubauen. Auf dem Gipfel in St. Malo bekräftigen Chirac und Blair die Notwendigkeit, der EU eigene Mittel zum autonomen Handeln an die Hand zu geben.⁵⁴ Frankreich betonte im Gegensatz zu Großbritannien stärker den autonomen Aspekt der initiierten ESVP⁵⁵ und arbeitete auf eine gemeinsame europäische militärische Politik hin (Boyer 2006: 143). Den Europäern sollte das volle Spektrum ziviler und militärischer Mittel zur Verfügung stehen und die EU auf diese Weise zu einem internationalen Akteur bei der Konfliktregulierung sowie zu einem international verlässlichen und verantwortungsvollen Partner gemacht werden (Chirac 1999a). Der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Gérard Errera, äußerte sich zu diesem Aspekt folgendermaßen: „c’est pour permettre à la construction européenne de continuer et pour l’Europe d’être un partenaire, un partenaire fiable, un partenaire responsable“ (zitiert in Lindley-French 2000: 17). In den folgenden Jahren forcierten französische Politiker den Auf- und Ausbau der ESVP (Chirac 1999b, 2001: 16), doch geschah diese Entwicklung nicht mit dem Tempo, welches sich Frankreich wünschte. Sinkende Verteidigungshaushalte (Brenner 2003: 200) und die fortdauernde Skepsis einiger europäischer Staa-

⁵⁴ In den folgenden Jahren wurde diese Notwendigkeit immer wieder von offizieller Seite betont, so auf bilateralen Gipfeltreffen und im französischen Militärprogramm aus dem Jahr 2003. Die Frage der Kapazitäten blieb seit St. Malo konstant auf der politischen Agenda der EU.

⁵⁵ Auf der Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen in St. Malo betonte Präsident Chirac, dass entsprechende Mittel zunächst innerhalb der Allianz, aber wenn nötig auch außerhalb etabliert werden würden. Letzteres war Frankreichs bevorzugte Variante, doch wollte Chirac nach den Zugeständnissen Großbritanniens hinsichtlich der Unterstützung der ESVP dies nicht zu stark offiziell forcieren.

ten sowie der USA gegenüber der ESVP versetzten den französischen Ambitionen, rasch eine autonome ESVP zu etablieren, einen Dämpfer. Ein Erfolg konnte jedoch verbucht werden: französischer Druck war zentral, als durch den Vertrag von Amsterdam (1997) die Petersberg-Aufgaben der WEU der EU übertragen und durch den Vertrag von Nizza (2000/01) schließlich deren operativen Funktionen von der EU übernommen wurden. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik war in der EU angekommen. Der europäische Pfeiler innerhalb der Allianz bestand zwar fort, doch hatte sich das Gewicht von der ‚Identität‘ auf die ‚Politik‘ verschoben, was größtenteils französischen Initiativen geschuldet war.

Für Frankreich standen weithin die externen Funktionen des Konfliktmanagements an oberster Stelle. Die EU sollte auf Krisen eigenständig reagieren und diese autonom bewältigen können. Frankreich wünschte sogar die Weiterentwicklung zu einer gemeinsamen kollektiven Verteidigung (Gemeinsame Erklärung Deutsch-Französische Konsultationen 2001). Interne Funktionen, wie etwa die Erweiterung der EU und somit der internen Kommunikationsfunktion, waren nicht oberste Priorität. Zwar wurde diese Entwicklung unterstützt, doch sprach sich Frankreich für eine Vertiefung der Integration vor der Erweiterung aus.

Im Hinblick auf ESVP-Operationen forderte Frankreich Einsätze im kompletten Spektrum der Konfliktbewältigung. Ziel sollte es sein, alle Missionen autonom und ohne Rückgriff auf Berlin-Plus durchzuführen. Die Europäische Integration sollte vertieft und die EU zu einem zentralen globalen Spieler (*l'Europe puissance*) gemacht werden (Boyer 2002: 53). Präsident Chirac erklärte vor der WEU-Parlamentarischen Versammlung im Mai 2000, dass es die französische Ambition sei „[to make] Europe a major player (...), a leading political player in tomorrow's world, and we must make sure that this ambition has wide popular support“ (zitiert nach Boyer 2002: 53). Auf diese Weise sollte die EU zu einem Gegengewicht zu den USA werden (Hofmann/Kempin 2007: 5) und eine neue Balance in die transatlantischen Beziehungen bringen. Zudem suchte Frankreich eine führende Position in der ESVP einzunehmen und einen größeren Einfluss auf die Entscheidungsfindung innerhalb der EU zu gewinnen. Es ist nicht zu übersehen, dass Frankreich mit diesem Streben an alte Größe anzuknüpfen trachtete.

Was die Beziehung zwischen ESVP und NATO anbelangt, setzte sich Frankreich für eine ausbalancierte Partnerschaft zwischen Union und Allianz ein (Boyer 2002: 51). Beide Institutionen sollten jedoch unabhängig voneinander sein und ihre autonomen Entscheidungsfähigkeiten beibehalten. Eine Verschränkung im Sinne von ‚interlocking institutions‘ entsprach nicht dem Interesse Frankreichs. Zwar anerkannte es die praktische Notwendigkeit des Rückgriffs der EU auf NATO-Mittel, doch war es das Ziel, EU und NATO getrennt voneinander

zu belassen (,interblocking institutions'). Aus diesen Gründen wurde auch Kritik gegenüber Berlin-Plus geäußert (Meiers 2001: 441): erstens stellte sich die Frage der Entscheidungsabfolge – die NATO muss der Nutzung jedes Mal zustimmen, zudem werden solche Operationen vom DSACEUR geführt, wodurch die Allianz einen indirekten Einfluss auf ESVP-Operationen hat – und zweitens die der Verfügbarkeit. Der EU stehen nur die Mittel zur Verfügung, welche die NATO nicht für eigene Einsätze benötigt. Ein sicherer Rückgriff sei somit nicht gegeben. Zudem würde durch Berlin-Plus nur die Abhängigkeit von amerikanischen Truppen, dies ist der dritte Kritikpunkt, weiter forciert. Die EU müsse aus diesen Gründen im Rahmen von ESVP-Missionen in Zukunft völlig autonom von anderen Akteuren handeln können. Hierzu sei es notwendig, entsprechende Mittel zu entwickeln und Strukturen aufzubauen. Eine gewisse Duplizierung mit der NATO sei nicht zu vermeiden und in den Augen der Franzosen auch kein Problem. Autonomie bedeute auch, dass das Primat der NATO und ihr „right of first refusal“ abgeschafft werden müsse. Verteidigungsminister Alain Richard (2000) kritisierte dieses Recht als Institutionalisierung einer „politische[n] Hierarchie zwischen der Allianz und der Union“ (zitiert nach Meiers 2001: 441). Die Europäische Union sollte gerade kein „Subunternehmer der NATO“ (Meiers 2001: 442), sondern ein eigenständiger Akteur sein.

Dabei sei die EU nicht als Konkurrent zur NATO zu sehen, sondern als starker internationaler Partner, der die transatlantische Allianz stärken würde (Vedrine 2000; Alliot-Marie 2003). Auf der Münchner Konferenz für Sicherheit äußerte sich Verteidigungsminister Alain Richard im Februar 2001 in ähnlicher Weise: „Our venture strengthens the transatlantic link by adapting it to the major political reality of the 20th and 21st centuries.“ Hinter den Kulissen blieben Kritik an der Abhängigkeit der EU von der NATO bestehen, wie gleichermaßen starke Ambitionen, eine vollkommen autonome ESVP zu etablieren. Eine strikte Arbeitsteilung, wie es die USA und Großbritannien wünschten, dass nämlich die NATO für alle Missionen mittlerer und höchster und die EU nur für Einsätze niedriger und mittlerer Intensität zuständig sei, lehnte man in Paris ab. Die EU sollte das komplette Spektrum an Aufgaben übernehmen. Den Wunsch, die NATO auf die kollektive Verteidigung zu begrenzen, blieb bestehen, konnte jedoch gegen den Widerstand der anderen großen Staaten nicht durchgesetzt werden. Auf der diplomatischen Ebene wurde daher um die Jahrtausendwende ein milderer Ton angeschlagen, der die Komplementarität von EU und NATO in diesem Politikfeld betonte.

2.1.3.3 3. Phase (seit 2003): Die EU als internationaler Konfliktmanager

Das Jahr 2003 markiert die Einsatzfähigkeit der ESVP – ein Moment, den Frankreich herbeigesehnt hatte. Die EU würde Missionen im Rahmen der ESVP durchführen. Frankreich hatte sich dafür stark gemacht, dass die EU auf dem Balkan Einsätze der NATO übernimmt (Franco-German summit 2003). Dort wurden die Militäroperation Concordia in Mazedonien, unter Rückgriff auf Berlin-Plus, sowie einige Polizeimissionen gestartet. Die EU würde in diesen Fällen Peacekeeping und zivile Maßnahmen ergreifen. In den Augen Frankreichs war die Einsatzfähigkeit nicht auf diese unteren Bereiche beschränkt. Stattdessen sollten sie das ganze Spektrum abdecken: „opération européennes couvrant l’ensemble du spectre des missions de Petersberg, y compris des opérations de combat de haute intensité“ (Loi no. 2003-73); militärische Operationen höchster Intensität sollten von der EU ebenso ausgeführt werden (Verteidigungsminister Morin 2008). Die Operation Artemis im Kongo (2003), in welcher Frankreich als „lead nation“ fungierte, grenzte in ihrer Intensität daran. Zwar war sie noch im Bereich des Peacekeepings angesiedelt, doch aufgrund der Schlagkraft des französischen Militärs bewegte sie sich im oberen Rande des Bereichs. Auch wurde diese Operation ohne Rückgriff auf Berlin-Plus durchgeführt, was die favorisierte Situation Frankreichs darstellte.

ESVP-Missionen sollen letztlich ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und somit ohne amerikanische Unterstützung geführt werden (Kempin 2005: 5). Hierfür benötigt die EU eigene Mittel. Der Vierergipfel von Tervuren, Belgien, an dem Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg teilnahmen (April 2003) hatte zum Ziel, eigene „Strukturen für eine gemeinsame Planungs- und Führungskapazität“ (Dembinski 2005: 76) aufzubauen und die Kerneuropa-Idee umzusetzen. In diesem Fall würden einige Länder dem Konzept der verstärkten Zusammenarbeit folgend, weiter als andere EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Entwicklung dieses Politikfeldes gehen (Schmidt 2003b). Entscheidend war jedoch die Absicht, eigene Strukturen für die Planung und Durchführung von ESVP-Einsätzen aufzubauen (Gemeinsame Erklärung von Tervuren). Die USA und Großbritannien sahen dies als eine Verdopplung der NATO-Strukturen an und sprachen sich vehement gegen diese Initiative aus. Letztlich konnte Großbritannien mit der gegenseitigen Errichtung eines Verbindungsbüros bei den Militärstäben einen Kompromiss finden.

Neben den Strukturen waren weitere schlagkräftige militärische Kapazitäten nötig. Mit dem Helsinki Headline Goal waren bereits European Rapid Reaction Forces (ERRF) aufgebaut worden, doch bedurfte es flexiblerer und schneller einsetzbarer Kräfte (Franco-British Summit Februar 2003). Aus diesen Gründen wurde das Battlegroup Konzept lanciert, welches

die französische Regierung entscheidend mit initiiert hatte (Kempin 2004: 3). Diese schnell einsetzbaren Truppen sollten die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen und die Abhängigkeit von der NATO verringern. Frankreich lehnte aus diesem Grund einen Einsatz der Battlegroups unter Berlin-Plus ab; die Entscheidungs- und Kommunikationskette sollte ausschließlich bei der EU liegen.

Um diese neuen Mittel besser koordinieren zu können, wurde auf Initiative Großbritanniens und vor allem Frankreichs im selben Jahr die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) gegründet, welche die ESVP bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten voranbringen und die industrielle und technische Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten sowie Forschung und Entwicklung fördern sollte (Kempin 2005: 9).

Durch diese Maßnahmen wurden der EU militärische Mittel an die Hand gegeben, die sie befähigen sollte in allen Bereichen der Verteidigung (den Vorstellungen Frankreichs nach auch in der kollektiven Verteidigung, und im gesamten Spektrum des Krisenmanagements) tätig zu werden. In einem militärisch autonom handlungsfähigen Europa strebt Frankreich klar eine Führungsrolle an (Kempin 2005: 5f; Michel 2007: 3). Durch seine Initiativen hat Frankreich die Entwicklung der ESVP klar vorangebracht und einen entscheidenden Beitrag für ihre Einsatzfähigkeit geleistet. Die EU selber soll zu einem handlungsfähigen Akteur auf der internationalen Ebene werden und seinen Beitrag zur Bewältigung internationaler Konflikte leisten.

2.1.4 Deutschland

Für die Bundesrepublik Deutschland stand nach dem Zweiten Weltkrieg die Westintegration an oberster Stelle der Agenda – somit auch die Einbindung in die EG. Schnell entwickelte sie sich zu einem Motor der europäischen Integration. Was die Sicherheits- und Verteidigungspolitik anging, blieb die NATO nach dem Ost-West-Konflikt erste Wahl. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit anerkannt, auch innerhalb der EU in diesem Politikfeld handlungsfähig zu werden, ohne jedoch die NATO zu unterwandern. Aus diesem Grund nahm Deutschland von Anfang an eine Vermittlerrolle zwischen beiden Institutionen ein.

2.1.4.1 1. Phase (1992-1998): Balancen zwischen EU und NATO

Für Deutschland änderte das Ende des Ost-West-Konfliktes nichts daran, dass es die europäische Gemeinschaft als Rahmen für sein politisches Handeln benötigte. Den Ängsten europäischer Partner gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland begegnete es mit der Zusage, Außenpolitik auch in Zukunft nur im europäischen oder nordatlantischen Rahmen zu

vollziehen (Haftendorn 2001: 386). Aus diesem Grund standen sowohl die Erweiterung (Stabilitätstransfer)⁵⁶ als auch die Vertiefung der europäischen Integration auf deutscher Agenda (Regelsberger 2002; Seidelmann 1999: 214). Aber auch die NATO-Reformen wurden unterstützt. Deutschland nahm von Anfang an in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Rolle des Vermittlers zwischen der Allianz und der EU ein. Dieses Agieren zwischen den Polen wurde daher sehr schnell als „Sowohl-als-auch-Politik“ bezeichnet (Haftendorn 2001: 389; Maull 2006: 426) und führte nicht selten zu Spannungen mit Washington und Paris, wenn es darum ging, welche Seite es bei Meinungsverschiedenheiten zu unterstützen galt.

Gemeinsam mit Frankreich gehörte Deutschland zu den Initiatoren für die Regierungskonferenz von Maastricht und forcierte neben der Wirtschafts- und Währungs- auch die politische Union (Jopp 1999: 39; Regelsberger 2002: 32), zu welcher die GASP und die Möglichkeit einer verteidigungspolitischen Zusammenarbeit gehörte. Deutschland sprach sich klar für eine stärkere außenpolitische Kooperation auf europäischer Ebene aus (Bulmer/Paterson 1996) und setzte sich für die Vergemeinschaftung dieses Politikfeldes ein, konnte dies jedoch gegen den Widerstand der Partner nicht durchsetzen. Angesichts des veränderten sicherheitspolitischen Umfelds anerkannte auch Deutschland die Notwendigkeit, die EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken (Rummel 1996: 47) und die EU zu einem „außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähigen und globalen Akteur“ (Rühe 1995c: 92) zu machen. Zudem umfasse eine politische Union, so Außenminister Klaus Kinkel (1995a), alle Politikbereiche und sei somit nur mit Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorstellbar. Während Frankreich autonome verteidigungspolitische Initiativen auf europäischer Ebene initiierte, wollte Deutschland diese in den transatlantischen Kontext einbinden und innerhalb der NATO verankert sehen.

Ähnliches galt bezüglich der WEU. Frankreich wollte diese von Anfang an in die EU integrieren und sie zu einem autonomen verteidigungspolitischen Arm in der EU machen, Großbritannien hingegen wollte sie unabhängig von der EU belassen und zum europäischen Pfeiler in der NATO machen. Deutschland nahm auch in dieser Situation die Rolle eines Balancers ein. Die WEU wurde zum einen als Mittel einer europäischen Integrationspolitik, die über Zeit Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die EU transportieren würde, und zum anderen als eine Brücke zur NATO gesehen (Jopp 1999). Die „Sowohl-als-auch-Politik“ blieb weiterhin zentraler Bestandteil deutscher Politik. In Bonn war man darauf bedacht, die Rolle der WEU sowohl als europäischen Pfeiler in der NATO als auch als den verteidigungspoliti-

⁵⁶ In zahlreichen Reden hoben führende deutsche Politiker hervor, wie wichtig es sei, die neuen Staaten Mittel- und Osteuropas in die neu gegründete EU zu integrieren und sie durch die Heranführung an Westeuropa bei der Demokratisierung zu unterstützen (Herzog 1994; Kohl 1994; Kinkel 1994a, 1996).

schen Arm der EU durchzusetzen (Kinkel 1995b, 1996) Für die deutschen Politiker war es zentral, jegliche europäischen verteidigungspolitischen Initiativen innerhalb der NATO entwickeln zu lassen.

Was die neuen Funktionen der WEU anbelangte, wurde mit der Petersberg-Erklärung das Konfliktmanagement in den Aufgabenkatalog übernommen, doch standen deutsche Politiker europäischen ‚out-of-area‘-Missionen, die eine Beteiligung der Bundeswehr im Ausland erforderten, kritisch gegenüber (Seidelmann 1999: 214f). Erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994, welches jegliche verfassungsrechtlichen Bedenken zum Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von Friedensmissionen internationaler Institutionen beseitigte, wurde auf politischer Ebene eine Entscheidung zur Entsendung deutscher Soldaten möglich (Rummel 1996: 40). Dennoch sollten militärische Mittel nicht leichtfertig, sondern nur als äußerstes Mittel eingesetzt werden; politische Lösungen standen im Vordergrund. Auch sollten Konfliktmanagementeinsätze nicht autonom (Meimeth 2003: 25), sondern im Rahmen von UNO und NATO durchgeführt werden. Grundsätzlich würden sich solche Missionen am unteren Ende der Skala befinden; Operationen höchster Intensität würden weiterhin der Allianz vorbehalten sein und allenfalls eine Beteiligung europäischer Kräfte zulassen. Deutschland betonte die Komplementarität beider Institutionen und dass europäische Initiativen stets darauf ausgerichtet seien, die NATO als Ganzes zu stärken.

Die WEU sollte sich nicht getrennt von der EU entwickeln, sondern stärker in die EU integriert werden (Kinkel 1995b). In Amsterdam sollten daher die Petersberg-Aufgaben in den EU-Katalog aufgenommen werden und die Konfliktmanagementfunktionen auf diese übergehen. Ebenso wünschte sich die deutsche Regierung ein Übergehen derer kompletten Funktionen und Strukturen in die EU. Auf diese Weise würde die Integration auch im Sicherheits- und Verteidigungsbereich voranschreiten und die EU durch die Inkorporation der WEU zu der zweiten politischen Säule innerhalb der Allianz (Jopp 1999: 42) und zu einem stärkeren internationalen Akteur werden. Über die WEU würde die EU zudem über das Berlin-Abkommen Zugriff auf NATO-Mittel und -Strukturen bekommen. Auf diese Weise würden „der EU die dringend notwendigen operativen Fähigkeiten verfügbar“ (Kinkel 1995b: 128) gemacht. Die praktische Implementierung des CJTF-Konzeptes und die Gründung der ESVI auf dem NATO-Rat 1996 entsprachen den deutschen Forderungen und war auch durch starkes Drängen deutscher Diplomaten zustande gekommen.

Den führenden Politikern war klar, dass Europa in Zukunft eine „größere Verantwortung für die kollektive Sicherheit und Verteidigung im Rahmen der Atlantischen Allianz [würde] übernehmen müssen“ (Kinkel 1995b). Bundeskanzler Kohl erklärte vor dem Nordatlantischen

Kooperationsrat 1996, dass „die neuen Strukturen der NATO es Europa erlauben [müssen], militärische Aufgaben künftig in Einzelfällen innerhalb des Rahmens des Atlantischen Bündnisses selbst zu führen“. An der Bedingung, dass jegliche europäische verteidigungspolitische Initiativen innerhalb der NATO stattfinden sollten und nur unterstützt würden, solange der atlantische Verbund nicht gefährdet wurde (Müller 1999: 161; Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 39; Overhaus 2004: 39), änderte sich nichts; ebensowenig daran, dass diese Komponenten die NATO komplementär ergänzen müssten. (W)EU und NATO müssten grundsätzlich stärker zusammenarbeiten. Deutsche Politiker präferierten klar die Integration dieser europäischen Initiativen in die NATO und sprachen sich für eine Verzahnung von (W)EU und Allianz aus („interlocking institutions“).

2.1.4.2 2. Phase (1998-2003): Implementation der ESVP

An dem St. Malo Gipfel selber und dem Initiieren der ESVP war Deutschland nicht beteiligt, doch war es ein wichtiger Akteur bei der Implementierung dieser. Während der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1999 lag es an der deutschen Regierung, die Beschlüsse von Köln und Helsinki sowie die Neuerungen des Amsterdamer Vertrages umzusetzen (Overhaus 2003: 52f, 2004: 40; Regelsberger 2002: 35). Bei der Entwicklung der ESVP nahm Deutschland neben Frankreich eine Führungsrolle ein.

Deutschland unterstützte, wie in der Phase zuvor, die Verschmelzung der WEU mit der EU (Haftendorn 2001: 331; Scharping 1999). Die Beschlüsse von Amsterdam zur Übernahme der Petersberg-Aufgaben in den EU-Katalog gingen der Bundesregierung daher nicht weit genug. In den folgenden Jahren wurde die weitere Annäherung beider Organisationen forciert und das gemeinsame Drängen deutscher und französischer Politiker führte schließlich dazu, dass mit dem Vertrag von Nizza die operativen Funktionen der WEU auf die EU übergingen.

Mit dem Regierungswechsel zu der rot-grünen Bundesregierung 1998 wurde die Kontinuität deutscher Außen- und Europapolitik betont; gleichzeitig sind Veränderungen bezüglich der Einstellung zum europäischen Krisenmanagement zu bemerken. Aufgrund der Erfahrungen der Handlungsunfähigkeit der EU während der Kosovokrise 1999 wurde die Notwendigkeit anerkannt, die ESVI, die nur innerhalb der NATO angesiedelt war und den Europäern keine Eigenständigkeit in diesem Politikfeld brachte, zu einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erweitern und militärische Mittel im Rahmen der EU aufzubauen (BMVg 2006: 46; Fischer 1999, 2001; Haftendorn 2001: 331-333). Aus diesem Grund wurden die Europäischen Räte in Köln und Helsinki sowie die Verabschiedung der militärischen Fähigkeitsziele tatkräftig unterstützt. Auch beteiligte man sich an der Ausarbeitung von Szenarien

für militärische Einsätze und stellte Krisenreaktionskräfte für solche zukünftigen Operationen zu Verfügung. Gleichzeitig legten die deutschen Spitzenpolitiker großen Wert auf die zivile Komponente des europäischen Konfliktmanagements. Die Verabschiedung ziviler Planziele und die Errichtung eines Ausschusses für das zivile Krisenmanagement gehen zum großen Teil auf deutsche Initiativen zurück (Overhaus 2003: 60; Regelsberger 2002: 36f).

Mit der Übertragung der Funktionen der WEU auf die EU sollte diese zu einem eigenständigeren Akteur in diesem Politikbereich werden und eigenständig Aufgaben zur Bewältigung von Krisen durchführen. Sie sollte jedoch nicht alle Aufgaben in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen. Landes- und Bündnisverteidigung blieben Aufgaben der NATO (Haftendorn 2001: 332). Zu dieser müsste die EU grundsätzlich engere Beziehungen aufbauen, um sich miteinander abzusprechen und auch gemeinsam handeln zu können. Die EU sollte ohnehin nur tätig werden, wenn die NATO als Ganzes nicht handelte. Die ESVP stellte keine Alternative zur NATO dar, sondern sollte eine Ergänzung und Stärkung sein (Meiers 2002: 37; Scharping 1999; Schröder 2001b). Die Komplementarität der beiden Institutionen stand für Deutschland weiterhin an oberster Stelle; daher wurde die Verabschiedung von Berlin-Plus deutlich unterstützt. Hierdurch sollte die ESVP mit der NATO institutionell verbunden werden und „mit dieser ein System der Arbeitsteilung und der Zusammenarbeit vereinbar[en]“ (Haftendorn 2001: 441); diese war dergestalt, dass die EU auf die Petersberg-Aufgaben beschränkt blieb (Meiers 2002: 37). Damit konnte man bis zu Kampfeinsätzen gehen, doch sollten sie kein Peaceenforcement enthalten. Durch die Übernahme komplementärer Aufgaben sollten sich die beiden Institutionen ergänzen und durch eine strategische Partnerschaft miteinander verbunden werden (Schröder 2001a).

Die deutschen Politiker gestalteten durch aktive Politik den Prozess des Auf- und Ausbaus dieses neuen Politikfeldes mit. Der EU sollten im Bereich des Konfliktmanagements umfassende, sowohl militärische als auch zivile, Mittel an die Hand gegeben werden. Das grundsätzliche Propagieren eines breitangelegten Ansatzes, der Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung umfasste (Fischer 2001; Siedschlag 2002: 117), fand auch seinen Niederschlag in der Unterstützung eines grundsätzlichen Stabilitätstransfers in die Nachbarländer; die politischen Maßnahmen einer Osterweiterung der EU wurden daher unterstützt (Haftendorn 2001: 335; Risse 2004: 27). Neben den neuen externen Funktionen der EU blieben die allgemeinen, internen Aufgaben weiterhin von Bedeutung. Durch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten sollte die Sicherheitsgemeinschaft ausgeweitet und ein Stabilitätstransfer nach Mittel- und Osteuropa stattfinden. Ziel war es, langfristig zur Stabilisierung dieser Länder sowie zur Friedenssicherung in der europäischen Peripherie beizutragen. Grundsätzlich

waren die Stärkung dieser kooperativen Sicherheitspolitik und das Vorantreiben des europäischen Integrationsprojekts vorrangig vor dem (militärischen) Krisenmanagement (Overhaus 2003: 57, 2004: 45).

2.1.4.3 3. Phase (seit 2003): Einsatzfähigkeit der ESVP unter Beweis stellen

Im Gegensatz zu den anderen drei Staaten war Deutschland anfangs kein „Demandeur bei militärischen Kriseninterventionen“ (Overhaus 2003: 56). ESVP-Missionen werden unterstützt, insbesondere, um das Funktionieren neuer Institutionen und die Glaubwürdigkeit der ESVP unter Beweis zu stellen. Militärische Operationen sollen im Rahmen von Berlin-Plus und mit Rückgriff auf NATO-Ressourcen erfolgen. Ohnehin sollen solche Einsätze am unteren Ende des Spektrums angesiedelt sein (Willigen 2003: 38) und nur Peacekeeping und Peacebuilding umfassen. Hierbei betont Berlin vor allem das zivile Krisenmanagement und das Post-Konflikt-Management, welche für einen nachhaltigen Stabilitätstransfer entscheidend sind.

Hatte Deutschland in den Jahren zuvor die Rolle als Vermittler zwischen Washington/London und Paris eingenommen und die Beziehung von EU und NATO auszubalancieren gesucht, wurde 2003 auf dem Mini-Gipfel von Brüssel, an dem neben Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg teilnahmen, eine stärkere europäische Position eingenommen. Die Initiative Frankreichs zur Etablierung europäischer Planungsstrukturen wurde ebenso unterstützt wie der Vorschlag einer Ausweitung der verstärkten Zusammenarbeit auf die ESVP (Overhaus 2004: 50f). Deutschland wollte die EU jedoch zu keinem Konkurrenten der NATO machen, sondern durch eine gewisse Eigenständigkeit der Europäer das transatlantische Sicherheitsbündnis stärken.

Mit dem Durchführen erster Missionen bewies die EU das Funktionieren der ESVP in der Praxis und drängte neben die NATO als Akteur bei der Bewältigung externer Krisen. Dabei sollte sie die Allianz nicht ersetzen, sondern sie ergänzen. In den verteidigungspolitischen Richtlinien (März 2003) heißt es diesbezüglich:

„Die ESVP ist kein Ersatz für, sondern eine notwendige Ergänzung zur NATO, die die Allianz stärkt und den Kern eines europäischen Pfeilers der Allianz bildet. Bereits heute verstehen sich EU und NATO als strategische Partner bei internationaler Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.“

Für Deutschland steht die Komplementarität und Partnerschaft zwischen EU und NATO an oberster Stelle (Schröder 2005; Struck 2004). Als die beiden Pfeiler der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft bilden sie die Grundlage jeglicher europäischer Verteidigung und des externen Konfliktmanagements. Durch Berlin-Plus sind sie institutionell miteinander verbun-

den, wodurch die praktische Kooperation, welche in den Augen der Deutschen für einen nachhaltigen Erfolg aller Missionen notwendig ist, ermöglicht werden soll. Das Konzept der ‚interlocking institutions‘ wird von deutscher Seite nachhaltig propagiert. Durch eine bessere Abstimmung der Fähigkeitsentwicklung, ein gemeinsames Koordinieren des Krisenmanagements und einer präziseren Aufgabenteilung soll die strategische Partnerschaft (Jung 2006, 2008) auf eine neue Ebene gehoben werden.

2.2 Positionen zur NATO

Die NATO war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Pfeiler der transatlantischen Politik und für die Verteidigung der Mitglieder zuständig. Als externe Funktion stand während des Ost-West-Konfliktes das System kollektiver Verteidigung unter dem Motto von Lord Ismay „keep the Russians out“ im Vordergrund; einer externen Bedrohung seitens der Sowjetunion sollte entgegen getreten werden. Intern standen die Integration der Bundesrepublik Deutschland („keep the Germans down“) und die Einbindung der USA („keep the Americans in“) auf der Agenda der NATO (alte Funktionen; vgl. Haftendorn 1999b: 271f).

Nach dem Ost-West-Konflikt wandelten sich die externen Bedingungen; die NATO suchte sich an diese anzupassen und sich durch die Übernahme neuer Funktionen als Sicherheitsinstitution zu bewähren.

2.2.1 USA

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes blieb für die USA die NATO weiterhin die zentrale transatlantische Verteidigungsinstitution. Durch das Zuschreiben neuer Funktionen sollte sie sich an die neuen Gegebenheiten anpassen und als zentrale transatlantische Sicherheitsinstitution auch für die Zukunft Bestand haben.

2.2.1.1 1. Phase (1992-1998): Betonung des NATO Primats

„NATO continues to provide the indispensable foundation for a stable security environment in Europe. Therefore, it is of fundamental importance to preserve the NATO as the primary instrument of Western defense and security, as well as the channel for U.S. influence and participation in European security affairs“, so die Aussage im Entwurf des Defense Planning Guidance des Pentagons aus dem Jahr 1992 (abgedruckt in der New York Times, 08.03.1992). Auch wenn die Endfassung etwas milder formuliert wurde (Donfried 1994: 144; Gellmann 1992), so ist doch dieses Statement symbolträchtig für die US-Position gegenüber der Allianz. Die NATO, in welcher die USA ihre führende Rolle beibehalten wollten, insbe-

sondere um Einfluss auf die Geschehnisse in Europa nehmen zu können, bleibt das Fundament transatlantischer Verteidigung (Link 2000: 920; Mastanduno 2002: 198). Sie war für die Vereinigten Staaten demzufolge auch ein Instrument, um ihre Führungsrolle in Europa zu sichern und eine „europäische“ Macht zu bleiben (Maddox 2001: 21). Außenminister Warren Christopher betonte im Dezember 1994 auf einem Treffen des Nordatlantikrates (NAC), dass die USA über die NATO in Europa engagiert bleiben und die transatlantische Partnerschaft fördern wolle (Christopher 1994a, 1995). Verteidigungsminister William Perry (1995, 1996a, 1996b) hob die Notwendigkeit der Anpassung der Allianz an die neuen internationalen Gegebenheiten hervor; die NATO sollte hierdurch für neue Aufgaben einsetzbar werden.

Zentrale Funktionen der NATO, so die Positionen in den ersten der 1990er Jahre, blieben die kollektive Verteidigung (Perry 1995) und die Bedeutung als transatlantisches Diskussions- und Kooperationsforum. Parallel waren Ansätze zur Erweiterung der Aufgaben zu vermerken.

Der Ruf nach Ausdehnung der NATO auf Mittel- und Osteuropa (Demokratie- und Stabilitätstransfer) wurde lauter (Hils/Wilzewski 2004: 201). In seiner Rede vor dem Nordatlantikrat betonte Außenminister Christopher die Notwendigkeit der Aufnahme neuer Mitglieder, um eine effektive Sicherheitsgemeinschaft in Europa zu ermöglichen (Christopher 1994a, 1994b). Die politische Funktion der NATO sollte, so Außenministerin Madeleine Albright einige Jahre (1997a) später, betont werden. Erster Schritt war das Partnership for Peace (PfP) Programm, durch welches Nachbarstaaten an die NATO herangeführt und angebunden werden sollten; potentielle Beitrittskandidaten sollten auf diesem Weg auf den Beitritt vorbereitet werden. Mit dem Beschluss zur Etablierung des PfP-Programms auf dem NATO-Gipfel in Brüssel (1994) trat die USA entschieden für eine Erweiterung der NATO ein (Albright 1997b; Knapp 1998: 339f; Perry 1995). Ihr Ziel war es, die Sicherheitsstrukturen der NATO auszudehnen und hierdurch die interne Kommunikationsfunktion sowie den US-Einfluss auf die einstigen Sowjetrepubliken zu erweitern (Hoffmann 1997: 183f).

Des Weiteren bereitete sich die NATO auf ‚out-of-area‘-Einsätze vor. Die Übernahme von externen Konfliktmanagementfunktionen während der Balkankriege Anfang der 1990er Jahre war von der USA zunächst abgelehnt und als europäische Aufgabe eingestuft worden (Hoffmann 1997: 186), doch als sich die EU als unfähig erwies, diese Probleme vor der eigenen Haustür zu lösen, griff schließlich mit ausdrücklicher Zustimmung der Vereinigten Staaten die NATO ein (Christopher 1994a; Donfried 1994: 166; Haftendorn 1999b: 273f; Knapp 1998: 343). Durch Peaceenforcement und Peacekeeping sollten die Kriege auf dem Balkan beendet werden (vgl. Christopher 1996; Knapp 1998: 343-345). Hierbei kam insbesondere das militärische Potential der USA zum Tragen, um die gewalttätigen Konflikte zu lösen. Lars

Maddox bezeichnet die Intervention als integratives Instrument, da durch die Handlungsstärke der NATO alternative Sicherheitsinstitutionen diskreditiert wurden (Maddox 2001: 26) und sich die NATO als neuer Akteur im Konfliktmanagement etablieren konnte. Die NATO konnte sich auf diese Weise als wichtigste Sicherheitsinstitution behaupten (Albright 1997a) und die USA durch Beitrag ihrer militärischen Kraft ihre „Unentbehrlichkeit und Unersetzlichkeit als Bündnisführungsmacht“ (Knapp 1998: 346; vgl. Walt 2000) unterstreichen.

Auch nach dem Ost-West-Konflikt blieb die NATO für die Vereinigten Staaten Anker der transatlantischen Politik (Christopher 1994b). Die NATO wurde gestärkt, indem ihr neue Funktionen zugeschrieben wurden und sie so zum „Kern einer erweiterten Sicherheitsgemeinschaft“ und zum „Instrument des Konflikt- und Krisenmanagements“ (Rudolf 2004a: 275) avancierte. „NATO“, so Verteidigungsminister Perry vor dem WEU Transatlantischen Forum „is the bedrock on which the future security and stability of Europe will be built“ (Perry 1995).

2.2.1.2 2. Phase (1998-2003): „NATO first“ Prinzip und Aufgabenerweiterung

Die NATO behielt ihre bedeutende Stellung in den transatlantischen Beziehungen und für die USA bei (Kissinger 2001). Staatssekretär im Außenministerium Thomas Pickering fasste in einer Rede an der Columbia University in New York City die Bedeutung der NATO wie folgt zusammen:

„NATO [is] the premier organization through which the U.S. pursues its security interests and the backbone of the transatlantic relationship. (...) We want to create the NATO of the 21st century – a larger, more fit and flexible Alliance, committed to collective defense, capable of dealing with a broad range of challenges to Alliance interests, and working in partnership with other nations and organizations to advance security, prosperity and democracy in and for the entire transatlantic region“ (Pickering 1998).

Die kollektive Verteidigung blieb zentrale Aufgabe der NATO, doch wurde betont, dass sich die Allianz erweitern und ihre Strukturen dahingehend anpassen musste, damit sie flexibler auf neue Herausforderungen und Gefahren reagieren könnte (Cohen 1999a; Talbott 1999b). Auch die Aufnahme neuer Mitglieder und somit die Erweiterung der internen Funktionen war entscheidend.

Auf eine Erweiterung des Aktionsradius hat Präsident Clinton indirekt in einer Rede im Mai 1998 Bezug genommen:

„Yesterday’s NATO guarded our borders against military invasion. Tomorrow’s NATO must continue to defend enlarged borders and defend against threats to our security from beyond them – the spread of weapons of mass destruction, ethnic violence and regional conflict“ (zitiert nach Pickering 1998; vgl. Clinton 1999a).

Die USA drängte weiter auf ‚out-of-area‘-Missionen für die NATO – neben der Ausweitung der regionalen Zuständigkeiten müssten auch die funktionalen Aufgaben erweitert werden (Dembinski 1999: 32; Peters 2004: 392). Auch wenn Fortschritte auf dem Balkan wahrnehmbar seien, so müsste noch viel investiert werden, um langanhaltende Stabilität zu gewährleisten (Albright 2000a, 2000b; Clinton 1999b: 103; Slocombe 2000; Vershbow 2000: 110). Militärische Macht, erklärte der stellvertretende Außenminister Talbott, habe die Wende in Bosnien und im Kosovo gebracht. Während andere internationale Institutionen nur zugesehen hätten, hätte die NATO und in ihr vor allem die USA gehandelt. Durch Peaceenforcement-Maßnahmen und darauffolgenden Peacekeeping-Truppen hätte die Situation in den Ländern verbessert werden können (Albright 2001). Ein Ansatz zur Arbeitsteilung mit anderen internationalen Organisationen kann indirekt aus Aussagen hochrangiger Politiker herausgelesen werden: „NATO is supplying the muscle that so often makes the difference between diplomatic breakthrough and diplomatic breakdown“ (Talbott 1999b). Institutionen, wie UNO, OSZE oder EU, würden anschließend gebraucht, um für nachhaltigen Frieden und Stabilität zu sorgen.

Kooperation mit anderen internationalen Institutionen wird von Seite des Außenministeriums hervorgehoben (Powell 2001b). Es war im Interesse von NATO und USA, dass die Partnerschaft zu anderen internationalen Organisationen ausgebaut würde. Im Zusammenhang mit US-Reaktionen auf den Auf- und Ausbau der ESVP wird deutlich, dass an dem Primat der NATO und derer autonomer Handlungsfähigkeit festgehalten wurde. Wie eine konkrete Partnerschaft insbesondere zur Europäischen Union ausgestaltet werden sollte war jedoch noch unklar.

Zudem stellte sich die Frage, welche Funktionen die EU in der Praxis im Krisenmanagement übernehmen und wann sie tätig werden sollte. Besonders aktuell wurde diese Frage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, nach denen die USA die NATO in ihren globalen Kampf gegen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen einsetzen (Wolfowitz 2002) und Truppen durch den Abzug vom Balkan frei werden lassen wollte. Die NATO sollte global agieren können und insbesondere im Nahen Osten und am Hindukusch einsatzfähig sein (Rudolf 2002; Rudolf 2004b: 193). In diese Zeit wurden gleichzeitig unilaterale Tendenzen der USA erkennbar. Eine Zusammenarbeit mit den Partnern und internationalen Organisationen war wünschenswert, doch handelten die Vereinigten Staaten auch alleine oder mit ‚coalitions of the willing‘.⁵⁷ Die NATO büßte für eine gewisse Zeit in den Augen der USA an Be-

⁵⁷ Im Gegensatz zu vorangegangenen Jahren als die Allianz die Mission bestimmte, bestimmte nun in der Meinung der Bush-Regierung die Mission die Koalition (vgl. Peterson/Pollack 2003a: 9; Rühle 2003: 359). Die USA wollte sich nicht verpflichten, ausschließlich im Rahmen internationaler Organisationen und mit UN-Mandat zu

deutung ein (Aposkitis 2006: 71f; schriftliches Interview, 9. März 2009) und wurde erst nach den großangelegten Militärschlägen in Afghanistan von Seiten der USA für Peacekeeping-Maßnahmen im Land von Wert.

So wurde der 11. September auch für die NATO zu einem formativen Ereignis (Jones 2002). Auf die genauen Auswirkungen der Terroranschläge auf die USA und das transatlantische Verhältnis soll nicht weiter eingegangen werden, dies müsste Thema einer weiteren Arbeit sein; doch wurde der Aktionsradius der NATO erweitert und Peacekeeping Aufgaben nicht mehr nur an der Peripherie Europas übernommen, sondern sollten weltweit durchgeführt werden können (Bush 2002; Kitfield 2002; US-NATO Botschafterin Nuland 2006). Grundsätzlich forderte die USA eine erweiterte Funktion der NATO (NSS 2002: 25f; White House Fact Sheet 2006): Ausbreitung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität durch Aufnahme neuer Mitglieder,⁵⁸ Transformation und Ausbau der NATO-Strukturen und -Kapazitäten, um den neuen Herausforderungen begegnen zu können sowie ‚out of Europe‘-Missionen.

2.2.1.3 3. Phase (seit 2003): Globale NATO

Seitdem die Berlin-Plus Vereinbarungen Anfang 2003 abgeschlossen wurden und die EU eigenständige Missionen, sowohl unter Rückgriff auf NATO-Planungskapazitäten als auch autonom unternimmt, hat die NATO ihren Aktionsradius erheblich erweitert. Zwar hat sie sich nicht völlig vom Balkan zurückgezogen, sie unterhält noch Verbindungsbüros und einige Mitarbeiter und Soldaten in zahlreichen Ländern, doch hat sie die Aufgaben vor Ort zum großen Teil in die Hände der EU gelegt. Diese „neue“ NATO, wie Verteidigungsminister Rumsfeld (2003) sie nennt, ist nach der US-Militäraktion Enduring Freedom an Peacekeeping-Missionen und Aufbaumaßnahmen in Afghanistan beteiligt⁵⁹ (Archick/Gallis 2004: 7; Gates 2007a; Grossmann 2003). Der USA wurde letztlich bewusst, dass sie die NATO und ihre Partner benötigt, wenn sie in Afghanistan stabile Strukturen schaffen will (Huldt 2003: 20f; ehemaliger US-NATO Botschafter Hunter 2003: 31f).⁶⁰

handeln, sondern behielt sich vor, geeignete Maßnahmen für die eigene Sicherheit und Verteidigung auch alleine zu bestimmen (Schwarz 2002: 180).

⁵⁸ Am 1. April 2004 wurden sieben neue Mitglieder in die NATO aufgenommen und auf diese Weise die interne Kommunikations- und Stabilitätsfunktion erweitert. Mit Albanien, Kroatien und Mazedonien gibt es weitere Länder für eine nächste Erweiterungsrunde (Archick/Gallis 2008: 11).

⁵⁹ ISAF befindet sich seit August 2003 unter der Führung der NATO.

⁶⁰ Michael Rühle, Leiter des Planungsreferats der Politischen Abteilung der NATO, ist der Meinung, dass die USA sich grundsätzlich bewusst sei, die NATO zu benötigen und selbst bei unilateralen Handlungstendenzen diese auch in Zukunft unterstützen würde. Die Vereinigten Staaten würden diese jedoch transformieren, so dass die Allianz weiterhin ein attraktiver Rahmen für transatlantisches Handeln bleiben würde (Rühle 2003).

Der Streit zwischen den Allianzmitgliedern über einen Eingriff im Irak führte letztlich dazu, dass die Vereinigten Staaten 2003 mit einer ‚coalition of the willing‘ im Irak intervenierten. Nach der Irak-Intervention forderten sie abermals die NATO zur Übernahme von Peacekeeping-Maßnahmen auf (Archick/Gallis 2004: 7), doch wurde dieser Forderung bislang von den NATO-Partnern kaum entsprochen.⁶¹ Die USA wünscht sich grundsätzlich eine noch globaler handelnde NATO, die sich insbesondere stärker im Nahen Osten engagieren soll (Archick/Gallis 2004: 8). Die Bemühungen der Bush-Administration „to shift NATO’s mission to combating terrorism and proliferation, with a strategic center of gravity in the Middle East, has led to uneasiness and a series of challenges by some allies“ (Archick/Gallis 2008: 12).

Für diesen von den Vereinigten Staaten forcierten globalen Handlungsrahmen der NATO, müsse diese noch flexibler und schlagkräftiger werden (Gates 2007b; Rudolf 2001: 525f). Die Bush-Regierung hat klare Ambitionen, die NATO für ihren Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen einzusetzen sowie ihr globale Peacekeeping-Missionen und Post-Konflikt-Stabilisierungsaufgaben insbesondere in Ländern des Nahen Ostens zu übertragen. Externe Konfliktmanagementfunktionen rücken immer stärker in den Vordergrund der NATO-Aufgaben (Archick/Gallis 2008: 8f; Merry 2003: 44f).

2.2.2 *Großbritannien*

Während des Ost-West-Konfliktes war Großbritannien fest in das transatlantische Beziehungsgeflecht eingebunden. An dieser besonderen Beziehung zur NATO und insbesondere der USA (Dumbrell 2004) änderte sich auch nach 1990 nichts. „For London,“ so die Beurteilung Frank Kupferschmidt, „the Alliance remains the most important multilateral forum for transatlantic consultation and the central organisation for common operations“ (Kupferschmidt 2008: 202). Die NATO bleibt Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft und der gemeinsamen Verteidigung.

2.2.2.1 *1. Phase (1992-1998): NATO-Primat als Sicherheitsinstitution*

Die NATO behielt in den Augen Großbritanniens ihre vorherrschende Rolle in den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen bei. In Europa sollte diese ihre führende Rolle bewahren, wodurch die britische Position als Bindeglied zwischen Amerika und Europa bestehen bliebe. Die privilegierte Stellung, die Großbritannien in der Allianz besaß, sollte gesichert und auf diesem Wege der britische Einfluss gestärkt werden (Bluth 1994: 398f; Cornish 1999: 58).

⁶¹ Die NATO stimmte lediglich zu, eine kleine Mission im Irak zu etablieren und Irakische Sicherheitskräfte auszubilden (Archick/Gallis 2008: 10).

Durch die NATO würde zudem die USA auch in Zukunft an Europa gebunden bleiben. Europa benötige die USA, da diese allein die Kapazitäten und den Willen hätte, um in Krisensituationen zu handeln (Martin/Garnett 1997: 108; Rifkind 1996a: 100f).

Für Großbritannien hatte die NATO ihre Bedeutung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht verloren. Ihre ursprüngliche Funktion der Sicherung gegen den Sowjetblock war zwar obsolet geworden, doch traten an deren Stelle die Bedrohung durch ein neu entstandenes Russland sowie Unsicherheiten und Instabilitäten im ehemaligen Ostblock. Das Primat der NATO sollte nicht angetastet werden; kollektive Verteidigung stand weiterhin im Zentrum der Aufgaben, gleichzeitig plädierte die britische Regierung für eine Erweiterung der Aufgaben der Allianz (Deutschmann 2002: 59). In einem Memorandum (März 1995) hob die britische Regierung hervor, dass der Artikel 5 bezüglich der kollektiven Verteidigung unverändert bleibe, dass die nicht-Artikel 5 Aufgaben an Bedeutung gewinnen würden. Militärische Kräfte würden immer weniger für die territoriale Verteidigung als vielmehr für Konfliktmanagementaufgaben gebraucht (Bluth 1994: 403f; Cornish 1999: 61). Zu diesem Zeitpunkt ging die britische Führung von Aufgaben niedriger Intensität im Rahmen von regionalen Stabilisierungsmaßnahmen aus, wie Peacekeeping und humanitären Missionen; diese sollten gemeinsam mit den europäischen Partnern und der WEU erledigt werden. Eine klare Arbeitsteilung zwischen der NATO und der WEU wurde von britischer Seite abgelehnt. Auch wenn Großbritannien „die Idee eines europäischen Pfeilers der Allianz prinzipiell unterstützt, ist ihm die NATO weiterhin der einzige akzeptable Rahmen für eine Kooperation in der Verteidigungsplanung“ (Bluth 1994: 406).

Neben der Erweiterung dieser externen Krisenmanagementaufgaben stand die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder auf der Agenda. Während einigen britischen Politikern, so die Einschätzung seitens Laurence Martin und John Garnett vom Royal Institute of International Affairs, eine enge Partnerschaft mit den neuen Nachbarstaaten lieber gewesen wäre (Martin/Garnett 1997: 112f), beurteilte dies der Außenminister Robin Cook anders; er sah durch die Erweiterung um neue Mitglieder die Funktion der NATO als Sicherheitsgemeinschaft gestärkt (Cook 1998a). Ebenso würde die kollektive Verteidigung und militärische Effektivität der Allianz auf eine erweiterte Basis gestellt.

So hatte sich an der Einstellung gegenüber der Allianz nichts verändert. Die NATO behielt ihre Bedeutung bei und blieb Eckstein britischer Verteidigungsplanung. Auf einer Pressekonferenz äußerte sich Premierminister John Major im Juni 1997 hierzu folgendermaßen:

„The absolute essence of it is to make clear that defence is such a big British interest that nothing must jeopardize NATO, that that is the foundation of our defence policy and there

must be no question of us being forced into an integration of the various European defence institutions and that has been secured” (Major 1997).

Das Aufgabenspektrum der NATO wurde erweitert und den neuen Herausforderungen und Gegebenheiten angepasst – auf diese Weise wurde ihr Nutzen für die Mitgliedsstaaten sichergestellt. Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde weiterhin fast ausschließlich der NATO zugeordnet.

2.2.2.2 2. Phase (1998-2003): Verstärkte Rolle im Konfliktmanagement (,out-of-area’)

Den neuen Risiken und Gefahren nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes müsste eine stärkere und effektiver handelnde NATO mit neuen Mitteln entgegen treten (Dodd/Oakes 1998). Dabei müsse, so Verteidigungsminister George Robertson, den Krisen vor Ort begegnet werden, bevor diese nach Europa überschwappten (Strategic Defence Review 1998). Aus diesem Grund sei es nötig, die Allianz geographisch zu erweitern (Blair 1999b, 2002a; Hoon 1999). Die neuen Mitglieder in Mittel- und Osteuropa könnten, nach der Beurteilung des Verteidigungsministeriums, einen Beitrag leisten, um etwa Krisen auf dem Balkan vor Ort zu lösen. Außerdem würde durch eine Vergrößerung der Mitgliedszahlen die Sicherheitsgemeinschaft ausgedehnt werden (Blair 2002b), wodurch Stabilität und Sicherheit in die ehemaligen Ostblockstaaten gebracht und sich damit auch auf die angrenzenden Staaten positiv auswirken würden.

Mit dem Regierungsantritt von Tony Blair, der die Zentralität der NATO ebenso wie seine Vorgänger betonte (McInnes 1998: 834), wurden die neuen Aufgaben der NATO hervorgehoben (Cook 1998c). Unter der konservativen Regierung Majors hatte die NATO bereits Mitte der 1990er Jahre auf dem Balkan Aufgaben im Konfliktmanagement übernommen. Während diese niedriger und mittlerer Intensität hatten sein sollen, schrieb die Labour Regierung ihr Aufgaben im ganzen Spektrum der Krisenregulierung zu (Außenminister Cook 1998a). Mit der Entwicklung der ESVP trat die EU als Akteur in diesem Politikfeld auf, doch sollten Missionen im Bereich der ESVP die NATO nicht einschränken, sondern komplementär ergänzen. Die Allianz sollte weiterhin das gesamte Spektrum an Aufgaben (Blair 1998b, 1999) von der kollektiven Verteidigung – ausschließlich Aufgabe der NATO – über Peaceenforcement und Peacekeeping bis zu Peacebuilding und Post-Konflikt-Management übernehmen. Der NATO wurde in allen Fällen das Recht des „first refusal“ zugesprochen (Howorth 2000b: 390f; Kirchner 2002: 50).

Seit den Balkan-Krisen Mitte der 1990er Jahren war die NATO immer wieder für Krisenmanagement in dieser Region eingesetzt worden (Jones/Byrd 2007: 720f). Daran sollte sich in den britischen Vorstellungen auch nichts ändern (Cook 1999a). Im Gegenteil: die NATO soll-

te sich von einer „purely defensive alliance into an organisation capable of intervening in regional conflicts in Europe through its Rapid Reaction Corps“ (Jones/Byrd 2007:724) entwickeln. Diplomatie sei zwar der wünschenswertere Weg, doch gebe es, so die Ansicht von Premierminister Tony Blair (1999a) und Außenminister Robin Cook (1999b), Situationen, in denen nur militärische Kraft ein Ergebnis herbeiführen könne. Die Balkan-Kriege seien dafür bestes Beispiel. Den Forderungen der USA zu ‚out-of-area‘-Missionen stimmte Großbritannien zwar zu, doch sah man diese auf die unmittelbare geographische Nähe Europas beschränkt. Missionen anderer internationaler Institutionen, wie der Afrikanischen Union oder den Vereinten Nationen, außerhalb Europas würden zwar weiter unterstützt, doch so betonte Robin Cook (1998c), würden dies keine NATO-Operationen sein.

Die NATO blieb, trotz europäischer Verteidigungszusammenschlüsse, im Zentrum britischer Verteidigung (Bluth 1998: 485; Clarke 1998; Volle 1998: 471). Im Gegensatz zur EU, die durch ESVP-Missionen die Allianz im Konfliktmanagement zu unterstützen und zu ergänzen hatte, sollte die NATO das ganze Spektrum an Verteidigungs- und Krisenregulierungsaufgaben übernehmen.

2.2.2.3 3. Phase (seit 2003): Weltweite Einsätze

Das Konfliktmanagement in den 1990er Jahre war größtenteils positiv – die NATO hatte bewiesen, dass sie durch die Transformation ihrer internen Strukturen und die Übernahme von neuen Aufgaben im internationalen Krisenmanagement ihren Wert als internationale Sicherheitsorganisation aufrechterhalten hatte. Durch Peaceenforcement und Peacekeeping auf dem Balkan hatte sie sich als militärische Allianz behauptet (O’Brian 2003) und sich als erweiterte Sicherheitsinstitution profiliert.

Auf die Entstehung neuer Risiken und Herausforderungen hatte sie erfolgreich reagiert; daher ist es nicht verwunderlich, dass sie auch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine Aufgabe zu übernehmen hatte. Auf die Anschläge vom 11. September hatte die USA zwar nur mit einer Koalition der Willigen reagiert, doch forderte sie, unterstützt von ihrem engsten Partner, dem Vereinigten Königreich, nach offizieller Beendigung des Krieges in Afghanistan und in geringerem Maße im Irak die Beteiligung der NATO. Großbritannien forciert diese ‚out-of-Europe‘-Operationen zwar nicht, doch unterstützt es die US-Forderungen nachhaltig. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hob Verteidigungsminister Geoffrey Hoon (Februar 2004) die Notwendigkeit hervor, auf diese neuen globalen Herausforderungen, insbesondere den Terrorismus, schnell zu reagieren. Militärische Missionen müssten künftig häufiger in geringerem Umfang, aber reaktionsschneller umsetzbar sein. Die Alli-

anz müsse daher noch flexibler und schlagkräftiger werden, weshalb die Transformation der Streitkräfte weiter vorangetrieben werden müsse (Reid 2006). Ihre Zusage, eine größere Rolle in Afghanistan spielen zu wollen, würde diesem Anspruch Rechnung tragen (UK-Italy Summit 2004; Reid 2006). In einer Stellungnahme im Juni 2004 äußerte sich Blair positiv zu der Erweiterung des Mandats von ISAF, wodurch die neue globale Funktion der NATO wieder gespiegelt wurde.

Die Einsätze der Allianz sind territorial nicht mehr nur auf die Peripherie Europas begrenzt, sondern sollen weltweit stattfinden. Die europäische Einflussosphäre verliert zwar in den Augen der Briten nicht an Bedeutung – so soll die NATO auch nicht aus den Balkanländern komplett abziehen – doch soll die EU zunehmend dort Missionen führen und Aufgaben im Post-Konflikt-Management übernehmen, um für die interne Stabilisierung der Länder zu sorgen. Die NATO hingegen soll ihr Augenmerk von der regionalen auf die globale Sicherheit richten (Straw 2004) und Aufgaben dieser Art auf der globalen Ebene übernehmen. So ist in Ansätzen zwar eine geographische Arbeitsteilung auszumachen, doch liegt der Schwerpunkt britischer Position darauf, den beiden Institutionen Aufgaben aufgrund funktionaler Bestimmungen zuzuweisen.

Die NATO bleibt weiterhin Referenzpunkt einer erweiterten Sicherheitsgemeinschaft und der britischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: „The UK recognises the preeminence of NATO as the alliance upon which Europe and North America depend for collective defence and global crisis management“ (Defence White Paper 2003). Den Ambitionen zufolge soll sie weiterhin das komplette Spektrum bezüglich Sicherheit und Verteidigung abdecken; doch tritt kollektive Verteidigung aufgrund abnehmender aktueller Gefahren gegen das Staatsterritorium stärker in den Hintergrund, während die Bewältigung internationaler Krisen immer weiter ins Blickfeld rückt (Symons 2004a). Aufgrund ihrer Fähigkeiten soll die Allianz vor allem Peaceenforcement und Peacekeeping durchführen und somit am oberen Ende des Spektrums agieren. Peacebuilding und Post-Konflikt-Management überlässt sie zunehmend anderen internationalen Institutionen, wie etwa der EU. Eine de facto funktionale Arbeitsteilung ist in der Realität auszumachen, was den Interessen Großbritanniens durchaus entspricht.

2.2.3 *Frankreich*

Frankreich hat, seitdem Präsident de Gaulle 1966 aus der integrierten Militärstruktur austrat (Menon 1995: 19), eine besondere Beziehung zur NATO. Während es politisch mit der Allianz verbunden blieb und sich engagierte, erklärte es seine militärische Eigenständigkeit. Französische Soldaten stehen somit nicht unter dem Oberbefehl der NATO, sondern sind den

nationalen Befehlshabern unterstellt. Diese ambivalente Stellung prägt bisher die Beziehung Frankreichs zur NATO und ist ein Faktor für das Wechselspiel von Distanz und Annäherung.

2.2.3.1 1. Phase (1992-1998): *Rapprochement*

Das Ende des Ost-West-Konfliktes brachte auch für Frankreich und ihrer Beziehung zur NATO große Veränderungen mit sich. Defizite in der französischen Verteidigung wurden angesichts der neuen Herausforderungen sichtbar, ebenso die Notwendigkeit zu institutionellen Reformen. Anand Menon (1995: 22) hob die Erfordernis der Anpassung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hervor: „The shifting international landscape thus called into question the traditional defence policy of the Fifth Republic.“ Im Gegensatz zu den europäischen und transatlantischen Partnern, wollten französische Politiker der NATO keine neuen Funktionen übertragen. Gegenteilig nahm Frankreich in den ersten der 1990er Jahre eine negative Position ein. Man hoffte dadurch den politischen Einfluss der NATO und infolge die amerikanische Vormachtstellung in Europa zu verringern (Burmester 1997). Sowohl Übernahme einer stärker politischen Rolle als auch eine Erweiterung der Allianz wurden seitens Frankreich abgelehnt (Bozo 1995: 867; Menon 1995: 23; 2000: 41). Schritte auf dem Gebiet der kooperativen Sicherheit, wie die Errichtung des NATO-Kooperationsrates und des Programms „Partnerschaft für den Frieden“, mussten jedoch akzeptiert werden. Die NATO sollte dennoch grundsätzlich eine reine Militärallianz bleiben; sie sollte weiterhin für die kollektive Verteidigung (Artikel 5) ihrer Mitgliedsstaaten sorgen, aber keine weiteren Aufgaben in diesem Politikfeld übernehmen (Burmester 1997: 95; Howorth 2003c: 40; Schmidt 2000: 244). Für diese sollten entweder andere Institutionen, insbesondere die EU, oder die Nationalstaaten zuständig sein. Paris widersetzte sich somit jeder Funktionserweiterung der Allianz (Meimeth 1997: 85) und sprach sich gegen ‚out-of-area‘-Missionen aus (Menon 2000: 41). Der Gaullismus und das Festhalten an traditioneller Politik prägten die französische Außenpolitik dieser ersten Jahre.

1992 veränderte sich die französische Politik angesichts der Krisen am Golf und auf dem Balkan. Um diesen entgegen zu treten, zeigte Frankreich die Bereitschaft, sich der NATO anzunähern (*rapprochement*). Verteidigungsminister Pierre Joxe begann eine stärker pragmatisch geprägte Politik zu betreiben. Den neuen Herausforderungen müsse man, so sein Credo, mit neuen Maßnahmen entgegentreten. Die NATO-Politik müsse überdacht werden, wenn Frankreich weiterhin ein einflussreicher internationaler Akteur bleiben und sich im externen Konfliktmanagement engagieren wolle. Es sei essentiell, in den Entscheidungsgremien mitzureden, in welchen über solche Einsätze entschieden werde (Menon 1995: 25f). Die Haltung

Frankreichs gegenüber der Allianz begann sich zu entspannen; so wurde die Teilnahme des Verteidigungsministers bei Treffen des NATO-Rates und eines Vertreters bei Zusammenkünften des militärischen Komitees in Aussicht gestellt sowie Zugeständnisse an diese gemacht. Waren zuvor Handlungen im Krisenmanagement abgelehnt worden, war man bereit, Aktionen der Allianz bei der Bewältigung von Krisen zu unterstützen, zunächst allerdings nur im Rahmen von UNO und OSZE (Schmidt 2000: 244).

Paris entschied sich im April 1993, wieder an Sitzungen des Militärausschusses teilzunehmen und aktiv die Peacekeeping-Operationen auf dem Balkan mitzuplanen und mitzugestalten. Im September 1994 wurde beschlossen, den Verteidigungsminister an informellen NATO-Treffen der Verteidigungsminister teilnehmen zu lassen (Menon 1995: 30). Frankreich war nicht in die integrierte Militärstruktur der NATO zurückgekehrt, doch war es einen großen Schritt auf die Allianz zugegangen.⁶² Gleichzeitig wurden für eine weitere Annäherung Reformen der NATO-Struktur zur Bedingung gemacht. Flexiblere Krisenreaktionsfähigkeiten sowie schnell und begrenzt einsetzbare Streitkräfte sollten die Allianz beweglicher machen und ihr somit die Fähigkeit verleihen, schneller auf Krisen zu reagieren (Burmester 1997: 98). Sollten diese Voraussetzungen erfüllt werden, könnte Frankreich in dieser „NATO 2“ (Menon 1995: 31, 2000: 46) eine zentrale Rolle einnehmen.

Das Verteidigungsweißbuch von 1994 betonte die fortdauernde Bedeutung der NATO als wichtigste Verteidigungsorganisation und als Kommunikationsforum zwischen den Europäern und Nordamerikanern (Livre Blanc: 35-37). Sie sollte neue Aufgaben übernehmen und „ihre Kompetenzen künftig auch auf Operationen zur Erhaltung des Friedens aus[dehnen]“ (Französisches Verteidigungsweisbuch: 268). Zwar wurde versucht, diese nicht-Artikel 5 Aufgaben von den Artikel 5 Aufgaben zu trennen, doch erkannte Frankreich offiziell der NATO Aufgaben im Konfliktmanagement zu (Bozo 1995; Le Gloannec 1997: 86). Dieser Positionswechsel ist zum einen darin begründet, den Partnern die Unterstützung Frankreichs gegenüber der Allianz zu versichern und ihrerseits die Unterstützung einer europäischen Verteidigungskomponente zu erwirken. Zum anderen musste Frankreich anerkennen, dass zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt nur die NATO über entsprechende militärische Mittel verfügte, um in die Konfliktherde auf dem Balkan einzugreifen und für Stabilität und Frieden zu sorgen. Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates sah sich Frankreich in der Pflicht „aktiv bei der Erhaltung des Friedens in der Welt und der Einhaltung des internationalen Rechts mitzuwirken“ (Fran-

⁶² Anzumerken ist an diese Stelle, dass es zwischen dem gaullistischen Premierminister und dem sozialistischen Präsidenten Mitterand keine einheitliche Position in dieser Politik gab. Während ersterer zu größeren Zugeständnissen bereit war, begrenzte letzterer die Annäherung an die NATO (Menon 1995). Dieses Tauziehen innerhalb der französischen Regierung ist ein Grund dafür, dass man sich zwar auf die NATO zu bewegte, jedoch nicht in die integrierte Militärstruktur zurückkehrte.

zösisches Verteidigungsweiskbuch: 263). Alleine war dies jedoch nicht möglich, sondern konnte nur im Verbund mit anderen Staaten und internationalen Organisationen geschehen. Konfliktmanagement konnte nicht unilateral, sondern nur im Rahmen internationaler Kooperation geschehen und hierzu wurde die NATO benötigt. Im Dezember 1995 wurde entschieden „den Verteidigungsminister wieder regelmäßig an den Ratssitzungen teilnehmen zu lassen und einen militärischen Vertreter in den Militärausschuss der Allianz zu entsenden“ (Schmidt 1997: 114). Chirac suchte eine politische Isolierung Frankreichs im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf internationaler Ebene zu verhindern (Hofmann/Kempin 2007: 4). Dies bedeutete jedoch nicht die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur, sondern war lediglich eine Teil-Integration.

Unter Chirac wurde zunächst die Annäherung vorangetrieben. So wurde auch die Osterweiterung der Allianz akzeptiert und ihr Beitrag für die Stabilisierung Europas hervorgehoben (Menon 2000: 50; Tiersky 1998: 180). Er ließ verlauten, dass er eine vollständige Rückkehr in eine transformierte Allianz beabsichtige. Doch auch er knüpfte dies an die Bedingung der Reform der Allianz. Nach dem Berlin-Treffen der Staats- und Regierungschefs 1996 begannen sich die Beziehungen abermals zu verschlechtern. In Berlin in Angriff genommene Reformen stellten für Frankreich lediglich den Beginn eines Reformprozesses dar. Ein heftiger Streit entzündete sich über die Verteilung von Führungsstellen. Frankreich war darauf bedacht, genauso viel Gewicht zu bekommen wie die anderen großen Mitgliedsstaaten. Zwar konnten in einigen Punkten Kompromisse erzielt werden, doch blieben einige Fragen ungeklärt. Eine Einigung war in absehbarer Zeit außer Reichweite und so wurden die Verhandlungen zwischen Frankreich und der NATO suspendiert (Ménudier 2002: 112). Eine Integration Frankreichs in die integrierte Militärstruktur war in weite Ferne gerückt (Menon 2000: 55-59). Für Frankreich war der Reformprozess und eine Erneuerung der NATO ins Stocken geraten und somit die Bedingungen für eine Reintegration nicht erfüllt. Auch wenn die neuen Kommandostrukturen zum großen Teil den Wünschen Frankreichs entsprachen, erklärte Chirac, dass sich Frankreich nicht beteiligen werde. Während die politische Zusammenarbeit einen Dämpfer erlitten hatte, funktionierte in der Praxis die Kooperation zwischen den militärischen Stellen, was sich in der Mitarbeit in zahlreichen Missionen der Allianz darstellte (Burmester 1997: 101f; Montbrial 2004: 463).

Auch wenn Frankreich trotz der Konflikte um eine Reintegration in die Militärstruktur eine neue Rolle der Allianz im Krisenmanagement akzeptierte und ihr neue Funktionen zuschrieb, wurde nicht deutlich formuliert, wie diese Aufgaben genau aussehen sollten. Es lässt sich lediglich indirekt aus Aussagen führender Politiker oder offizieller Dokumente ableiten, dass

zunächst aufgrund opportunistischer Überlegungen – NATO besitzt als einzige Organisation schlagkräftige Mittel, die sie für das Konfliktmanagement auffahren kann – das komplette Spektrum übernommen werden müsste. An der grundsätzlich reservierten Haltung Frankreichs gegenüber der NATO hatte sich nichts geändert, doch suchten die Politiker auf die veränderte Umwelt zu reagieren und erkannten die politische Notwendigkeit einer Annäherung an. Auf diese Weise konnte der Reformprozess mitgestaltet sowie Einsätze in Krisengebieten mitgeplant werden.

2.2.3.2 2. Phase (1998-2003): NATO als realpolitisches Produkt der Notwendigkeit

Diese pragmatische Haltung Frankreichs änderte sich auch in der zweiten Phase nicht. Insbesondere in Anbetracht der Gründung der ESVP und dem Aufbau europäischer Strukturen und Kapazitäten hatte Frankreich kein großes Interesse daran, die NATO-Funktionen weiter auszubauen. Die EU war jedoch zu dem damaligen Zeitpunkt nicht fähig, selber Aufgaben bei der Bewältigung von Krisen zu unternehmen. Noch war die Allianz die einzige Institution, die tatkräftig agieren konnte (Chirac 1999b). Aus diesem Grund unterstützte Paris weiterhin das Konfliktmanagement der NATO, doch blieb es „more out of necessity than conviction“ (Hofmann/Kempin 2007: 6) mit der NATO verbunden.

„L’Alliance, elle reste nécessaire. (...) Donc, personne ne veut supprimer l’Alliance atlantique, personne ne veut la casser, personne ne veut l’affaiblir ou lui substituer une institution parallèle, ni une Alliance concurrente, ni une armée concurrente“, so der französische Generalsekretär im französischen Außenministerium (zitiert in Lindley-French 2000: 19). Die NATO war in den Augen Frankreichs ein realpolitisches Produkt der Notwendigkeit, deren Unterstützung der Tatsache geschuldet war, dass der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch zu geringe Mittel zur Verfügung standen. Um Aufgaben im Konfliktmanagement, welche Frankreich sehr am Herzen lagen, auszuführen, bedurfte es auf der interdependenten internationalen Ebene die Kooperation mit der NATO. In der Praxis beteiligte sich Frankreich an Peacekeeping-Missionen der NATO und entsandte Truppen auf den Balkan und nach Afghanistan (Michel 2007:5-10).⁶³

Daher wurde in dieser Phase weiterhin die Komplementarität von NATO und EU propagiert. Es würde ohnehin im Interesse der NATO liegen, die EU zu stärken (Chirac 1999b). Schließlich würde auch sie davon profitieren: zum einen würde es den Forderungen nach einer gerechteren transatlantischen Lastenteilung entsprechen, zum anderen bedeutete eine star-

⁶³ Diese militärische Unterstützung von NATO-Missionen wurde auch von den USA gewürdigt und Frankreich vom US-Staatssekretär für Politische Angelegenheiten als wichtiger Partner der Allianz und der USA hervorgehoben (Burns 2007).

ke ESVP auch eine starke NATO. Von offizieller Seite wurde die Bedeutung der NATO und ihrer Verzahnung mit der EU hervorgehoben:

„Die NATO, die wir uns für das nächste Jahrhundert wünschen, ist eine erweiterte NATO. Eine NATO, die durch die Entwicklung eines echten europäischen Pfeilers gestärkt wird und die ihre ganze Lebenskraft in den vertrauensvollen und erwachsenen Dialog zwischen den beiden Seiten des Atlantiks stecken wird. Auf diese Weise wird die Allianz das Fundament der Sicherheit in Europa bleiben, in voller Harmonie mit den europäischen Zielen und Realitäten.“ (Chirac 1999b).

Eine echte Partnerschaft sollte sich zwischen den Akteuren der transatlantischen Gemeinschaft, die gegenseitig auf die Bedürfnisse der anderen eingehen, entwickeln. Durch eine bessere Balance dieser Beziehungen, würde die Partnerschaft gestärkt (Chirac 2001: 16).

In anderen französischen, teils inoffiziellen Äußerungen, wurde jedoch deutlich, dass die Allianz nur eine untergeordnete Rolle spielte und es einen Widerstand gegen eine starke NATO-EU Verbindung gab (vgl. Michel 2007: 4f). Frankreich wollte hingegen eine Führungsrolle in der EU im Rahmen von ESVP-Missionen einnehmen und suchte daher die NATO am Ende des 20. Jahrhunderts eher als Mittel zur Durchsetzung französischer Interessen zu nutzen. Die Allianz wurde zwar als Fundament kollektiver Verteidigung weiterhin anerkannt (Loi no. 2003-73; Verteidigungsministerin Alliot-Marie 2003), doch sollte sie bei der Krisenbewältigung nur eine untergeordnete Rolle spielen.

2.2.3.3 3. Phase (seit 2003): Pragmatische NATO-Politik

Nach der eingeschränkten Einsatzfähigkeit der ESVP verlor die NATO für Frankreich weiter an Interesse. Immerhin setzten sich zahlreiche hohe Politiker für die weitere Durchsetzung der in den 1990er Jahren begonnenen Reformen ein, um die Allianz flexibler zu machen (Alliot-Marie 2004; Morin 2008). Dies ist der fortbestehenden Abhängigkeit der ESVP von den NATO-Mitteln sowie deren besserer Fähigkeit über einen längeren Zeitraum Operationen höchster Intensität führen zu können (Alliot-Marie 2006) als auch den Sorgen der Amerikaner und Briten vor einer Abkoppelung der ESVP von der Allianz geschuldet. Um die weitere Unterstützung dieser für die Entwicklung der ESVP sicherzustellen, suchte Frankreich seine Partner zu beruhigen und auf diplomatischer Ebene die Bedeutung der NATO und die Verbindung von ESVP und Allianz herauszustreichen. Ebenso stimmte Frankreich, wenn auch widerwillig, den geographisch erweiterten Missionen (etwa ISAF in Afghanistan) zu; die NATO war somit nicht mehr auf den europäischen Raum beschränkt (Alliot-Marie 2004), sondern wurde unter dem Druck der USA globaler. In der Praxis funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der NATO weiterhin. Außenminister Douste Blazy unterstrich auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen des Nordatlantikrates (Dezember 2005),

dass Frankreich weiterhin Truppen in NATO-Missionen entsenden, jedoch den Oberbefehl für die Streitkräfte in der eigenen Hand behalten würde. De facto arbeitet Paris damit politisch und militärisch mit der Allianz zusammen, behält allerdings seine Sonderstellung bei.

Im August 2007 kündigte Präsident Nicolas Sarkozy an, „sein Land in die integrierten militärischen Strukturen der Nato zurück[zu]führen“ (Kempin 2008b: 1). Dieser Schritt stellt eine Überraschung dar und bedeutet einen Wandel der französischen NATO-Politik. Ronja Kempin (2009: 5-8) identifiziert für Sarkozys Abweichen von der traditionellen, gaullistischen Außenpolitik drei mögliche Motive: (1) Der französische Staatspräsident sah eine günstige Gelegenheit, die transatlantischen Beziehungen neu auszurichten. (2) Rationale Kosten-Nutzen-Kalküle sind ursächlich für die Normalisierung französischer NATO-Politik; Frankreich soll in der NATO und international eine größere Geltung verschafft werden. (3) Durch die Unterstützung der Allianz hofft er die fortbestehende Skepsis anderer Mitgliedsstaaten, vor allem der USA, bezüglich der ESVP zu zerstreuen und deren Aufbau weiter vorantreiben zu können. Trotz dieser neuen Politikausrichtung, „gibt es für eine fundamentale Neubewertung des Stellenwerts der NATO durch Frankreich keine Anzeichen“ (Kempin 2009: 6). Die Grundprinzipien transatlantischer Politik bestehen fort. Eine Entscheidung über die Rückkehr in die integrierte Militärstruktur wird auf dem NATO Gipfel im April 2009 erwartet (schriftliches Interview, 9. März 2009).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass Frankreich pragmatisch gegenüber der NATO handelt, eine Partnerschaft mit der Europäischen Union anerkennt (Morin 2008) und widerwillig eine Erweiterung dieser sowie ihrer Aufgaben auf Druck ihrer Partner zustimmt, um wiederum deren Unterstützung für den Aufbau der ESVP sicherzustellen. Aus der Perspektive Frankreich bleibt jedoch „NATO’s role primarily that of a military alliance“ (Douste-Blazy 2005), „a guarantor of the collective security of the allies, and a forum where Europeans and Americans can combine their efforts to further peace“ (Chirac im November 2006 auf dem NATO Gipfel, zitiert nach Michel 2007: 2).

2.2.4 Deutschland

Für die Bundesrepublik Deutschland war im Rahmen der Westintegration nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur die Einbindung in die EG, sondern auch die in die NATO von Bedeutung. Diese waren ohnehin die Bedingungen der Alliierten für jegliche verteidigungspolitische und militärische Entwicklung gewesen. Die Verankerung blieb auch nach dem Ost-West-Konflikt bestehen und sorgte dafür, dass sich das wiedervereinigte Deutschland an den Re-

formen der Allianz beteiligte und danach strebte, eine Verzahnung zwischen NATO und EU durchzusetzen.

2.2.4.1 1. Phase (1992-1998): NATO als zentrale Sicherheitsinstitution

Deutsche Verteidigungspolitik blieb auch nach der Wiedervereinigung in die NATO-Strukturen eingebunden – die Allianz sollte auch zukünftig für die Sicherheit und Stabilität von Europa und somit auch von Deutschland von entscheidender Bedeutung sein (BMVg 1994: 50; Kohl 1996). Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik betonte Außenminister Klaus Kinkel (1995a), dass die NATO im 21. Jahrhundert „das zentrale Element europäischer Sicherheit“ bleibe. Daher sollten jegliche europäische verteidigungspolitischen Initiativen innerhalb der Allianz verankert werden. Eine Abkoppelung sollte nicht geschehen – für Deutschland war die zentrale Stellung der NATO offensichtlich (Meimeth 2003: 21): sie war die zentrale Sicherheitsorganisation für sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen. Verteidigungsminister Volker Rühle hob 1995(a) auf der Münchner Sicherheitskonferenz hervor, dass „die NATO die einzige Organisation [sei], die die Sicherheit ihrer Mitglieder tatsächlich garantieren kann“. Sie war mehr als ein Verteidigungsbündnis; sie war „Grundlage für bewährte Kooperation und Partnerschaft, die über die Bündnisverpflichtungen hinaus geht“ (Scharping 1995). Sie war zu dem zentralen transatlantischen Kommunikationsforum geworden, um die für die europäischen Staaten und die USA zentralen Fragen zu diskutieren. Diese Sicherheitsgemeinschaft wollten die deutschen Politiker bewahren.

Zudem stellte die Allianz das Verbindungsorgan zu den USA dar (Kinkel 1995b). Daher wollte Deutschland seiner Rolle als Vermittler zwischen Washington/London und Paris gerecht werden; auch suchte die Bundesrepublik die USA für verteidigungspolitische Initiativen der Europäer zu erwärmen sowie Frankreich wieder näher an die NATO zu führen. Das Einwirken auf französische Politiker dürfte eine Rolle gespielt haben, dass Frankreich sich Anfang der 1990er Jahre allmählich der Allianz anzunähern begann und Mitte der 1990er Jahre akzeptierte verteidigungspolitische Initiativen der Europäer im Rahmen der NATO zu entwickeln. So konnte Deutschland Ende 1992 bezüglich der Eurocorps eine Vereinbarung durchsetzen, dass diese in Krisenzeiten auch der NATO zur Verfügung stehen würden (Jopp 1999: 40).

Den neuen Gegebenheiten Rechnung tragend schloss sich Deutschland den Forderungen seitens der USA und Großbritanniens an, den Handlungsradius der Allianz zu erweitern. Durch die Aufnahme neuer Mitglieder sollte die Sicherheitsgemeinschaft auf Mittel- und Osteuropa ausgedehnt werden und ein Stabilitätstransfer stattfinden (Kinkel 1994b; Kohl 1995,

1996; Müller 1999: 160; Rühle 1995b, 1995c). Neben die kollektive Verteidigungsgemeinschaft trat verstärkt die kollektive Sicherheitsgemeinschaft. Auch sollte die NATO neue Funktionen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhalten. Kollektive Verteidigung blieb weiterhin zentral (Kinkel 1995a), doch sollte die NATO angesichts der Zunahme der Krisen auf dem Balkan und im Nahen Osten zusätzlich neue Funktionen bei der Krisenbewältigung übernehmen (BMVg 1994: 50-54; Kinkel 1994b; Rühle 1995a, 1995b). Dem Auslandseinsatz der Bundeswehr standen deutsche Politiker in den ersten Jahren nach dem Ost-West-Konflikt skeptisch gegenüber. Erst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1994 legitimierte „ein breites Spektrum von Einsätzen der Bundeswehr zur kollektiven Friedenssicherung und Friedenserzwingung“ (Mauil 2006: 428). Bereits 1995 wurde das deutsche Militär im Rahmen einer NATO-Mission nach Bosnien-Herzegowina geschickt. Diese aktive Unterstützung von NATO-Operationen sollte sich in den nächsten Jahren noch verstärken.

Zusammenfassend kann aus der Rede von Verteidigungsminister Volker Rühle (1995c) zitiert werden; hier heißt es: „Die neuen Aufgaben für das Atlantische Bündnis lauten künftig kollektive Verteidigung, Fähigkeit zur internationalen Krisenbewältigung und Stabilitätstransfer. Die NATO bleibt das Fundament jeder Friedensordnung in Europa. Sie ist die einzige Organisation, die die Sicherheit ihrer Mitglieder faktisch garantieren kann.“

2.2.4.2 2. Phase (1998-2003): *Begrenzte Funktionsausweitung*

Die zentrale Stellung der Allianz in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik blieb bestehen. Die NATO war für die Sicherheit und Stabilität Europas unverzichtbar und weiterhin für die kollektive Verteidigung zuständig. Es galt daher die transatlantische Verbindung aufrechtzuerhalten und zu stärken (Fischer 2000; Hacker 1999: 25; Rummel/Schmidt 2001). Angesichts der anhaltenden Krisen auf dem Balkan und der Unfähigkeit der EU auf diese zu reagieren, wurde die Allianz zudem auf dem Gebiet der militärischen Konfliktbewältigung und Friedenssicherung noch bedeutender (Haftendorn 2001: 421; Overhaus 2003: 52). Deutschland unterstützte NATO-Missionen politisch und militärisch durch das Entsenden von Soldaten. Außenminister Joschka Fischer (1999) hatte zuvor betont, dass in einigen Situationen militärische Mittel nötig wären, um humanitäre Katastrophen abzuwenden, dass dies jedoch als „ultima ratio“ anzusehen sei. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die insbesondere nach dem 11. September 2001 eine globale NATO anstrebten, drängte Deutschland gemeinsam mit Frankreich darauf, „der Allianz im Bereich des militärischen Krisenmanagements engere geographische und funktionale Grenzen zu ziehen“ (Overhaus 2003: 55). Die NATO sollte weiterhin Einsätze zur Bewältigung von Krisen in der

europäischen Peripherie durchführen. Die NATO-Aktionen auf dem Balkan wurden daher durch die Bereitstellung deutscher Truppen unterstützt, eine „Globalisierung“ der NATO lehnte Deutschland jedoch strikt ab (Maull 2002: 6; Varwick 2004: 19).

Um solche Missionen besser durchführen zu können, bedurfte es einer Transformation der internen Strukturen; die Allianz sollte flexibler werden und besser auf externe Herausforderungen reagieren können. Deutschland unterstütze die Bemühungen seitens der USA, auf dem Washingtoner Gipfel ein neues strategisches Konzept zu verabschieden und interne Reformen durchzuführen.

Neben diesen neuen, externen Funktionen waren weiterhin die allgemeinen, internen Funktionen einer transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft wichtig. Die NATO war immer noch das wichtigste transatlantische Kommunikationsforum, in welchem übergreifende Politikprobleme zwischen den Mitgliedsstaaten diskutiert wurden. Für deutsche Politiker war diese Funktion gerade angesichts der neuen Herausforderungen und externen Risiken noch entscheidender als die neuen Aufgaben, die vor allem die Vereinigten Staaten der NATO zuweisen wollten. Daher wurde die Erweiterung, die parallel zu der der EU verlaufen sollte, aktiv unterstützt und mitinitiiert (Fischer 2001; Schröder 2001a; Link 2004).

Für Deutschland war es entscheidend, die Transformation der Allianz und die Entwicklung der ESVP parallel verlaufen zu lassen und die NATO in den Kontext europäischer Institutionen und Strukturen einzubeziehen. Die Kooperation und Verzahnung der verschiedenen Akteure hatte Priorität („interlocking institutions“).

2.2.4.3 3. Phase (seit 2003): Geographische Ausweitung der NATO-Missionen

Hatten deutsche Politiker eine globale NATO in der vorangegangenen Phase kategorisch abgelehnt, waren sie nun bereit, einer geographisch erweiterten NATO zuzustimmen. Verteidigungsminister Peter Struck erklärte auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 2003, dass „Verteidigung sich heute geografisch nicht mehr begrenzen“ lasse und dass Verteidigung „die Wahrung unserer Sicherheit, wo immer diese gefährdet ist“ bedeute. Mit dieser Aussage näherte er sich den amerikanischen Wünschen nach einem globalen Einsatz der Allianz an (Jung 2006), ohne von dem Grundsatz, dass die NATO keine Weltpolizei sei, abzurücken (Jung 2007). Einem Einsatz in Afghanistan stand die Bundesregierung daher anfangs skeptisch gegenüber, änderte jedoch im Zuge der US-Operation Enduring Freedom ihre Meinung. Es wurden nicht nur deutsche Soldaten im Rahmen des UN-Mandats an den Hindukusch entsandt, sondern auch der Plan, ISAF in die Hände der NATO zu legen (erfolgte im August 2003) und diese beim Post-Konflikt Wiederaufbau ins Boot zu holen, unterstützt

(Merkel 2007; Overhaus 2006: 70). Berlin erkannte, dass militärische Mittel zur Absicherung von Friedensprozessen notwendig waren. Je besser jedoch Krisenprävention betrieben wurde, desto weniger waren solche Mittel nötig. Eine Kombination der Mittel sei daher nötig (Scharping 2002), um umfassend und nachhaltig reagieren zu können. Vordergründig sei es das Ziel, langfristig durch Konfliktmanagementmissionen für einen Stabilitätstransfer in Krisenregionen zu sorgen (BMVg 2006; Jung 2006).

Die Bundesrepublik hatte dem Einsatz einer Peacekeeping-Truppe in Afghanistan zugestimmt, welche die USA bei ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterstützen sowie Friedenssicherung und Aufbaumaßnahmen im Land leisten sollte. Einen Einsatz der NATO im Irak lehnte Berlin jedoch ab (Fischer 2004; Varwick 2004: 23-26). Gemeinsam mit Frankreich wurde gegen die amerikanische und britische Position Stellung bezogen und lediglich einem kleineren Einsatz zur Ausbildung von Sicherheitskräften zugestimmt.⁶⁴

Nach den Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg, sucht Deutschland die Bedeutung der NATO und ihre Rolle als transatlantisches Kommunikationsforum wieder herzustellen (Haftendorn 2008: 214; Merkel 2006; Overhaus 2006; Steinmeier 2007). Die NATO bleibt für die kollektive Verteidigung der Mitgliedsstaaten verantwortlich und „a transatlantic framework for action and an instrument for crisis management and peace enforcement“ (Haftendorn/Kolkmann 2004: 476).

Deutschland ist an einer stabilen transatlantischen Partnerschaft mit einer starken NATO gelegen. Auch wenn die Europäer mit der ESVP in die Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorstießen und eigene Funktionen im Konfliktmanagement übernehmen, bleibt die Allianz „der ganz zentrale Eckpfeiler für Frieden und Stabilität“ (Fischer 2003) in Europa. Um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, braucht die NATO ein starkes Europa; beide ergänzen und stärken sich gegenseitig. Eine strategische Partnerschaft zwischen ihnen ist daher unabdingbar (BMVg 2006; Schröder 2004).

3. Zwischenfazit

3.1 Länderfazite

Die veränderte internationale Lage nach dem Ost-West-Konflikt führte zu neuen Herausforderungen und Aufgaben, die es auf der internationalen Ebene zu bewältigen galt. Um Kooperation zwischen den Akteuren auch in Zukunft sicherzustellen, griffen die Staaten auf alt bewährte Sicherheitsinstitutionen zurück. Rationalen Prämissen folgend wählten sie Instituti-

⁶⁴ Deutschland beteiligt sich bei der Ausbildung irakischer Polizisten und Sicherheitskräfte, jedoch nicht im Irak selber, sondern nur in Nachbarländern und in Deutschland.

onen, in denen sie bereits eine starke Position besaßen, um ihre Politikinteressen über diese durchsetzen zu können. Für den Sicherheits- und Verteidigungsbereich waren dies vor allem die NATO und zunehmend die EU. Ihnen wurden im Laufe der 1990er Jahre seitens ihrer Mitgliedsstaaten neue Funktionen zugeschrieben und ihr Aufgabenspektrum erweitert. Die Fülle der neuen Herausforderungen und die unterschiedlichen Anforderungen zu deren Bewältigung bewirkten, dass Politikprobleme unterschiedlichen Institutionen zugewiesen wurden. In den drei Phasen entwickelte sich aufgrund dieser Bedingungen zwischen EU und NATO eine funktionale Arbeitsteilung und Verzahnung miteinander, um umfassend zur Lösung dieser Politikprobleme beizutragen.

Die Haltung der *USA* gegenüber den europäischen Verteidigungsinitiativen ist ambivalent: einerseits fordern sie von den Europäern eine stärkere Beteiligung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, andererseits sind sie kaum bereit, politische Entscheidungsmacht zu teilen und fühlen sich durch eine stärkere EU in ihrem Führungsanspruch herausgefordert (Lindley-French 2002: 40, Meiers 2001). Das Handeln der EU in diesem Politikfeld ist eindeutig der NATO untergeordnet. Inzwischen wird die ESVP seitens der USA akzeptiert und unterstützt sowie die Übernahme von Aufgaben im externen Konfliktmanagement befürwortet; das Primat der NATO bleibt hingegen unangetastet (Volker 2008). Ursache hierfür ist zum einen, dass die USA kein Mitglied der EU ist und daher auf deren Politiken nur indirekt Einfluss ausüben kann und zum anderen, dass sie die NATO für fähiger hält, externes Krisenmanagement durchzuführen.

Skepsis gegenüber der ESVP besteht weiterhin, doch wird ihr Nutzen für die transatlantische Partnerschaft gesehen und anerkannt, dass eine (strategische) Partnerschaft zwischen NATO und EU für alle Beteiligten von Vorteil ist (Nuland 2007). Zunehmend ist bei US-Politikern die Forderung nach einer funktionalen Arbeitsteilung und verstärkter Kooperation zu vernehmen. Die NATO, die weiterhin Eckpfeiler des US-Engagements in Europa bleiben wird (Rodman 2001: 503), soll auf diese Weise für neue Aufgaben frei werden. Durch eine institutionelle Verzahnung („interlocking institutions“) beider Institutionen soll die Verankerung der ESVP mit der NATO garantiert sowie der US-Einfluss in Europa sichergestellt werden.

Tabelle 1: Funktionszuweisung der USA an EU und NATO

	(W)EU	NATO
1. Phase (1992-1998)	Beitrag zur eigenen Verteidigung leisten ESVI und CJTF als Mittel, Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der Allianz Es bleibt unklar, welche Funktionen die EU genau übernehmen soll.	Kollektive Verteidigung Transatlantisches Diskussions- und Kooperationsforum, erweiterte Sicherheitsgemeinschaft Externes Konfliktmanagement (,out-of-area') Stabilitätstransfer
2. Phase (1998-2003)	ESVP mit der NATO verankern Konfliktmanagementaufgaben am unteren Ende des Spektrums	Kollektive Verteidigung Transatlantisches Diskussions- und Kooperationsforum, erweiterte Sicherheitsgemeinschaft Konfliktmanagement mittlerer und höchster Intensität Regionale und funktionale Erweiterung der externen Aufgaben Stabilitätstransfer
3. Phase (seit 2003)	Konfliktmanagement niedriger Intensität: lang anhaltendes Peacekeeping, humanitäre Missionen, zivile Aufgaben der Krisenbewältigung, ziviles Peacebuilding Post-Konflikt-Management	Kollektive Verteidigung Transatlantisches Diskussions- und Kooperationsforum, erweiterte Sicherheitsgemeinschaft Globales Konfliktmanagement (,out of Europe') Stabilitätstransfer

Quelle: eigene Darstellung

Großbritanniens Sicherheits- und Verteidigungspolitik war nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gänzlich auf die transatlantische Gemeinschaft ausgerichtet. Mit dem Amtsantritt Tony Blairs rückte zunehmend die europäische Ebene ins britische Blickfeld. Seitdem unterstützt Großbritannien, wenn auch noch immer mit einer gewissen Ambivalenz, europäische Entwicklungen in diesem Politikfeld (Government Response 2006; Lindley-French 2006: 124). Mit der Entstehung der ESVP bekam die EU eine eigenständige, jedoch an der NATO ausgerichteten und diese unterstützende Funktion zugeschrieben. Während die NATO – weiterhin erste Wahl im sicherheits- und verteidigungspolitischen Feld – dem Anspruch nach das komplette Spektrum an Konfliktmanagementaufgaben übernehmen soll, soll die EU Kon-

fliktmanagement niedriger und mittlerer Intensität in Europa und deren Peripherie übernehmen.

De facto, auch wenn dies nicht explizit geäußert wird, kann in der gegenwärtigen Position Großbritanniens ein begrenztes Plädoyer für eine funktionale Arbeitsteilung zwischen der EU und der NATO festgestellt werden. Auf politischer Ebene ist von einer strategischen Partnerschaft die Rede: „We reaffirm today our commitment to support the development of NATO-ESDP and of an Atlantic Alliance underpinned by a more capable and coherent European military effort. The EU and NATO must work ever closely together in strategic partnership in tackling the security threats we face” (Blair 2004). Durch die zunehmende Interdependenz auf der internationalen Ebene wird eine verstärkte Kooperation und Verzahnung (,interlocking institutions’) der verschiedenen Akteure notwendig (Verteidigungsminister Brown 2007) und somit im Hinblick auf EU und NATO forciert.

Tabelle 2: Funktionszuweisung Großbritanniens an EU und NATO

	(W)EU	NATO
1. Phase (1992-1998)	Zögerliche Zugeständnisse an die WEU, bestimmte Konfliktmanagementaufgaben zu übernehmen, wenn NATO als Ganzes nicht aktiv wird. WEU als europäischer Pfeiler in der Allianz Keine eigenständige Funktion der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, geringer Spielraum über die Verzahnung mit der NATO durch die ESVI.	Kollektive Verteidigung Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft Konfliktmanagement niedriger und mittlerer Intensität Stabilitätstransfer
2. Phase (1998-2003)	EU bekommt durch die ESVP eine Funktion in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugeschrieben Konfliktmanagement niedriger Intensität in Europa, Kombination militärischer und ziviler Mittel	Kollektive Verteidigung Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft Konfliktmanagement (ganzes Spektrum) Stabilitätstransfer
3. Phase (seit 2003)	ESVP-Missionen unter Rückgriff auf Berlin-Plus Konfliktmanagement niedriger und mittlerer Intensität in Europa, Kombination militärischer und	Kollektive Verteidigung Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft Konfliktmanagement, Zustimmung

	ziviler Mittel Stabilitätstransfer	zung zu ‚out-of-Europe‘- Missionen Globales Konfliktmanagement Stabilitätstransfer
--	---------------------------------------	---

Quelle: eigene Darstellung

Frankreich ist seit der Gründung der EG ein Motor der europäischen Integration; diese Rolle übernimmt es auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und sucht die EU über die ESVP zu einem Akteur in diesem Politikfeld zu machen. Seit Ende des Ost-West-Konfliktes ist es angesichts neuer internationaler Herausforderungen und Krisen die Ambition Frankreichs, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf- und auszubauen, um die EU im Konfliktmanagement handlungsfähig zu machen. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der USA und Großbritanniens soll die EU bei der Bewältigung von Krisen das komplette Spektrum an Aufgaben abdecken und durch ihre besondere Fähigkeit, militärische und zivile Mittel zu kombinieren, einen umfassenden Beitrag zur Prävention und Lösung von Konflikten leisten. Zudem wünscht sich Paris für die Zukunft, dass auch die kollektive Verteidigung ins Aufgabenfeld der EU aufgenommen wird.

Die NATO spielt für Frankreich nur eine zweitrangige Rolle. Es erkennt zwar deren militärische Stärke und Einsätze in Krisengebieten an – nicht ohne Grund werden französische Truppen im Rahmen von NATO-Missionen in Krisenländer entsandt – doch soll sie eine militärische Verteidigungsallianz bleiben und ihr Engagement im Konfliktmanagement begrenzt werden.

Für Paris stehen somit die externen Funktionen der Institutionen im Vordergrund. Die Erweiterungen von EU und NATO werden zwar als wünschenswert erachtet (Alliot-Marie 2004), wodurch die interne Kommunikationsfunktion gestärkt wird, doch bleiben die externen Funktionen (Verteidigung und Konfliktmanagement) vorrangig.

Was die Beziehung von EU und NATO anbelangt, erkennt Frankreich die Notwendigkeit des Rückgriffs auf NATO-Mittel über Berlin-Plus an, doch sollen beide Institutionen unabhängig voneinander bleiben. Statt einer Verschränkung (‚interlocking‘) propagiert Frankreich weiterhin das Konzept der ‚interblocking institutions‘.

Tabelle 3: Funktionszuweisung Frankreichs an EU und NATO

	(W)EU	NATO
1. Phase (1992-1998)	Ziel: autonome europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eigene Strukturen und Kapazitäten, kollektive Verteidigung und Konfliktmanagement Realpolitik: CJTF und ESVI, eigenständiges Handeln der (W)EU (im Rahmen der NATO)	Ziel: NATO auf kollektive Verteidigung begrenzen Realpolitik: ab 1992/93 Erweiterung und Konfliktmanagement akzeptiert
2. Phase (1998-2003)	Autonome über eigene Mittel und Strukturen verfügende ESVP aufbauen Ganzes Spektrum des Konfliktmanagements ausüben Ziel: kollektive Verteidigung	Kollektive Verteidigung Untergeordnete Rolle im Konfliktmanagement; doch letztlich unterstützt, da NATO einzig fähig ist, solche Aufgaben durchzuführen
3. Phase (seit 2003)	ESVP-Missionen ohne Rückgriff auf Berlin-Plus Krisenprävention, Konfliktmanagement im gesamten Spektrum Ziel: Kollektive Verteidigung	NATO bleibt primär eine militärische Allianz und für die kollektive Verteidigung zuständig Dem Druck der Partner beugend wird den erweiterten Aufgaben im Konfliktmanagement zugestimmt

Quelle: eigene Darstellung

Für *Deutschland* stand stets die Komplementarität von (W)EU und NATO im Vordergrund (Seidelmann 1999: 216). Die NATO bleibt der Eckpfeiler deutscher und europäischer Verteidigung. Im Bereich des Konfliktmanagements sollen beide Institutionen zunehmend verschränkt tätig werden (,interlocking institutions') und durch die Übernahme spezifischer Funktionen einander ergänzen. Während die Allianz die Kapazitäten besitzt, militärische Einsätze höchster Intensität durchzuführen, soll die EU ihre Stärken bei der Kombination ziviler und militärischer Mittel ausspielen. In einem breit angelegten Ansatz sollen die Europäer vor allem Krisenprävention, Konfliktbewältigung niedriger und mittlerer Intensität und Post-Konflikt-Management betreiben. ESVP-Missionen sollen im Rahmen von Berlin-Plus stattfinden und unter Rückgriff von NATO-Kapazitäten erfolgen. Zunächst waren diese Aktionen auf die europäische Peripherie beschränkt, doch zunehmend unterstützen deutsche Politiker eine geographische Ausdehnung dieser Aufgaben. Auf politischer Ebene wird eine strategi-

sche Partnerschaft propagiert (BMVg 2006), welche sich als Arbeitsteilung zwischen EU und Allianz manifestiert.

Neben diesen spezifischen, externen Aufgaben sind vor allem die allgemeinen Funktionen als Institutionen bedeutend. Kooperative Sicherheitspolitik wird über militärischer Interventionsfähigkeit gestellt; das Ziel bleibt es, die europäische Integration voranzutreiben. Marco Overhaus (2003: 61) betont, dass „die allgemeinen und die politischen Funktionen für die Bundesregierung vor den spezifisch-militärischen Funktionen der Sicherheitsinstitutionen NATO und ESVP“ stehen.

Tabelle 4: Funktionszuweisung Deutschlands an EU und NATO

	(W)EU	NATO
1. Phase (1992-1998)	Erweiterung, Stabilitätstransfer CJTF-Konzept und ESVI innerhalb der NATO verankern Konfliktmanagement im unteren und mittleren Spektrum durch die WEU Integration der WEU in die EU, Konfliktmanagementfunktionen übernehmen	Kollektive Verteidigung Erweiterung, Stabilitätstransfer Konfliktmanagement in der europäischen Peripherie
2. Phase (1998-2003)	Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft, Stabilitätstransfer ESVP implementieren Integration der WEU in die EU Der EU Aufgaben bei der Konfliktprävention, im Konfliktmanagement (unteres Spektrum) und im Post-Konflikt-Management zuweisen	Kollektive Verteidigung erweitertes transatlantisches Kommunikationsforum Konfliktmanagement geographisch und funktional beschränken Stabilitätstransfer
3. Phase (seit 2003)	Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft, Stabilitätstransfer Krisenprävention, Peacekeeping, Peacebuilding, Post-Konflikt-Management Betonung des zivilen Krisenmanagements	Kollektive Verteidigung Erweitertes transatlantisches Kommunikationsforum stärken Geographische Ausweitung des Konfliktmanagements Post-Konflikt-Management Stabilitätstransfer

Quelle: eigene Darstellung

Das Ende des Ost-West-Konfliktes brachte Veränderungen des internationalen Systems und der Positionen der Staaten, die sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen suchten. Veränderte Rahmenbedingungen (multipolare Welt), neue Herausforderungen (Staatsneugründungen, Konflikte und Krisen auf dem Balkan und im Nahen Osten) und Lerneffekte (neue Erfahrungen durch die Durchführung von Konfliktmanagement-Missionen) waren Ursache für neue Funktionszuschreibungen an internationale Institutionen seitens ihrer Mitgliedsstaaten. USA und Großbritannien stehen sich näher und beziehen bei vielen Punkten gemeinsam Stellung; beide sind stärker auf die Allianz ausgerichtet. Frankreich hingegen nimmt eine eindeutig pro-europäische Position ein; es sucht die ESVP auszubauen und die EU als internationalen Akteur zu etablieren. Deutschland wiederum nimmt die Rolle eines Vermittlers ein. Es sucht einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Positionen der anderen drei Staaten sowie zwischen EU und NATO zu schaffen. Die Analyse hat gezeigt, dass die Positionen der vier Staaten in zahlreichen Punkten übereinstimmen, jedoch nicht deckungsgleich sind, weshalb es zu einer breiten Funktionsübernahme seitens EU und NATO kommt.

3.2 Funktionen von EU und NATO in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die allgemeinen, internen Funktionen von EU und NATO bleiben von Bedeutung. Sie sind weiterhin zentrale Kommunikations- und Kooperationsforen: Sicherheits- und Verteidigungspolitiken der Mitgliedsstaaten sollen koordiniert und Absprachen erleichtert werden. Durch eine Erweiterung um neue Mitgliedsländer sollen diese Funktionen ausgedehnt werden und ein Stabilitätstransfer auf die neuen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa stattfinden. Auf diese Weise tritt zudem das System kollektiver Sicherheit weiter in den Vordergrund, welches in dieser Arbeit jedoch nur am Rande behandelt wurde. Neben diesen Funktionen werden die spezifischen, externen Funktionen seit 1989 immer zentraler: effektives Handeln nach außen ist entscheidend, um neue sicherheitspolitische Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen bewältigen zu können – externes Konfliktmanagement und ein Stabilitätstransfer in unsichere und instabile Krisengebiete wird immer bedeutender. Nicht ohne Grund drängt die Europäische Union in dieses Politikfeld vor und beginnt Aufgaben zu übernehmen, welche die NATO nicht (mehr) übernimmt.

Diese neuen Herausforderungen und die Zunahme neuer Aufgaben führen dazu, dass Politikprobleme zur Bewältigung verschiedenen Institutionen zugewiesen werden (Überlappung der Funktionsbereiche), wodurch eine Kooperation von EU und NATO in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erforderlich wird. Die Mitgliedsstaaten beider Institutionen erkannten, dass es notwendig war, den beiden Institutionen erweiterte Funktionen zuzuschreiben und

kooperative Strukturen zwischen ihnen zu etablieren. Auf politischer Ebene wird eine strategische Partnerschaft gefordert, deren Ausgestaltung unterschiedliche Formen annehmen kann. Selbst Frankreich, welches ESVP-Missionen im gesamten Spektrum des Konfliktmanagement fordert, erkennt die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit beider Institutionen an. In den Petersberg-Aufgaben sind zwar Einsätze höchster Intensität (Peaceenforcement) festgeschrieben, doch ist dies eher eine politische Deklaration als ein militärisches Faktum. Die EU führt in Europa Missionen im unteren und mittleren Spektrum (Peacekeeping, Peacebuilding und Post-Konflikt-Management) durch. Durch ihre Stärke in der Konfliktprävention und bei der Kombination militärischer und ziviler Mittel leistet sie einen entscheidenden Beitrag für die Bewältigung von Konflikten und die Stabilisierung von Krisengebieten. Zunehmend weitet sie ihren Aktionsradius aus und beginnt, allmählich Missionen außerhalb Europas durchzuführen. Die NATO bleibt für die kollektive Verteidigung zuständig und hat als militärische Allianz die Kapazität, Einsätze höchster Intensität durchzuführen (Peaceenforcement und Peacekeeping in Europa und der Welt); auch führt sie gewisse Maßnahmen niedriger Intensität und im Post-Konflikt-Management durch.

Tabelle 5: Funktionsübernahme durch EU und NATO

	(W)EU	NATO
1. Phase (1992-1998)	<p>Der WEU wird durch das CJTF-Konzept begrenztes Konfliktmanagement möglich</p> <p>Gründung der ESVI: sicherheits- und verteidigungspolitisches Handeln innerhalb der NATO</p> <p>Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft</p> <p>Stabilitätstransfer</p>	<p>Kollektive Verteidigung</p> <p>Transatlantisches Kommunikations- und Kooperationsforum</p> <p>Stabilitätstransfer in die europäische Peripherie</p> <p>Konfliktmanagement in Europa</p>
2. Phase (1998-2003)	<p>Gründung der ESVP: zunehmend eigenständiges Handeln in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik</p> <p>Integration der WEU in die EU, Übernahme derer Konfliktmanagementfunktionen</p> <p>Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft</p> <p>Stabilitätstransfer</p>	<p>Kollektive Verteidigung</p> <p>Transatlantisches Kommunikations- und Kooperationsforum</p> <p>Stabilitätstransfer</p> <p>Gesamtes Spektrum des Konfliktmanagements und Post-Konflikt-Management in Europa</p>

3. Phase (seit 2003)	Erweiterung der Sicherheitsgemeinschaft Stabilitätstransfer Konfliktprävention Konfliktmanagement: Peacekeeping und Peacebuilding in Europa und zunehmend in der Welt Post-Konflikt-Management in Europa und in Ansätzen in der Welt	Kollektive Verteidigung Transatlantisches Kommunikations- und Kooperationsforum, zunehmend Aspekte kollektiver Sicherheit Stabilitätstransfer Konfliktmanagement: Peaceenforcement und Peacekeeping in Europa und der Welt, Peacebuilding in der Welt Post-Konflikt-Management in Europa
-----------------------------	--	--

Quelle: eigene Darstellung

Nicht nur Wissenschaftler, sondern zunehmend auch die Mitgliedsstaaten propagieren den Nutzen einer funktionalen Arbeitsteilung. Durch ihre jeweils spezifischen Fähigkeiten und Funktionen können EU und NATO einen Beitrag zur Bewältigung von Konflikten und zur Stabilisierung von Krisengebieten leisten. Für die Praxis bleibt die Frage, wie gut funktionale Arbeitsteilung und strategische Partnerschaft sowie praktische Kooperation funktionieren.

Des Weiteren erkannten die Mitgliedsstaaten, dass eine Institution alleine die vielfältigen Aufgaben nicht würde bewältigen können und dass aufgrund überlappender Funktionen eine Verzahnung der verschiedenen Sicherheitsinstitutionen nötig ist. Französische Politiker stehen zwar einer Kooperation positiv gegenüber, lehnen eine Verflechtung jedoch ab und suchen im Sinne des Konzepts der ‚interlocking institutions‘ die ESVP und die NATO vollkommen unabhängig voneinander zu belassen. Gegenüber den drei anderen Staaten konnte sich Frankreich jedoch nicht durchsetzen; diese propagieren eine Verzahnung beider zentraler Sicherheitsinstitutionen. So nahm das Prinzip der ‚interlocking institutions‘ in den letzten Jahren immer mehr Gestalt an.

IV. Kooperation in der Praxis (seit 2003)

Der zweite Teil dieser Arbeit widmet sich der Kooperation von EU und NATO in der Praxis. Im Kapitel III.2 wurde festgestellt, dass die Mitgliedsstaaten einerseits die Vernetzung beider Institutionen wünschen (mehrheitlich pro ‚interlocking institutions‘), andererseits aufgrund neuer Rahmenbedingungen und Erfahrungen sowie vorhandener Kapazitäten ihnen graduell verschiedene Funktionen zugeschrieben haben. Für die Praxis ist zu fragen, ob diese funktionale Arbeitsteilung wirklich umgesetzt wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass EU und NATO auf der operativen Ebene vollkommen unabhängig voneinander agieren. Deren Engagement in den selben Krisengebieten führt zu einer Überlappung der Funktionen und Tätigkeitsbereiche im Sinne des rationalen Institutionalismus. Beide sollen unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen, um gemeinsam gesetzte Ziele zu erreichen, was eine enge Abstimmung der Institutionen erfordert. Aus diesem Grund gilt es zu untersuchen, wie gut die Kooperation bei der Konfliktregulierung funktioniert. Um zu beurteilen, wie effektiv und effizient diese ist, wird zunächst die allgemeine Zusammenarbeit auf der institutionellen, politischen und militärischen Ebene betrachtet, um anschließend diese Parameter auf der Ebene von Konfliktmanagement-Missionen zu analysieren.

1. Umsetzung einer funktionalen Arbeitsteilung?

1.1 De jure Arbeitsteilung

Die Frage einer funktionalen Arbeitsteilung bleibt auf politischer Ebene brisant. Auch wenn die vier untersuchten Staaten grundsätzlich positive Einstellungen hinsichtlich einer solchen Arbeitsteilung vertreten, divergieren die Positionen bezüglich der konkreten Ausgestaltung.⁶⁵

USA und Großbritannien weisen der NATO bei der Konfliktregulierung das komplette Spektrum, der EU nur Aufgaben im mittleren und niedrigen Bereich zu. Frankreich hingegen sieht die EU entlang der kompletten Skala tätig werden, sucht die NATO dagegen bisher auf die kollektive Verteidigung zu beschränken. Sollte tatsächlich im April 2009 die Rückkehr in die integrierte Militärstruktur der NATO erfolgen, bleibt abzuwarten, welche Funktionen sie ihr zuweisen wird. Deutschland wiederum nimmt eine vermittelnde Position ein. ESVP-Missionen sind aufgrund fehlender Kapazitäten auf mittlere und niedrigere Intensitätsstufen

⁶⁵Vgl.

Tabelle 1 bis 4 des vorangegangenen Kapitels III.3.1.

beschränkt (offen bleibt, ob bei Erwerb entsprechender Fähigkeiten eine Erweiterung stattfinden soll); die Tätigkeiten der NATO sieht es im Bereich höherer und mittlerer Intensität.

Innerhalb von EU und NATO selber gibt es ebenfalls keine Übereinstimmung hinsichtlich einer funktionalen Arbeitsteilung. Von institutioneller Seite aus wollen beide Organisationen die Möglichkeit besitzen, das komplette Spektrum an Aufgaben zu übernehmen. Dies hat zum einen operative Gründe: Die Trennung zwischen hoher und niedriger Intensität ist schwer festzumachen, da schnell ein Wechsel zwischen Konfliktintensitäten statt finden kann. Zum anderen liegen dem politische Ursachen zugrunde: Insbesondere die EU wird sich die Option nicht nehmen lassen, zukünftig bis zu Kampfeinsätzen höchster Intensität (Peaceenforcement) gehen zu können. Aus offiziellen Kreisen wird darauf hingewiesen, dass in diesem Zusammenhang auch Identitätsfragen eine Rolle spielen und die EU die militärischen Mittel besitzen muss, umfassend handeln zu können (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009). Auf diese Weise will sie die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verringern und die Möglichkeit haben, Konflikte eigenständig, umfassend und dauerhaft zu lösen. Gleichmaßen sucht die NATO ihre zivilen Mittel zu erweitern. Allerdings sind diese weiterhin den militärischen Funktionen untergeordnet und dienen dazu, diese zu unterstützen. Durch eine Formalisierung und Festschreibung der Arbeitsteilung fürchten sowohl EU als auch NATO eine Hierarchisierung und Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit.

Diese divergierenden Einstellungen und unterschiedlichen Interessenlagen der Staaten sowie die Ansprüche von EU und NATO, umfassend tätig sein zu können, sind ursächlich dafür, dass auf politischer Ebene bislang kein offizieller Konsens hinsichtlich einer funktionalen Arbeitsteilung gefunden werden konnte. In den Verträgen findet sich nur das Ziel einer kooperativen und strategischen Partnerschaft, wobei deren konkreten Ausgestaltung den praktisch-operativen Ebenen überlassen bleibt. Eine Arbeitsteilung wurde bisher vertraglich nicht festgeschrieben. De jure besteht zwischen EU und NATO somit keine funktionale Arbeitsteilung.

1.2 De facto Arbeitsteilung

De facto hat sich seit Mitte der 1990er Jahre aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, neuer Herausforderungen und Konflikte, die zu einer Erweiterung des Aufgabenspektrums führten, sowie begrenzter Ressourcen und Kapazitäten eine funktionale Arbeitsteilung zwischen EU und NATO entwickelt (Interview in Berlin, 29. Januar 2009).⁶⁶ Diese entspricht durchaus den Interessen und Funktionszuweisungen der Mitgliedsstaaten. Von rationalen Ge-

⁶⁶ Vgl. Tabelle 5 in Kapitel III.3.2.

sichtspunkten aus betrachtet, nämlich dem besseren Einsatz von Ressourcen und der Vermeidung von Dopplungen, stimmen auch EU und NATO dieser zu und akzeptieren diese Arbeitsteilung in der Realität (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009).⁶⁷ Weder EU noch NATO haben die Kapazitäten, alle Aufgaben alleine zu erfüllen. Hinzu kommen die unterschiedlichen Mittel und Strukturen, die beide Organisationen besitzen und sie zur Übernahme bestimmter Funktionen befähigen.

Die NATO ist eine Verteidigungsallianz (System kollektiver Verteidigung). Auch wenn sie sich transformiert hat, um neue Aufgaben im Konfliktmanagement zu übernehmen, bleibt sie ein militärisches Bündnis; militärische Mittel und Strukturen stehen zur Verfügung, um entsprechende Aufgaben bewältigen zu können. Zivile Mittel sind nur ansatzweise vorhanden und sind den militärischen Kapazitäten nachgeordnet. Zivile Aufgaben, wie die Katastrophenhilfen nach dem Hurrikan Katrina in den USA oder dem Erdbeben in Pakistan im Jahr 2005, werden größtenteils durch militärische Mittel und Unterstützung erfüllt (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009; Jochems 2006; NATO 2009s, 2009t). Für die EU hingegen steht kollektive Sicherheit im Mittelpunkt. Zivile Mittel sind zentral und so hat sie ihre Bedeutung vor allem als Zivilmacht. Mit dem Aufbau militärischer Kapazitäten seit Beginn der 1990er Jahre hat sie sich Fähigkeiten im militärischen Bereich angeeignet und besitzt bei der Vernetzung unterschiedlicher Mittel ihre spezifischen Stärken: sie fokussiert einen umfassenden Ansatz und zielt auf eine Verbindung ziviler und militärischer Mittel. Die Umsetzung einer funktionalen Arbeitsteilung ist daher die logische Konsequenz aus diesen Gegebenheiten.

Diese und die Funktionszuweisungen der Mitgliedsstaaten (vgl. Kapitel III.2) spiegeln sich in der Praxis in der Übernahme unterschiedlicher Konfliktmanagement-Missionen wider, die entlang funktionaler Kategorien verlaufen.⁶⁸

Tabelle 6: Anzahl von Konfliktmanagement-Missionen (1990-2009)⁶⁹

Mission	EU	NATO
Peaceenforcement	---	2
Peacekeeping	6	12
Peacebuilding	17	2

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Tabelle 7 und 8 (Anhang, S. 133-137).

⁶⁷ Entscheidend ist jedoch, dass sie nicht festgeschrieben wird und daher diese Praxis jederzeit verändert werden kann und dass der Anspruch, das komplette Aufgabenspektrum übernehmen zu können, bestehen bleibt.

⁶⁸ Im Anhang (Kapitel VI.1) findet sich zur Übersicht und Einordnung ein tabellarischer Überblick (Tabelle 7 und 8) über die wichtigsten Konfliktmanagement-Missionen von EU und NATO; die Missionen werden anhand ihrer Funktionsarten und jeweiligen Aufgaben aufgelistet.

⁶⁹ Der Zeitraum beginnt mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, die NATO führte wenig später erste Einsätze auf dem Balkan durch; für die EU beginnt die Phase erst 2003 mit der Durchführung erster ESVP-Missionen.

Die EU hat bei der Konfliktregulierung inzwischen eine große Anzahl an Aufgaben übernommen, die einen Großteil des Spektrums abdecken (Diedrich/Herolf/Klein 2005; Siedschlag/Eder 2006: 61f). Das Betreiben von Konfliktprävention ist ihr ein besonderes Anliegen und umfasst nicht nur Aufgaben aus dem ESVP-Bereich, sondern vor allem politisch-diplomatische Aktivitäten und Kommissionsmittel aus der ersten Säule (vgl. Börzel/Risse 2007). Ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das Post-Konflikt-Management. Einerseits reichen einige Operationen in diesen Bereich hinein, andererseits werden Mittel von der EU säulenübergreifend eingesetzt und umfassen Leistungen vom Rat und der Kommission. Gerade die integrierten Ansätze auf dem Balkan sollen zu einem umfassenden Post-Konflikt-Management beitragen. Diese Aspekte sollen an dieser Stelle nicht weiter betrachtet werden, da dies über den Bereich der engeren Sicherheits- und Verteidigungspolitik hinausgehen und eine solche Analyse den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Betrachtet man die in diesem Fall zentralen Bereiche, das Konfliktmanagement und ESVP-Missionen,⁷⁰ so ist festzustellen, dass die EU kein Peaceenforcement übernommen und somit Aufgaben höchster Intensität (bisher) nicht ausgeübt hat. Hierfür stehen ihr nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung; zur Kriegsführung hat sie keine Kapazitäten. Operationen, rein quantitativ betrachtet 23 Stück zwischen 2003 und Anfang 2009 (vgl. Tabelle 6 auf der vorangegangenen Seite und 7 im Anhang), befinden sich im Bereich des Peacekeeping (6 Einsätze) und des Peacebuilding (17 Missionen). Während die Peacekeeping-Missionen sich vom Aufgabenbereich her ähneln und insbesondere Überwachung von Abkommen und Friedensprozessen, Entwaffnung, Gewährleistung von Sicherheit und Schutzfunktionen umfassen, beinhaltet das EU-Peacebuilding eine Bandbreite unterschiedlicher Maßnahmen. Hierbei handelt es sich um zivile Polizei-, Rechtsstaats-, Überwachungs-, Grenzschutz- und Unterstützungsoperationen; Polizeistrukturen und Rechtsstaatlichkeit sollen aufgebaut, Sicherheitssektorreformen unterstützt, Grenzverläufe und -verkehr gesichert und überwacht sowie lokale Autoritäten unterstützt, beraten und ausgebildet werden. Auf diese Weise sollen Konflikte gelöst, Friedensprozesse gestützt und langfristig Sicherheit und Stabilität in Krisenregionen gebracht werden.

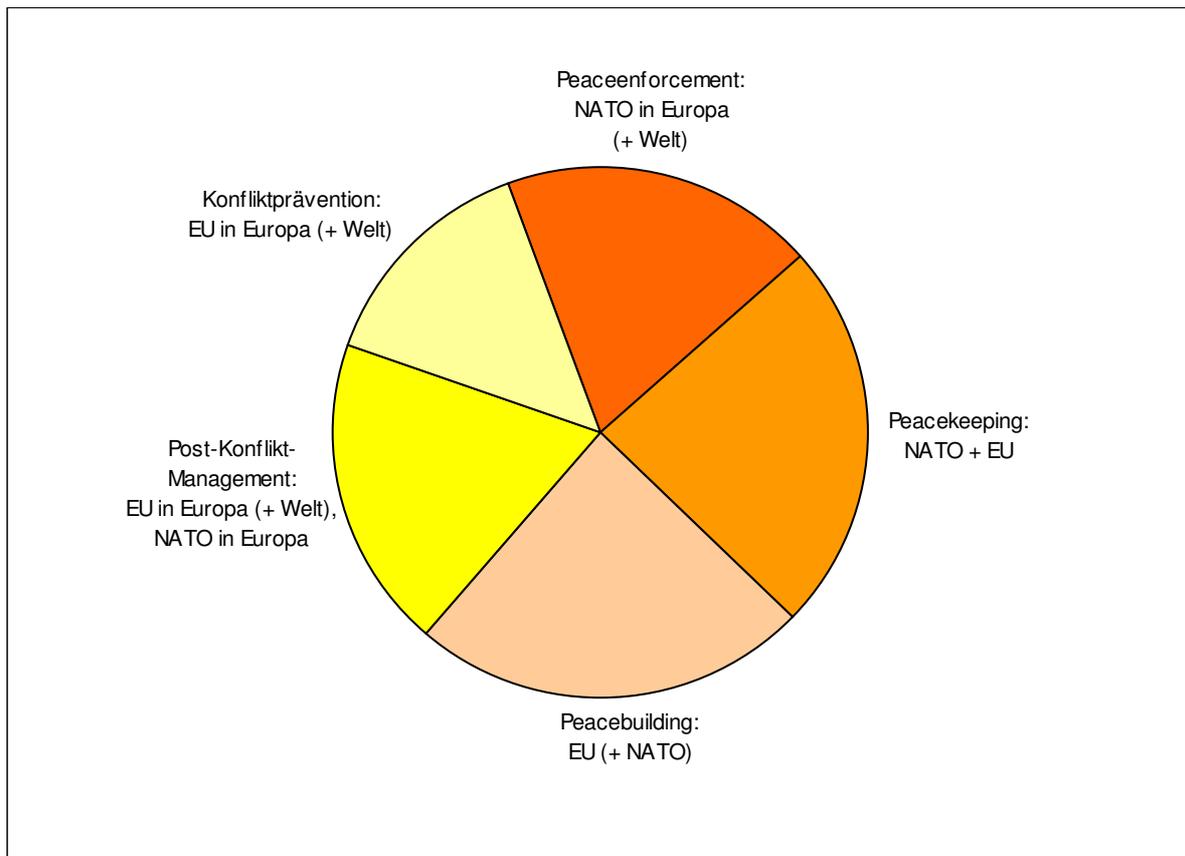
Die NATO übernimmt ebenfalls verstärkt Konfliktmanagement-Missionen (Lightburn 1996). Die wichtigsten Operationen sind übersichtsartig in der Tabelle 8 (Anhang) aufgeführt; diese befinden sich vor allem im Bereich des Peaceenforcement und Peacekeeping, wobei drei Missionen auch Elemente von Peacebuilding beinhalten. Erstere hatten zum Ziel, durch Luftangriffe die Gewalt in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zu beenden. Bei letzteren geht es darum, die Implementierung von Friedensabkommen und den Friedensprozess zu überwa-

⁷⁰ Für einen Überblick über die verschiedenen ESVP-Missionen vgl. Howorth 2007, Kapitel 7, Lindstrom 2004 und Sandawi 2007.

chen, Konfliktparteien zu trennen, sie zu entwaffnen und wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Weitere Aufgaben umfassen technische, logistische und finanzielle Hilfe, die Überwachung von Territorien und Grenzverläufen, den Schutz von Zivilbevölkerung und internationalem Personal sowie Training, Beratung und Ausbildung lokaler Autoritäten. Diese Maßnahmen sollen Sicherheit und Stabilität in die Krisengebiete bringen. Peacebuilding findet seitens der NATO nur sehr eingeschränkt statt. Nach der offiziellen Beendigung der Einsätze in Bosnien und Mazedonien zog sich die NATO nicht vollständig aus diesen Ländern zurück, sondern behielt Hauptquartiere, um die Regierungen bei der Umsetzung von Reformen, besonders im Sicherheitssektor, zu unterstützen und durch die Präsenz kleiner Truppenkontingente weiterhin für Stabilität zu sorgen. Eine klare Zuordnung dieser Missionen zu einer Kategorie bei der Konfliktregulierung ist nicht möglich. Die Grenzen verschwimmen, sie enthalten sowohl Peacebuilding als auch Post-Konflikt-Management.

Die Untersuchung dieser NATO-Operationen verdeutlicht, dass für die NATO die Hauptaufgaben im Konfliktmanagement liegen, welches sich zunehmend in ‚out-of-Europe‘-Missionen manifestiert. Konfliktprävention wird hingegen nur auf niederem Niveau betrieben. Das Post-Konflikt-Management rückte zwar in den letzten Jahren stärker in den Fokus, nimmt jedoch bisher keine zentrale Stellung ein (Dobbins 2005).

Die Analyse der EU- und NATO-Missionen zeigt, dass beide Organisationen zu Akteuren bei der Bewältigung internationaler Krisen geworden sind, heute mehr Einsätze als jemals zuvor durchführen (Blesa Aledo 2007) und dass in der Praxis durch die Übernahme verschiedener Arten von Operationen durchaus eine funktionale Arbeitsteilung stattfindet. Die Ergebnisse der Übernahme unterschiedlicher Funktionen bei der Konfliktregulierung lassen sich in der folgenden Abbildung zusammenfassen:

Abbildung 2: Arbeitsteilung bei der Konfliktregulierung

Quelle: Darstellung auf Grundlage eigener Analyse und Kolloquium Sebastian Harnisch, 2008-09.

Diese quantitative Betrachtung der Funktionsübernahme gibt noch keinen Aufschluss darüber, wie gut Missionen umgesetzt und Aufgaben erfüllt werden oder wie gut EU und NATO bei einzelnen Einsätzen zusammenarbeiten. Beide führen zwar Operationen eigenständig durch, doch ist es gerade in Anbetracht der gleichgerichteten Ziele und der beiderseitigen Tätigkeiten in den selben Regionen, wodurch es zu einer Funktionsüberlappung kommt, notwendig, dass eine Zusammenarbeit stattfindet. Der Frage, wie gut diese Kooperation in der Praxis funktioniert, werden die nachfolgenden Kapitel nachgehen.

2. Grundlegende Kooperation von EU und NATO

Die Kooperation von EU und NATO bei der Bewältigung von Krisen ist aufgrund internationaler Interdependenzen und der Verzahnung der Politikprobleme eine Notwendigkeit (Eide 2001; Kirste 2006). Um Konflikte dauerhaft zu lösen, müssen sich beide Organisationen hinsichtlich der Durchführung von Operationen und in den Einsatzgebieten stärker absprechen und intensiver zusammenarbeiten.

Auf der institutionellen Ebene gibt es durch Berlin-Plus bereits ein Abkommen, wie dies im militärischen Bereich geschehen soll. Jedoch beschränken sich die Vereinbarungen darauf, dass in solchen Fällen die EU die Mittel und Strukturen der NATO nutzen kann und dass auf den politischen und militärischen Ebenen Treffen zur Ausarbeitung der Details stattfinden werden. Jedoch zwingt Berlin-Plus die EU nicht dazu, militärische Missionen grundsätzlich unter NATO-Rückgriff durchzuführen. Einige EU-Staaten sind darauf bedacht, die Autonomie der ESVP zu wahren und fürchten, dass sich die NATO-Staaten USA und Türkei bei Missionen unter Rückgriff auf Berlin-Plus zu sehr in europäische Einsätze einmischen könnten. Diese Befürchtungen sind die Ursache dafür, dass bisher nur zwei Missionen, Operation Concordia (Mazedonien) und EUFOR Althea (Bosnien-Herzegowina), unter diesen Rahmenbedingungen durchgeführt wurden. Weitere militärische Einsätze werden autonom durchgeführt, so dass kaum institutionell feste, sondern hauptsächlich ad hoc Absprachen erfolgen.

Grundsätzlich finden zur besseren Vernetzung von EU und NATO Treffen zwischen den politischen und militärischen Gremien statt. Mehrmals pro Halbjahr setzen sich Vertreter beider Institutionen an einen Tisch, um aktuelle Herausforderungen und Probleme zu besprechen. Auf der Tagesordnung befinden sich Themen wie neue Risiken, etwa der internationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, und die Bewältigung von Krisen (Kirste 2006: 15-17). Auf der politischen Ebene finden solche Meetings zwischen den Generalsekretären sowie dem Nordatlantikrat (NAC) der NATO und dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU statt; bei diesen können grundsätzliche Fragen besprochen werden. Jedoch ist die politische Ebene aufgrund von Streitigkeiten zwischen der Türkei und dem griechischen Teil von Zypern blockiert und nur eingeschränkt handlungsfähig (Hofmann/Kempin 2007; Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009). Beide Länder unterhalten aufgrund der Auseinandersetzungen keine diplomatischen Beziehungen. Des Weiteren ist Zypern kein NATO-Staat und hat auch kein Sicherheitsabkommen mit dieser, weshalb die Türkei den „Austausch von NATO-Informationen blockieren beziehungsweise jedes sicherheitspolitische Thema als Angelegenheit für eine ‚strategische Partnerschaft‘ deklarieren und (...) somit Zypern vom Verhandlungstisch fernhalten“ (Hofmann/Reynolds 2007: 3f) kann. Zypern wiederum, welches den Verhandlungsrunden nicht fernbleiben will, reagiert hierauf mit der Bedingung, EU-NATO Treffen auf Missionen unter Berlin-Plus, welches ein Geheimenschutzabkommen zwischen EU und NATO beinhaltet, zu begrenzen. Da gegenwärtig jedoch nur EUFOR Althea hierunter fällt, ist der Diskussionsbereich für solche Zusammenkünfte äußerst beschränkt.

Um diese Blockade der offiziellen Gremien zu überbrücken, wurden Treffen auf die informelle Ebene und in Arbeitsgruppen verlagert (Kempin/Overhaus 2009: 4; Interview in Brüssel, 20. Januar 2009; schriftliches Interview, 9. März 2009; Toje 2008: 21). Auf diese Weise sollen der Austausch von Informationen und Abstimmungen möglich werden. Zwischen den Sekretariaten und auf Stabsebene findet Kommunikation statt, wodurch sich ein informelles Netzwerk gebildet hat, welches die alltägliche Zusammenarbeit ermöglichen soll. Die Situationsanalyse ist breiter, technische Arrangements für Missionen werden gefällt und Absprachen über die Nutzung von Einrichtungen und Ressourcen oder die zivil-militärische Kooperation getroffen. Das Problem ist jedoch, dass diese Strukturen offiziell nicht existieren und es keine Agenda, Protokolle oder Communiqués gibt; es können daher keine formellen Beschlüsse gefasst werden. Dennoch werden von EU- und NATO-Seite diese informellen und unregelmäßigen Treffen als positiv erachtet, da grundsätzlich ein Austausch stattfindet und hierdurch der Ablauf der alltäglichen Geschäfte sichergestellt werden kann (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009). Eine Lösung der politischen Probleme muss dringend gefunden werden, um die Blockade zu überwinden und offiziell Entscheidungen treffen zu können (Hofmann/Reynolds 2007; Kirste 2008: 4).

Auf politisch-militärischer Ebene funktioniert die Zusammenarbeit deutlich besser, wird jedoch durch die politische Blockade in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt. Der Diskussionsbereich ist begrenzt, da Militärs kaum die Möglichkeit haben, neue Themen auf die allgemeine Agenda zu setzen (Interview in Brüssel, 21. Januar 2009). Zudem gab es immer wieder längere Phasen, in denen die militärischen Gremien (Militärausschüsse und Militärstäbe) aufgrund der politischen Reibereien nur eingeschränkt Kontakt hatten (Kirste 2006: 14). So suchten die Militärs ebenfalls über informelle Verbindungskanäle und den informellen Informationsaustausch zwischen den Verbindungsbüros bei den Militärstäben die vorhandenen Blockaden zu umgehen (Hofmann/Reynolds 2007; Interview in Berlin, 29. Januar 2009). Aus offiziellen Kreisen ist zu vernehmen, dass dies recht gut funktioniert. Militärs können anscheinend besser die politischen Probleme ausblenden und sich auf das Tagesgeschäft konzentrieren.

Grundsätzlich sind das Austauschen von Informationen und Abstimmungen zwischen EU und NATO nicht durch feste Strukturen institutionalisiert und somit begrenzt. Es gibt keinen regelmäßigen und allumfassenden Austausch; dieser findet eher ad hoc statt und ist in der Regel sehr allgemein gehalten. Auch gibt es keine Einigung bezüglich eines gemeinsamen Strategiepapiers – EU und NATO haben jeweils ein eigenes; diese beinhalten zwar ähnliche Punkte, sind jedoch nicht deckungsgleich und machen keine konkreten Aussagen zur Umset-

zung einer strategischen Partnerschaft. Sicherheitsrisiken und Probleme werden besprochen und allgemein festgehalten, welche Handlungen nötig sind, um diese zu lösen; dabei gibt es keine gemeinsamen Entscheidungen, wer welche Aufgaben genau zu übernehmen hat. Konkrete gemeinsame Lagebeurteilungen sind nicht vorhanden – jede Organisation führt diese selbständig durch. Ebenso existiert keine gemeinsame Planung zur Durchführung von Missionen. Lediglich ein allgemeiner Konsultations- und Koordinierungsprozess ist vorhanden (Kirste 2006; Interviews, Januar und März 2009). Es wäre jedoch nötig, solche Absprachen zu treffen, um sich gegenseitig besser unterstützen oder gemeinsam handeln zu können (Burwell, et al. 2006). Das Fehlen vorgenannter Erfordernisse führt dazu, dass von politischer Seite aus weder die notwendige Abgrenzung beider Institutionen hinsichtlich der Einsatzgebiete erfolgt, noch bestimmt wird, wie im Detail Verzahnung und Kooperation ausgestaltet werden sollen.

Dies findet auf der operativ-militärischen Ebene statt und beinhaltet insbesondere technische und funktionelle Absprachen zur Koordinierung einzelner Missionen (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009). In den Einsatzgebieten wird versucht, die politischen Probleme auszublenken und politische Barrieren zu überwinden. Hinzu kommen die unterschiedlichen politischen Kulturen, die einerseits in Brüssel zwischen den Politikern und Bürokraten und andererseits in den Krisengebieten zwischen den Militärs herrschen. Vor Ort geht es um die Sicherheit der Einsatzkräfte und die konkrete Erfüllung der Aufgaben, weshalb die Militärs und das Zivilpersonal in den Missionen pragmatischer handeln und sehr viel stärker bereit sind, Kompromisse einzugehen, Informationen auszutauschen und sich miteinander abzusprechen. Prinzipiell scheint das Arbeitsklima ‚on the ground‘, welches ohnehin sehr stark von den Persönlichkeiten der Führungskräfte abhängig ist und auf deren persönliche Kontakte baut, gut zu sein. NATO-Vertreter lassen erkennen, dass die Kooperation grundsätzlich pragmatischer geworden und an konkreten Problemstellungen orientiert ist (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009). Wie diese Zusammenarbeit genau aussieht und wie gut sie wirklich ist, kann aufgrund fehlender Institutionalisierung nur durch einen Blick auf einzelne Missionen beurteilt werden.

3. Fallbeispiele Missionen

Eine Beurteilung der Effektivität und Effizienz der Kooperation kann nur durch einen Blick auf die Ebene einzelner Operationen erfolgen. Hierzu wurden drei EU-Missionen ausgewählt, deren Vernetzung und Kooperation mit der NATO Analysegegenstand dieses Kapitels sein werden. Effektivität und Effizienz werden hierbei anhand folgender Kriterien-Bereiche beurteilt:

1. Inwiefern sind feste Institutionen und Strukturen vorhanden, die Kooperation erleichtern können?
2. In welchem Umfang werden auf der politischen Ebene Bestimmungen für die Zusammenarbeit getroffen?
3. In welchem Ausmaß unterstützen sich die Missionen auf der operativen Ebene und inwiefern handeln die Einsatzkräfte gemeinsam, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen?

Als erstes werden die Rolle der NATO in den Ländern und die EU-Missionen beschrieben, um festzustellen, wie die Mandate der einzelnen Operationen aussehen und inwiefern es zu einer Überlappung von Funktionen kommt bzw. welche gemeinsamen Ziele erfüllt werden sollen, wodurch gegenseitige Unterstützungen und gemeinsames Handeln erforderlich ist. Die Beurteilung der praktischen Kooperation von EU und NATO während der Operationen erfolgt über eine Analyse der institutionellen Verbindungen sowie der politischen und militärischen Kooperation.

3.1 EUFOR Althea (Bosnien-Herzegowina)

Der Zusammenbruch Jugoslawiens führte zu der Entstehung zahlreicher gewaltsamer Konflikte auf dem Balkan. In Bosnien-Herzegowina tobte drei Jahre lang (1992-1995) zwischen serbischen, kroatischen und bosnisch-muslimischen Volksgruppen ein Krieg, der ethnische, nationalistische, historisch-politische und sozioökonomische Ursachen hatte.

Internationale Vermittlungsbemühungen konnten lange Zeit die Kämpfe nicht eindämmen; auch der Einsatz von UN-Truppen zeigte keine Wirkung. Aus diesem Grund wurde der internationale Druck auf die Konfliktparteien erhöht.

3.1.1 Die NATO in Bosnien-Herzegowina

Diplomatische Bemühungen, wirtschaftlicher Druck und ein Waffenembargo konnten die Konfliktparteien nicht zum Einlenken bewegen. Die NATO sah daher die Notwendigkeit, stärkere militärische Mittel einzusetzen. Zwischen Februar 1994 und November 1995 flog sie Luftangriffe: Stellungen und militärische Infrastruktur wurden unter Beschuss genommen, um den gewaltsamen Konflikt zu beenden und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Nach dem Vertrag von Dayton (21. November 1995), welcher den Bosnienkrieg beendete, entsandte die Allianz im Dezember eine Schutztruppe (IFOR), um die Implementierung des Friedensvertrages zu überwachen und Stabilität und Sicherheit im Land zu gewährleisten. Zu den Aufgaben der schlagkräftigen NATO-Truppen gehörte es, die Konfliktparteien zu trennen,

Gewalttätigkeiten zwischen ihnen zu verhindern, sie zu entwaffnen und Grenzverläufe zu sichern (vgl. NATO 2008f, 2008g).

Als sich die Lage im Land zu stabilisieren begann und IFORs Aufgaben mit der erfolgreichen Durchführung von Wahlen im September 1996 beendet waren, beschlossen die NATO-Staaten im Dezember, die Implementation Force durch eine Stabilisation Force (SFOR) zu ersetzen. Diese sollte Sicherheit und Stabilität gewährleisten und ein erneutes Aufflammen der Gewalt verhindern. Zu den Hauptaufgaben gehörten die Überwachung des Dayton-Friedensabkommens, die Bereitstellung regionaler Sicherheit, Entwaffnung und Minenräumung, die Überwachung der Konfliktparteien und des Staatsgebietes, Training staatlicher Autoritäten sowie die Unterstützung ziviler Organisationen. Im Laufe der Jahre erweiterten sich diese auf die grundsätzliche Absicherung des Friedensprozesses und die Unterstützung staatlicher und ziviler Akteure (vgl. NATO 2003b, 2008h). Der Beistand seitens der NATO und anderer internationaler Organisationen führte dazu, dass Bosnien- Herzegowina gegenwärtig als stabiler Staat gilt, der sich durch zahlreiche staatliche Reformen den westlichen Staaten angenähert hat. Diese Erfolge und neue Herausforderungen in anderen Teilen der Welt veranlassten die NATO-Staaten, die Mission im Dezember 2004 offiziell zu beenden und die Verantwortung für die weitere Unterstützung Bosnien-Herzegowinas an die EU zu übertragen (Kupferschmidt 2006b: 158-160; Whitmore 2004).

Vollständig zog sich die Allianz jedoch nicht zurück, sondern behielt ein Hauptquartier in Sarajevo. Auf diesem Wege zeigt sie weiterhin Präsenz und ihren Willen, Bosnien-Herzegowina auch zukünftig als Partner zur Seite zu stehen und an das PfP-Programm heranzuführen. Sie berät staatliche Autoritäten, besonders bei der Reform des Verteidigungsbereichs. Des Weiteren führt sie einige operationelle Maßnahmen, wie Terrorismusabwehr und Streitkräftesicherung, in enger Zusammenarbeit mit der EU durch und unterstützt den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern (NATO 2005a; de Hoop Scheffer 2004b; Serry 2004).⁷¹

Das intensive Engagement der NATO erstreckte sich über einen Zeitraum von fast fünfzehn Jahren und umfasste zunächst Peaceenforcement und anschließend Peacekeeping für zehn Jahre. Ihrem Anspruch als ‚high-profile-Akteur‘ wird sie gerecht. Im Laufe der Jahre reduzierte sie ihre Truppen-Stärke und unterhält seit Dezember 2004 nur noch ein kleines Hauptquartier, welches hauptsächlich Peacebuilding-Maßnahmen und Post-Konflikt-Management durchführt.

⁷¹ Für weitergehende Informationen vgl. Canas 2006, Kirste 2006, de Hoop Scheffer/Solana 2004, NAC 2004 und Watkins 2007.

3.1.2 Die EU-Mission

Als sich die Lage in Bosnien-Herzegowina weiter zu stabilisieren begann, das Land jedoch noch nicht ohne ausländische Hilfe Sicherheit und Stabilität gewährleisten konnte, strebte die EU danach, SFOR von der NATO zu übernehmen und eine eigene militärische Mission in den Balkan-Staat zu entsenden. Die europäischen Länder würden hierdurch ihrer Verpflichtung gegenüber Werten, wie Schutz der Zivilbevölkerung, Stabilisierung von Krisengebieten und Demokratisierung, nachkommen (Solana 2004). Auf diese Weise würde das Funktionieren der ESVP und die Fähigkeit, die NATO auf dem Balkan ablösen zu können, demonstriert sowie das europäische Engagement ausgeweitet (Calic 2005; Juncos 2006; Schwegmann 2002). Die EU unterstützte Bosnien-Herzegowina bereits mit Kommissionsmitteln aus der ersten Säule, durch die Entsendung eines Sonderbeauftragten (EUSR) und das Führen einer Polizeimission (EUPM, seit 2003; vgl. Jureković 2006). Die NATO und insbesondere die USA standen diesem Plan zunächst zurückhaltend gegenüber, auch wenn letztere grundsätzlich für die Reduzierung der SFOR-Stärke votierte. Vor allem die Vereinigten Staaten fürchteten, dass die EU noch nicht bereit sei, um solch einen Einsatz durchführen zu können. Deren zunehmend stärkere Bindung in Afghanistan und im Irak sowie die Verabschiedung von Berlin-Plus und konkretere Einsatzpläne der EU führten zu einem Meinungsumschwung der US-Administration: sie zeigte sich bereit, die Oberhoheit an die EU zu übergeben (Holländer 2005: 192f; International Crisis Group 2004: 2-4; Kupferschmidt 2006a: 9-12).

Die Zustimmungen von NATO und UN-Sicherheitsrat⁷² ermöglichten es, dieses Vorhaben umzusetzen. Mit der Entscheidung des Rates (Council Joint Action 2004/570/CFSP; Council Decision 2004/803/CFSP) wurde die militärische Mission, EUFOR Althea, unter den Bestimmungen von Berlin-Plus eingesetzt. Am Tag der Übergabe von SFOR an EUFOR Althea (2. Dezember 2004) übernahm die EU die Hauptverantwortung für den Friedensprozess in Bosnien-Herzegowina. Ziel ist der „Aufbau eines sicheren, eigenständigen und demokratischen Bosnien und Herzegowina“ (Rat der Europäischen Union 2004), in welchem die verschiedenen ethnischen Volksgruppen harmonisch miteinander und mit den Nachbarn leben sollten. EUFOR Althea soll die Einhaltung des Dayton-Vertrages überwachen und für Sicherheit und Stabilität sorgen (EU Council Secretariat 2004; EUFOR 2008; Howorth 2007: 235f).

Die zentralen Aufgaben der EU-Truppen hierbei sind:

1. Schaffung eines sicheren und geschützten Umfeldes durch Bereitstellung einer robusten militärischen Präsenz

⁷² Mit den Resolutionen 1551 (2004) und 1575 (2004) begrüßte er die Absicht der EU, solch eine Operation zu etablieren.

2. Abschreckung, Verhinderung erneuter Gewaltausbrüche
3. Überwachung militärischer Bewegungen
4. Entwaffnung und Minenräumung
5. Kampf gegen organisiertes Verbrechen
6. Beitrag zu den Reformprozessen, besonders im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich
7. Unterstützung lokaler Autoritäten
8. Mitwirkung bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern
9. Unterstützung beim Aufbau effizienter staatlicher Strukturen

Die Übernahme dieser Peacekeeping-Mission zeigt, dass die EU im mittleren Spektrum des Konfliktmanagements tätig sein kann. Zwar reicht ihre Schlagkraft nicht an die der IFOR, doch hat EUFOR die Truppen-Stärke von SFOR aufrechterhalten (ESDP Newsletter 2005: 21). Sie ist bis heute die ehrgeizigste ESVP-Mission. In den inzwischen gut vier Jahren ihres Einsatzes konnte Althea zur weiteren Stabilisierung und Demokratisierung des Landes beitragen und gemeinsam mit den anderen Mitteln des integrierten europäischen Ansatz das Land näher an die EU heran führen (EU 2008; EU Council Secretariat 2007; ISIS 2006; Rat der EU 2008a; Santero 2008).

3.1.3 Die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO

Die EU übernahm mit der Übergabe der Operation die Hauptverantwortung für den Friedensprozess und die Aufgaben von SFOR. Die NATO hat ein Interesse daran, dass EUFOR diesen gerecht wird und die Errungenschaften der Allianz fortgeführt werden. Eine Unterstützung der ESVP-Mission liegt in ihrem Wunsch, zumal es zu einer gewissen Überlappung der Aufgaben bei der Durchführung der Reformprozesse und der Verfolgung von Kriegsverbrechern kommt, wodurch Absprachen über Einsätze nötig werden. Die Vernetzung und Zusammenarbeit wird generell durch Berlin-Plus festgelegt und in Brüssel eindeutige Rahmenvorgaben gemacht.

3.1.3.1 Institutionelle Verbindung: Rückgriff auf Berlin-Plus

EUFOR Althea ist nach Operation Concordia in Mazedonien (März bis Dezember 2003) die zweite militärische Mission unter Rückgriff auf Berlin-Plus (NATO 2008m). Durch dieses Abkommen stehen der EU die Strukturen und Mittel der NATO zur Verfügung. Für die Allianz ist entscheidend, dass hierdurch eine Duplizierung von Kapazitäten, vor allem die Etablierung eigener EU-Führungsstrukturen, verhindert wird.

Konkret bedeutet dies, dass das Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE), eines der beiden strategischen Hauptquartiere der NATO, als Operational Headquarter von Althea dient, wodurch eine gemeinsame Planungsphase stattfinden konnte (Interview in Berlin, 29. Januar 2009). Planung und strategische Führung erfolgen durch SHAPE. Auf Grundlage der Vorgaben des EU-Militärstabes erarbeitete es den Operationsplan. Zwar wurde mit der Planung bereits Anfang 2004 begonnen, doch wurde der Zeit- und Arbeitsaufwand unterschätzt. Hinzu kamen Unstimmigkeiten zwischen den militärischen Gremien von NATO und EU, die sich durch unterschiedliche Vorstellungen und Erfahrungen hinsichtlich der praktischen Umsetzung einer solchen Mission ergaben (Kupferschmidt 2006a: 20f). Dies führte dazu, dass die Ausarbeitung des Operationsplanes länger dauerte und Althea erst im Dezember offiziell ihre Arbeit aufnehmen konnte. Dieser Prozess brachte zwar letztlich mit der Verabschiedung des Operationsplanes ein Ergebnis zustande, doch muss dessen Effizienz verbessert werden.

Aus den Bestimmungen von Berlin-Plus resultiert, dass der stellvertretende Oberste Befehlshaber der NATO in Europa (DSACEUR) der Operation Commander ist und auf der strategischen Ebene Althea führt. Eine Stufe tiefer auf der militärischen Befehlskette befindet sich das EU-Führungselement beim Allied Joint Force Command Headquarters Naples (JFC Naples), welches durch den Stabschef des JFC Naples geführt wird (PSC Decision BiH/4/2004). Diesem obliegt die Koordinierung von Althea und dem NATO HQ, die gegenseitige Unterstützung und Transparenz beider Einsätze sowie die Planung der Reserven. Als Zwischenebene kommt diesem vor allem eine vermittelnde und koordinierende Funktion zu, die es erfolgreich wahrnimmt. Auf der untersten, der operativen Ebene befindet sich das EUFOR-Hauptquartier in Sarajevo, welchem der EU-Force Commander, ein direkt von der EU entsandter General, voransteht. Dieses hat die Einrichtungen und Infrastruktur, etwa Fernmeldeverbindungen, Informations- und Kommunikationssysteme sowie Fahrzeuge, von SFOR übernommen (ESDP Newsletter 2005: 22). Es ist für die Durchführung von Althea vor Ort und die ‚on ground‘ Verbindung zu anderen (inter)nationalen Organisationen verantwortlich. Was das Personal von EUFOR anbelangt, wurden ca. 80 Prozent der Einsatzkräfte von SFOR übernommen („single set of forces“), was zum reibungslosen Übergang von der NATO- zur ESVP-Mission beitrug (Kupferschmidt 2006a: 19f). Diese Ausgangslage gestattete den Rückgriff auf den Erfahrungsschatz der NATO und resultierte in erheblichen Personaleinsparungen, was sehr positive Effekte auf die strategische und operative Ebene der EU-Führungsstruktur hatte und hat und damit eine effektive Führung von Althea ermöglicht.

Politische und strategische Kontrolle der Operation bleiben bei der EU und liegen bei dem PSK, welches oberstes Kontrollorgan ist. Auch wenn der Operation Commander ein NATO-Soldat ist, berichtet er, teilweise über den EU-Sondergesandten für Bosnien-Herzegowina, ausschließlich dem PSK. Die direkte Überwachung der Durchführung obliegen dem EUMC und EUMS. Allen Gremien wird intern die Umsetzung ihrer Funktionen bescheinigt und deren erfolgreiches Arbeiten gelobt. An die NATO berichten ausschließlich diese Gremien; einen geregelten Krisenreaktionsmechanismus zum Austausch solcher Informationen gibt es zwar nicht, doch werden die Gremien der Allianz umfassend informiert (Holländer 2005: 195).

Der Rückgriff auf NATO-Kapazitäten bezieht sich bei Althea vor allem auf die Nutzung der NATO-Hauptquartiere und -Infrastruktur. Nach leichten anfänglichen Startschwierigkeiten funktionieren diese festen institutionellen Strukturen gut (Interviews in Brüssel und Berlin, Januar 2009). Durch Berlin-Plus wird der Rückgriff auf die NATO-Ressourcen klar geregelt und ein eindeutiger Ablaufprozess ermöglicht. Sowohl EU- als auch NATO-Akteure wissen, welche Strukturen und Einrichtungen zur Verfügung stehen. Langwierige Verhandlungen darüber, welche in Einzelfällen genutzt werden können oder inwiefern die NATO der EU unterstützend zur Seite steht, unterbleiben und vereinfachen den Prozess.

Des Weiteren ermöglicht das in Berlin-Plus beinhaltete Geheimschutzabkommen den Austausch geheimer Informationen, also von Verschlussakten und geheimdienstlichen Aufklärungserkenntnissen (Rat der EU 2004). Dies gestattete die „Einrichtung einer gesonderten Zelle für die Koordination von Operationen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund“ (Kupferschmidt 2006a: 21). So kann eine gute Zusammenarbeit bei der Aufklärung erfolgen und EUFOR die geheimdienstlichen Kontakte von SFOR nutzen.

Sowohl Experten als auch Vertreter von EU und NATO bescheinigen das Funktionieren von Berlin-Plus und ziehen eine positive Bilanz hinsichtlich der institutionellen Verbindungen von EU und NATO (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009; Rat der EU 2007g). Die Übergabe von SFOR an EUFOR erfolgte, von kleineren Problemen abgesehen, reibungslos. Dieser Erfolg ist größtenteils den festen Strukturen des Berlin-Plus-Abkommens zu verdanken, welches klare Prozesse und institutionelle Verbindungen vorschreibt. Auch die Planung durch SHAPE wird trotz anfänglicher Schwierigkeiten und leichten Meinungsunterschieden bei der Ausarbeitung des Operationsplanes als positiv erachtet (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar). Die Adaption der dreigliedrigen Führungsstruktur, wenn diese zunächst auch umstritten war und einige EU-Politiker lieber eine zweigliedrige Kette gesehen hätten, etablierte klare hierarchische Strukturen. Die Nutzung von SHAPE und des JCF Naples ermöglicht eine

eindeutige Befehlskette und eine klare strategische Umsetzung der Vorhaben (Kupferschmidt 2006a: 19f). Durch die Übernahme des SFOR Hauptquartiers in Sarajevo musste EUFOR kein eigenes Force Headquarter mit neuen Einrichtungen und Infrastrukturen aufbauen – dies vermied unnötige Doppelungen und eine Verschwendung von Ressourcen. Zudem konnte auf den Erfahrungsschatz und die Kontakte von SFOR zurückgegriffen und Schwierigkeiten bei der Implementierung von Althea minimiert werden (Interview Brüssel, 20. Januar 2009). Für die militärische Ebene bedeutet dies, dass klare Rahmenvorgaben für die Zusammenarbeit vorhanden sind. Ohne die Institutionalisierung dieser Verbindung ist anzunehmen, dass die Übergabe von SFOR an EUFOR nicht so reibungslos verlaufen wäre und die Probleme bei der Etablierung von Althea größer gewesen wären.

3.1.3.2 *Kooperation auf politischer Ebene*

Auf höchster politischer Ebene gibt es bei EUFOR Althea eine Zusammenarbeit zwischen dem NATO-Generalsekretär und dem Hohen Vertreter für die GASP, deren engen Abstimmungen zum erfolgreichen Abschluss der Vereinbarungen beigetragen haben. Durch ihre persönlichen Kontakte waren sie entscheidend daran beteiligt, die Bestimmungen von Althea zu etablieren (Kupferschmidt 2008: 130). Des Weiteren gibt es Gespräche zwischen NAC und PSK, die eine gemeinsame Beurteilung der Lage im Balkan ermöglichen. Während es keine grundsätzlichen Lagebeurteilungen zu Krisengebieten oder allgemeine Vereinbarungen zu Lösungsansätzen gibt, ist mit dem gemeinsamen Ansatz für den Westlichen Balkan (29. Juli 2003) eine Art Strategiepapier für diese Region vorhanden. EU und NATO haben beide ein Interesse an Stabilität auf dem Balkan und teilen gemeinsame Werte: „self-sustaining stability based on democratic and effective government structures and a viable free market economy, leading to further rapprochement towards European and Euro-Atlantic structures“ (NATO 2003c; vgl. NAC 2003; NATO Handbook 2006). Prävention und Bewältigung von Konflikten sehen beide als vordergründige Hauptaufgaben. Die Durchführung von Peacesupport-Operationen, die verschiedene Maßnahmen-Kataloge internationaler Organisationen umfassen und in einem integrierten Ansatz aufeinander abgestimmt sein sollen, sollen die Balkankonflikte lösen. Eine Zusammenarbeit von EU und NATO bei militärischem und zivilem Krisenmanagement wird als eine Notwendigkeit erachtet, weshalb die Bereitschaft der Akteure höher liegt, diese tatsächlich in die Tat umzusetzen, sich eng miteinander auf den verschiedenen Ebenen abzusprechen, Informationen auszutauschen und gemeinsam tätig zu werden.

Trotz dieser Vereinbarung läuft die Kooperation nicht ohne Reibereien ab. Der politische Entscheidungsprozess war langwierig. Bereits 2002 bekundete die EU, SFOR mit einer eige-

nen Mission ablösen zu wollen, doch erst zweieinhalb Jahre später konnte dies erfolgen (Kupferschmidt 2006a: 13). Der Plan entstand noch vor der Verabschiedung von Berlin-Plus, was ein Grund dafür sein dürfte, weshalb der Prozess so lange dauerte. Erst nach dem Zustandekommen der Vereinbarungen, wodurch die Modalitäten der institutionellen Verbindung festgelegt wurden, die NATO eine gewisse Kontrolle über eine solche militärische ESVP-Mission bekam und der EU unterstützend zur Seite stehen konnte, wurde dieser die Durchführung einer militärischen Operation in Bosnien-Herzegowina zugetraut.

Der Planungsprozess wird zwar allgemein positiv gesehen (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009); seine Effizienz hätte jedoch besser sein können. Dieser dauerte knapp ein Jahr und konnte erst nach intensiven Diskussionen zum Abschluss gebracht werden. Die unterschiedlichen Erfahrungen und Strukturen von EU und NATO bei der Implementierung ihrer Politiken schlug durch. Gegenseitige Unkenntnis der jeweiligen Abläufe und Unverständnis der Akteure gegenüber führen dazu, dass Stolpersteine weiterhin vorhanden sind. In der Vorbereitungsphase herrschte zudem Uneinigkeit über die Arbeitsteilung. Die USA wollte zwar möglichst viele Lasten abgeben, jedoch nicht alle militärischen Maßnahmen den Europäern überlassen, sondern eine gewisse Kontrolle in den Händen behalten. Letztlich einigte man sich darauf, dass die NATO die Verteidigungsreformen unterstützen, für die Terrorismusabwehr und Streitkräftesicherung zuständig sowie bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern tätig sein würde – somit Aufgaben im unteren Spektrum übernehmen würde. In letzterem Bereich ergab sich daher eine doppelte Zuständigkeit, die eine ständige Koordinierung der Einsatzbefehlshaber erfordert (Kupferschmidt 2006a: 16-18).

Koordinierung und Kooperation auf politischer Ebene funktionieren im Großen und Ganzen gut, weisen allerdings noch ein paar Mängel auf. Langwierige Planungs- und Entscheidungsprozesse müssen beschleunigt sowie genauere Absprachen getroffen werden. Insgesamt kann die Kooperation auf politischer Ebene als effektiv bezeichnet werden – die gesetzten Ziele der Zusammenarbeit wurden erreicht. Die Effizienz einiger Prozesse muss verbessert werden, so dass diese schneller ablaufen.

3.1.3.3 *Kooperation auf militärischer Ebene*

Für die Verbesserung der Zusammenarbeit auf der politisch-militärischen Ebene wurden bei den Militärstäben Verbindungsstellen eingerichtet. Die Verbindungsoffiziere sollen für einen Informationsaustausch und bessere Absprachen zwischen den Militärs sorgen. Auf diese Weise fördern sie das Verständnis für gegenseitige Prozesse und die Kommunikation miteinander (Varwick 2007: 168). Diese Ziele scheinen auch erfüllt zu werden. Ein Großteil des

Personals beschäftigt sich mit Althea und der Zusammenarbeit mit dem NATO Hauptquartier in Sarajevo. Austausch und Übereinkommen untereinander wurden verbessert. Einige Schwierigkeiten gibt es trotz des Geheimschutzabkommens beim Austausch bestimmter Informationen. Aufgrund der Tatsache, dass die Mitgliedschaften sich größtenteils überschneiden, aber nicht deckungsgleich sind, sträuben sich einige Staaten, die jeweils andere Seite umfassend in alle Details ihres Wissens einzuweißen. Der Informationsaustausch ist daher von Diskussionen um seinen Umfang bestimmt (Interview Brüssel, 20. Januar 2009).

Die Zusammenarbeit vor Ort ist ausgeprägt. Aus offiziellen Kreisen ist zu vernehmen, dass sich der DSACEUR als Operation Commander gut in die EU-Führungsstruktur integriert hat. Er berichtet an das PSK und nimmt strategische Weisungen von diesem, dem EUMC und EUMS entgegen. Dem Force Commander vor Ort erteilt er klare Anordnungen und unterhält eine konstruktive und kooperative Beziehung zu diesem (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009).

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und der Austausch von Informationen unterstützt die gemeinsame Teilnahme an verschiedenen Kommissionen, wie der Joint Military Commission zur Überwachung des Dayton-Vertrages oder die Defence Reform Commission, welche Verteidigungsreformen voranbringen soll (Kupferschmidt 2006a: 18). Diese sollen eine genauere Abstimmung der Akteure und die Umsetzung der Zielvorgaben sicherstellen. EU und NATO sind darum bemüht, dass ihre gemeinsame Mitarbeit in diesen Gremien und ihre jeweiligen Operationen einen Beitrag dazu leisten, ein sicheres, stabiles und demokratisches Bosnien-Herzegowina aufzubauen.

Die Partnerschaft mit dem NATO Hauptquartier in Sarajevo ist arbeitsfähig. Die Funktionen werden auf der operativen Ebene eindeutig verteilt und gemeinsame Einsätze geplant und durchgeführt (Council of the EU 2008c). NATO und EU übernehmen meistens spezifische Aufgaben, die sie eigenständig durchführen. Bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern sind beide offiziell zuständig sind; es gibt erfolgsbestimmte Absprachen darüber, wer in welchen Fällen – eigens oder gemeinsam – vorgeht. Praktisch fällt der NATO die Hauptaufgabe in diesem Bereich zu; EUFOR wiederum übernimmt fast alle anderen operativen Aufgaben (Interview in Berlin, 29. Januar 2009; Ojanen 2005; Smith 2004a). Die Arbeitsteilung ist in Bosnien-Herzegowina demzufolge relativ eindeutig. Rivalitäten sind kaum vorhanden. In Fällen, wo diese doch bestehen, läge dies, offiziellen Einschätzungen zufolge, am Mangel zu bewältigender Aufgaben. Die politischen Ambitionen beider Organisationen und der Nationalstaaten, prestigeträchtig tätig sein zu wollen, werde in solchen Einzelfällen auf die operative Ebe-

ne projiziert. Doch grundsätzlich seien diese politisch motivierten Reibereien gering und die Zusammenarbeit erfolgreich (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009).

Die Einsatzleiter arbeiten gut miteinander und haben ein gutes Kommunikations- und Kooperationsnetz aufgebaut. Es zeigt sich, dass die Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene besser verläuft als im politisch geprägten Brüssel. Pragmatische Lösungen werden gesucht – die Kooperationsbereitschaft ist ohnehin höher, da die Notwendigkeit hierfür größer ist. Hinzu kommen gemeinsame operative Erfahrungen in anderen Gebieten. Die Tatsache, dass die Staaten nur ein ‚single set of forces‘ besitzen und somit Soldaten zu einem Zeitpunkt unter NATO- und zu einem anderen Zeitpunkt unter EU-Kommando stehen, führt dazu, dass sich die Soldaten häufig aus gemeinsamen Dienst persönlich kennen. Des Weiteren hat die Übernahme von einem Großteil der SFOR-Soldaten durch EUFOR für Konstanz und Überlappung bei dem militärischen Personal gesorgt. Das persönliche Vertrauen untereinander ist höher als zwischen den politischen Akteuren. Dies erhöht die Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen, sich zu unterstützen und eine gegenseitige Abhängigkeit nicht zu fürchten (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009; Kupferschmidt 2008: 131).

3.2 EUPOL Afghanistan

Aufgrund der Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 rückte Afghanistan nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an den Terrorismus ins Blickfeld der internationalen Akteure. Osama bin Laden und seine Al-Quaida Organisation wurden als Drahtzieher dieser Anschläge gesehen. Die Taliban in Afghanistan, die ihm und seinen Kämpfern Unterschlupf gewährten, wurden aufgefordert, ihn auszuliefern. Als diese der Aufforderungen nicht nachkamen, startete die USA im Oktober 2001 die Operation Enduring Freedom (OEF). Mit Luftangriffen und Bodentruppen gingen sie gegen Taliban und Al-Quaida vor. Weder NATO noch EU waren bei diesem Kriegseinsatz beteiligt; nur einige mit den USA verbündete Staaten nahmen teil und stellten Soldaten unter das US-Führungskommando (Reckmann 2007: 165f).

Auf der Petersberger Konferenz in Bonn (Dezember 2001) wurde das Petersberger Abkommen verabschiedet; dieses beinhaltete einen Stufenplan zur Demokratisierung des Landes und die Bildung einer provisorischen Regierung unter Hamid Karsai. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 wurde Karsai zum Präsidenten gewählt und mit den Parlamentswahlen im September 2005 ein erster Schritt im Demokratisierungsprozess getan (Carp 2006). Dies bedeutet keinesfalls einen abgeschlossenen Prozess oder gar das Vorhandensein einer konsolidierten liberalen Demokratie. Afghanistan ist weiterhin sehr instabil und unsicher.

Kämpfe zwischen einzelnen Stämmen und Warlords, Drogenhandel, Schmuggel sowie fehlende staatliche Strukturen und Einrichtungen sind ursächlich, dass sich das Land nicht alleine regieren oder Sicherheit und Stabilität gewährleisten kann (Andreychuk 2007; Cook 2007). Es ist daher weiter auf internationale Unterstützung angewiesen.

3.2.1 Die NATO in Afghanistan

Die NATO ist nicht der einzige internationale Akteur in Afghanistan. Einzelne Staaten und verschiedene internationale Organisationen führen Maßnahmen zur Unterstützung des Landes durch. Im Gegensatz zu diesen wurde die NATO, die erstmalig in ihrer Geschichte aufgrund der Terroranschläge vom 11. September den Bündnisfall ausrief (Reckmann 2007: 165), spät in die Aktivitäten in Afghanistan einbezogen; sie leistet gegenwärtig einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Stabilisierung des Landes (de Hoop Scheffer 2008c). Im August 2003 übernahm die Allianz die International Security Assistance Force (ISAF), die im Dezember 2001 im Rahmen der Bonner Konferenz etabliert worden war. Mit UN-Mandat und unter Autorität des UN-Sicherheitsrates wurde sie aufgestellt; sie war jedoch keine UN-Mission per se, sondern eine „Koalition der Willigen“, die unter rotierender nationaler Führung stand (NATO 2009a). Diese Rotation stellte sich jedoch als ineffizient heraus. Die Etablierung eines neuen Einsatzhauptquartiers mit einem Führungswechsel alle sechs Monate gestaltete sich schwierig. Durch diese ständigen Wechsel fehlte es dem Einsatz an Konstanz und Stabilität. Die Bereitschaft der NATO, diese Peacekeeping-Mission zu übernehmen und zu führen, wurde von den Mitgliedsstaaten und Afghanistan begrüßt. Ziel ist der Aufbau eines Afghanistans, welches ohne fremde Hilfe für seine eigene Sicherheit sorgen kann. Durch ihre Präsenz in dreizehn Provinzen und in neun Provincial Reconstruction Teams (PRTs)⁷³ ist die Allianz ein wichtiger Partner im Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozess geworden und sucht einen Beitrag zur internationalen Sicherheit zu leisten (Carp 2006; NATO 2008n). Im Laufe der Jahre hat sie ihr Mandat geographisch und funktional erweitert. Sie deckt das ganze Staatsgebiet ab und umfasst folgende Aufgabenbereiche (Lellouche 2004; NATO 2008b, 2009v; Noetzel/Scheipers 2007):

1. Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Aufrechterhaltung des Friedens
2. Durchführung von Sicherheits- und Stabilisierungsoperationen in Koordination und Kooperation mit den afghanischen Sicherheitskräften
3. Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen und Institutionen

⁷³ Grundsätzlich werden PRTs von einzelnen Mitgliedsstaaten geführt, neun von ihnen stehen jedoch unter dem generellen Kommando von ISAF. Weitere siebzehn der insgesamt sechsundzwanzig PRTs werden von Koalitionspartnern geführt.

4. Beratung und Unterstützung der Afghanischen Armee (ANA), Sicherheitskräfte (ANSF) und Polizei (ANP)
5. Unterstützung bei der Sicherheitssektorreform
6. Entwaffnung illegal bewaffneter Gruppen
7. Bekämpfung des Drogenhandels
8. Wiederaufbau, humanitäre Hilfe

ISAF ist zwar nicht direkt an Anti-Terror-Maßnahmen beteiligt, doch steht sie OEF in diesem Bereich zur Seite. Beide Missionen führen militärische Gefechte durch und sollen sich grundsätzlich gegenseitig ergänzen und zur Seite stehen (Andreychuk 2007; Miranda-Calha 2006).

Neben den direkten ISAF-Aufgaben, unterstützt die NATO Afghanistan seit Oktober 2003 zusätzlich mit einem zivilen Beauftragten, der in enger Verbindung zu ISAF mit der Afghanischen Regierung und anderen internationalen Organisationen zusammenarbeitet und sich um politisch-militärische Aspekte, Verteidigungsreformen, den Aufbau von Sicherheitsinstitutionen und militärische Aspekte der Sicherheitssektorreform kümmert. Zudem soll er direkte Kommunikationskanäle zwischen der operativen Ebene, dem NATO Hauptquartier in Brüssel und dem Nordatlantikrat bereitstellen. Er berät den Rat, wie die Kohärenz der verschiedenen NATO-Mittel in Afghanistan gewährleistet werden kann (NATO 2008a, 2009u). Somit hat der zivile Beauftragte eine koordinierende Funktion. Die militärischen Aufgaben von ISAF bleiben jedoch vorrangig.

Die große Aufgabenbreite von ISAF führt dazu, dass einzelne Akteure diese nicht bewältigen können. Besonders nach Kampfeinsätzen seitens USA und NATO ist es zwingend notwendig Peacebuilding und Post-Konflikt-Management zu betreiben. Mit Wiederaufbauhilfe sowie Unterstützung und Beratung der Afghanischen Armee und Sicherheitskräfte leistet die Allianz zwar einen Beitrag in diesen Bereichen, doch wird zur langfristigen Stabilisierung die Hilfe anderer Organisationen erforderlich.

3.2.2 Die EU-Mission

Die EU sucht an diesem Punkt anzuknüpfen; sie will aufgrund ihrer Erfahrungen und Kapazitäten im zivilen Krisenmanagement einen Beitrag zur Stabilisierung Afghanistans leisten. Den Bemühungen einzelner Staaten, etwa seitens der USA und Deutschlands beim Polizeiaufbau, sollte durch eine ESVP-Mission größere Durchschlagkraft gegeben werden. Die internationale Gemeinschaft und Afghanistan selber begrüßten diesen Entschluss (Rat der EU 2007b). Mitte Juni 2007 wurde die europäische Polizeimission, EUPOL Afghanistan, etabliert (Council Joint Action 2007/369/CFSP); sie fügt sich in den Rahmen internationaler Unter-

stützung und der allgemeinen Maßnahmen der EU ein (International Crisis Group 2008a).⁷⁴ Die Operation „aims at contributing to the establishment of sustainable and effective civilian policing arrangements under Afghan ownership and in accordance with international standards“ (EU 2008j). Das Krisenmanagementkonzept (12. Februar 2007) legte den Schwerpunkt der Aktivitäten auf die Polizeiarbeit, jedoch „mit einer Verknüpfung zum weiter gefassten Bereich der Rechtsstaatlichkeit“ (Rat der EU 2007b: 3). Sie soll einen Beitrag zur Polizeireform und Konsolidierung des Strafjustizsektors leisten. Hierbei hat sie ihren Fokus auf die Polizei (ANP) und die Ebenen der nationalen Administration – besonders auf das Innenministerium, dessen Auf- und Ausbau sie unterstützt – sowie die Regionen und Provinzen. Im Gegensatz zu anderen Operationen hat EUPOL kein exekutives Mandat und konzentriert sich somit auf Überwachung, Beratung, Unterstützung, Training und Koordinierung der Ausbildung (Brauss/Bruns 2008: 41f; Gross 2007; Rat EU 2007a: 6; Schiltz 2007).

Die schleppende Entsendung der Einsatzkräfte führt allerdings dazu, dass die Mission ihre volle Einsatzstärke noch nicht ganz erreicht hat und die Aufgaben nur eingeschränkt umgesetzt werden können (International Crisis Group 2008b: 10f; Interview in Brüssel, 21. Januar 2009; Telefoninterview, 27. Januar 2009). EUPOL konnte bisher kleinere Erfolge erzielen: Reform der Organisation und Führungsstruktur der ANP, Einrichtung einer Polizeiakademie in Kabul, Ausbildung von Polizeioffizieren und Etablierung eines Mechanismus, der die Bezahlung der Polizisten sicherstellen soll. Die zu bewältigenden Herausforderungen sind weiterhin hoch, weshalb es entscheidend ist, dass die Nationalstaaten und die EU die versprochenen Mittel bereitstellen und aufstocken (Kempin 2007). Es zeigt sich an dieser Stelle, dass die Entsendung zivilen Personals schwierig ist. Im Gegensatz zu dem Militär, welches durch die Veränderungen seiner Aufgaben, vor allem der geringeren Notwendigkeit das Staatsterritorium zu verteidigen, frei geworden ist, werden die zivilen Einsatzkräfte, wie Polizisten, Juristen oder der Katastrophenschutz, weiterhin für Aufgaben im Inneren der Staaten benötigt. Sie müssen für die Entsendung ins Ausland erst frei gestellt werden, was jedoch nur erfolgen kann, wenn sie in den Entsenderstaaten selber entbehrlich sind.

Die Bereitschaft, Engagement zu zeigen und sich für Handlungen zu verpflichten, muss verbessert werden (Solana 2008). Des Weiteren ist es notwendig, dass die verschiedenen internationalen Akteure zusammenarbeiten und sich absprechen. Die ESVP-Mission agiert nicht

⁷⁴ Neben EUPOL Afghanistan unterstützt die EU das Land mit Mitteln der Kommission, die sich etwa in dem Kampf gegen den Drogenhandel oder humanitärer und Aufbauhilfe zeigen (Rat der EU 2008b). Die Entsendung eines Sonderbeauftragten für Afghanistan (seit Dezember 2001), dessen Aufgaben die grundsätzliche Unterstützung der afghanischen Regierung und Koordinierung mit anderen internationalen Organisationen umfassen, gehört auch dazu (vgl. Council Joint Action 2008/131/CFSP; Gross 2006; International Crisis Group 2005a; Reckmann 2007: 167-171).

alleine, sondern koordiniert sich und kooperiert mit den anderen internationalen Missionen (etwa UNAMA, ISAF, OEF und Maßnahmen einzelner Staaten), um die gemeinsamen Ziele zu erreichen.

3.2.3 Die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO

NATO und EU sind zwar in unterschiedlichen Bereichen des Krisenmanagements tätig, erstere im Peacekeeping und letztere im Peacebuilding, doch gibt es eine gewisse Überlappung von Funktionen. Beide engagieren sich beim Aufbau staatlicher Strukturen und Einrichtungen, weshalb eine Koordinierung ihrer Aktivitäten notwendig ist. Des Weiteren ist EUPOL als zivile Mission auf die militärische Unterstützung und Sicherung durch ISAF angewiesen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

3.2.3.1 Institutionelle Verbindung

Im zivilen Sektor, in welchen EUPOL Afghanistan fällt, gibt es keine festen institutionellen Verbindungen wie im militärischen Bereich mit Berlin-Plus. Es gibt keine gemeinsame Planungsphase oder Personal, welches unter einem anderen Befehl arbeitet. Feste institutionelle Strukturen zwischen dem militärischen (ISAF) und dem zivilen Bereich zu etablieren, ist viel schwieriger als zwischen militärischen Gremien und Akteuren; unterschiedliche Mentalitäten und Arbeitsweisen sind hierfür verantwortlich.

Eine gemeinsame Organisation durch SHAPE erfolgt nicht, da diese nur militärische Missionen plant und durchführt. Ebenso wird durch die EU kein NATO-Personal zur Führung der Mission genutzt (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009). Die EU bereitet ihre zivilen Operationen autonom vor, wofür das Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC) zuständig ist. Die strategische Planung und Kontrolle liegen wie bei allen ESVP-Operationen bei dem PSK, die Durchführung erfolgt durch den Civilian Operation Commander (Council Joint Action 2007/733/CFSP). Institutionelle und personelle Verknüpfungen mit der NATO sind nicht vorhanden.

Die Verbindungen zwischen ISAF und EUPOL Afghanistan wurden für den Einzelfall beschlossen und sind in den Operationsdokumenten und -plänen festgeschrieben. So gibt es technische Vereinbarungen „über den Informationsaustausch, medizinische Versorgung, Sicherheit und logistische Unterstützung, einschließlich der Unterbringung bei Regionalkommandos und den PRT“ (Rat der EU 2007b: 9). Funktionsweise und deren Umsetzung im Einsatzgebiet, werden im übernächsten Kapitel 3.2.3.3 behandelt.

Das Fehlen eines Abkommens zwischen EU und NATO, welches die Zusammenarbeit im zivil-militärischen Sektor regeln könnte, wird durch die Existenz von drei internationalen Institutionen zumindest teilweise aufgefangen, welche eine gewisse institutionelle Struktur vorgeben und vor allem als Kommunikations- und Koordinierungsforum dienen. Dies ist zunächst das im April 2006 gegründete Joint Coordination and Monitoring Board (JCMB). Dieses soll übergreifend strategische Koordination ermöglichen und die Kohärenz der unterschiedlichen Aktionen gewährleisten. Als hohes Entscheidungsgremium erhält es regelmäßige Berichte über die Implementierung internationaler Maßnahmen. Neben einzelnen Staaten sind auch NATO und EU Mitglied dieses Gremiums. Auf diese Weise können sie ihre Handlungen besser koordinieren, Absprachen treffen und gegenseitige Unterstützungsmaßnahmen vereinbaren. Diese blieben jedoch sehr allgemein und in der Umsetzung den operativen Ebenen überlassen (Council of the EU 2008a).

Für den Bereich der Polizeiarbeit gibt es das International Police Coordination Board (IPCB). Es wurde im Oktober 2006 eingesetzt und hat die UN-Unterstützungsmission (UNAMA), ISAF, EUPOL und das Afghanische Innenministerium als Mitglieder. Es dient als Koordinations- und Planungsforum und ermöglicht Diskussionen über allgemeine Reformstrategien (Brauss/Bruns 2008: 42; International Crisis Group 2007: 8f). Die EU hebt den Nutzen des Gremiums zur Abstimmung mit den internationalen Partnern hervor (Rat der EU 2008c). Ein Austausch über Polizeireformen und Maßnahmen auf der operativen Ebene findet statt, jedoch wird die genaue Durchführung einzelner Operationen in diesem Gremium nicht diskutiert (Interview in Brüssel, 21. Januar 2009).

Die dritte Gruppe ist die Police Action Group (PAG), die im Juli 2006 vom afghanischen Präsidenten eingesetzt wurde. Sie konzentriert sich auf die afghanischen und internationalen Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheitslage. Vier Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Themen der Sicherheit, Geheimdienste, strategischen Kommunikation sowie Wiederaufbau und Entwicklung. Treffen finden wöchentlich statt und sollen eine besserer Koordination der internationalen Ansätze bewirken. Mitglieder sind neben afghanischen Akteuren, ISAF/NATO, die UNAMA, die Weltbank, die EU und die G-8 Staaten (NATO 2008n).

Diese Einrichtungen sind keine EU- oder NATO-Institutionen, welche allein deren Kooperation ermöglichen und regeln sollen, sondern Gremien zur Koordinierung internationaler Hilfen für Afghanistan. Sie sind keine dauerhaften Einrichtungen, die für eine allgemeine institutionelle Verbindung sorgen könnten. Sie sind auf den Fall Afghanistan und für die Bewältigung dieses Konfliktes und die Koordinierung internationaler Hilfe zugeschnitten. Für EU und NATO bieten sie aufgrund der politischen Blockade der Brüsseler Gremien gewisse

Kommunikations- und Kooperationsforen, in welchen beide – im Rahmen der allgemeinen internationalen Maßnahmen – auch ihre Missionen absprechen und gegenseitige Unterstützung bestimmen können. Einen strategischen Dialog können sie jedoch nicht leisten; auch überlassen sie die konkrete Umsetzung von Absprachen den Militärs.

3.2.3.2 *Kooperation auf politischer Ebene*

Auf politischer Ebene gibt es die Treffen der Generalsekretäre und von NAC und PSK. Während zwischen den Generalsekretären durchaus auch bei formellen Treffen in begrenztem Umfang über die Lage in Afghanistan und allgemeine Lösungsansätze zur Bewältigung des Konfliktes besprochen werden, sind die NAC- und PSK-Zusammenkünfte auf Missionen unter Berlin-Plus (gegenwärtig nur EUFOR Althea) begrenzt (Brauss/Bruns 2008: 40). Die Verbindungsbüros bei den Militärstäben sind nicht zuständig und können für keine Vernetzung sorgen, da EUPOL als zivile Operation nicht in militärischen Gremien diskutiert wird (Interviews in Berlin, 29. Januar 2009). Gegenwärtig ist der Austausch und die Zusammenarbeit aufgrund der unterschiedlichen Arten der Missionen (NATO militärisch und EU zivil) nur begrenzt möglich. Auf offizieller Ebene gibt es kaum Austausch über die Krisensituation, keine Lagebeurteilung oder Überlegungen, wie das Konfliktmanagement betrieben werden könnte. Beide Missionen wurden unabhängig durch die entsprechenden EU- und NATO-Gremien geplant.

Das Thema Afghanistan und die dort stattfindenden Missionen werden hauptsächlich auf informeller Ebene diskutiert. Dort werden die allgemeine Sicherheitssituation, notwendige Maßnahmen und die Durchführung von Missionen besprochen. Die unterschiedlichen Arten und Mandate der Missionen führen dazu, dass diese getrennt voneinander durchgeführt werden. Die NATO hat sich daher nur sehr allgemein bereit erklärt, EUPOL grundsätzlich zu unterstützen (Interviews in Brüssel, 20. Januar 2009). Jedoch wurden nur generelle Punkte der technischen und logistischen Hilfen und Sicherheitsschutz in den offiziellen Missionsdokumenten festgeschrieben (Rat der EU 2007b). Die genauen Modalitäten bleiben der operativen Ebene und den Einsatzkräften vor Ort überlassen.

Ein Großteil dieser Themen wird in die afghanistanspezifischen Gremien (JCMB, IPCB und PAG) verlagert. Die interne Zusammenarbeit in Brüssel ist beschränkt; es gibt nur einen gewissen informellen Austausch. Eine Lösung des politischen Problems in der Türkei-Zypern-Frage ist erforderlich, um die Blockade der politischen Gremien aufzuweichen. Das Funktionieren der NAC-PSK Treffen ist eine Notwendigkeit, um auf politischer Ebene Ent-

scheidungen zu ermöglichen und die vagen Rahmenvorgaben für die Vernetzung von ISAF und EUPOL zu spezifizieren.

Einen weiteren Reibungspunkt gibt es bezüglich der Frage, wie viel die EU grundsätzlich in Afghanistan leisten soll. Die NATO fordert einen größeren Beitrag der Europäer (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009). Zum einen bezieht sich dies auf deren Beitrag zu ISAF, was an dieser Stelle nicht diskutiert werden soll, zum anderen wünscht sich die Allianz, dass die Polizeimission ausgeweitet wird. Die Polizeiausbildung bezieht sich gegenwärtig auf die Ebene des Innenministeriums und der obersten Polizeioffiziere. Es handelt sich vor allem um strategische und strukturelle Beratung und Unterstützung der Regierung, der Ministerien und der Polizeioffiziere (Interviews in Brüssel, 20. Januar 2009). Die direkte Ausbildung von Polizisten wird hauptsächlich durch einzelne Nationalstaaten durchgeführt. Die Forderung an EUPOL lautet, ihr Mandat geographisch und funktional zu erweitern. Dieser Hintergrund sorgt für gewisse Spannungen auf politischer Ebene, die für Einigungen bei Koordinations- und Kooperationsfragen zwischen ISAF und EUPOL nicht förderlich sind.

3.2.3.3 *Kooperation auf militärischer Ebene*

EUPOL Afghanistan ist zunächst zentral in Kabul stationiert, wo sie das Innenministerium und die Zentralstellen der Polizei berät und unterstützt. Außerhalb der Hauptstadt nutzt sie PRTs als Einsatzbasen für ihre Arbeit bei der Beratung und Ausbildung hochrangiger Polizeikräfte in den Regionen und Provinzen (Brauss/Bruns 2008: 42). Durch die Unterbringung bei diesen kann EUPOL die Einrichtungen und Infrastruktur sowie das Wissen von ISAF nutzen. Dies funktioniert jedoch nur, wenn Abmachungen mit den einzelnen PRTs getroffen wurden. Diese stehen zwar unter dem Oberkommando von ISAF, doch obliegt ihre direkte Führung weiterhin einzelnen ‚lead nations‘. Aufgrund der politischen Blockade in Brüssel gibt es kein allgemeines Abkommen zwischen EUPOL und ISAF, welches die generelle Stationierung bei und den Schutz durch die PRTs festlegen würde (Interview in Brüssel, 21. Januar 2009; schriftliches Interview, 9. März 2009). Aus diesem Grund bleibt es den einzelnen Führungsnationen überlassen, Details auszuarbeiten. In den Fällen, in denen technische Vereinbarungen mit den PRTs getroffen wurden, ist die Stationierung bei diesen möglich; auch wird Sicherheitsschutz an EUPOL gewährt. Dieser Prozess ist langwierig und kompliziert und bedeutet einen hohen bürokratischen und zeitlichen Aufwand. Zwar kamen zahlreiche Vereinbarungen zustande, doch ist dieser Prozess nicht sonderlich effektiv und schon gar nicht effizient.

Zwischen ISAF und EUPOL sind weitere Vereinbarungen für die operative Ebene getroffen worden. Diese umfassen medizinische sowie technische und logistische Unterstützung,

welche bisher nur durch Transporthilfen geleistet wird (Rat der EU 2007a: 8, 2007b: 4f; Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009). Praktisch benutzt die EU das Force-Tracking-System der NATO, um feststellen zu können, wo sich ihre Einsatzkräfte im Land befinden. Des Weiteren leistet ISAF Sicherung und Begleitschutz sowie Evakuierung, wenn eine Notlage dies erfordert. Aufgrund des schleppenden Anlaufs der Polizeimission und der Dauer der Etablierung der Einsatzkräfte, insbesondere in den PRTs, waren diese Leistungen bisher nicht in vollem Umfang nötig (Interviews Januar und März 2009).

Die Kommunikation und der Informationsaustausch zwischen EUPOL- und ISAF-Kräften funktioniert gut. Es gibt zwar keine festen Verbindungen und keinen systematischen Austausch, doch sind beide Seiten mit der Kommunikation und dem Zugriff auf geheimdienstliche Informationen zufrieden (Interview in Brüssel 20. Januar 2009).

Wie im Falle von EUFOR Althea ist die ‚on ground‘ Kooperation einfacher. Politische Probleme werden von den Einsatzkräften vor Ort zum großen Teil ausgeblendet. Praktische und pragmatische Lösungen sind auch bei der Zusammenarbeit der zivilen und militärischen Mission zu vermerken. ISAF hat die versprochene Unterstützung in gewissem Umfang geleistet und Begleitschutz in Notfällen gewährt. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob dies funktioniert, wenn EUPOL zu hundert Prozent einsatzfähig ist und sich verstärkt außerhalb von Kabul bewegen wird (Interviews in Brüssel und Berlin, Januar 2009). Von ISAF wird mehr gefordert werden, wenn EUPOL seine volle Einsatzstärke erreicht hat. Zwischen dem vorhandenen Personal sind die Verbindungskanäle gut, doch ist das Netzwerk aufgrund fehlenden Personals klein. Die persönlichen Kontakte werden bei voller Einsatzstärke auszubauen und zu intensivieren sein.

Als Bilanz bleibt festzuhalten, dass bisher die Kooperation auf der militärischen Ebene deutlich besser als in Brüssel funktioniert, dass jedoch zahlreiche Hürden der politischen Ebene die Zusammenarbeit auf der operativen Ebene erschweren. Grundsätzlich ist zu bemängeln, dass die Verbindungen ad hoc und nur zwischen einzelnen Stellen vorhanden sind. Dauerhafte und feste Kanäle gibt es nicht. Die Kontakte zwischen den Militärs können als gut eingeschätzt werden. Gegenwärtig arbeiten die beiden Force Commander einträglich zusammen, doch ist dies sehr stark von personellen und strukturellen Bedingungen abhängig. Klare Vereinbarungen auf der politischen Ebene in Brüssel, die eine Zusammenarbeit der Einsatzkräfte in Afghanistan eindeutig regeln, würden für Stabilität und Kohärenz sorgen.

3.3 EU-Unterstützungsmission für AMIS/Darfur

Afrika bedeutet für EU und NATO ein neues Einsatzgebiet bei der Bewältigung von Konflikten. Auf Krisen hatte zuvor stets die UNO reagiert, doch in den letzten Jahren rückte der afrikanische Kontinent in das Blickfeld von Europäischer Union und Allianz. Völkermord und humanitäre Katastrophen verlangten nach Handlungen seitens beider Organisationen.

Die Situation im Sudan wird als „troubled, conflict-prone [and] war ravaged“ (Charron/Zyla/Boulden 2008: 148) beschrieben. In der westlichen Provinz Darfur herrscht seit Jahren ein gewalttätiger Konflikt mit der Zentralregierung. 2003 eskalierte die Situation, als es zu einer Rebellion schwarzafrikanischer Rebellengruppen gegen die arabisch-dominierte sudanesishe Regierung kam. Dieser folgten gewalttätige Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen durch die sudanesishe Regierung und vor allem durch von ihnen gestützte Milizen, die Janjaweed, gegen schwarze Afrikaner.⁷⁵ Erst durch internationalen Druck konnte am 8. April 2004 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet werden. Für dessen Implementierung und Überwachung entsandte die Afrikanische Union (AU) eine Mission (AMIS)⁷⁶ in den Sudan (Charron/Zyla/Boulden 2008: 148-152; International Crisis Group 2005c: 2-5). Im Juli entsandte die UNO internationale Beobachter in die Region und im März des folgenden Jahres etablierte sie eine eigene Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes (UNMIS). Diese Maßnahmen reichten jedoch nicht aus und so baten die UNO und insbesondere die AU NATO und EU um Unterstützung (Council Joint Action 2005/557/CFSP; Mozersky 2005).

3.3.1 Die NATO in Darfur

Im April 2005 ersuchte die AU die NATO um militärische Unterstützung für ihre Operation. Dieser Anfrage kam die Allianz nach und begann im Juni ihre Unterstützungsmission für AMIS II – ihr erstes aktives Engagement auf dem afrikanischen Kontinent, wodurch ihre Absicht zukünftig verstärkt ‚out-of-Europe‘ tätig sein zu wollen, unterstrichen wurde. AMIS sollte gestärkt und ihr die Möglichkeit verschafft werden, ihre Präsenz in Darfur zu erweitern,

⁷⁵ Während diese die Mehrheit der Bevölkerung in Darfur stellen, gibt es auch noch arabische Stämme in der Provinz Darfur, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen und betonen, mit den Übergriffen nichts zu tun zu haben.

⁷⁶ AMIS I (April – Oktober 2004) sollte nur den Waffenstillstand beobachten und überwachen. Im Gegensatz zu dieser hatte AMIS II (Oktober 2004 – Dezember 2007) ein erweitertes Mandat (geographisch und funktionell). Auch wurde sie personell und technisch aufgestockt. Auf diese Weise sollte ihr eine größere Durchsetzungskraft verliehen und der Friedensprozess vorangetrieben werden. Kleinere Erfolge konnte erzielt werden, doch hatten die Maßnahmen nur eine begrenzte Wirkung und konnten den Konflikt nicht beenden (International Crisis Group 2005b; Pabst 2008; Rat der EU 2006a: 5). Positiv ist, dass die Afrikaner versuchen eine Lösungen für die Konflikte auf dem eigenen Kontinent zu finden, weshalb die Kapazitäten der AU ausgeweitet werden müssen, um ihr größeren Handlungsspielraum und -stärke zu verleihen (Hainzl 2006: 149f; Wade 2006).

um der Gewalt Einhalt zu gebieten und die humanitäre Lage zu verbessern. Die Aufgaben der Allianz umfassten hierbei folgende Tätigkeiten (Castle 2005; NATO 2005b):

1. logistische Leistungen, strategischer Lufttransport
2. technische Unterstützung
3. militärische Ausbildung von Personal

Die Allianz sorgte zunächst nur für den Transport von Peacekeeping-Truppen, seit August 2005 zum Teil auch für den von zivilen Polizeikräften und militärischen Beobachtern. Das Training von AU-Personal umfasste die strategische Ebene und logistische Planung, das Erstellen von Erfahrungsberichten („lesson learned“-Strategien) und das Informationsmanagement. Die Allianz half auch beim Aufbau eines Joint Operations Centre (NATO 2009m). Die NATO entsandte keine Kampftruppen und war an Kämpfen nicht beteiligt (Charron/Zyla/Boulden 2008: 154).

Im März 2007 wurde die Operation ausgeweitet: langfristige Unterstützung sollte den Aufbau von Leistungsfähigkeit der AU-Truppen und -Strukturen bewirken (NATO 2008k).

Am 31. Dezember 2007 beendete die NATO ihre Mission, als die AU-UN Hybridmission (UNAMID)⁷⁷ eingesetzt wurde. Dieser offiziell am 1. Januar 2008 begonnenen Mission bot die Allianz ebenso ihre Unterstützung an (NATO 2008k).

Im Gegensatz zu anderen Missionen hatte die NATO kein exekutives Mandat, beteiligte sich nicht an direkten Handlungen der Einsatzkräfte von AMIS (Hainzl 2006: 153). Es handelte sich um eine Unterstützungsmission, die sowohl Peacekeeping als auch Peacebuilding beinhaltete. Die Verantwortung für die Beendigung der Gewalt und der Überwachung von Abkommen lag bei der AU (de Hoop Scheffer 2005b). Die Allianz unterstützte diese und suchte deren Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit der Truppen zu erhöhen.

3.3.2 Die EU-Mission

Die EU begann sich schon früher in Afrika zu engagieren. So war sie auch einer der ersten Akteure, die den Friedensprozess im Sudan unterstützte. Ein Waffenembargo wurde bereits 1994 verhängt, im August 2005 ein Sondergesandter ernannt, der die europäischen Hilfen koordinieren und für die Kommunikation mit anderen Akteure sorgen sollte (Charron/Zyla/Boulden 2008: 156f; Council Joint Action 2005/556/CFSP). Mit der Verabschiedung einer Afrika-Strategie (Dezember 2005) und dem Ziel, enge Partnerschaften zu den afrikanischen Ländern aufzubauen, weitete sie ihr Engagement aus (vgl. Hainzl 2006: 151f).

⁷⁷ Für Informationen zu UNAMID vgl. Pabst 2008.

Im April 2005 wurde die EU ebenso wie die NATO von der AU um Unterstützung für AMIS II gebeten, worauf diese im Mai positiv antwortete. Sie stellte eine zivil-militärische Unterstützungsmission auf, welche politische, militärische und polizeiliche Maßnahmen umfasste (International Crisis Group 2005c: 9-12). Diese zielte darauf ab, durch Planung, Ausstattung, Training und den Transport von Einsatzkräften die AU und AMIS zu stärken und damit zu helfen, die Krise in Darfur zu beenden (Council Joint Action 2005/557/CFSP; EU Council Secretariat 2008). Sie hatte kein exekutives Mandat und war nicht an direkten Kampfhandlungen oder Einsätzen beteiligt. Militärisch stellte sie materielle, finanzielle und technische Unterstützung bereit und entsandte militärische Beobachter in die Region. In kleinerem Umfang leistete sie Planungshilfen und Training von afrikanischen Truppen und Beobachtern sowie strategischen und taktischen Transport; auch übte sie die Luftüberwachung aus. Im zivilen Bereich stellte sie Polizeiunterstützung für die zivile Polizeikomponente von AMIS bereit. Europäische Polizeioffiziere berieten die AMIS Polizeikräfte und bildeten lokale Polizeieinheiten aus (Charron/Zyla/Boulden 2008: 156f; EU Council Secretariat 2006b; Rat der EU 2007d).

Die Maßnahmen der EU waren unterstützend und konnten zu einer gewissen Stärkung von AMIS beitragen. Die Verantwortung für AMIS und die Suche nach einer Lösung des Konfliktes lagen stets bei der AU und den afrikanischen Staaten (Rat der EU 2007f). Die EU beendete ihre Unterstützungsmission mit der Entsendung von UNAMID am 31. Dezember 2007, deren Etablierung sie begrüßt und deren Planungsprozess sie unterstützt hatte (Council Joint Action 2007/887/CFSP; Rat der EU 2006a).

3.3.3 Die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO

EU und NATO etablierten im selben Zeitraum eine Unterstützungsmission für AMIS II und führten dabei ähnliche Aufgaben aus. Es bestand eine Überlappung der Funktionen und Tätigkeiten in Darfur, die eine genaue Koordinierung erforderlich gemacht hätte.

3.3.3.1 Institutionelle Verbindung

Institutionell gab es wie bei EUPOL Afghanistan keine Verbindungen. Es gab keine NATO-Institutionen, welche die EU bei der Organisation der Mission unterstützten. Ein gemeinsames Gremium für Lagebeurteilung, Abstecken der Missionen oder Erarbeitung von Strategien existierte nicht.

Es gab daher keine gemeinsame Planung oder Befehlskette; beide Organisationen führten ihre Missionen unabhängig voneinander durch (Miranda-Calha 2006). Dabei wäre gerade

angesichts der Erwartung, dass sich ihre Mandate überschneiden würden, eine engere Zusammenarbeit in der Ausarbeitung der Einsatzpläne und Auswahl der Mittel förderlich für die Ausführung der Operationen gewesen. Auch bei formal getrennten Missionen wäre eine gemeinsame Vorbereitungsphase möglich gewesen. In Zusammenarbeit hätten Lagebeurteilungen und die Ausarbeitung von Operationsplänen stattfinden können. Anstatt eines gemeinsamen Hauptquartiers errichteten sie getrennte. Es gab lediglich – immerhin – auf der operativen Ebene eine gemeinsame Planungs- und Koordinierungszelle in Addis Ababa, die beim AU-Hauptquartier angesiedelt war (Council Joint Action 2005/557/CFSP; Impetus Herbst/Winter 2006). Über diese gab es eine gewisse Koordinierung vor Ort, doch waren dies ad hoc Absprachen. Eine übergreifende Strategie oder wenigstens gezielte Vereinbarungen gab es nicht. Die Gesamtverantwortung verblieb bei der AU, welcher die Durchführung von AMIS und die Einbettung der EU- und NATO-Tätigkeiten oblag (Grono 2005).

Auf institutioneller Ebene gab es keine Verschränkung der beiden Unterstützungsmissionen – sie verliefen parallel zueinander.

3.3.3.2 *Kooperation auf politischer Ebene*

Auf Anfrage der AU sprachen sich EU und NATO getrennt für eine Unterstützungsmission aus. Es hatte zuvor kaum Diskussion über die Lage in Darfur und über Reaktionen auf die Krise gegeben. Daher gab es auch keine gemeinsame Entscheidung, überhaupt zu intervenieren und eine gemeinsame Mission durchzuführen oder sich im Falle von Einsätzen in Darfur verstärkt miteinander zu vernetzen. Es wurde auch nicht gemeinsam festgelegt, wer welche Aufgaben übernehmen sollte (Shimkus 2007). Allein die Vorgaben und partiell voneinander abweichende Anfragen der AU an beide Organisationen sorgten dafür, dass sich die Operationen zu einem gewissen Grade unterschieden (Interviews in Brüssel, 20. Januar 2009). Von der Allianz wurde insbesondere militärische Unterstützung, vor allem Lufttransport, sowie militärische Beratung und Ausbildung gefordert. Die EU sollte ähnliche Aufgaben im Bereich der Polizeiarbeit übernehmen und einen militärischen Beobachter entsenden. Dennoch waren beide beim Transport von Einsatzkräften beteiligt, wenn auch in unterschiedlichen Bereichen, die NATO im militärischen und die EU im zivilen Feld. Ebenso ergaben sich bei der technischen und materiellen Unterstützung und bei Planungshilfen gemeinsame Tätigkeitsbereiche. Eine gewisse Überschneidung war vorhanden. Genauere Absprachen wären für die Umsetzung der Aufgaben förderlich gewesen, blieben jedoch den Einsatzkräften vor Ort überlassen (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009).

Der Austausch zwischen den Brüsseler Gremien war mager – die politische Blockade war auch im Falle Darfurs präsent. Auf der offiziellen Ebene stand Darfur nicht auf der Agenda. Allenfalls bei informellen Treffen fanden Beratungen statt; auf Arbeitsebenen wurden die politischen Probleme zu umfahren gesucht (Interviews in Brüssel, 20. Januar 2009). Jedoch war dieser Prozess weder allumfassend noch systematisch. Das Problem des Austausches vor allem geheimer Informationen bestand fort; nur äußerst begrenzt konnte dies auf informeller Ebene umgangen werden. Ohne offizielle Agenda und schriftliche Abschlussberichte waren trotz fehlender Geheimschutzabkommen einige Staaten bereit, Informationen und Dokumente auszutauschen; dieser Prozess war, auch wenn er relativ gut funktionierte, nicht lückenlos. Offizielle Entscheidungen waren auf dieser Ebene ohnehin nicht möglich; so blieb es bei einem bloßen Meinungs austausch.

Ein weiterer Grund für die mageren Absprachen in Brüssel waren die Interessen der Mitgliedsstaaten sowie von EU und NATO (Interview in Brüssel, 21. Januar 2009). Die EU wollte mit ihren Aktivitäten in Darfur die Einsatzbereitschaft der ESVP demonstrieren. Im Kongo hatte sie bereits 2003 gezeigt, dass sie fähig war, Operationen außerhalb von Europa eigenständig durchzuführen. Diesen Weg suchte sie mit einer Mission im Sudan fortzusetzen und sich als Akteur auf der internationalen Ebene und bei der Lösung von Konflikten zu etablieren. Für die NATO bedeutete Darfur die Möglichkeit, ihr Ziel verstärkt in ‚out-of-Europe‘-Missionen tätig zu werden, umzusetzen (Grono 2005). Der afrikanische Kontinent bot sich als Schauplatz an. Rivalitäten und politische Ambitionen der Führungskräfte (Howorth 2007: 216) blockierten eine Einigung in Brüssel und waren eine weitere Ursache für die fehlenden politischen Vereinbarungen.

In den offiziellen Dokumenten der Missionen sind kaum Verweise auf die jeweils andere Organisation zu finden. Es heißt lediglich, dass mit anderen internationalen Akteuren, kooperiert und sich vor Ort koordiniert werden würde. Für die operativ-militärische Ebene bedeutete dies, dass nur Rahmenvorgaben für ihr Handeln und die umzusetzenden Aufgaben vorgegeben wurden. Details sollten die Einsatzkräfte vor Ort festlegen.

3.3.3.3 *Kooperation auf militärischer Ebene*

Die militärischen Gremien, die Militärausschüsse und -stäbe, waren ebenfalls nicht in der Lage, detailliertere Vereinbarungen zu treffen. Die Verbindungsoffiziere, die im Falle Bosnien-Herzegowinas gute Arbeit leisteten, konnten kein Ergebnis herbei führen. Zu sehr waren die Handelnden darauf bedacht, ihre Operation eigenständig durchzuführen; so schlugen sich diese politischen Ambitionen negativ auf der politisch-militärischen Ebene nieder.

Die unterschiedlichen Anfragen der AU und die vorhandenen Kapazitäten bewirkten eine gewisse Trennung der Aufgaben (Interview in Brüssel, 20. Januar 2009). Daher waren ihre Einsatzkräfte hauptsächlich parallel tätig, Rivalitäten waren kaum vorhanden. Gleichzeitig fand eine Kooperation nur auf niedrigstem Niveau statt. Es existierte keine direkte gegenseitige Unterstützung – gerade beim Lufttransport hätte sich dies angeboten. Aufgrund der Tatsache, dass die NATO einige Flugzeuge direkt unter AU-Kommando stellte, kann es sein, dass die EU indirekt NATO-Ausrüstung mitbenutzte. Direkt wurden dem EU-Personal keine Mittel der NATO zur Verfügung gestellt (Interviews in Brüssel und Berlin, Januar 2009). Genaue Aussagen hierzu konnten auf politischer Ebene nicht gemacht werden; weitere Gespräche mit Einsatzkräften wären nötig. Dieses Beispiel zeigt, dass die Strukturen vor Ort verwirrend waren. Beide Organisationen arbeiteten der AU zu und griffen indirekt der anderen Mission unter die Arme; feste Absprachen gab es jedoch nicht.

Die Zusammenarbeit vor Ort wurde durch eine komplizierte und nicht eindeutige Befehlskette erschwert. Beide Unterstützungsmissionen waren mit AMIS vernetzt und so waren sie auch in die Strukturen der Afrikanischen Union eingebettet. Die allgemeine Koordinierung der Aktivitäten fand durch diese statt. EU und NATO tauschten sich nur begrenzt über ihre Planungs- und Koordinierungszelle in Addis Ababa aus. Die vorhandenen personellen Kontakte der Einsatzkräfte werden als einträglich eingeschätzt (ESDP Newsletter 2005: 33; Interview in Brüssel, 21. Januar 2009). Es zeigt sich auch in diesem Fall, dass persönliche Verbindungen im operativen Bereich besser sind – die Einsatzkräfte kommunizieren häufiger miteinander, sind eher bereit, Informationen auszutauschen und Absprachen zu treffen. Ein NATO-Vertreter bezeichnete diese Kooperation zwar als holprig, aber als gar nicht so schlecht (Interviews Januar und März 2009).

4. Zwischenfazit

Zieht man eine Bilanz zu *EUFOR Althea* ist festzuhalten, dass im Hinblick auf die Arbeitsteilung die EU Aufgaben übernimmt, welche die NATO nicht mehr wahrnehmen möchte und „that NATO and EU have worked together on military matters in a pragmatic, flexible and successful way, both in the command structure and in the area of operations“ (Kupferschmidt 2008: 131). Die festen Strukturen, die durch Berlin-Plus vorhanden sind, garantieren effektive Konsultationen zwischen den Generalsekretären und den zuständigen Gremien. Der Informationsaustausch funktioniert trotz kleinerer Mängel zur Zufriedenstellung aller Beteiligten. Ebenso gibt es mit dem gemeinsamen Ansatz zum Westlichen Balkan eine Art gemeinsame Strategie, welche eine Lagebeurteilung vornimmt und zu bewältigende Aufgaben festschreibt

(Minniti 2005). Auf dieser Grundlage war es SHAPE möglich, einen Operationsplan vorzulegen und die Operation und Force Commander mit ihren jeweiligen Aufgaben zu betrauen. Kritik ist an der Länge der Entscheidungsphase zu äußern. Von der ersten Bereitschaftserklärung der EU zur Ablösung von SFOR bis zur Übernahme und Etablierung von Althea dauerte es über zwei Jahre. Der eigentliche Planungsprozess ist mit etwa einem Jahr ebenfalls zu lang. Die Effizienz dieser Prozesse war mangelhaft und es gilt sie zu verbessern. Politische Auseinandersetzungen und Uneinigkeiten in Brüssel über die genauen Modalitäten der Operation sind die Hauptursache für diese Ausdehnung. Die Zusammenarbeit auf politischer Ebene wird dennoch als positiv und effektiv erachtet; auf der militärischen Ebene funktioniert sie noch besser. Pragmatische Lösungen werden hier von den Militärs umgesetzt, um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen.

Die Implementierung von Berlin-Plus zur Umsetzung dieser militärischen ESVP-Mission wird trotz vorhandener Mängel als positiv beurteilt (Interviews in Brüssel und Berlin, Januar 2009). Die institutionalisierten Strukturen ermöglichten den reibungslosen Übergang von SFOR zu EUFOR sowie eine relative eindeutige Arbeitsteilung und Zusammenarbeit.

In *Afghanistan* ist die NATO mit ihrer Peacekeeping-Mission, ISAF, im höheren Intensitätsspektrum beschäftigt, während die EU mit *EUPOL Afghanistan* Peacebuilding betreibt. Die Aufgaben am Hindukusch sind weiterhin groß. Zwar konnten kleinere Erfolge durch das internationale Engagement erzielt werden, doch bleibt das Land weiterhin instabil und unsicher; von einer Demokratisierung ist es weit entfernt (Cordesmann/Kasten/Mausner 2008; Jones 2008: 287-294). Ein Akteur alleine kann die Herausforderungen nicht bewältigen – internationale Organisationen sind aufeinander angewiesen. Die bisher eingesetzten Mittel reichen nicht aus und müssen ebenso wie die Mandate der Operationen ausgeweitet werden (Noetzel/Scheipers 2007). Die Notwendigkeit, zu kooperieren und Vernetzungen zwischen den einzelnen Missionen herzustellen, ist sehr hoch.

Die Bilanz für EUPOL und ISAF hierzu ist allerdings mittelmäßig. Es gibt keine festen Abkommen, die im Stile von Berlin-Plus einen Rückgriff auf gegenseitige Kapazitäten gewährleisten oder feste Strukturen der Zusammenarbeit etablieren würden. Ein strategischer Dialog ist ebensowenig vorhanden. Die offiziellen Gremien in Brüssel sind blockiert, weshalb Afghanistan nur bei informellen Treffen besprochen werden kann. Aus diesem Grund gibt es nur grobe politische Rahmenvorgaben für die Vernetzung. Die Umsetzung dieser technischen Vereinbarungen wird der operativen Ebene überlassen. Dies funktioniert in begrenztem Umfang ganz gut, doch musste ISAF aufgrund der schleppenden Einsatzbereitschaft von EUPOL bisher nur in geringem Umfang die versprochenen Leistungen bereitstellen. Die persönliche

Zusammenarbeit der Einsatzkräfte ist gut. Sie tauschen sich aus, suchen nach pragmatischen Lösungen und ermöglichen eine gewisse Verschränkung von ISAF und EUPOL, doch ist dies begrenzt. Aufgrund der mäßigen politischen Vorgaben müssen zu viele Absprachen vor Ort getroffen werden. Am deutlichsten zeigt sich die negative Auswirkung bei der Stationierung bei den PRTs. Einzelne Abkommen mit den Führungsnationen sind notwendig, um diese als Einsatzbasis in den Provinzen nutzen zu können und Begleitschutz und Sicherung durch diese zu bekommen.

Effektivität und Effizienz der Kooperation sind durch die Blockade der politischen Gremien und wegen fehlender institutioneller Strukturen mangelhaft. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die operative militärische Ebene, deren Bilanz zwar besser, aber nicht ohne Probleme ist. So bleibt resümierend nur festzustellen, dass die Verknüpfungen von EUPOL und ISAF schwach sind und an die Ansprüche beider Organisationen nicht heranreichen.

In *Darfur* waren EU und NATO zur gleichen Zeit mit Unterstützungsmissionen für AMIS tätig. Während die Allianz sich hauptsächlich um den militärischen Bereich kümmerte, agierte die EU im zivil-militärischen Bereich. Durch die jeweiligen Anfragen der AU, die sich durch die verschiedenen den beiden Organisationen zur Verfügung stehenden Kapazitäten ergaben, kam es zu einer gewissen Arbeitsteilung. Diese war jedoch nicht so eindeutig wie bei den anderen beiden Missionen. Die Tätigkeiten ähnelten sich; eine gewisse Überschneidung der Funktionen war feststellbar. Eine enge Kooperation wäre von Vorteil gewesen. Eine institutionelle und operationelle Verschränkung, gar eine integrierte Mission, wäre förderlich gewesen. Anstatt eng miteinander vernetzt verliefen so die Operationen parallel. Auf politischer Ebene hatte es keine Einigung für einen gemeinsamen Einsatz oder wenigstens gemeinsame Planungs- und Führungsstätten gegeben. So kam es in diesem Bereich und bei dem Einsatz von Mitteln zu einer gewissen Duplizierung (vgl. Miranda-Calha 2006). In Brüssel hatte man sich nur zu einer groben Zusammenarbeit durchringen können. Auf operativer Ebene ermöglichte eine gemeinsame Zelle bei der AU in Addis Ababa eine gewisse Koordinierung. Das Arbeitsklima war freundlich, woraus sich wieder einmal ergab, dass zwischen dem Personal vor Ort die Zusammenarbeit besser funktioniert. Die fehlenden politischen Vereinbarungen konnten durch die Willensabsprachen der Einsatzkräfte dennoch kaum ersetzt werden. Die Kooperation blieb grundsätzlich auf niedrigem Niveau (Interview in Berlin, 29. Januar 2009).

Engere Absprachen zwischen den politischen und politisch-militärischen Gremien hätte eine stärkere Vernetzung bewirken können. Die Missionen hätten wirkungsvoller geplant und durchgeführt, die Fähigkeiten besser eingesetzt werden können. So waren die Prozesse und Befehlsketten kompliziert und langwierig. Ihre Ziele, die AU bei der Durchführung von

AMIS zu unterstützen, wurden quantitativ zwar erreicht, auch konnte AMIS einige qualitative Erfolge verbuchen, doch reichten die Maßnahmen nicht aus, um der AU eine nennenswerte Einsatzstärke zu verleihen – der Konflikt befindet sich von einer Lösung weit entfernt (Charron/Zyla/Boulden 2008; schriftliches Interview, 9. März 2009).

In der generellen *Bilanz der drei Fallbeispiele* zeigt sich, dass zahlreiche Beobachter die bloße Tatsache der Kooperation von EU und NATO würdigen. Doch eine rein quantitative Betrachtungsweise verrät nichts über die Qualität der Zusammenarbeit. Abschließend soll noch einmal auf die eingangs gestellten Fragen Bezug genommen werden, um Effektivität und Effizienz als Wirkungsgrad der Kooperation von EU und NATO in der Praxis zu beurteilen.

1. Feste Vereinbarungen und institutionelle Strukturen, welche die Zusammenarbeit regeln, gibt es nur im militärischen Bereich mit Berlin-Plus. Durch diese konnte EUFOR Althea auf die Kapazitäten der Allianz zurückgreifen, deren Strukturen, Mittel und Erfahrungen nutzen, um gemeinsam mit dieser den Einsatz zu planen und durchzuführen. Experten bescheinigen das Funktionieren dieses Prozesses und loben trotz vorhandener Durchführungsmängel die Umsetzung der Berlin-Plus-Vereinbarungen. Bei den anderen beiden Missionen, die in den zivilen bzw. zivil-militärischen Bereich fallen, gibt es keine Institutionalisierung der EU-NATO Beziehung. Während Althea eindeutig institutionell mit der NATO vernetzt ist, sind die anderen Missionen parallel zu dieser verlaufen.
2. Auf der politischen Ebene gibt es bei Althea aufgrund der festen Vorgaben gute Absprachen zwischen PSK und NAC sowie zwischen den militärischen Gremien. In den Fällen von EUPOL Afghanistan und den Unterstützungsmissionen für AMIS gibt bzw. gab es wegen der politischen Blockade nur einen informellen Austausch und unverbindliche Absprachen. In den Einsatzdokumenten sind daher nur allgemeine Absichten zur gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit zu finden. Die politische Kooperation bei diesen beiden Operationen ist bzw. war eher gering. Details sollten auf der operativen Ebene beschlossen und durchgeführt werden.
3. Die Verbindungen vor Ort sind grundsätzlich gut ausgeprägt und erfolgreich. Das Arbeitsklima zwischen den Einsatzkräften ist deutlich besser als das im politisch geprägten Brüssel. In vielen Fällen gab es schon in vorherigen Einsätzen personelle Kontakte oder gar Überschneidungen zwischen diesen. Man kannte sich häufig schon vorher, konnte einander vertrauen und sich aufeinander verlassen. Probleme, für welche sich auf politischer Ebene keine Lösung finden, werden pragmatisch angegangen. Dabei

muss darauf geachtet werden, dass die operativ-militärische Ebene nicht durch zu viele Aufgaben und zu hohe Anforderungen überfrachtet wird. Dies zeigt sich gerade im Falle Darfurs. Die Parallelstrukturen der vom Mandat her ähnlichen Missionen wirkten sich auf die operative Ebene dergestalt aus, dass nur moderate Verbindungen vorhanden waren. Klare Abstimmungen auf der Brüsseler Ebene würden die Zusammenarbeit vor Ort enorm erleichtern.

Die Analyse entlang der drei Kriterienbereiche zeigt ein differenziertes Bild hinsichtlich der Effektivität und Effizienz der Zusammenarbeit. Im Falle EUFOR Altheas funktioniert die Verzahnung gut. Die Zusammenarbeit ist effektiv; einige kleinere Mängel, etwa bei der Erstellung des Einsatzplanes, gibt es bei der Effizienz, doch kann grundsätzlich auch diese als positiv gesehen werden. Weniger gut fallen die Beurteilungen zu EUPOL Afghanistan und die Missionen in Darfur aus. Fehlende institutionelle Vorgaben und die Blockade auf der politischen Ebene führen dazu, dass die Kooperationsprozesse auf formaler Ebene nicht sonderlich effektiv und schon gar nicht effizient sind. Über den informellen Austausch können zwar einige Punkte abgesprochen werden, doch garantiert dieser Weg keine festgelegten Vereinbarungen. Es bleibt bei technischen Absprachen und Rahmenvorgaben. Die Bilanz der operativen Ebene ist wiederum deutlich besser. Durch pragmatische Lösungen und eine hohe Kooperationsbereitschaft der Akteure können Probleme gelöst, Vereinbarungen zu gemeinsamen Einsätzen getroffen und gegenseitige Unterstützung geleistet werden.

V. Gesamtfazit und Ausblick

Das Ende des Ost-West-Konfliktes brachte große Veränderungen für die internationale Politik. Auch der Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sah sich großen Umwälzungen ausgesetzt. Die Verteidigung des Staatsterritoriums und der Integrität des Staates wurde für die westlichen Industriestaaten obsolet. Stattdessen standen sie neuen Herausforderungen gegenüber und sahen sich neuen Gefahren und Risiken ausgesetzt. Diese sowie hieraus resultierende Sicherheitsfragen galt es zu bewältigen. Einzelne Nationalstaaten konnten dies jedoch nicht meistern; Sicherheitsinstitutionen sollten bei der Bewältigung der Sicherheitsprobleme helfen und für die Kooperation der Mitgliedsstaaten untereinander sorgen.

1. Funktionszuweisung an und Arbeitsteilung von EU und NATO

Auf dem europäischen Kontinent bestanden als Sicherheitsinstitutionen unter anderem bereits die NATO und die EU, welche für die Bewältigung gemeinsamer Sicherheitsprobleme sorgten und die Kooperation ihrer Mitgliedsstaaten erleichterten. Während die NATO ausschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugeordnet war, suchte die EU über wirtschaftliche und politische Integration, für Sicherheit in Europa und für eine Vertiefung der Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsstaaten zu sorgen. Veränderungen externer Umweltfaktoren und mitgliedsstaatlicher Politiken bewirkten einen Wandel der Funktionen von EU und NATO.

Die Unabhängigkeit ehemaliger Ostblockstaaten sowie gewaltsame Konflikte auf dem Balkan und im Nahen Osten, die Staatszerfall, Staatsneugründungen und Flüchtlingsströme zur Folge hatten, waren Anfang der 1990er Jahre die größten Herausforderungen; später kamen verstärkt der internationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hinzu. Auf die Veränderungen dieser externen Faktoren musste die internationale Staatenwelt reagieren. Die Staaten passten ihre Politiken den neuen Gegebenheiten an und ebenso wandelten sich EU und NATO. Die Mitgliedsstaaten erkannten den Nutzen, den diese beiden Institutionen bei der Bewältigung neuer Aufgaben haben würden. Die bestehenden festen Strukturen hatten in den Jahrzehnten zuvor die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten erleichtert. Kooperationshindernisse und -probleme bestanden kaum, das grundsätzliche Vertrauen der Staaten untereinander war hoch; ebenso, dass gemeinsam getroffene Vereinbarungen eingehalten oder Fehlverhalten sanktioniert werden würde. Die allgemeinen, internen Funktionen und der Nutzen als Kommunikations- und Kooperationsforen bestanden

fort. Für die Mitgliedsstaaten war es daher rational zur Lösung aufkommender Probleme diese beiden Organisationen anzupassen und ihnen neue Funktionen zuzuschreiben. Durch ihre Anpassungsfähigkeit, Transformation der Strukturen und Fähigkeiten, konnten EU und NATO neue Aufgaben übernehmen und so ihren Wert und Nutzen für ihre Mitgliedsstaaten bekräftigen. Der Logik des rationalen Institutionalismus folgend, wurde die NATO nach dem (Teil)Verlust ihrer ursprünglichen Funktionen nicht aufgelöst, auch wurden keine neuen Institutionen zur Bewältigung neu entstandener Politikprobleme gegründet, sondern den bestehenden Institutionen EU und NATO von ihren Mitgliedsstaaten neue Funktionen zugewiesen. Die erste Hypothese von dem institutionalistischen Beharrungsvermögen von Institutionen kann bestätigt werden.

Die Funktionszuweisung und -übernahme sowie die Aufteilung von Aufgaben lassen sich durch die rationalistisch-institutionellen Bestimmungen der veränderten externen Rahmenbedingungen und gewandelten staatlichen Positionen zur EU und NATO erklären. Als Herren der Verträge obliegt es den Mitgliedsstaaten, den Institutionen bestimmte Funktionen zuzuschreiben und Aufgaben zu übertragen. Die theoretischen Faktoren des rationalen Institutionalismus sind erklärungskräftig.

In Kapitel III.2 wurde deutlich, dass die Staaten aufgrund neuer Erfahrungen und Lerneffekte im Umgang mit den neuen Aufgaben und der Interaktion miteinander von EU und NATO bestimmte Funktionen übernommen sehen wollen. Trotz gewisser Meinungsunterschiede stimmen sie darin überein, dass durch die Aufnahme neuer Mitglieder die internen Funktionen der Sicherheitsgemeinschaft ausgedehnt werden und ein grundsätzlicher Stabilitätstransfer nach Mittel- und Osteuropa stattfindet. Entscheidend sind die spezifischen, externen Aufgaben bei der Regulierung von Konflikten, die seit Anfang der 1990er Jahre aufgrund zahlreicher Krisen auf dem Balkan in den Mittelpunkt rückten. Konfliktmanagement-Missionen sollen bei deren Lösung helfen sowie für Stabilität und Sicherheit in den Krisenregionen sorgen. Hierbei sollen EU und NATO unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen, was den Interessen der Mitgliedsstaaten und den zur Verfügung stehenden Strukturen, Kapazitäten und Fähigkeiten geschuldet ist. Mit der Entwicklung von ESVI und ESVP drängte die EU zunehmend als Akteur in den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Durch den Aufbau neuer Strukturen und Kapazitäten baute sie ihre Fähigkeiten zur Konfliktregulierung sukzessive aus. Die Handlungsunfähigkeit während der Balkankriege hatte ihr und ihren Mitgliedsstaaten vor Augen geführt, dass sie auf solche Krisen zukünftig selbständig würden reagieren müssen. Die EU baute ihre gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunehmend aus. Sie übernahm Aufgaben, welche die NATO, als diese ihren eigenen Aktionsradius auszuweiten

begann, nicht mehr übernehmen wollte und solche, welche die NATO aufgrund fehlender entsprechender Fähigkeiten nicht übernehmen konnte. Das Ziel, eigenständig Konfliktmanagement-Missionen durchzuführen, wurde 2003 mit der Etablierung der ersten Operationen auf dem Balkan umgesetzt. Seit diesem Zeitpunkt führt sie zunehmend solche Einsätze durch und hat ihre Stärken im unteren und mittleren Aufgabenspektrum (Konfliktprävention, Peacekeeping, Peacebuilding und Post-Konflikt-Management) sowie bei der Kombination ziviler und militärischer Mittel. Gleichzeitig hält sie sich die Option offen, im ganzen Spektrum handeln zu können, doch das ist eher eine politische Absichtserklärung als ein realpolitisches Faktum. Die NATO ist eine Militärorganisation; aufgrund ihrer Strukturen und Fähigkeiten ist sie in der Lage Einsätze bis zur höchsten Intensitätsstufe durchzuführen (Peaceenforcement, Peacekeeping, geringes Peacebuilding und Post-Konflikt-Management).

Aufgrund dieser Ereignisse und Bedingungen entwickelte sich zwischen EU und NATO eine funktionale Arbeitsteilung, die sich im Laufe der 1990er Jahren in drei Phasen ausgestaltete. So findet auch die zweite Hypothese über die Entwicklung einer funktionalen Arbeitsteilung ihre Bestätigung. Zu dieser institutionellen Arbeitsteilung kommt es aufgrund der Breite der zu bewältigenden Aufgaben, der Interessen der Mitgliedsstaaten, diese umfassend und effizient zu lösen sowie aufgrund der Fähigkeiten einzelner Institutionen, Politikprobleme zu bewältigen. Der rationale Institutionalismus erklärt den Fortbestand von Institutionen mit den rationalen Interessen der Mitgliedsstaaten und deren Kosten-Nutzen-Kalkülen, die sich aus veränderten externen Rahmenbedingungen und den neuen zu bewältigenden Aufgaben ergeben. Sowohl EU als auch NATO leisten einen entscheidenden Beitrag bei der Koordinierung nationalstaatlicher Sicherheits- und Verteidigungspolitiken sowie bei der Bewältigung von Krisen.

Funktionale Arbeitsteilung heißt jedoch nicht, dass EU und NATO unabhängig voneinander agieren. Beide Institutionen sind im Konfliktmanagement tätig und sollen gewaltsame Konflikte beenden sowie Krisengebiete sichern und stabilisieren. Sie haben die selben Ziele und sind im selben Politikfeld tätig, üben unterschiedliche, sich ergänzende Aufgaben aus. Nur einzelne Aspekte eines Politikproblems werden einer Institution zugewiesen; Kooperations- und Sicherheitsprobleme werden im Rahmen verschiedener Organisationen behandelt. Der Logik des rationalen Institutionalismus folgend kommt es auf diese Weise zu einer Überlappung der Funktionen und der Regelsysteme. Nicht nur die zu bewältigenden sachlichen Aufgaben werden miteinander verknüpft, sondern es kommt auch zu einer institutionellen Verknüpfung (,institutional linkage'). Zur Lösung des Politikproblems werden EU und NATO zur Kooperation und Vernetzung miteinander gezwungen (,interlocking institutions');

keine von beiden kann alleine zur umfassenden Lösung beitragen. Sie müssen zusammenarbeiten, um einen Konflikt dauerhaft zu lösen und Krisengebiete durch Aufbau- und Staatsbildungsmaßnahmen dauerhaft zu befrieden und zu stabilisieren. Durch diese Überlappung von Funktionen und die Notwendigkeit, Politikprobleme gemeinsam einer Lösung zuführen zu müssen kommt es zur Institutionenverknüpfung.

2. Kooperation in der Praxis

Diese Funktionsüberlappung und die hierdurch stattfindende Institutionenverknüpfung macht die praktische Zusammenarbeit von EU und NATO zwingend notwendig. In der Praxis übernehmen beide Organisationen bestimmte Aufgaben, um Konflikte zu beschwichtigen und Krisengebiete dauerhaft zu sichern. Die von den Mitgliedsstaaten zugewiesenen Funktionen werden in der Praxis durchaus umgesetzt. De facto ist eine funktionale Arbeitsteilung feststellbar. Betrachtet man die Konfliktmanagement-Missionen, welche beide durchführen (Tabelle 6 bis 8), so ist festzustellen, dass die EU im unteren und mittleren Intensitätsspektrum, die NATO im mittleren und höheren Bereich der Skala tätig ist. Die Einteilung entlang der Intensitätsskala ist keine in höherwertige und minderwertige Aufgaben. Alle Aufgabenbereiche stellen für die jeweiligen Akteure bestimmte Herausforderungen dar. Die Bewältigung der Probleme ist eine grundsätzliche Notwendigkeit, um eine Lösung von Konflikten zu ermöglichen. Hierfür werden unterschiedliche Kapazitäten und Fähigkeiten benötigt, die jeweils von EU und NATO bereit gestellt werden. Nur gemeinsam kann das ganze Spektrum an Aufgaben ausgeführt werden – die Tätigkeiten müssen komplementär ausgerichtet sein, die Akteure sich gegenseitig unterstützen und miteinander zusammenarbeiten; Institutionen müssen sich miteinander verzahnen (,interlocking institutions’).

Betrachtet man diese Aspekte bei einzelnen Missionen, so ergibt sich ein gemischtes Bild. Die militärische Mission Althea wird unter Berlin-Plus durchgeführt, kann auf Ressourcen der NATO zurückgreifen und ihre Institutionen für die Planung und Durchführung der ESVP-Mission nutzen. Auf diesem Wege gibt es eine klare institutionelle Verbindung von EU und Allianz, welche für die positive Etablierung und Umsetzung der Operation förderlich ist. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass die gelungene Durchführung von Althea und die gute Vernetzung mit der NATO und dem NATO Hauptquartier in Sarajevo diesen festen institutionellen Strukturen und Vereinbarungen geschuldet ist. Für die Zusammenarbeit in den zivilen bzw. zivil-militärischen Bereichen, in welche EUPOL Afghanistan und die Unterstützungsmissionen für AMIS fallen, gibt es keine festen, sondern nur ad hoc Vereinbarungen. Die EU kann keine Ressourcen oder Einrichtungen der NATO benutzen, es gibt keine gemeinsame

Lagebeurteilung oder Planungsphase. Es gibt keine festen institutionalisierten Strukturen, welche Kooperation in klare Bahnen lenken würde. Auf politischer Ebene, größtenteils der Blockade der politischen Gremien geschuldet, findet nur ein oberflächlicher Austausch statt; nur lose Rahmenvorgaben werden zur Zusammenarbeit gemacht. Details bleiben zur Ausarbeitung der operativen Ebene überlassen. Dort funktioniert die strukturelle und personelle Kooperation zwischen den Einsatzkräften zwar gut, auch werden pragmatische Lösungen für vorhandene Probleme gesucht, doch können die fehlenden Vereinbarungen der politischen Ebene nicht vollkommen aufgewogen werden. Die gegenseitige Unterstützung funktioniert in diesen Fällen nur mittelmäßig, Kooperation ist nur ad hoc vorhanden. Dies wiederum führt zu dem Schluss, dass fehlende institutionelle Abkommen und Strukturen für diese magere Bilanz bei der Zusammenarbeit ursächlich sind.

Im Falle EUFOR Altheas ist die Zusammenarbeit mit der NATO institutionell klar geregelt, sie ist effektiv und, von kleineren Mängeln abgesehen, effizient. Die dritte Hypothese, welche die Zunahme von Effektivität und Effizienz praktischer Kooperation bei zunehmender institutioneller Vertiefung propagierte, kann bestätigt werden. Bei EUPOL Afghanistan und der Unterstützungsmission für AMIS trifft die umgekehrte, die verneinte Hypothese zu. Eine geringe Institutionalisierung geht mit mangelnder Effektivität und einer schlechten Bilanz bezüglich der Effizienz einher. Die Quintessenz hieraus ist, dass eine stärkere institutionelle Verbindung effektivitäts- und effizienzsteigernd wäre. Politikprozesse sind im Rahmen von Institutionen effektiver und effizienter, da feste Strukturen Kooperation fördern und die Einhaltung von Vereinbarungen überwachen. Selbst aus offiziellen Kreisen ist vereinzelt und in leisen Tönen zu vernehmen, dass eine zunehmende Institutionalisierung der Beziehung von EU und NATO nützlich sein könnte (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009).

Dieses Ergebnis kann jedoch nur ein vorläufiges sein. Im Falle einer stärkeren institutionellen Verzahnung des zivilen und militärischen Bereichs müssten entsprechende Missionen hinsichtlich der Effektivität und Effizienz der Kooperation von EU und NATO erneut untersucht werden. Zudem müsste eine größere Anzahl an Fallbeispielen betrachtet werden, um verallgemeinerndere Aussagen treffen zu können. Auch müssten weitere Interviews mit Entscheidungsträgern auf politischer und militärischer Ebene sowie mit Einsatzkräften vor Ort geführt werden, um im Detail Kooperationsprobleme festzumachen und Lösungsansätze für diese zu finden.

Generell ist hierfür die Auflösung der politischen Blockade in Brüssel, also des Türkei-Zypern Konfliktes, notwendig; dies scheint gegenwärtig in weite Ferne gerückt zu sein. Auf diese Weise würden die NAC-PSK Treffen auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Nicht

nur Missionen unter Berlin-Plus, sondern Krisen weltweit und allgemein der sicherheits- und verteidigungspolitische Bereich könnten besprochen werden. Es könnten gemeinsame Situationsbeurteilungen von Krisenlage erfolgen und genauer abgesprochen werden, wie auf Konflikte zu reagieren ist. Die formelle Ebene würde wieder funktionsfähig werden und schnellere Entscheidungen möglich.

Grundsätzlich wäre es sinnvoll, gemeinsam Entscheidungen zu treffen und gemeinsam Missionen zu planen und auch durchzuführen. Getrennte Befehlsketten und autonom geführte Missionen wären unter diesen Gegebenheiten auch möglich, doch würden durch gemeinsame Planungen und klare Absprachen die Kooperationsvorgaben für alle Ebenen deutlicher. Bisher verhindern getrennte Entscheidungsprozesse und das Autonomiestreben von EU und NATO das Treffen gemeinsamer Entscheidungen und die Durchführung gemeinsam geplanter oder gar integrierter Missionen.

Ein gemeinsames Gremium hierfür wäre wünschenswert, durch welches die Vernetzung der beiden militärischen sowie der zivilen und militärischen Bereiche intensiviert werden könnte. Aus militärischen Kreisen kommt jedoch die Frage, ob durch eine Institutionalisierung die Koordination wirklich verbessert werden kann. Zu formelle Strukturen sind aus Sicht einiger Militärs aufgrund der unterschiedlich beteiligten Akteure und verschiedenen Level des militärischen und zivilen Bereichs zu schwer zu etablieren und nicht flexibel genug, um in den verschiedenen Typen an Einsätzen effektiv eingesetzt zu werden. Flexible, pragmatische und praktische Lösungen vor Ort würden bessere Ergebnisse bringen (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009). Auf diese Weise besteht allerdings die Gefahr, die operative Ebene zu überlasten. Genauere politische Rahmenvorgaben über die Aufgaben, die Mittel und die Vernetzung mit anderen Akteuren vor Ort, ist notwendig, um deren praktische Umsetzung gewährleisten zu können. Einige Details der Kooperation können durchaus weiterhin vor Ort ausgemacht werden, doch muss vorher bestimmt werden, wer beteiligt ist und in welchem Umfang dies geschehen soll. Feste Vereinbarungen und institutionalisierte Strukturen könnten hierbei helfen.

Es gibt jedoch bisher kein Bestreben über Berlin-Plus hinaus, ein Abkommen oder feste Institutionen und Strukturen nach diesem Modell für den zivilen und militärischen Bereich zu etablieren (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009). Die NATO besitzt keine zivilen Mittel, welche sie der EU bereitstellen könnte. Wenn müsste die EU der NATO zivile Kapazitäten zur Verfügung stellen. Diese Idee eines Berlin-Plus-Reversed wurde allerdings von beiden Seiten und den Mitgliedsstaaten abgelehnt. Die Vernetzung der zivilen Kapazitäten der EU mit den militärischen Mitteln der NATO ist notwendig, jedoch schwieriger zu vereinbaren.

Gerade aus diesem Grund wäre eine zivil-militärische Koordinierungszelle beider Organisationen wünschenswert.

3. Fazit: Entwicklung einer funktionalen Arbeitsteilung und strategischen Partnerschaft?

Abschließend soll auf die Frage, die im Titel der Arbeit gestellt wird, geantwortet werden. Die Beziehungen von EU und NATO haben sich in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ständig ausgeweitet und manifestieren sich als funktionale Arbeitsteilung. Diese wird insbesondere im Konfliktmanagement deutlich, bei welchem beide Organisationen unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Dieser bestehenden de facto funktionalen Arbeitsteilung steht der de jure Aspekt gegenüber. Die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedsstaaten resultieren zwar in dem Wunsch nach einer Arbeitsteilung, doch sind ihre Vorstellungen nicht deckungsgleich. Dies führt dazu, dass eine funktionale Arbeitsteilung nicht festgeschrieben wird; in amtlichen Dokumenten ist davon keine Rede. Ein offizielles Festschreiben ist in naher Zukunft unwahrscheinlich. Sowohl EU als auch NATO wollen sich die Möglichkeit offen halten, umfassend entlang des gesamten Aufgabenspektrums handeln zu können (Interviews in Brüssel, 20.-21. Januar 2009). Auf der praktischen Ebene hingegen hat sich, aufgrund unterschiedlicher Kapazitäten und Fähigkeiten, Politikprobleme anzugehen und zu lösen, eine entsprechende Arbeitsteilung durchgesetzt. Mit der Einsatzfähigkeit der ESVP im Jahr 2003 wurden de facto die theoretischen Überlegungen einer funktionalen Arbeitsteilung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, speziell bei der Konfliktregulierung, umgesetzt.

Die strategische Partnerschaft ist ein politisches Ziel, eine politische Deklaration, die sich in zahlreichen Reden und Erklärungen auf der politischen Ebene wiederfindet.⁷⁸ Der Begriff ist analytisch im Gegensatz zur Arbeitsteilung nicht trennscharf. Es bleibt unklar, wie solch eine strategische Partnerschaft genau ausgestaltet werden soll. Auf politischer Ebene wird sie gar inflationär gebraucht,⁷⁹ um Kooperation und eine stärkere Verzahnung von EU und NATO sowie die Komplementarität ihrer Aktivitäten zu propagieren. In der Realität ist sie allenfalls in Ansätzen vorhanden. Einen strategischen Dialog gibt es kaum, ebensowenig gemeinsame Strategien, intensive gemeinsame Planung oder Durchführung von Missionen (Interviews in Brüssel, 19.-21. Januar 2009). Diese wären jedoch notwendig, um die Beziehungen von EU und NATO als wirkliche strategische Partnerschaft zu charakterisieren. So bleibt

⁷⁸ Vgl. de Hoop Scheffer 2005a und 2008, ESS 2003, NAC 2006 und 2008a.

⁷⁹ Die strategische Partnerschaft wird nicht nur zur Beschreibung und als politisches Ziel der EU-NATO Beziehungen, sondern auch für die mit anderen internationalen Akteuren, benutzt.

zwar auf offizieller Ebene diese Bezeichnung bestehen, doch ist die Beziehung von EU und NATO eher als ein enges kooperatives Verhältnis oder als funktionale Partnerschaft zu bezeichnen.

VI. Wissenschaftlicher Anhang

1. Tabellen: EU- und NATO-Missionen im Konfliktmanagement

Tabelle 7: EU-Konfliktmanagement-Missionen (2003-2009)

Name	Art der Mission	Ziel und Mandat	Hauptaufgaben
Operation Concor- dia/FYROM (März – Dezember 2003)	Militärische Mission unter Rückgriff auf Berlin-Plus, Peace- keeping	Beitrag zu einem siche- ren Umfeld leisten, Überwachung der Imp- lementierung des Ohrid Framework Agree- ments	Patrouillen, Aufklä- rung, Überwachung, Lagedarstellung und Verbindungsaufgaben
Operation Artemis/DRC (Juni –September 2003)	Militärische Mission, Peacekeeping	Stabilisierung der Si- cherheitslage und Ver- besserung der humani- tären Situation in Bu- nia	Sicherung des Flugha- fens und der Flücht- lingslager, Schutz der Zivilbevölkerung und des internationalen Personals
EUFOR Althea/BiH (seit Dezember 2004)	Militärische Mission unter Rückgriff auf Berlin-Plus, Peace- keeping	Einhaltung des Dayton Abkommens sicherstel- len und für Sicherheit sorgen	Überwachung militäri- scher Bewegungen, Entwaffnung, Minen- räumung, Kampf ge- gen organisiertes Verbrechen, Unterstüt- zung lokaler Autoritä- ten und des ICTY bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern
EUFOR RD Congo (April – November 2006)	Militärische Mission, Peacekeeping	Absicherung der Wah- len	Unterstützung der MONUC, Sicherheit gewährleisten
EUFOR Tchad/RCA (seit Januar 2008)	Militärische Brü- ckenmission, Peace- keeping	Verbesserung der Si- cherheit in diesen Re- gionen, Unterstützung der UN-Truppen	Sicherheitslage im Einsatzgebiet verbes- sern, Schutz der Zivil- bevölkerung und des internationalen Perso- nals, humanitäre Hilfe
Operation Atlanta/EU NAFOR Somalia (seit Dezember 2008)	Militärische Seemis- sion, Peacekeeping	Kampf gegen Seepira- terie	Schutz von Schiffen gegen Piraterie und bewaffnete Überfälle, Sicherung der somali- schen Küstengebiete, Bekämpfung von Pira- terie und Kriminalität

Unterstützungsmission für AMIS/Darfur (Juli 2005 – Dezember 2007)	Zivil-militärische Unterstützungsmission, Peacebuilding	Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union (AMIS II)	Technische und logistische Unterstützung, militärische Beobachter, Training
Unterstützungskomponente für AMISOM/Somalia im Rahmen der Unterstützungsmission für AMIS/Darfur (April – Dezember 2007)	Zivil-militärische Unterstützungskomponente, Peacebuilding	Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union (AMISOM)	Unterstützung bei der Einrichtung der Mission
EUPM/BiH (seit Januar 2003)	Polizeimission, Peacebuilding	Reform und Aufbau nachhaltiger Polizeistrukturen	Überwachung und Unterstützung der regionalen Polizeikräfte und des Reformprozesses, Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption
EUPOL Proxima/FYROM (Dezember 2003 – Dezember 2005)	Polizeimission, Peacebuilding	Polizeiaufbau, Reform des Innenministeriums	Überwachung, Unterstützung und Beratung der lokalen Polizei, Kampf gegen organisierte Kriminalität
EUPOL Kinshasa/DRC (April 2005 - Juli 2007)	Polizeimission, Peacebuilding	Unterstützung der Integrated Police Unit (IPU) und Congolese National Police (CNP)	Überwachung, Beratung und Training
EUPAT/FYROM (Dezember 2005 – Juni 2006)	Polizeimission, Peacebuilding	Unterstützung von Polizeireformen und -aufbau	Überwachung und Unterstützung
EUPOL COPPS/Palestinian Territories (seit Januar 2006)	Polizeimission, Peacebuilding	Aufbau nachhaltiger und effektiver Polizeistrukturen	Unterstützung und Beratung, Ratschläge bezüglich Strafjustizaspekten, finanzielle Hilfen
EUPOL Afghanistan (seit Mai 2007)	Polizeimission, Peacebuilding	Etablierung stabiler und effektiver ziviler Polizeistrukturen	Überwachung, Unterstützung und Training auf den Ebenen des Innenministeriums, der Regionen und Provinzen
EUPOL RD Congo (seit Juli 2007)	Polizeimission, Peacebuilding	Unterstützung der kongoleischen Polizei- und Sicherheitssektorereform (SSR)	Überwachung und Unterstützung der Reform und Umstrukturierung der kongoleischen Polizei (PNC) und des Justizsektors
EUJUST THEMIS Georgia (Juli 2004 – Juli 2005)	Zivile Rechtsstaatsmission, Peacebuilding	Aufbau und Reform des (Straf)Justizsystems	Unterstützung und Beratung auf der Ebene der nationalen

			Regierung
EUJUST LEX Iraq (seit Juli 2005)	Zivile Rechtsstaatsmission, Peacebuilding	Unterstützung des Aufbaus eines Rechtsstaats	Training von Rechtsstaatspersonal (Justizbeamte, Strafvollzugspersonal und Polizei)
EULEX Kosovo (seit Februar 2008)	Zivile Rechtsstaatsmission, Peacebuilding	Unterstützung des Rechtsstaatsbereichs, besonders der Polizei, der Judikativen, der Justiz und des Zollwesens	Überwachen, Unterstützen, Beraten und Ausbildung
EUSEC RD Congo (seit Juni 2005)	Zivile Mission, Peacebuilding	Unterstützung der Sicherheitssektorreform	Beratung und Unterstützung der kongoleischen Autoritäten
EU SSR Guinea-Bissau (seit Februar 2008)	Zivile Mission, Peacebuilding	Unterstützung der Sicherheitssektorreform	Unterstützung, Beratung und Training der lokalen Autoritäten
AMM Indonesia (Sept. 2005 – Dezember 2006)	Zivile Überwachungsmission, Peacebuilding	nachhaltige und dauerhafte Konfliktlösung	Überwachung des Friedensvertrages, der Menschenrechtslage, legislativer Reformen und der Reintegration ehemaliger Kämpfer
EUBAM Rafah (seit November 2005)	Zivile Mission zur Grenzüberwachung, Peacebuilding	Grenzüberwachung	Grenzverkehr zwischen Israel und den Palästinenser Gebieten regeln
EUBAM Moldova and Ukraine (seit November 2005)	Zivile Unterstützungsmission, Peacebuilding	Grenzüberwachung, Kooperation zwischen Moldau und Ukraine verbessern	Unterstützung und Training des Grenz- und Zollpersonals, Schmuggel und illegalen Handel unterbinden
EUMM Georgia (seit Oktober 2008)	Zivile Überwachungsmission, Peacebuilding	Friedenssicherung in Georgien und den angrenzenden Regionen	Monitoring, Stabilisierung, Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von EU-Dokumenten.⁸⁰

⁸⁰ Dies sind die offiziellen Dokumente zu den einzelnen Missionen, die ESVP-Berichte des Rates und das Bulletin des EUMS (Impetus).

Tabelle 8: NATO-Konfliktmanagement-Missionen (1990-2009)

Name	Art der Mission	Ziel und Mandat	Aufgaben
Operation Deliberate Force, Bosnien-Herzegowina (August – November 1995)	Militärische Mission, Peaceenforcement	Beenden des gewalttätigen Konfliktes	Militärische Luftangriffe und Kampfeinsätze
Operation Allied Force, Kosovo (März – Juni 1999)	Militärische Mission, Peaceenforcement	Beenden des gewalttätigen Konfliktes und der humanitären Katastrophe	Militärische Luftangriffe und Kampfeinsätze
Operation Joint Endeavour/ IFOR/ Bosnien-Herzegowina (Dezember 1995 – Dezember 1996)	Militärische Mission, Peacekeeping	Gewährleistung von Frieden und Sicherheit, Implementierung der militärischen Aspekte des Dayton Friedensabkommens	Gewalttätigkeiten beenden, Konfliktparteien trennen, Entwaffnung, Grenzverläufe sichern
Operation Joint Guard und Operation Joint Forge/SFOR/Bosnien-Herzegowina (Dezember 1996 – Dezember 2004)	Militärische Mission, Peacekeeping	Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität, erneutes Entflammen der Gewalt verhindern, Implementierung des Dayton Friedensabkommens	Sicheres und stabiles Umfeld garantieren, Patrouille, Entwaffnung, Minenräumung, Verteidigungsreformen unterstützen, Training, Unterstützung ziviler Organisationen
KFOR/Kosovo (seit Juni 1999)	Militärische Mission, Peacekeeping	Frieden und Stabilität sichern, erneuten Gewaltausbruch verhindern	Sicherheit und öffentliche Ordnung gewährleisten, Grenzüberwachung, Demilitarisierung, humanitäre Hilfe, Schutz der Zivilbevölkerung, internationaler Organisationen und ziviler Institutionen, Wahlen sichern, rechtsstaatliche Unterstützung
Operation Essential Harvest/FYROM (August - September 2001)	Militärische Mission, Peacekeeping	Entwaffnung	Demilitarisierung, Entwaffnung, logistische Unterstützung
Operation Amber Fox/FYROM (September 2001 – Dezember 2002)	Militärische Mission, Peacekeeping	Ausbruch eines Bürgerkrieges verhindern	Sicherheit garantieren, Überwachung des Friedensprozesses, nationales und internationales Personal schützen und unterstützen
Operation Allied Harmony/FYROM (Dezember 2002 – März 2003)	Militärische Mission, Peacekeeping	Sicherheit und Stabilität garantieren	Überwachung, Beratung und Schutz des internationalen Personals

ISAF/Afghanistan (seit Dezember 2001 / seit August 2003 unter NATO-Mandat)	Militärische Mission, Peacekeeping	Gewährleistung von Sicherheit und Stabi- lität, Aufbauhilfe	Entwaffnung, Beratung und Training der afghanischen Autoritäten, Unterstützung der Sicherheitssektorre- form, Aufbaumaßnahmen, humanitäre Hilfe
Operation Active En- deavour/Mittelmeer (seit März 2003)	Militärische Seemissi- on, Peacekeeping	Terrorismus- bekämpfung	Überwachung des Schiffs- verkehrs, Geleitschutz durch die Straße von Gib- raltar
Operation Allied Pro- vider/Golf von Aden (Oktober – Dezember 2008)	Militärische Seemissi- on, Peacekeeping	Kampf gegen Seepi- raterie	Schutz von Schiffen gegen Piraterie und bewaffnete Überfälle, Sicherung der somalischen Küstengebiete, Bekämpfung von Piraterie und Kriminalität
Training Implementa- tion Mission Iraq (seit Juli 2004)	Militärische Mission, Peacekeep- ing/Peacebuilding	Institutionen- und Strukturaufbau	Unterstützung und Training von Militär- und Sicher- heitspersonal
Unterstützungsmission für AMIS/Darfur (Juni 2005 – Dezember 2007)	Militärische Mission, Peacekeep- ing/Peacebuilding	Unterstützung der AU-Mission AMIS	technische und logistische Unterstützung, Lufttrans- port, Training
Unterstützungsmission für AMISOM/Somalia (seit Juni 2007)	Militärische Mission, Peacekeep- ing/Peacebuilding	Unterstützung der AU-Mission AMISOM	Finanzielle und logistische Unterstützung/Lufttransport
NATO HQ Skopje, FYROM (seit April 2003)	Militärische Unterstüt- zungs- und Bera- tungsmission, Peacebu- ilding/Post-Konflikt- Management	Unterstützung der Regierung	Allgemeinen Reformpro- zess, besonders den des Sicherheitssektors, unter- stützen
NATO HQ Saraje- vo/Bosnien- Herzegowina (seit Dezember 2004)	Militärische Unterstüt- zungs- und Bera- tungsmission, Peacebu- ilding/Post-Konflikt- Management	NATO Präsenz für Gewährleistung von Stabilität und Si- cherheit	Regierung bei der Reform der Verteidigungsstruktu- ren und des Sicherheitssek- tors sowie den ICTY unter- stützen, vereinzelte opera- tionelle Maßnahmen

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von NATO-Dokumenten.⁸¹

⁸¹ Dies sind insbesondere Übersichten und offizielle Dokumente zu den Operationen, die über die NATO-Homepage zugänglich sind.

2. Verzeichnis der Interviewpartner

Heinrich Buch
Oberst i.G.a.D., Diplompolitologe
München

Christophe Cornu
Officer NATO & Multiateral Affairs Section
Political Affairs & Security Policy Division
NATO HQ, Brüssel, Belgien

Dr. Eva Gross
Senior Research Fellow
Institute for European Studies
Vrije Universiteit Brussel, Belgien

Dr. Ronja Kempin
Forschungsgruppe Sicherheitspolitik
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Dr. Knut Kirste
Information and Liaison Officer
Public Diplomacy Division
NATO HQ, Brüssel, Belgien

Mika-Markus Leinonen
Director Council of the EU
Civilian Crisis Management, DG E IX
Brüssel, Belgien

Dr. Antonio Missiroli
Director of Studies
European Policy Centre (EPC)
Brüssel, Belgien

Dr. Marco Overhaus
Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Michael Rühle
Leiter des Planungsreferats der Politischen Abteilung der NATO
NATO HQ, Brüssel, Belgien

Alda Silveira Reis
Head of Defence Policy and Capabilities Unit
EU Council Secretariat, DG E VIII
Brüssel, Belgien

Prof. Dr. Peter Schmidt
Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

3.1 Quellenverzeichnis

- Albright, Madeleine K. 1997a: NATO Expansion: Beginning the Process of Advice and Consent. Statement before the Senate Foreign Relations Committee, 07.10.1997, in: <http://secretary.state.gov/www/statements/971007.html> (10.10.2008).
- Albright, Madeleine K. 1997b: Statement at North Atlantic Council Ministerial Meeting, 29.05.1997, in: <http://secretary.state.gov/www/statements/970529.html> (10.10.2008).
- Albright, Madeleine K. 1998: The Right Balance Will Secure NATO's Future, in: Financial Times, 07.12.1998, (From St-Malo to Nice. European defence: core documents, Chaillot Papers 47, May 2001).
- Albright, Madeleine K. 2000a: Statement at the Meeting of the Permanent Joint Council, NAC Florence, 24.05.2000, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2000/s000524f.htm> (21.10.2008).
- Albright, Madeleine K. 2000b: Statement at the Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, 24.05.2000, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2000/s000524c.htm> (21.10.2008).
- Albright, Madeleine K. 2000c: Intervention at the North Atlantic Council Ministerial, NATO Headquarters, 14.12.2000, in: <http://secretary.state.gov/www/statements/2000/001214.html> (09.10.2008).
- Albright, Madeleine K. 2001: Address before the Chicago Council on Foreign Relations and the Mid-America Committee, 17.01.2001, in: <http://secretary.state.gov/www/statements/2001/010117.html> (09.10.2008).
- Albright, Madeleine K./Vedrine, Hubert/Solana, Javier /Patten, Chris 2000: U.S. - EU Ministerial Press Conference, Quai d'Orsay, Paris, France, 02.10.2000, in: <http://secretary.state.gov/www/statements/2000/001002a.html> (09.10.2008).
- Alliot-Marie, Michèle 2003: Die zukünftige Rolle der NATO. Rede auf der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 08.02.2003, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2003=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=110&print=& (08.10.2003).
- Alliot-Marie, Michèle 2004: Rede auf der XL. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 07.02.2004, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2004=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=129&print=& (08.10.2008).
- Alliot-Marie, Michèle 2006: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=167&print=& (08.10.2008).
- Anglo-French Summit London, 25. November 1999, in: Rutten, Maartje (Hg.): From St-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 77-79.
- Balladur, Edouard 1994: Artikel des französischen Premierministers in der Le Monde, 30. November 1994, in: Internationale Politik 1995 (1), 70-75.
- Berlin Plus agreement, 17.03.2003, in: www.nato.int/shape/news/2003/shape_eu/se030822a.htm (30.09.2008).
- Blair, Tony 1996: Rede des Vorsitzenden der britischen Labour Partei anlässlich einer Konferenz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 18. Juni 1996 in Bonn, in: Internationale Politik 1996 (8), 121f.
- Blair, Tony 1997: Pressekonferenz in Amsterdam, 17.06.1997, in: <http://www.number10.gov.uk/Page1032> (06.11.2008).

- Blair, Tony 1998a: Informal European Summit, Pörschach, 24.-25. Oktober 1998, in: Rutten, Maartje (Hg.): From St-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien 1-3.
- Blair, Tony 1998b: NATO's Role in the Modern World, 13.11.1998, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=2149461> (11.11.2008).
- Blair, Tony 1999a: NATO, Europe, Our Future Security. Speech at the NATO 50th Anniversary Conference, Royal United Services Institute, London, 08.03.1999, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=2149401> (06.11.2008).
- Blair, Tony 1999b: Statement on NATO Summit in Washington, 26.04.1999, in: <http://www.number10.gov.uk/Page1300> (11.11.2008).
- Blair, Tony 2000: Committed to Europe, Reforming Europe. Rede in Gent, 23.02.2000, in: <http://www.number10.gov.uk/Page1510> (06.11.2008).
- Blair, Tony 2001a: Rede bei der Eröffnung des European Research Institute zur Rolle Großbritanniens in Europa, 23. November 2001, Birmingham, in: Internationale Politik 2002 (1), 103-109.
- Blair, Tony 2001b: Laeken statement to Parliament, 17.12.2001, in: <http://www.number10.gov.uk/Pages1676> (11.11.2008).
- Blair, Tony 2002a: Statement at the Prague Summit, 21.11.2002, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2002/s021121g.htm> (21.10.2008).
- Blair, Tony 2002b: PM's Statement to Parliament on NATO Summit, 25.11.2002, in: <http://www.number10.gov.uk/Page1737> (11.11.2008).
- Blair, Tony 2003: Doorstep interview in Brussels, 17.10.2003, in: <http://www.number10.gov.uk/Page4673> (06.11.2008).
- Blair, Tony 2004: PM's NATO and European Council Statement, 30.06.2004, in: <http://www.number10.gov.uk/Page6046> (07.11.2008).
- Bolton, John 1999: Risking NATO's future?, in: The Washington Times, 15.12.1999 (http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4995684118&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T4995684121&cisb=22_T4995684120&treeMax=true&treeWidth=0&csi=8176&docNo=2, 27.10.2008).
- Bolton, John 2000: COMMENT & ANALYSIS: The European threat to Nato's future: Creating a new defence alliance could fundamentally alter the continent's relationship with the US, in: Financial Times, 11.02.2000 (<http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/search/homesubmitForm.do>, 27.10.2008).
- British and French Summit Declaration St-Malo, 3.-4. Dezember 1998, in: Rutten, Maartje (Hg.): From St-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 8f.
- British-Italian Summit, London, 19.-20. Juli 1999, in: Rutten, Maartje (Hg.): From St-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 46f.
- Brown, Gordon 2007: European Council statement by the Prime Minister, 17.12.2007, in: <http://www.number10.gov.uk/Page14070> (11.11.2008).
- Browne, Rt. Hon Des 2007: NATO and ESDP: Forging new links. Speech by the Secretary of State for Defence at the Security and Defence Agenda Conference, 08.06.2007, in: <http://www.mod.uk/DefenceInternet/AboutDefence/People/Speeches/SofS/20070608NatoAndEsdpForgingNewLinksSpeech.htm> (11.11.2008).

- Bundesministerium der Verteidigung 1994: Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr.
- Bundesministerium der Verteidigung 2006: Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr.
- Burns, Nicholas R. 2007: The U.S. and France: The Renewal of an Enduring Alliance, 31.10.2007, in: <http://www.state.gov/p/us/rm/2007/94559.htm> (10.10.2008).
- Bush, George W. 2002: Remarks at the Prague Student Summit, 20.11.2002, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2002/s021120f.htm> (21.10.2008).
- Bush, George W. /Blair, Tony 2001a: Remarks by the President and Prime Minister Blair in Joint Press Conference, 23.02.2001, in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/02/print/20010226-1.html> (02.11.2008).
- Bush, George W./Blair, Tony 2001b: Joint Statement by President George W. Bush and Prime Minister Tony Blair 23.02.2001, in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/02/20010226.html> (10.10.2008).
- Bush, George W./Robertson, George 2001: Press Availability with President Bush and NATO Secretary General Lord Robertson, 13.06.2001, in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/06/print/20010613-10.html> (10.10.2008).
- Bush, George W./Schröder, Gerhard 2001: Joint Statement by President George W. Bush and Chancellor Gerhard Schroeder on a Transatlantic Vision for the 21st Century 29.03.2001, in: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/03/20010329-5.html> (10.10.2008).
- Castle, Stephan 2005: NATO poised for first African Engagement in Dafur, in: *The Independent* (London), 28. April 2005, 31.
- Chirac, Jacques 1996: Rede des französischen Staatspräsidenten vor dem Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale, 8. Juni 1996 Paris, in: *Internationale Politik* 10, 103-106.
- Chirac, Jacques 1999a: Allocution at the Meeting of the North Atlantic Council at the level of Heads of State and Government, 23.04.1999, in: <http://www.nato.int/docu/speech/1999/s990423m.htm> (21.10.2008).
- Chirac, Jacques 1999b: Ansprache vor der Versammlung der Atlantischen Gemeinschaft, in: *Internationale Politik* 2000 (3), 88-92.
- Chirac, Jacques 2001: Speech to the Institute for Higher Defence Studies, Paris, 8. Juni 2001, in: Rutten, Maartje (Hg.): *From Nice to Laeken. European defence: core documents. Chailot Papers* 51, April 2002, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 13-18.
- Chirac, Jacques/Blair, Tony 1998: Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen in St. Malo, 4. Dezember 1998, in: *Internationale Politik* 1999 (2-3), 128-130.
- Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard 1999: Gemeinsames Schreiben des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers an den amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates und Ministerpräsidenten der Republik Finnland, Paavo Lipponen, 3. Oktober 1999, in: *Internationale Politik* 11, 100-102.
- Christopher, Warren 1994a: Opening Statement at the Meeting of the North Atlantic Council NATO Headquarters, Brussels, 01.12.1994, in: <http://www.nato.int/docu/speech/1994/s941201a.htm> (21.10.2008).
- Christopher, Warren 1994b: Intervention at the Meeting of the North Atlantic Council NATO Headquarters, Brussels, 01.12.1994, in: <http://www.nato.int/docu/speech/1994/s941201b.htm> (21.10.2008).
- Christopher, Warren 1995: Intervention at the North Atlantic Council Ministerial Meeting, 30.05.1995, in: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1995/9505/950530dossec2.html> (09.10.2008).
- Christopher, Warren 1996: Statement at the North Atlantic Council Ministerial Meeting, 10.12.1996, in:

- <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1996/9612/961210dossec2.html>
(09.10.2008).
- Christopher, Warren/Kantor, Mickey 1995: On the Record Briefing and on the Transatlantic Agenda, 02.12.1995, in:
<http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1995/9512/951202dossec2.html>
(09.10.2008).
- Clinton, William J. 1999a: Speech at the Meeting of the North Atlantic Council at the level of Heads of State and Government, 23.04.1999, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/1999/s990423j.htm> (21.10.2008).
- Clinton, William J. 1999b: Rede zum Gedenken an den Fall der Berliner Mauer vor zehn Jahren an der Georgetown University, 08. November 1999, in: *Internationale Politik* 2000 (3), 100-106.
- Cohen, William S. 1999a: Remarks at the Western European Union, Transatlantic Forum, 02.03.1999, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=367>
(23.10.2008).
- Cohen, William S. 1999b: Europe must spend more on defense, in: *Washington Post*, 06.12.1999 (http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4944358174&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T4944358174&cisb=22_T4944358176&treeMax=true&treeWidth=0&selRCNodeID=7&nodeStateId=411de_DE,1,6&docsInCategory=1&csi=8075&docNo=1, 27.10.2008).
- Cohen, William S. 2000a: 36th Munich Conference on Security Policy - Remarks as Prepared, 05.02.2000, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=526>
(14.10.2008).
- Cohen, William S. 2000b: 36th Munich Conference on Security Policy - Remarks as Delivered, 05.02.2000, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=523>
(14.10.2008).
- Cohen, William S. 2000c: Remarks at the Western European Union, Transatlantic Forum, 28.06.2000, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=367>
(21.10.2008).
- Cohen, William S. 2000d: Remarks at the Informal NATO Defense Ministerial Meeting, 10.10.2000, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=740>
(21.10.2008).
- Cohen, William S. 2000e: Press Conference at NATO Headquarters, Brussels, Belgium, 05.12.2000, in: <http://www.defenselink.mil/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=1871>
(21.10.2008).
- Cook, Robin 1998a: Commons Debate on NATO Enlargement. Opening Speech by British Foreign Secretary, 17.07.1998, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=News&id=2244483> (11.11.2008).
- Cook, Robin 1998b: Interview des Fernsehsenders BBC mit dem britischen Außenminister, in: *Internationale Politik* 1999 (2-3), 130f.
- Cook, Robin 1999a: Press Conference by UK Foreign Secretary, 12.04.1999, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/1999/s990412b.htm> (21.10.2008).
- Cook, Robin 1999b: Pre-European Council Debate in The Commons. Opening Speech by the Foreign Secretary, 25.05.1999, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=News&id=2242833> (11.11.2008).
- Cook, Robin 1998c: Press Conference, North Atlantic Council, 08.12.1998, in:
<http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=News&id=2244068> (11.11.2008).

- Council Decision 2004/803/CFSP on the launching of the European Union military operation in Bosnia and Herzegovina, 25. November 2004, in: Official Journal of the European Union L 353 (27.11.2004), 21f.
- Council Joint Action 2004/570/CFSP on the European Union military operation in Bosnia and Herzegovina, 12. Juli 2004, in: Official Journal of the European Union L 525 (28.07.2004), 10-14.
- Council Joint Action 2005/556/CFSP appointing a Special Representative of the European Union for Sudan, in: Official Journal of the European Union L 188 (20.7.2005), 43-45.
- Council Joint Action 2005/557/CFSP on the European Union civilian-military support action to the African Union mission in the Darfur region of Sudan, 18. Juli 2005, in: Official Journal of the European Union L 188 (20.07.2005), 46-51.
- Council Joint Action 2007/245/CFSP amending Joint Action 2005/557/CFSP on the European Union civilian-military supporting action to the African Union mission in the Darfur region of Sudan with regard to the inclusion of a military support element providing assistance to the setting up of the African Union Mission in Somalia (AMISOM), 23. April 2007, in: Official Journal of the European Union L 106 (24.4.2007), 65f.
- Council Joint Action 2007/369/CFSP on the establishment of the European Union Police Mission in Afghanistan, 30. Mai 2007, in: Official Journal of the European Union L 139 (31.05.2007), 33-38.
- Council Joint Action 2007/733/CFSP amending Joint Action 2007/369/CFSP on the establishment of the European Union Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN), 13. November 2007, in: Official Journal of the European Union L 295 (14.11.2007), 31-33.
- Council Joint Action 2007/887/CFSP repealing Joint Action 2005/557/CFSP on the European Union civilian-military supporting action to the African Union missions in the Darfur region of Sudan and in Somalia, 20. Dezember 2007, in: Official Journal of the European Union L 346 (29.12.2007), 28.
- Council Joint Action 2008/131/CFSP extending the mandate of the European Union Special Representative for Afghanistan, 18. Februar 2008, in: Official Journal of the European Union L 43 (19.02.2008), 26-29.
- Council of the European Union 2008a: Council Conclusions on Afghan troika. 2865th External Relations Council meeting, Luxemburg, 29. April 2008, in: <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1270&lang=de> (18.12.2008).
- Council of the European Union 2008b: Council Conclusions on Afghanistan, 2870th External Relations Council meeting, Brüssel, 26.-27. Mai 2008.
- Council of the European Union 2008c: Presidency Report on ESDP, 16. Juni 2008.
- de Hoop Scheffer, Jaap 2004a: Rede auf der XL. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 07.02.2004, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2007=&menu_2008=&menu_2006=&menu_2004=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=127&print=& (08.10.2008).
- de Hoop Scheffer, Jaap 2004b: Speech by the NATO Secretary General at the SFOR transfer of authority ceremony 02.12.2004, in: www.nato.int/docu/speech/2004/s041202a.htm (24.01.2009).
- de Hoop Scheffer, Jaap 2005a: Perspektiven der Sicherheitspolitik im Zusammenspiel von EU und NATO. Rede des Generalsekretärs an der Humboldt-Universität, 12.05.2005, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2005/s050512a.htm> (21.10.2008).
- de Hoop Scheffer, Jaap 2005b: Speech at the Pledging Conference for the AU Mission in the Sudan, 26. Mai 2005, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2005/s050526a.htm> (18.12.2008).

- de Hoop Scheffer, Jaap 2006: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=169&print=& (08.10.2008).
- de Hoop Scheffer, Jaap 2008a: Speech at the 44th Munich Security Conference, 09.02.2008, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080209a.html> (21.10.2008).
- de Hoop Scheffer, Jaap 2008b: Speech at the High-level seminar on relations between the European Union and NATO, 07.07.2008, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080707b.html> (21.10.2008).
- de Hoop Scheffer, Jaap 2008c: Afghanistan and NATO: Forging the 21st Century Alliance. Speech at the Brookings Institutions, Washington D.C., 29.02.2008, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080229a.html> (21.10.2008).
- de Hoop Scheffer, Jaap/Solana, Javier 2004: Guiding Bosnia along the road to Brussels, in: The International Herald Tribune, 15. Juli 2004, 6f
- de Hoop Scheffer, Jaap/Solana, Javier 2008: Press Conference, 25.02.2008, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080225a.html> (21.10.2008).
- Defence White Paper. Delivering Security in a Changing World, Dezember 2003.
- Dodd, Tom/Oakes, Mark 1998: The Strategic Defence Review White Paper. House of Commons Research Paper 98/91, 15. Oktober 1998.
- Douste-Blazy, Philippe 2005: Press Conference by the Foreign Minister of France following North Atlantic Meeting, 08.12.2005, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/2005/s051208o.htm> (21.10.2008).
- Drozdiak, William 2000: U.S. Tepid On European Defense Plan, in: Washington Post 07.03.2000, (http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4944148086&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T4944148089&cisb=22_T4944148088&treeMax=true&treeWidth=0&csi=8075&docNo=2, 27.10.2008).
- Ein Sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, 12. Dezember 2003.
- Erklärung der NATO und der Europäischen Union über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die Berlin-Plus-Vereinbarungen, 16. Dezember 2002, in: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l33243.htm> (09.09.2008).
- ESDP Newsletter, Ausgabe 1, 2005.
- EU 2008: EU military operation in Bosnia and Herzegovina (Operation EUFOR - Althea), November 2008, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081204%20Factsheet%20EUFOR%20Althea%20-%20version%2013_EN.pdf (21.02.2009).
- EU Council Secretariat 2004: Factsheet. EU military operation in Bosnia and Herzegovina (Operation EUFOR - Althea), in:
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1045&lang=de> (15.12.2008).
- EU Council Secretariat 2005: EU police advisory team (EUPAT) in the former Yugoslav Republic of Macedonia. Factsheet, Dezember 2005, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet_EUPAT_fYROM_051215.pdf (16.02.2009).
- EU Council Secretariat 2006a: EU Monitoring Mission in Aceh (Indonesia). Factsheet, 07.09.2006, in:
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060907AcehCouncilFactsheetREV6.pdf> (16.02.2009).

- EU Council Secretariat 2006b: Darfur - Consolidated EU package in support of AMIS II. Factsheet, März 2006, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060307factsheet3AMIS_II.pdf (02.03.2009).
- EU Council Secretariat 2007: Factsheet. EU military operation in Bosnia and Herzegovina (Operation EUFOR - Althea), 28.02.2007, in: <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1045&lang=de> (15.12.2008).
- EU Council Secretariat 2008: EU support to the African Union Mission in Dafur - AMIS. Factsheet, Januar 2008, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080109-Factsheet8-AMISII.pdf> (02.03.2009).
- EU ISS 2005: EU security and defence. Core documents 2004, in: Chaillot Papers 75.
- EU ISS 2006: EU security and defence. Core documents 2005, in: Chaillot Papers 87.
- EU ISS 2007: EU security and defence. Core documents 2006, in: Chaillot Papers 98.
- EUFOR 2008: EUFOR Fact Sheet, in: www.euforbih.org/eufor/index.php?option=com_content&task=view&id=15&Itemid=86 (15.12.2008).
- EU-NATO Declaration on ESDP, 16. Dezember 2002, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/73803%20-%20Solana%20-%20Permanent%20arrangements%20+%20NATO%20declaration.pdf> (09.09.2008).
- EU-NATO: The framework for permanent relations and Berlin Plus, 17. März 2003, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/03-11-11%20Berlin%20Plus%20press%20note%20BL.pdf> (09.09.2008).
- Europäische Sicherheitsstrategie, 12. Dezember 2003, in: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r00004.htm> (07.09.2008).
- European Union 2003a: European Union Police Mission Proxima/FYROM. Factsheet, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/ProximaBrochure.pdf> (16.02.2009).
- European Union 2003b: Adoption by the Council of the Joint Action on the European Union military operation in the Democratic Republic of Congo (DRC), 05.06.2003, in: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/76047.pdf (16.02.2009).
- European Union 2004: European Union Rule of Law Mission to Georgia (EUJUST THEMIS). Factsheet, 24.10.2004, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet%20THEMIS%20041026.pdf> (16.02.2009).
- European Union 2006: EUPOL-Kinshasa. Factsheet, Oktober 2006, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/DocumentPresentationEUPOLOctobre2006EN.pdf> (16.02.2009).
- European Union 2007: EU Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine. Factsheet, Dezember 2007, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/071205_Factsheet_BM_Moldova_Ukraine-update.pdf (16.02.2009).
- European Union 2008a: European Union Monitoring Mission (EUMM) Georgia. Factsheet, 16.10.2008, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081023-EUMM_in_Georgia-version3_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2008b: EU Police Mission for the DRC (EUPOL RD Congo). Factsheet, November 2008, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081117-Factsheet_EUPOL_RD_Congo-version4_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2008c: EU Military Operation in Eastern Chad and North Eastern Central African Republic (EUFOR Tchad/RCA). Factsheet, September 2008, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080929_FACTSHEET_EUFOR_TCHAD-RCA_version6_EN.pdf (15.02.2009).

- European Union 2008d: EU Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN). Factsheet, Dezember 2008, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081208FACTSHEET_EUPOL_Afghanistan-v13_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2008e: European Police Mission in Bosnia and Herzegovina (EUPM). Factsheet, Oktober 2008, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081029-FACTSHEET_EUPM-version5_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2008f: EULEX KOSOVO. EU Rule of Law Mission in Kosovo Factsheet Dezember 2008, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081216%20FACTSHEET%20EULEX%20Kosovo%20-%20version%205_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2008g: EU Mission to provide advice on and assistance with security sector reform in the Democratic Republic of Congo (EUSEC RD Congo). Factsheet, November 2008, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081120-Factsheet_EUSEC_RD_Congo-version3_EN.pdf (16.02.2009).
- European Union 2008h: EU mission in support of security sector reform in the Republic of Guinea-Bissau (EU SSR Guinea-Bissau). Factsheet, Juni 2008, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080604Guinea-Bissau2_EN.pdf (16.02.2009).
- European Union 2008i: Military operation of the EU - EU NAVFOR Somalia. Factsheet, Dezember 2008, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/081208FactsheetEU_NAVFOR-v_2_EN.pdf (16.02.2009).
- European Union 2008j: EU Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN). Factsheet, April 2008, in: <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1271&lang=de> (24.02.2009).
- European Union 2009a: EU Police Mission for the Palestinian Territories (EUPOL COPPS). Factsheet, Januar 2009, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/090121FACTSHEETEUPOLCOPPSversion11_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2009b: EU Border Assistance Mission at Rafah Crossing Point (EUBAM RAFAH). Factsheet, Januar 2009, in:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/090108FACTSHEET_EUBAM_Rafah-version9_EN.pdf (15.02.2009).
- European Union 2009c: EU Rule of Law Mission for Iraq (EUJUST LEX). Factsheet, Januar 2009, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/090123-FACTSHEET_EUJUST_LEX-version10_EN.pdf (15.02.2009).
- Excerpts From Pentagon's Plan: 'Prevent the Re-Emergence of a New Rival' in: The New York Times, 08.03.1992 (http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4986045568&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T4986045571&cisb=22_T4986045570&treeMax=true&treeWidth=0&selRCNodeID=8&nodeStateId=411de_DE,1,7&docsInCategory=2&csi=6742&docNo=2, 31.10.2008).
- Fischer, Joschka 1999: Rede des deutschen Außenministers auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München, 6. Februar 1999, in: Internationale Politik 2-3, 169-172.
- Fischer, Joschka 2000: Rede des Bundesaußenministers auf der 36. Internationalen Konferenz für Sicherheitspolitik in München, 5. Februar 2000, in: Internationale Politik 3, 119-123.
- Fischer, Joschka 2001: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in:

- http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=18&print=& (08.10.2008).
- Fischer, Joschka 2003: Rede des deutschen Außenministers über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen", Princeton University, 19. November 2003, in: Internationale Politik 2004 (6), 138-145.
- Fischer, Joschka 2004: Rede auf der XL. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 07.02.2004, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2004=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=123&print=& (08.10.2008).
- Franco-British Summit, London, 29. November 2001, in: Rutten, Maartje (Hg.): From Nice to Laeken. European defence: core documents. Chaillot Papers 51, April 2002, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 108f.
- Franco-British Summit. Declaration on strengthening European cooperation in security and defence, Le Touquet, 4. Februar 2003, in: Missiroli, Antonio (Hg.): From Copenhagen to Brussels. European defence: core documents. Chaillot Papers 67, Dezember 2003, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 36-36.
- Franco-German Defence and Security Council, Nantes, 23. November 2001, in: Rutten, Maartje (Hg.): From Nice to Laeken. European defence: core documents. Chaillot Papers 51, April 2002, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 103- 107.
- Franco-German Defence and Security Council, Toulouse, 29. Mai 1999, in: Rutten, Maartje (Hg.): From St.-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 40.
- Franco-German summit - 40th anniversary of the Elysée Treaty, Paris 22. Januar 2003, in: Missiroli, Antonio (Hg.): From Copenhagen to Brussels. European defence: core documents. Chaillot Papers 67, Dezember 2003, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 22-26.
- Franco-German summit, Paris, 30. November 1999, in: Rutten, Maartje (Hg.): From St.-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 80f.
- Französisches Verteidigungsweißbuch, Februar 1994, in: Maull, Hanns W./Meimeht, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.): Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen: Leske + Budrich, 1997, 254-276.
- Garnett 1996: DoD New Briefing - Update on NATO Defense Minister's Meeting, 17.12.1996, in:
<http://www.defenselink.mil/utility/printitem.aspx?print=http://www.defenselink.mil/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=845> (01.11.2008).
- Gates, Robert M. 2007a: Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheit, 11.02.2007, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=192&print=& (08.10.2008).
- Gates, Robert M. 2007b: Conference of European Armies (Heidelberg, Germany), 25.10.2007, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=1188> (23.10.2008).
- Gates, Robert M. 2008: Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2008, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=204& (08.10.2008).
- Gellmann, Barton 1992: Pentagon Abandons Goal Of Thwarting U.S. Rivals, in: Washington Post, 24.05.1992 (http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4944358149&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T494435815)

- 2&cisb=22_T4944358151&treeMax=true&treeWidth=0&selRCNodeID=3&nodeStateId=411de_DE,1,2&docsInCategory=2&csi=8075&docNo=2, 27.10.2008).
- Gemeinsame Erklärung der 78. Deutsch-Französischen Konsultationen über die großen europäischen Prioritäten, 23. November 2001, in: *Internationale Politik* 2002 (2-3), 101-103.
- Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburg und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel, 29. April 2003, in: *Internationale Politik* 9, 85-88.
- Government Response to the Foreign Affairs Committee Report on Developments in the European Union (Sixth Report Session 2005-06). Presented to Parliament by the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs by Command of Her Majesty, September 2006.
- Hain, Peter 2001: The Case for European Security and Defence Policy. Speech by the Minister for Europe at the Royal United Institute, London, 28.11.2001, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=2037508> (11.11.2008).
- Haine, Jean-Yves 2003: From Laeken to Copenhagen. European defence: core documents, in: *Chaillot Papers* 57.
- Herzog, Roman 1994: Rede des deutschen Bundespräsidenten vor den Teilnehmern des Europäischen Rates, 9. Dezember 1994, in: *Internationale Politik* 1994 (1), 77f.
- Hoon, Geoff 1999: Rede des Staatsministers im Foreign and Commonwealth Office im Royal Institute of International Affairs, 7. Oktober 1999, in: *Internationale Politik* 2000 (3), 81-84.
- Hoon, Geoff 2003: Government press briefing by the Secretary of State for Defence, 06.02.2003, in: <http://www.number10.gov.uk/Page1665> (11.11.2008).
- Hoon, Geoffrey 2004: Transatlantic Relations. Rede auf der XL. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 07.02.2004, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2007=&menu_2008=&menu_2006=&menu_2004=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=128&print=& (08.10.2008).
- IMPETUS. Bulletin of the EU Military Staff, Nr. 1, Frühjahr/Sommer 2006.
- IMPETUS. Bulletin of the EU Military Staff, Nr. 2, Herbst/Winter 2006.
- IMPETUS. Bulletin of the EU Military Staff, Nr. 3, Frühjahr/Sommer 2007.
- IMPETUS. Bulletin of the EU Military Staff, Nr. 4, Herbst/Winter 2007.
- ISIS 2006: Future of ESDP: Lessons from Bosnia, in: *European Security Review* 29 (Special Edition), 9-12.
- Joint Coordination and Monitoring Board (JCMB), Afghanistan, 2006, in: <http://www.ands.gov.af/ands/jcmb/site/src/Information%20on%20JCMB/JCMB%20TOR%20-%20English.pdf> (27.02.2009).
- Joint Paper by France, Germany and the United Kingdom, Naples, 29. November 2003, in: Missiroli, Antonio (Hg.): *From Copenhagen to Brussels. European defence: core documents. Chaillot Papers* 67, Dezember 2003, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 283f.
- Jones, A. Elizabeth 2002: U.S.-European Relations, 13.03.2002, in: <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2002/8782.htm> (10.10.2008).
- Jones, Beth 2003: U.S. Priorities in Europe, 13.03.2003, in: <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/2003/18722.htm> (30.09.2008).
- Jones, Beth 2004: The Administration's Priorities in Europe, 03.03.2004, in: <http://www.state.gov/p/eur/res/rm/90030.htm> (30.09.2008).
- Jung, Franz-Josef 2006: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=168&print=& (08.10.2008).

- Jung, Franz-Josef 2007: Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2007, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=185&print=& (08.10.2008).
- Jung, Franz-Josef 2008: Die Welt in Unordnung - veränderte Machtverhältnisse, fehlende Strategien. Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheit, 08.02.2008 in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=203&print=& (08.10.2008).
- Kinkel, Klaus 1994a: Rede des Bundesaußenministers vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 14. Dezember 1994, in: *Internationale Politik* 1995 (1), 123-126.
- Kinkel, Klaus 1994b: Erklärung des deutschen Außenministers vor dem Nordatlantischen Kooperationsrat, 2. Dezember 1994, in: *Internationale Politik* 1995 (2), 120f.
- Kinkel, Klaus 1995a: Rede des Bundesaußenministers auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 5. Februar 1995, in: *Internationale Politik* 4, 95-98.
- Kinkel, Klaus 1995b: Rede des deutschen Außenministers in Paris vor der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union über das Konzept einer kooperativen Sicherheitsstruktur für ganz Europa, 19. Juni 1995, in: *Internationale Politik* 8, 128-131.
- Kinkel, Klaus 1996: Leitlinien zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Freiburg 27. Februar 1996, in: *Internationale Politik* 8, 84-86.
- Kissinger, Henry 2001: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=22&print=& (08.10.2008).
- Knowlton, Brian 2000: Bush Under Fire Over Balkans Plan. Gore and Albright Assail Idea of Ending Role for U.S. Ground Troops, in: *International Herald Tribune*, 23.10.2000 (<http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/search/homesubmitForm.do>, 23.10.2008).
- Kohl, Helmut 1994: Bericht des Bundeskanzlers über den Europäischen Rat in Essen, abgegeben vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 14. Dezember 1994, in: *Internationale Politik* 1995 (1), 119-123.
- Kohl, Helmut 1995: Erklärung des Bundeskanzlers vor der Presse anlässlich seines Besuchs in Washington, 9. Februar 1995, in: *Internationale Politik* 4, 106-108.
- Kohl, Helmut 1996: Rede des deutschen Bundeskanzlers vor dem Nordatlantischen Kooperationsrat, Berlin, 4. Juni 1996, in: *Internationale Politik* 10, 97-100.
- Kohl, Helmut/Chirac, Jacques 1995: Schreiben des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an den amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, den spanischen Ministerpräsidenten Felipe González, 6. Dezember 1995, in: *Internationale Politik* 1996 (8), 80f.
- Lamassoure, Alain 1994: Artikel des französischen Ministers für europäische Angelegenheiten in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 7. Dezember 1994, in: *Internationale Politik* 1, 75-77.
- Larson, Alan P. 2003: Facing Shared Responsibilities: A Renewed Transatlantic Relationship, 27.03.2003, in: <http://www.state.gov/e/rm/2003/19105.htm> (09.10.2008).
- Livre Blanc sur la Défense, 1994.
- Loi no. 2003-73 relative à la programmation militaire pour les années 2003 à 2008, 27. Januar 2003.
- Loi relative à la programmation militaire pour les années 2003 à 2008, 27.01.2003, in:
<http://legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000234154> (06.11.2008).
- Major, John 1997: Prime Minister's Q and A in Amsterdam, 17.06.1997, in:
<http://www.number10.gov.uk/Page1032> (11.11.2008).

- Merkel, Angela 2006: Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 04.02.2006, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2004=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=170&print=& (08.10.2008).
- Merkel, Angela 2007: Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2007, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=178&print=& (08.10.2008).
- Missiroli, Antonio 2003: From Copenhagen to Brussels. European defence: core documents, in: Chaillot Papers 67.
- Morin, Hervé 2008: Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 09.02.2008, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=205&print=& (08.10.2008).
- Murphy, Jim 2007: Europe in the World. Speech by the British Minister for Europe, 22.10.2007, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=1627155> (07.11.2008).
- NAC 1994: The Brussels Summit Declaration. Declaration of the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council, 11.01.1994, in:
<http://www.nato.int/docu/basic/b940111a.htm> (21.10.2008).
- NAC 1996: Final Communiqué of the Ministerial Meeting of the North Atlantic Council Berlin, 03.06.1996, in: <http://www.nato.int/docu/pr/1996/p96-063e.htm> (21.10.2008).
- NAC 1997: Madrid Declaration on Euro-Atlantic Security and Cooperation. Issued by the Heads of State and Government, 08.07.1997, in: <http://www.nato.int/docu/pr/1997/p97-081e.htm> (21.10.2008).
- NAC 1999a: The Washington Declaration, 23.04.1999, in:
<http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-063e.htm> (21.10.2008).
- NAC 1999b: Washington Summit Communiqué, 24.04.1999, in:
<http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-064e.htm> (21.10.2008).
- NAC 2002: Prague Summit Declaration, 21.11.2002, in:
<http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-127e.htm> (21.10.2002).
- NAC 2003: Final communiqué of the Ministerial Meeting of NAC, Brüssel, 04.12.2003, in:
<http://www.nato.int/docu/pr/2003/p03-152e.htm> (21.10.2008).
- NAC 2004: Istanbul Summit Communiqué, 28.06.2004, in:
<http://www.nato.int/docu/pr/2004/p04-096e.htm> (21.10.2008).
- NAC 2006: Riga Summit Declaration, 29.11.2006, in: <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-150e.htm> (21.10.2008).
- NAC 2008a: Bucharest Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government, 03.04.2008, in: <http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html> (21.10.2008).
- NAC 2008b: Bucharest Summit takes NATO agenda forward, 03.04.2008, in:
<http://www.nato.int/docu/update/2008/04-april/e0403f.html> (21.10.2008).
- NATO 2003a: SFOR Mission, 14.01.2003, in:
http://www.afsouth.nato.int/NHQSA/Factsheets/Factsheet_SFORmission.htm (25.01.2009).
- NATO 2003b: History of the NATO-led Stabilisation Force (SFOR) in Bosnia-Herzegovina, in: <http://www.nato.int/sfor/coms-sfor/..%5Cdocu%5Cd981116a.htm> (25.01.2009).
- NATO 2003c: EU and NATO agree on concerted approach for the Western Balkans, 29. Juli 2003, in: <http://www.nato.int/docu/pr/2003/p03-089e.htm> (18.12.2008).
- NATO 2004: NATO's Role in the former Yugoslav Republic of Macedonia, 06.08.2004, in: www.nato.int/fyrom/home.htm (25.01.2009).

- NATO 2005a: NATO HQ Sarajevo Mission, 02.09.2005, in:
http://www.afsouth.nato.int/NHQSA/Factsheets/factsheet_missions_NHQSa.html
(25.01.2009).
- NATO 2005b: NATO continues to offer logistical Support to African Union, in:
www.nato.int/shape/news/2005/10/051006c.htm (19.12.2008).
- NATO 2008a: NATO in Afghanistan, in: www.nato.int/issues/afghanistan/index.html
(18.12.2008).
- NATO 2008b: International Security Assistance Force (ISAF), in:
www.nato.int/issues/isaf/index.html (18.12.2008).
- NATO 2008c: ISAF Mandate, in: www.nato.int/isaf/topics/mandate/index.html (18.12.2008).
- NATO 2008d: Revised operational plan for NATO's expanded mission in Afghanistan, in:
www.nato.int/issues/afghanistan_stage3/index.htm (18.12.2008).
- NATO 2008e: NATO's relations with Bosnia and Herzegovina, in: www.nato.int/issues/nato-bosnia-herzegovina/index.htm (18.12.2008).
- NATO 2008f: NATO in the Balkans, in: www.nato.int/issues/balkans/index.htm
(18.12.2008).
- NATO 2008g: Implementation Force (IFOR) in Bosnia-Herzegovina (1995-1996), in:
www.nato.int/issues/ifor/index.html (18.12.2008).
- NATO 2008h: The Stabilisation Force (SFOR) in Bosnia and Herzegovina, in:
www.nato.int/issues/sfor/index.html (18.12.2008).
- NATO 2008i: The Stabilisation Force (SFOR) in Bosnia and Herzegovina. How did it evolve?, in: www.nato.int/issues/sfor/evolution.html (18.12.2008).
- NATO 2008j: The Stabilisation Force (SFOR) in Bosnia and Herzegovina. What did this mean in practice?, in: www.nato.int/issues/sfor/practice.html (18.12.2008).
- NATO 2008k: NATO assistance to African Union missions, in: www.nato.int/issues/nato-au/index.htm (18.12.2008).
- NATO 2008l: NATO's assistance to the African Union for Dafur, in:
www.nato.int/issues/dafur/index.html (18.12.2008).
- NATO 2008m: SHAPE - EU cooperation, 21. Januar 2008, in:
www.nato.int/shape/issues/shape_eu/index.htm (19.12.2008).
- NATO 2008n: Helping secure Afghanistan's future, in: Afghanistan Briefing, 1-12.
- NATO 2009a: ISAF History, in: www.nato.int/isaf/topics/history/index.html (25.01.2009).
- NATO 2009b: NATO's assistance to Iraq, in: www.nato.int/issues/iraq-assistance/
(25.01.2009).
- NATO 2009c: NATO's assistance to Iraq. How did the policy evolve?, in:
<http://www.nato.int/issues/iraq-assistance/decision.html> (25.01.2009).
- NATO 2009d: NATO's assistance to Iraq. What does it mean in practice?, in:
www.nato.int/issues/iraq-assistance/practice.html (25.01.2009).
- NATO 2009e: The Kosovo Air Campaign, in: www.nato.int/issues/kosovo_air/index.html
(25.01.2009).
- NATO 2009f: NATO's role in Kosovo, in: www.nato.int/issues/kosovo/index.html
(25.01.2009).
- NATO 2009g: KFOR Objective / Mission, in: www.nato.int/kfor/docu/about/objectives.html
(25.01.2009).
- NATO 2009h: Mission Statement FYROM, in: www.nhqs.nato.int/missions/nhqsMission.htm
(25.01.2009).
- NATO 2009i: Essential Harvest, in: www.nhqs.nato.int/missions/essentialHarvest/tfh.htm
(25.01.2009).
- NATO 2009j: Task Force Fox/Amber Fox, in:
www.nhqs.nato.int/missions/amberFox/amberFox.htm (25.01.2009).

- NATO 2009k: Allied Harmony, in:
<http://www.nhqs.nato.int/missions/alliedHarmony/alliedHarmony%20Mission.htm>
(25.01.2009).
- NATO 2009l: NATO assistance to the African Union, in: www.nato.int/issues/nato-au/index.html (25.01.2009).
- NATO 2009m: Assisting the AU in Darfur, Sudan, in:
<http://www.nato.int/issues/darfur/index.html> (25.01.2009).
- NATO 2009n: Operation Active Endeavour, in: www.nato.int/issues/active_endeavour/
(25.01.2009).
- NATO 2009o: Operation Active Endeavour, in:
http://www.jfcnaples.nato.int/JFCN_Operations/ActiveEndeavour/Endeavour.htm
(25.01.2009).
- NATO 2009p: Operation Active Endeavour. How did it evolve?, in:
www.nato.int/issues/active_endeavour/evolution.html (25.01.2009).
- NATO 2009q: Operation Active Endeavour. What does it mean in practice?, in:
www.nato.int/issues/active_endeavour/practice.html (25.01.2009).
- NATO 2009r: Assisting the AU in Somalia, in: <http://www.nato.int/issues/au-somalia/index.html> (17.02.2009).
- NATO 2009s: Civil Emergency Planning, in: <http://www.nato.int/issues/cep/index.html>
(25.01.2009).
- NATO 2009t: Senior Civil Emergency Planning Committee (SCEPC), in:
www.nato.int/issues/scepc/index.html (25.01.2009).
- NATO 2009u: NATO'S Senior Civilian Representative in Afghanistan, in:
www.nato.int/issues/scr_afghanistan/index.html (25.01.2009).
- NATO 2009v: NATO's role in Afghanistan, in: www.nato.int/issues/afghanistan/index.html
(28.02.2009).
- NATO 2009w: Military operations, 11.03.2009, in:
<http://www.nato.int/issues/operations/index.html> (18.03.2009).
- NATO Office of Information and Press 2001: NATO Handbook, in:
<http://www.nato.int/docu/handbook/2001/pdf/handbook.pdf> (21.10.2008).
- NATO Office of Information and Press 2006: NATO Handbook, in:
<http://www.nato.int/docu/handbook/2006/hb-en-2006.pdf> (04.03.2009).
- NATO under threat. Conflicts which put the alliance at risk in: *The Guardian* (London),
24.11.1999 (http://www.lexisnexis.com.ubproxxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4944264803&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T4944264806&cisb=22_T4944264805&treeMax=true&treeWidth=0&selRCNodeID=51&nodeStateId=411de_DE,1,35&docsInCategory=7&csi=138620&docNo=1, 27.10.2008).
- NATO-EU: A strategic partnership. Greater European responsibility in defence matters, in:
<http://www.nato.int/issues/nato-eu/eu-responsability.html> (21.10.2008).
- Nordatlantikvertrag der NATO, 04. April 1949, in: <http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm> (13.02.2009).
- Nuland, Victoria 2006: NATO: A 21st Century Alliance That Is Delivering, 30.10.2006, in:
<http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/75477.htm> (10.10.2008).
- Nuland, Victoria 2007: U.S. Ambassador to NATO Nuland urges EU, NATO to work together, 16.10.2007, in:
http://useu.usmission.gov/Dossiers/NATO/Oct1607_Nuland_Speech.asp (10.10.2008).
- O'Brian, Mike 2003: European Defence and the NATO/EU Relationship, 24.01.2003, in:
<http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=2036926>
(11.11.2008).

- Perry, William J. 1995: The Enduring Dynamic Relationship that is NATO, 05.02.1995, in: <http://www.defenselink.mil/utility/printitem.aspx?print=http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=831> (01.11.2008).
- Perry, William J. 1996a: Second Change to Build a Whole Europe, 25.06.1996, in: <http://www.defenselink.mil/utility/printitem.aspx?print=http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=1001> (01.11.2008).
- Perry, William J. 1996b: NATO and a "Super" Partner in Europe, 24.09.1996, in: <http://www.defenselink.mil/utility/printitem.aspx?print=http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=927> (01.11.2008).
- Petersberg-Erklärung der WEU, 19.06.1992.
- Pickering, Thomas R. 1998: A Transatlantic Partnership for the 21st Century. Address at Columbia University, in: http://www.state.gov/www/policy_remarks/1998/981208_pickering_transat.html (09.10.2008).
- Political and Security Committee Decision BiH/4/2004, 2004/821/CFSP, 19. Oktober 2004, in: Official Journal of the European Union L357 (2.12.2004), 38.
- Powell, Colin L. 2001a: Press Remarks with British Foreign Secretary Robin Cook (Revised), 06.02.2001, in: <http://www.state.gov/secretary/former/powell/remarks/2001/522.htm> (09.10.2008).
- Powell, Colin L. 2001b: Testimony on U.S. Relations With Europe, 20.06.2001, in: <http://www.state.gov/secretary/former/powell/remarks/2001/3673.htm> (02.11.2008).
- Powell, Colin L. 2004: Remarks at the German Marshall Fund's Transatlantic Center, 08.12.2004, in: <http://www.state.gov/secretary/former/powell/remarks/39588.htm> (09.10.2008).
- Prime Minister's Official Spokesman 2003a: PMOS morning briefing, 30.04.2003, in: <http://www.number10.gov.uk/Page3554> (11.11.2008).
- Quin, Joyce 1999: After Amsterdam - What next? Speech by FCO Minister of State at the Clingendael Institute, The Hague, 10.05.1999, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=2149346> (11.11.2008).
- Rat der Europäischen Union 2003: Beschluss des Rates über die Weitergabe von Informationen nach dem EU-NATO-Geheimhaltungsabkommen, 24.03.2003. (<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/st07/st07588de03.pdf>, 09.09.2008).
- Rat der Europäischen Union 2004: Konzept für die militärische Operation der Europäischen Union (EU) in Bosnien und Herzegowina - Operation ALTHEA (Nr. 12576/04), 29. September 2004.
- Rat der Europäischen Union 2006a: Zivil-militärische Unterstützungsaktion der EU für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan (AMIS II) - Aktualisierte Kernbotschaften, 12. Juli 2006.
- Rat der Europäischen Union 2006b: Sudan/Darfur - Schlussfolgerungen des Rates, 11783/06, 18. Juli 2006
- Rat der Europäischen Union 2007a: Gemeinsame Aktion betreffend die Polizeieinmission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN), 9248/07, 25. Mai 2007.
- Rat der Europäischen Union 2007b: Gemeinsame Aktion des Rates über die Einrichtung einer Polizeieinmission der Europäischen Union in Afghanistan, 8590/07, 30. Mai 2007.
- Rat der Europäischen Union 2007c: Sudan/Darfur - Schlussfolgerungen des Rates, 5. März 2007.
- Rat der Europäischen Union 2007d: Beschluss des Rates zur Durchführung der Gemeinsamen Aktion 2005/557/GASP betreffend die zivil-militärische Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan 5. April 2007.

- Rat der Europäischen Union 2007e: Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2005/557/GASP betreffend die zivil-militärische Unterstützungsaktion der Europäischen Union für die Mission der Afrikanischen Union in der Region Darfur in Sudan hinsichtlich der Aufnahme einer militärischen Unterstützungskomponente für die Einrichtung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM), 10. April 2007.
- Rat der Europäischen Union 2007f: Sudan - Schlussfolgerungen des Rates, 19. Juni 2007.
- Rat der Europäischen Union 2007g: ESVP-Bericht des Vorsitzes, 11. Dezember 2007.
- Rat der Europäischen Union 2008a: Operation ALTHEA - Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates, 10. Juni 2008.
- Rat der Europäischen Union 2008b: Schlussfolgerungen zu Afghanistan, 8273/08, 11. April 2008.
- Rat der Europäischen Union 2008c: ESVP-Bericht des Vorsitzes, 9. Dezember 2008.
- Reid, John 2006: 42nd Munich Conference on Security Policy. Speech by the British Secretary of State for Defence, 04.04.2006, in:
<http://www.mod.uk/DefenceInternet/AboutDefence/People/Speeches/SofS/2006040442ndMunichConferenceOnSecurityPolicy.htm> (11.11.2008).
- Richard, Alain 2001: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=29&print=& (08.10.2008).
- Rifkind, Malcolm 1996a: Rede des britischen Außenministers vor dem britischen Unterhaus, 21. März 1996, in: Internationale Politik 1996 (8), 97-103.
- Rifkind, Malcolm 1996b: Rede des britischen Außenministers vor dem European Policy Forum, 1. Mai 1996, in: Internationale Politik 1996 (8), 117-119.
- Robertson, George 2000a: Peacekeeping and Conflict Prevention: What risks and threats in Geopolitics in the Future?, 13.01.2000, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/2000/s000113a.htm> (21.10.2008).
- Robertson, George 2000b: Crisis Management: A New Role for NATO, 14.09.2000, in:
<http://www.nato.int/docu/speech/2000/s000524f.htm> (21.10.2008).
- Robertson, George 2001: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=30&print=& (08.10.2008).
- Robertson, George 2003: Toward A New Transatlantic Consensus. Rede auf der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 08.02.2003, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2003=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=111&print=& (08.10.2008).
- Rühe, Volker 1995a: Rede des Bundesverteidigungsministers über Europa und Amerika, Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 4. Februar 1995, in: Internationale Politik 4, 89-95.
- Rühe, Volker 1995b: Rede des Bundesverteidigungsministers über die pazifische und atlantische Dimension gemeinsamer Sicherheit, San Francisco, 27. Februar 1995, in: Internationale Politik 4, 108-113.
- Rühe, Volker 1995c: Rede des deutschen Verteidigungsministers in Bonn über die Nordatlantische Allianz als Fundament einer neuen Friedensordnung, 11. Mai 1995, in: Internationale Politik 8, 91-97.
- Rumsfeld, Donald H. 2001a: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in:
http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=31&print=& (08.10.2008).

- Rumsfeld, Donald H. 2001b: Remarks at the NATO North Atlantic Council, 07.06.2001, in: <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=368> (23.10.2008).
- Rumsfeld, Donald H. 2003: Speech at NATO Headquarters, 12.06.2003, in: <http://www.defenselink.mil/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=2742> (21.10.2008).
- Rutten, Maartje 2001: From St-Malo to Nice. European defence: core documents, in: Chaillot Papers 47.
- Rutten, Maartje 2002: From Nice to Leaken. European defence: core documents, in: Chaillot Papers 51.
- Scharping, Rudolf 1995: Rede des Vorsitzenden der SPD über die gemeinsame transatlantische Sicherheit, Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 5. Februar 1995, in: Internationale Politik 4, 98-106.
- Scharping, Rudolf 1999: Rede des deutschen Verteidigungsministers auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München, 6. Februar 1999, in: Internationale Politik 2-3, 173-176.
- Scharping, Rudolf 2002: Rede auf der XXXVIII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2002, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2002=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=88&print=& (08.10.2008).
- Schiltz, Christoph B. 2007: "Wir wollen keine Besserwisser sein", in: Welt online, 16. Juni 2007, 1f
- Schröder, Gerhard 2001a: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=33&print=& (08.10.2008).
- Schröder, Gerhard 2001b: Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers zum Europäischen Rat in Laeken am 12. Dezember 2001 vor dem Deutschen Bundestag in Berlin, in: Internationale Politik 2002 (1), 115-119.
- Schröder, Gerhard 2002: Statement at the Prague Summit, 21.11.2002, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2002/s021121ac.htm> (21.10.2008).
- Schröder, Gerhard 2004: Rede des deutschen Bundeskanzlers zur Eröffnung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, 19. März 2004, in: Internationale Politik 6, 177-181.
- Schröder, Gerhard 2005: Rede auf der XLI. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 12.02.2005, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=143&print=& (08.10.2008).
- Serry, Robert 2004: Press Briefing by the Deputy Assistant Secretary General on the end of SFOR and the future of NATO's role in Bosnia-Herzegovina, in: www.nato.int/docu/speech/2004/s041124b.htm (19.12.2008).
- Slocombe, Walter B. 2000: Speech at the NATO Informal Ministerial, Birmingham, England, 10.10.2000, in: <http://www.defenselink.mil/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=1829> (21.10.2008).
- Solana, Javier 1998: A European Security and Defence Identity within NATO, 04.05.1998, in: <http://www.nato.int/docu/speech/1998/s980504a.htm> (21.10.2008).
- Solana, Javier 1999: Statement at the NAC Meeting Washington, 24.04.1999, in: <http://www.nato.int/docu/speech/1999/s990424a.htm> (21.10.2008).
- Solana, Javier 2001: Rede auf der XXXVII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 03.02.2001, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2001=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=34&print=& (08.10.2008).
- Solana, Javier 2004: Launch of the EU "ALTHEA" operation in Bosnia and Herzegovina, 2. Dezember 2004, in: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Solana%20-%20Launch%20ALTHEA%20.pdf> (21.02.2009).

- Solana, Javier 2008: EU High Representative for the CFSP confirms EU's commitment to Afghanistan, 21. April 2008.
- Solana, Javier/Schröder, Gerhard 1999: Press Conference at NATO HQ, 19.05.1999, in: <http://www.nato.int/docu/speech/1999/s990519a.htm> (21.10.2008).
- Spokesman, Prime Minister's Official 2003: PMOS morning briefing, 22.09.2003, in: <http://www.number10.gov.uk/Page4513> (11.11.2008).
- Steinmeier, Frank-Walter 2007: Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 11.02.2007, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=193&print=& (08.10.2008).
- Strategic Defence Review. Presented to Parliament by the Secretary of State for Defence by Command of Her Majesty, Juli 1998.
- Straw, Jack 2002: Collective Security in an enlarged Europe, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=1897781> (11.11.2008).
- Straw, Jack 2003: Rede des britischen Außenministers zur Rolle Europas in der Welt vor dem Centre for European Reform, 9. Mai 2003, Brüssel, in: *Internationale Politik* 2003 (9), 88-94.
- Straw, Jack 2004: The Alliance is as important as ever 27.06.2004, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=1897213> (11.11.2008).
- Struck, Peter 2003: Die zukünftige Rolle der NATO. Rede auf der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 08.02.2003, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2003=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=106&print=& (08.10.2008).
- Struck, Peter 2004: Die Zukunft der NATO. Rede auf der XL. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 07.02.2004, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2007=&menu_2008=&menu_2006=&menu_2004=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=125&print=& (08.10.2008).
- Symons, Baroness 2004a: Stabilisation, Reconstructoin and Peace Support Operations: Transforming NATO's Capabilities, 03.05.2004, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=1897335> (06.11.2008).
- Symons, Baroness 2004b: Progress and Possibilities, 27.10.2004, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=Speech&id=1896968> (06.11.2008).
- Talbott, Strobe 1999a: America's Stake in a Strong Europe. Speech by the Deputy Secretary of State at the Royal Institute of Intenational Affairs, 07.10.1999, in: Rutten, Maartje (Hg.): *From St.-Malo to Nice. European defence: core documents. Chaillot Papers* 47, Mai 2001, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 54-59.
- Talbott, Strobe 1999b: The New Europe and the New NATO, 04.02.1999, in: http://www.state.gov/www/policy_remarks/1999/990204_talbott_transat.html (10.10.2008).
- Talbott, Strobe 1999c: A New NATO for a New Era, 10.03.1999, in: http://www.state.gov/www/policy_remarks/1999/990310_talbott_nato.html (10.10.2008).
- Talbott, Strobe 1999d: The State of the Alliance: An American Perspective. Adress at the North Atlantic Council, 15.12.1999, in: http://www.state.gov/www/policy_remarks/1999/991215_talbott_nac.html (09.10.2008).
- Taylor, Claire 2003: The Defence White Paper. House of Commons Research Paper 04/71, Dezember 2003.
- The National Security Strategy of the United States of America, 2002.

- Tyler, Patrick E. 1992: U.S. Strategy plan calls for insuring no rivals develop, in: *The New York Times*, 08.03.1992 (http://www.lexisnexis.com.ubproxy.ub.uni-heidelberg.de/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T4979340690&format=GNBFULL&sort=BOOLEAN&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T4979340693&cisb=22_T4979340692&treeMax=true&treeWidth=0&selRCNodeID=6&nodeStateId=411de_DE,1,9,5&docsInCategory=2&csi=6742&docNo=2, 30.10.2008).
- UK-French Declaration on European Defence, 25.11.1999, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=News?id=2242184> (11.11.2008).
- UK-Italy Summit full joint statement, 13.07.2004, in: <http://www.number10.gov.uk/Page6102> (11.11.2008).
- UN Security Council Resolution 1551 (2004), 09.07.2004.
- UN Security Council Resolution 1575 (2004), 22. November 2004.
- United States Department of State, Bureau of Public Affairs 1999: Focus on the Issues Europe. Excerpts of testimony speeches, and remarks by U.S. Secretary of State Madeleine K. Albright on Kosovo, NATO, Russia, and Bosnia, in: http://www.state.gov/www/focus_eur.pdf (09.10.2008).
- Vaz, Keith 2001: European Security and Defence Policy. Speech by FCO Minister of State in the House of Commons, 19.03.2001, in: <http://www.fco.gov.uk/en/newsroom/latest-news/?view=News&id=2181612> (11.11.2008).
- Vedrine, M. Hubert 2000: Intervention du Ministre francais des Affaires trangres, CAN Ministérielles Florence, 24.05.2000, in: <http://www.nato.int/docu/speech/2000/s000524h.htm> (21.10.2008).
- Vershbow, Alexander 2000: Rede des Ständigen Vertreters der Vereinigten Staaten beim Nordatlantikrat über den Erhalt der transatlantischen Beziehungen, 20. Januar 2000, in: *Internationale Politik* 2000 (3), , 109-115.
- Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, 21. März 2003.
- Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht), 29. Juli 1992, in: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> (13.02.2009).
- Volker, Kurt 2008: Bucharest: NATO and the Future of the Transatlantic Alliance, 07.04.2008, in: <http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/103423.htm> (09.10.2008).
- White House Fact Sheet 2006 NATO Summit, 28.11.2006, in: <http://nato.usmission.gov/Article.asp?ID=9AC5AC29-9138-4349-9ADD-121F3A2327A3> (10.10.2008).
- Whitmore, Brian 2004: NATO proclaims victory in Bosnia. Peace force to stand down, EU relief is set, in: *The Boston Globe*, 15.08.2004, 1-3
- Wolfowitz, Paul D. 2002: Rede auf der XXXVIII. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 02.02.2002, in: http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2002=&menu_konferenzen_archiv=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=69&print=& (08.10.2008).

3.2 Literaturverzeichnis

- Adam, Rudolf George 2007: Die NATO als globaler Stabilitätsexporteur, in: Riecke, Henning (Hg.): *Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation*, Baden-Baden: Nomos, 77-90.
- Andreychuk, Raynell 2007: Afghanistan and NATO's ongoing transformation (NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports, Annual Session), in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=1173 (19.12.2008).

- Aposkitis, Selma 2006: Europäisierung oder Renationalisierung. Nationalstaatliche Positionen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), Baden-Baden: Nomos.
- Archick, Kristin/Gallis, Paul 2004: NATO and the European Union, in: CRS Report for Congress (<http://fpc.state.gov/documents/organization/31988.pdf>, 09.10.2008).
- Archick, Kristin/Gallis, Paul 2008: NATO and the European Union, in: CRS Report for Congress (<http://italy.usembassy.gov/pdf/other/RL32342.pdf>, 09.10.2008).
- Asmus, Ronald D./Kugler, Richard L./Larrabee, F. Stephen 1993: Building a New NATO, in: *Foreign Affairs* 72 (4), 28-40.
- Axelrod, Robert/Keohane, Robert O. 1985: Achieving Cooperation under Anarchy. Strategies and Institutions, in: *World Politics* 38 (1), 226-254.
- Bailes, Alyson J.K. 2005: Die Europäische Sicherheitsstrategie: programmatische und praktische Perspektiven für GASP und ESVP, in: *Integration* 28 (2), 107-18.
- Becker, Klaus 2007: Streitkräftetransformation im Nordatlantischen Bündnis. Motive und Perspektiven, in: Riecke, Henning (Hg.): *Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation*, Baden-Baden: Nomos, 21-34.
- Bellamy, Alex J./Williams, Paul/Griffin, Stuart 2004: *Understanding Peacekeeping*, Cambridge: Polity.
- Blesa Aledo, Pablo S. 2007: Siamese Twins: NATO, the EU and collective defence, in: *CFSP Forum* 4 (6), 10-13.
- Bloch-Lainé, Amaya 1999: Franco-German Co-Operation in Foreign Affairs, Security and Defence, in: Webber, Douglas (Hg.): *The Franco-German Relationship in the European Union*, London/New York: Routledge, 148-158.
- Bluth, Christoph 1994: Neue Aufgaben für die britische Sicherheitspolitik, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 397-408.
- Bluth, Christoph 1998: Neue Aufgaben für die britische Sicherheitspolitik, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 476-489.
- Boniface, Pascal 2003: European Security and Transatlanticism in the Twenty-first Century, in: Moens, Alexander/Cohen, Lenard J./Sens, Allen G. (Hg.): *NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism*, Westport/London: Praeger, 55-65.
- Bono, Giovanna 2004: Introduction: The Role of the EU in External Crisis Management, in: *International Peacekeeping* 11 (3), 395-403.
- Borinski, Philipp 2002: Die zweite Chance der NATO seit 1990: "Furcht" als Erklärungsfaktor, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 186-196.
- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas 2007: Venus Approaching Mars? The EU as an Emerging Civilian World Power (Bi-Annual Conference of the European Union Studies Association (EUSA), Montreal 17.-19. Mai 2007).
- Boyer, Yves 1999: Wither Core Europe? France and the European Construction: Issues and Choices, in: Lankowski, Carl/Serfaty, Simon (Hg.): *Europeanizing Security? NATO and an Integrating Europe (AICGS Research Report No. 9)*, Washington: AICGS, 19-34.
- Boyer, Yves 2002: France and the European Security and Defence Policy: A Leadership Role Among Equals, in: Erhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 49-57.
- Boyer, Yves 2006: A French View Concerning ESDP, in: Huldt, Bo/Kerttunen, Mika/Mörtberg, Jan/Ericsson, Ylva (Hg.): *European Security and Defence Policy (Strategic Yearbook 2006)*, Stockholm: The Swedish National Defense College, 139-149.

- Bozo, Frédéric 1995: La France et l'Alliance: les limites du rapprochement, in: *Politique étrangère* 60 (4), 865-877.
- Brauss, Heinrich/Bruns, Joachim 2008: Zivil-militärische Koordination in der Planung und Führung von Einsätzen der EU im internationalen Krisenmanagement - Zielsetzung und Handlungsfelder der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Feichtinger, Walter/Gauster, Markus (Hg.): *Zivil-Militärische Zusammenarbeit am Beispiel Afghanistan. Civil-Military Interaction - Challenges and Chances*, Wien: Landesverteidigungsakademie, 25-43.
- Brenner, Michael 2003: The CFSP Factor. A Comparison of United States and French Strategies, in: *Cooperation and Conflict* 38, 187- 209.
- Brimmer, Esther 2007: Seeing blue: American visions of the European Union in: *Chaillot Papers* 105 1-79.
- Bulmer, Simon/Paterson, William E. 1996: Germany in the European Union: gentle giant or emergent leader?, in: *International Affairs* 72 (1), 9-32.
- Burghardt, Günter 2006: The European Union's Transatlantic Relationship, in: *EU Diplomacy Papers* 2 1-24.
- Burmester, Kai 1997: Atlantische Annäherung - Frankreichs Politik gegenüber der NATO und den USA, in: Maull, Hanns W./Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.): *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen: Leske + Budrich, 92-112.
- Burwell, Frances G./Gompert, David C./Lebl, Leslie S./Lodal, Jan M./Slocombe, Walter B. 2006: *Transatlantic Transformation: Building a NATO-EU Security Architecture*, Washington: The Atlantic Council.
- Calic, Marie-Janine 2005: The EU Military Operation in Bosnia and Herzegovina, in: *CFSP Forum* 3 (2), 12-14.
- Campbell, Edwina S. 2002: Nach dem Kosovokrieg: amerikanische Macht und europäische Verteidigungspolitik am Scheideweg, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 205-221.
- Canas, Vitalino 2006: Bosnia and Herzegovina, Prospects for the Post-Dayton Era (NATO Parliamentary Assembly, Annual Session), in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=993 (19.12.2008).
- Carp, Mihai 2006: Building stability in Afghanistan, in: *NATO Review* 1.
- Charron, Andrea/Zyla, Benjamin/Boulden, Jane 2008: NATO, the EU and Dafur: Separate but Together, in: Schmidt, Peter (Hg.): *A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO* (Internationale Sicherheit Bd. 7), Frankfurt a. M. : Internationaler Verlag der Wissenschaften, 147-160.
- Clarke, Michael 1998: British Security Policy, in: Eliassen, Kjell A. (Hg.): *Foreign and Security Policy in the European Union*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 124-146.
- Cook, Frank 2007: Afghanistan: Assessing progress and key challenges for the alliance (NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports, Annual Session), in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=1166 (19.12.2008).
- Cordesmann, Anthony H./Kasten, David/Mausner, Adam 2008: *Winning in Afghanistan: Creating effective Afghan Security Forces*, Washington: Center for Strategic & International Studies.
- Cornish, Paul 1996: European security: the end of architecture and the new NATO, in: *International Affairs* 72 (4), 751-769.
- Cornish, Paul 1999: Britain, the WEU and NATO, in: Lankowski, Carl/Serfaty, Simon (Hg.): *Europeanizing Security? NATO and an Integrating Europe* (AICGS Research Report No. 9), Washington: AICGS, 53-85.

- Cornish, Paul 2003: After Iraq: What Future for NATO and ESDP? ("Capacity and Actor building: Which Instruments and Institutions does the EU need to enhance its Capacity to act with regard to its Trade, economic Cooperation and foreign, Security and defence Policy?" Rom 4-5 April 2003).
- Cornish, Paul/Edwards, Geoffrey 2005: The strategic culture of the European Union: a progress report, in: *International Affairs* 81 (4), 801-820.
- Crowe, Brian 2003: A common European foreign policy after Iraq?, in: *International Affairs* 79 (3), 533-546.
- deCamp, William S. Jr. 2005: ESDP: NATO's demise or opportunities for NATO? USAWC Strategy Research Project, in: <https://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/ksil117.pdf> (09.10.2008).
- Deloche-Gaudez, Florence 2002: Frankreichs widersprüchliche Position in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten*, Baden-Baden: Nomos, 120-133.
- Dembinski, Matthias 1999: *Die Zukunft des politischen Westens. Zum Spannungsverhältnis zwischen europäischen und transatlantischen Strukturen der Sicherheitspolitik*, Frankfurt: HSFK.
- Dembinski, Matthias 2000: *Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (HSFK Report 11)*, Frankfurt a. M. : HSFK.
- Dembinski, Matthias 2005: Die Beziehungen zwischen NATO und EU von "Berlin" zu "Berlin plus": Konzepte und Konfliktlinien, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 61-80.
- Deutschmann, Alrun 2002: Die britische Position zur GASP/ESVP: von Maastricht nach Nizza, in: Erhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 58-73.
- Diedrich, Udo/Herolf, Gunilla/Klein, Nadia 2005: The European Union as an Actor in Crisis Management: Actions, Aspirations, Ambiguities, in: *CFSP Forum* 3 (4), 7-11.
- Diedrich, Udo/Jopp, Mathias/Sandawi, Sammi 2004: Möglichkeiten und Grenzen militärischer Integration im Rahmen der ESVP, in: *Integration* 27 (3), 223-233.
- Dietrich, Sascha 2006: *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Die Entwicklung der rechtlichen und institutionellen Strukturen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im Europäischen Integrationsprozess von den Brüsseler Verträgen bis zum Vertrag über eine Verfassung für Europa*, Baden-Baden: Nomos.
- Dini, Lamberto 2002: NATO and EU Perspectives for a new Partnership, in: Hoyer, Werner/Kaldrack, Gerd F. (Hg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften?*, Baden-Baden: Nomos, 174-180.
- Dobbins, James 2005: NATO's role in nation-building, in: *NATO Review* 2.
- Donfried, Karen E. 1994: Auf dem Weg zu einem neuen Gleichgewicht. Die Vereinigten Staaten, die NATO und die europäische Sicherheit, in: Dembinski, Matthias/Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen (Hg.): *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden: Nomos, 137-168.
- Dumbrell, John 2004: The US-UK 'Special Relationship' in a World Twice Transformed, in: *Cambridge Review of International Affairs* 17 (3), 437-450.
- Eide, Espen B. 2001: Peacekeeping past and present, in: *NATO Review* 49 (2), 6-8.
- Erhart, Hans-Georg 2002a: What model for CFSP?, in: *Chaillot Papers* 55 1-77.
- Erhart, Hans-Georg 2002b: Das Leitbild Friedensmacht. Die ESVP und die Herausforderungen der Konfliktbearbeitung, in: Erhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 243-257.

- Erhart, Hans-Georg 2002c: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven, Baden-Baden: Nomos.
- Erhart, Hans-Georg 2005a: Die EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Integration* 28 (3), 217-232.
- Erhart, Hans-Georg 2005b: Die EU als militärischer Akteur in Mazedonien: Lehren und Herausforderungen für die ESVP, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 169-184.
- Fitschen, Patrick 2005: "Rollenspezialisierung" und "Pooling" - Zauberformeln für ESVP und NATO?, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 139-154.
- Fröhlich, Stefan 2005: Die Bedeutung der Erweiterung von NATO und EU für die Entwicklung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 239-255.
- Fröhlich, Stefan 2008: *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Garden, Tim 2001: Keeping the EU and NATO marching in step, in: Huldt, Bo/Rudberg, Sven/Davidson, Elisabeth (Hg.): *The Transatlantic Link (Strategic Yearbook 2002)*, Stockholm: Swedish National Defence College, 161-182.
- Gareis, Sven Bernhard 2005: Sicherheitspolitik zwischen 'Mars und Venus'? Die Sicherheitsstrategien der USA und der EU im Vergleich, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 81-96.
- Gelpi, Christopher 1999: Alliances as instruments of intra-allied control, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press, 107-139.
- Genscher, Hans-Dietrich 2002: EU und NATO nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001, in: Hoyer, Werner/Kaldrack, Gerd F. (Hg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften?*, Baden-Baden: Nomos, 317-325.
- Gerhardt, Wolfgang 2002: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Der nächste Schritt der europäischen Integration, in: Hoyer, Werner/Kaldrack, Gerd (Hg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften?*, Baden-Baden: Nomos, 166-173.
- Glaser, Charles L. 1993: Why NATO is Still Best. Future Security Arrangements for Europe, in: *International Security* 18 (1), 5-50.
- Gnesotto, Nicole 2004a: *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)*, Paris: Institut für Sicherheitsstudien.
- Gnesotto, Nicole 2004b: Einleitung ESVP: Bilanz und Ausblick, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)*, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 13-38.
- Grono, Nick 2005: Darfur: The International Community's Failure to Protect (International Crisis Group Speeches), 29. November 2005, in: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3833> (19.12.2008).
- Gross, Eva 2006: The EU in Afghanistan: What Role for EU Conflict Prevention and Crisis Management Policies?, in: *CFSP Forum* 4 (4), 11-14.
- Gross, Eva 2007: Europe's Growing Engagement in Afghanistan: What Success for ESDP?, in: *CFSP Forum* 5 (4), 12-15.
- Hacker, Jens 1999: Die deutsche Politik in Europa im Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, in: *Politische Studien* 50 (368), 24-32.

- Haftendorn, Helga 1997: Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Eine Einführung, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 11-33.
- Haftendorn, Helga 1999a: The 'QUAD': Dynamics of Institutional Change, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space, Oxford: Oxford University Press, 162-194.
- Haftendorn, Helga 1999b: Der Wandel des Atlantischen Bündnisses nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 257-284.
- Haftendorn, Helga 2001: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Haftendorn, Helga 2002: NATO III?, in: Transatlantic Internationale Politik 3 29-34.
- Haftendorn, Helga 2005: Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise, in: SWP-Studie 5 1-31.
- Haftendorn, Helga 2007: Für einen neuen strategischen Dialog im Bündnis. Dialogfähigkeit als Anpassungsaufgabe der NATO, in: Riecke, Henning (Hg.): Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation, Baden-Baden: Nomos, 141-154.
- Haftendorn, Helga 2008: The View from Berlin: Germany as a Self-assured European Middle Power, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 213-220.
- Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O. /Wallander, Celeste A. 1999: Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space, Oxford: Oxford University Press.
- Haftendorn, Helga/Kolkmann, Michael 2004: German Policy in a Strategic Triangle: Berlin, Paris, Washington ... and What about London?, in: Cambridge Review of International Affairs 17 (3), 467-480.
- Haglund, David G./Nathwani, Jay 2008: NATO's Past, Present and Future: Theoretical Aspects, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO, Frankfurt a. M.: Peter Lang, 19-28.
- Haine, Jean-Yves 2004a: Eine historische Perspektive, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004), Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 41-64.
- Haine, Jean-Yves 2004b: ESVP und NATO, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1990-2004), Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 155-170.
- Hainzl, Gerald 2006: EU, AU, NATO und UNO: Partner für Krisenmanagement in Afrika?, in: Feichtinger, Walter/Gebhard, Carmen (Hg.): EU als Krisenmanager. Herausforderungen - Akteure - Instrumente Wien: Landesverteidigungsakademie, 147-156.
- Heisbourg, François 2000: European defence: making it work, in: Chaillot Papers 42 1-120.
- Heise, Volker 2005: Militärische Integration in Europa. Erfahrungen und neue Ansätze, in: SWP-Studie 26 1-19.
- Heise, Volker 2006: ESVP in transatlantischer Perspektive. Mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten?, in: SWP-Diskussionspapier FG 2 1-10.
- Heise, Volker 2007: Die ESVP in den transatlantischen Beziehungen, in: SWP-Studie 23 1-23.
- Heise, Volker 2008: European Security and Defence Policy in Transatlantic Relations: Minding the Gaps, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 29-40.

- Heise, Volker/Schmidt, Peter 2005: NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft?, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 65-86.
- Heise, Volker/Schmidt, Peter 2008: NATO and EU: Reversing Berlin-Plus?, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 295-301.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard 1993: Neorealism, Neoliberal Institutionalism, and the Future of NATO, in: Security Studies 3 (1), 3-43.
- Hill, Christopher 1996: United Kingdom. Sharpening contradictions, in: Hill, Christopher (Hg.): The Actors in Europe's Foreign Policy, London/New York: Routledge, 68-89.
- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen 2004: Zwischen Republik und Imperium: Die Außenpolitik der USA von Clinton zu Bush, in: Puhle, Hans-Jürgen/Schreyer, Söhnke/Wilzewski, Jürgen (Hg.): Supermacht im Wandel. Die USA von Clinton zu Bush, Frankfurt/New York: Campus, 193-221.
- Hoffmann, Stanley 1997: The United States and Western Europe, in: Lieber, Robert J. (Hg.): Eagle Adrift. American Foreign Policy at the End of the Century, New York: Longman, 178-192.
- Hofmann, Stephanie/Kempin, Ronja 2007: France and the Transatlantic Relationship. Love me, love me not... in: SWP Working Paper FG 2, 1-7.
- Hofmann, Stephanie/Reynolds, Christopher 2007: Die EU-NATO-Beziehungen. Zeit für "Tauwetter", in: SWP-Aktuell 37 1-8.
- Holländer, Lutz 2005: Die Übernahme von SFOR durch die EU: Voraussetzungen, Strategien und Konsequenzen, in: Varwick, Johannes (Hg.): Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen: Budrich, 185-198.
- Hönicke Moore, Michaela 2002: Absichten und Ambivalenzen in der amerikanischen Europapolitik, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München: Olzog, 148-160.
- Howorth, Jolyon 2000a: European integration and defence: the ultimate challenge?, in: Chailot Papers 43 1-114.
- Howorth, Jolyon 2000b: Britain, NATO and CESDP: Fixed Strategy, Changing Tactics, in: European Foreign Affairs Review 5, 377-396.
- Howorth, Jolyon 2003a: Why ESDP is Necessary and Beneficial for the Alliance, in: Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. (Hg.): Defending Europe. The EU, NATO and the Quest for European Autonomy, New York/Houndsmill: Palgrave Macmillan, 219-238.
- Howorth, Jolyon 2003b: Foreign and defence policy cooperation, in: Peterson, John/Pollack, Mark A. (Hg.): Europe, America, Bush. Transatlantic relations in the twenty-first century, London/New York: Routledge, 15-28.
- Howorth, Jolyon 2003c: Ideas and Discourse in the Construction of a European Security and Defense Policy for the Twenty-first Century in: Moens, Alexander/Cohen, Lenard J./Sens, Allen G. (Hg.): NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism, Westport/London: Praeger, 37-54.
- Howorth, Jolyon 2007: Security and Defence Policy in the European Union, Houndsmill/New York: Palgrave Macmillan.
- Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. 2003a: Defending Europe. The EU, NATO and the Quest for European Autonomy, New York/Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. 2003b: The EU, NATO and the Quest for European Autonomy, in: Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. (Hg.): Defending Europe. The EU, NATO and the Quest for European Autonomy, New York/Houndsmill: Palgrave Macmillan, 3-21.

- Huldt, Bo 2003: The Transatlantic Relationship - More of the Same?, in: Stegen, Anja (Hg.): The Transatlantic Link. 4 Voices on European and North American Relations, Stockholm: Edita Norstedts Tryckeri, 15-24.
- Hunter, Robert E. 2003: New NATO - Beyond the North Atlantic, in: Stegen, Anja (Hg.): The Transatlantic Link. 4 Voices on European and North American Relations, Stockholm: Edita Norstedts Tryckeri, 25-33.
- International Crisis Group 2004: EUFOR-IA: Changing Bosnia's Security Arrangements, in: EUROPE Briefing, 29. Juni 2004, 1-9.
- International Crisis Group 2005a: Rebuilding the Afghan State: The European Union's Role, in: Asia Report 107 (30. November 2005), 1-26.
- International Crisis Group 2005b: The AU's Mission in Darfur: Bridging the Gap, in: Africa Briefing 28 (6. Juli 2005), 1-15.
- International Crisis Group 2005c: The EU/AU Partnership in Darfur: Not yet a winning combination, in: Africa Report 99 (25. Oktober 2005), 1-22.
- International Crisis Group 2007: Reforming Afghanistan's Police, in: Asia Report 138 (30. August 2007), 1-30.
- International Crisis Group 2008a: Afghanistan: The need for international resolve, in: Asia Report 145 (6. Februar 2008), 1-25.
- International Crisis Group 2008b: Policing in Afghanistan: Still Searching for a Strategy, in: Asia Briefing 85 (18. Dezember 2008), 1-19.
- Jochems, Maurits 2006: NATO's growing humanitarian role, in: NATO Review 1.
- Jones, Bill/Byrd, Peter 2007: British foreign and defence policy under the Blair government, in: Jones, Bill/Kavanagh, Dennis/Moran, Michael/Norton, Philip (Hg.): Politics UK, 6. Auflage, Essex: Pearson, 713-734.
- Jones, Seth G. 2008: Transatlantic Stability Operations: The Use of Overwhelming Force, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security cooperation beyond NATO (Internationale Sicherheit Bd. 7), Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 275-294.
- Jones, Seth G. 2007: The Rise of European Security Cooperation, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jopp, Mathias 1999: Germany and the Western European Union, in: Lankowski, Carl/Serfaty, Simon (Hg.): Europeanizing Security? NATO and an Integrating Europe (AICGS Research Report No. 9), Washington: AICGS, 35-52.
- Juncos, Ana E. 2006: Bosnia and Herzegovina: A Testing Ground for the ESDP?, in: CFSP Forum 4 (3), 5-8.
- Jureković, Predrag 2006: Die EU und das Konfliktmanagement auf dem Balkan, in: Feichtinger, Walter/Gebhard, Carmen (Hg.): EU als Krisenmanager. Herausforderungen - Akteure - Instrumente, Wien: Landesverteidigungsakademie, 129-145.
- Kahler, Miles 1998: Rationality in International Relations, in: International Organization 52 (4), 919-941.
- Kaim, Markus 2007: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Präferenzbildungs- und Aushandlungsprozesse in der Europäischen Union (1990-2005), Baden-Baden: Nomos.
- Keck, Otto 1997a: Der Beitrag rationaler Theorieansätze zur Analyse von Sicherheitsinstitutionen, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 35-56.
- Keck, Otto 1997b: Sicherheitsinstitutionen und der Wandel des internationalen Systems, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 253-270.

- Kempin, Ronja 2004: Frankreich und die EU-Battlegroups, in: SWP-Diskussionspapier FG3-DP 01, 1-5.
- Kempin, Ronja 2005: Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Möglichkeiten und Grenzen, in: SWP-Studie S 7, 1-21.
- Kempin, Ronja 2007: Polizeiaufbau in Afghanistan. Plädoyer für eine weitere Ausdehnung des EU-Engagements, in: SWP-Aktuell 47 (August 2007), 1-4.
- Kempin, Ronja 2008a: Die Prävention von Krisen und Konflikten: Markenzeichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik?, in: Koopermann, Martin/Martens, Stephan (Hg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Beziehungen zur Zukunft der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos, 351-366.
- Kempin, Ronja 2008b: Frankreich und die Annäherung von Nato und EU. Optionen der französischen Ratspräsidentschaft, in: SWP-Aktuell 34, 1-4.
- Kempin, Ronja 2009: Frankreichs neuer Nato-Kurs. Sinneswandel, Pragmatismus, Politik für Europa?, in: SWP-Studie S 2 (Februar 2009), 1-25.
- Kempin, Ronja /Overhaus, Marco 2009: Kein großer Sprung in der Entwicklung der ESVP. Lehren aus der französischen EU-Ratspräsidentschaft, in: SWP-Aktuell 1 (Januar 2009), 1-4.
- Keohane, Robert O. 1986: Reciprocity in international relations, in: *International Organization* 40 (1), 1-27.
- Keohane, Robert O. 1989: *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder/San Francisco/London: Westview Press.
- Keohane, Robert O./Haftendorn, Helga/Wallander, Celeste A. 1999: Conclusions, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press, 325-338.
- Keohane, Robert O./Martin, Lisa L. 1995: The Promise of Institutional Theory, in: *International Security* 20 (1), 39-51.
- Keohane, Robert O./Martin, Lisa L. 2003: Institutional Theory as a Research Program, in: Elman, Colin/Fendius Elman, Miriam (Hg.): *Progress in International Relations Theory. Appraising the Field* Cambridge/London: MIT Press, 71-107.
- Kielmansegg, Sebastian Graf von 2005: *Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Eine rechtliche Analyse*, Stuttgart u.a.: Boorberg Verlag.
- Kirchner, Emil J. 2004: British Perspectives on ESDP and NATO Development, in: Reiter, Erich (Hg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik*, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 305-318.
- Kirchner, Emil J. 2002: British Perspectives on CFSP and ESDP, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten*, Baden-Baden: Nomos, 41-56.
- Kirste, Knut 2006: NATO and ESDP: Partners or Competitors (EU-NESCA Research Dialogue Workshop: EU's Foreign Governance: CFSP and ESDP and its Impact on Asia, Macau 4.-6. Mai 2006).
- Kirste, Knut 2008: EU-NATO Relations: A New Beginning (IEEI Annual Conference, Lisabon 3. Dezember 2008).
- Kitfield, James 2002: U.S. to NATO: Change or Else, in: *National Journal* 34 (41), 2974-2980.
- Klauer, Vera 1997: Bedingungen institutioneller Leistungsfähigkeit am Beispiel des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos, 233-252.
- Knapp, Manfred 1998: Europa aus der Sicht der USA, in: Biskup, Reinhold (Hg.): *Dimensionen Europas*, Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 329-358.
- Kramer, Steven Philip 2003: Blair's Britain after Iraq, in: *Foreign Affairs* 82 (4), 90-104.

- Krell, Gert 2004: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 3. Auflage, Baden-Baden: Nomos.
- Kupchan, Charles A. 2002: *Amerika und die Verteidigung Europas: Die Notwendigkeit eines erneuten atlantischen Bündnisses*, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 319-338.
- Kupferschmidt, Frank 2006a: *Strategische Partnerschaft in der Bewährung. Die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea*, in: SWP-Studie S7 (April 2006), 1-30.
- Kupferschmidt, Frank 2006b: *Bosnien-Operation 'Althea' - EU-Mission mit starkem NATO-Bezug*, in: Feichtinger, Walter/Gebhard, Carmen (Hg.): *EU als Krisenmanager. Herausforderungen - Akteure - Instrumente*, Wien: Landesverteidigungsakademie, 157-187.
- Kupferschmidt, Frank 2008: *EU and NATO as "Strategic Partners": The Balkan Experience*, in: Schmidt, Peter (Hg.): *A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO (Internationale Sicherheit Bd. 7)*, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 127-146.
- Kupferschmidt, Frank 2008: *The United Kingdom between Transatlantic Relationship and European Integration: Pragmatism Put to the Test*, in: Schmidt, Peter (Hg.): *A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO*, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 201-212.
- La Serre, Françoise de 1996: *France. The impact of François Mitterand*, in: Hill, Christopher (Hg.): *The Actors in Europe's Foreign Policy*, London/New York: Routledge, 19-39.
- Le Gloannec, Anne-Marie 1997: *Europe by other means?*, in: *International Affairs* 73 (1), 83-98.
- Lellouche, Pierre 2004: *Operations in Afghanistan and the expanding NATO role (NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports, Annual Session)*, in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=504 (19.12.2008).
- Lightburn, David 1996: *NATO and the challenge of multifunctional peacekeeping*, in: *NATO Review* 44 (2), 10-14.
- Lindley-French, Julian 2000: *Paris Transatlantic Forum. European defence - European and American perceptions*, in: *Occasional Papers* 17 1-38.
- Lindley-French, Julian 2002: *Terms of engagement. The paradox of American power and the transatlantic dilemma post-11 September*, in: *Chaillot Papers* 52, 1-86.
- Lindley-French, Julian 2006: *The British View of the European Security and Defence Policy*, in: Huldt, Bo/Kerttunen, Mika/Mörtberg, Jan/Ericsson, Ylva (Hg.): *European Security and Defence Policy (Strategic Yearbook 2006)*, Stockholm: The Swedish National Defence College, 119-137.
- Lindstrom, Gustav 2003: *Shif or Rift. Assessing US-EU relations after Iraq*, Paris: EU Institute for Security Studies.
- Lindstrom, Gustav 2004: *Im Einsatzgebiet: ESVP-Operationen*, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)*, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 131-154.
- Link, Werner 2000: *Europäische Sicherheitspolitik. Der Ausgang Europas aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit*, in: *Merkur* 54 (9/10), 916-928.
- Link, Werner 2004: *Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 11, 3-8.
- Lübckemeier, Eckhard 2008: *NATO and a European (CFSP) Caucus*, in: Schmidt, Peter (Hg.): *A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO*, Frankfurt a. M.: Peter Land, 303-313.
- Maddox, Lars 2001: *NATO after the Cold War: "Towards noble ends"*, in: Huldt, Bo/Rudberg, Sven/Davidson, Elisabeth (Hg.): *The Transatlantic Link (Strategic Yearbook 2002)*, Stockholm: The Swedish National Defence College, 19-30.

- March, James G./Olsen, Johan P. 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: *International Organization* 52 (4), 943-969.
- Martin, Laurence/Garnett, John 1997: *British Foreign Policy. Challenges and Choices for the Twenty-first Century*, London: Royal Institute of International Affairs.
- Martin, Lisa L./Simmons, Beth A. 1998: Theories and Empirical Studies of International Institutions, in: *International Organization* 52 (4), 729-757.
- Mastanduno, Michael 2002: Die euro-atlantischen Beziehungen und die unilaterale Herausforderung, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 197-204.
- Mauß, Hanns W. 2002: Die Außenpolitik der rot-grünen Koalition: Kontinuität und Wandel, in: www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maufl/forsch/index.php (06.10.2008).
- Mauß, Hanns W. 2006: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G. /Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1946*, Wiesbaden: VS Verlag, 421-446.
- Maurer, Victor 2005: Von der Hegemonie zum kooperativen Gleichgewicht. Die transatlantischen Beziehungen im Wandel, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich
- McCalla, Robert B. 1996: NATO's persistence after the cold war, in: *International Organization* 50 (3), 445-475.
- McInnes, Colin 1998: Labour's Strategic Defence Review, in: *International Affairs* 74 (4), 823-845.
- Meier-Walser, Reinhard C. 2003: Braucht Europa die NATO noch?, in: Reiter, Erich (Hg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003*, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag Mittler & Sohn GmbH, 375-389.
- Meier-Walser, Reinhard C. 2005: Die Entwicklung der NATO 1990-2004, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehung zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 25-44.
- Meiers, Franz-Josef 2001: Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Zankapfel zwischen den USA und Europa, in: Reiter, Erich (Hg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik*, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 433-452.
- Meiers, Franz-Josef 2002: Deutschland: Der dreifache Spagat, in: Erhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 35-48.
- Meiers, Franz-Josef 2005: Die "NATO Response Force" und die "European Rapid Reaction Force": Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehung zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 119-138.
- Meiers, Franz-Josef 2007: EU als Militärmacht, in: Erhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag, 133-147.
- Meimeth, Michael 1997: Welche Rolle für die USA und die NATO?, in: Mauß, Hanns W./Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.): *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen: Leske + Budrich, 83-90.
- Meimeth, Michael 2003: Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Offene Fragen und verdeckte Widersprüche, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 3-4, 21-30.

- Menon, Anand 1995: From independence to cooperation: France, NATO and European security, in: *International Affairs* 71 (1), 19-34.
- Menon, Anand 2000: *France, NATO and the Limits of Independence 1981-97*, Houndsmills/Basingstoke/Hampshire/London: Macmillan.
- Menon, Anand 2001: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Aussichten und mögliche Probleme, in: Reiter, Erich (Hg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001*, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 453-464.
- Menon, Anand 2003: Why ESDP is Misguided and Dangerous for the Alliance, in: Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. (Hg.): *Defending Europe. The EU, NATO and the Quest for European Autonomy*, New York/Houndsmill: Palgrave Macmillan,
- Ménudier, Henri 2002: Frankreich, der unbequeme Partner, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 105-113.
- Merry, E. Wayne 2003: Therapy's End. Thinking Beyond NATO, in: *The National Interest* Winter (2003/04), 43-50.
- Michel, Leo 2007: NATO's "French Connection": Plus ça change...?, in: http://www.ndu.edu/INSS/Repository/Outside_Publications/Michel/France%20and%20NATO%20commentary%20final%20dated.pdf (09.10.2008).
- Minniti, Marco 2005: NATO-EU security co-operation (NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports, Annual Session), in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=675 (19.12.2008).
- Miranda-Calha, Julio 2006: Lessons learned from NATO's current operations (NATO Parliamentary Assembly, Annual Session), in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=997 (19.12.2008).
- Missiroli, Antonio 2004: ESVP - wie sie funktioniert, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)*, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 65-86.
- Mitchell, Ronald B./Keilbach, Patricia M. 2001: Situation Structure and Institutional Design: Reciprocity, Coercion, and Exchange, in: *International Organization* 55 (4), 891-917.
- Moens, Alexander 2003a: Thinking Outside the Box: NATO-ESDP Cooperation at Twenty-Three, in: Moens, Alexander/Cohen, Lenard J./Sens, Allen G. (Hg.): *NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism*, Westport/London: Praeger, 67-82.
- Moens, Alexander 2003b: ESDP, the United States and the Atlantic Alliance, in: Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. (Hg.): *Defending Europe. The EU, NATO and the Quest for European Autonomy*, New York/Houndsmills: Palgrave Macmillan, 25-37.
- Moens, Alexander/Cohen, Lenard J./Sens, Allen G. 2003a: Introduction: NATO in Transition, in: Moens, Alexander/Cohen, Lenard J. /Sens, Allen G. (Hg.): *NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism*, Westport/London: Praeger, XIV-XXX.
- Moens, Alexander/Cohen, Lenard J./Sens, Allen G. 2003b: *NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism*, Westport/London: Praeger.
- Montbrial, Thierry de 2004: Franco-American Relations: A Historical-Structural Analysis, in: *Cambridge Review of International Affairs* 17 (3), 451-466.
- Moravcsik, Andrew 2003: Striking a New Transatlantic Bargain, in: *Foreign Affairs* 82 (4), 74-89.
- Moravcsik, Andrew 2005: Wege zur Stärkung des transatlantischen Bündnisses, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 497-512.

- Mozersky, David 2005: EU must let NATO halt Darfur's nightly terror (International Crisis Group Article), 7. Juli 2005, in: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3553&1=1> (19.12.2008).
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2002: Europäische Außenpolitik. GASP-und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten, Baden-Baden: Nomos.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2004: Frankreichs Europapolitik (Frankreich Studien Bd. 9), Wiesbaden: VS Verlag
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2006: The big Member States' influence on the shaping of the European Union's Foreign, Security and Defence Policy, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): The Future of the European Foreign, Security and Defence Policy after Enlargement, Baden-Baden: Nomos, 25-53.
- Müller, Harald 1999: Sicherheit für das vereinigte Deutschland, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 145-169.
- Noetzel, Timo/Scheipers, Sibylle 2007: Die NATO in Afghanistan. Das Bündnis und die Grenzen seiner Strategiefähigkeit in: SWP-Aktuell 44 (August 2007), 1-4.
- Ojanen, Hanna 2005: Operation Althea: healing, testing, or testing the healing?, in: CFSP Forum 3 (1), 11-13.
- Ojanen, Hanna 2006: The EU and NATO: Two Competing Models for a Common Defence Policy, in: JCMS 44 (1), 57-76.
- Ortega, Martin 2004: Über Petersberg hinaus: Welche militärischen Missionen für die EU?, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004), Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 87-104.
- Oudenaren, John van 2008: From Atlantic Community to Atlantic Partnership and Beyond: American Conceptions of the Transatlantic Relationship since 1945, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 43-65.
- Oudenaren, John van/Schmidt, Peter 2008: Round-up: Moving Forward with a Sense of Pragmatism, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 317-334.
- Overhaus, Marco 2003: Zwischen kooperativer Sicherheit und militärischer Interventionsfähigkeit. Rot-grüne Sicherheitspolitik im Rahmen von ESVP und NATO, in: Maull, Hanns W./Harnisch, Sebastian/Grund, Constantin (Hg.): Deutschland im Abseits. Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden: Nomos, 49-63.
- Overhaus, Marco 2004: Deutschland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1998-2003: Gewollte Ambivalenz oder fehlende Strategie?, in: Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marco (Hg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder, Baden-Baden: Nomos, 37-57.
- Overhaus, Marco 2006: Civilian Power under Stress: Germany, NATO, and the European Security and Defense Policy, in: Maull, Hanns W. (Hg.): Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic, Houndmills/New York: Palgrave Macmillan, 66-78.
- Pabst, Martin 2008: Die Vereinten Nationen und Sudan (II). Keine Lösung des Darfur-Konflikts in Sicht, in: Vereinte Nationen 56 (6), 243-250.
- Pentland, Charles C. 2008: Berlin Plus or Minus? ESDP, NATO and Division of Labor, in: Schmidt, Peter (Hg.): A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften, 111-126.
- Peters, Ingo 2004: ESDP as a Transatlantic Issue: Problems of Mutual Ambiguity, in: International Studies Review 6 381-401.
- Peterson, John 1994: Europe and America in the Clinton Era, in: Journal of Common Market Studies 32 (3), 411-426.

- Peterson, John/Pollack, Mark A. 2003a: Introduction. Europe, America, Bush, in: Peterson, John/Pollack, Mark A. (Hg.): Europe, America, Bush. Transatlantic relations in the twenty-first century, London/New York: Routledge, 1-12.
- Peterson, John/Pollack, Mark A. 2003b: Conclusion. The end of transatlantic partnership?, in: Peterson, John/Pollack, Mark A. (Hg.): Europe, America, Bush. Transatlantic relations in the twenty-first century, London/New York: Routledge, 128-142.
- Pfeiffer, Holger 2007: Die politischen Grundlagen der Transformation der NATO, in: Riecke, Henning (Hg.): Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation, Baden-Baden: Nomos, 35-50.
- Plate, Bernhard von 2003: Die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses: Mehr als die NATO, in: SWP-Studie 17 1-23.
- Quille, Gerrard/Gasparini, Giovanni/Menotti, Roberto/Monaco, Annalisa/Valasek, Tomas 2005: An Action Plan for European Defence. Implementing the Security Strategy, in: Osservatorio Strategico 7 (5), 1-77.
- Racine, Bruno 1998: Für ein transatlantisches Gleichgewicht. Frankreich, NATO und europäische Verteidigungspolitik, in: Internationale Politik 2, 19-24.
- Reckmann, Jan 2007: Die EU als kollektiver Akteur? Reaktionen der Europäischen Union auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, in: Schlotter, Peter/Jopp, Mathias (Hg.): Kollektive Außenpolitik - Die Europäische Union als internationaler Akteur, Baden-Baden: Nomos, 149-178.
- Regelsberger, Elfriede 2002: Deutschland und die GASP - ein Mix aus Vision und Pragmatismus, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten Baden-Baden: Nomos, 28-40.
- Regelsberger, Elfriede 2007: Die vertraglichen Grundlagen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU - Angebotsvielfalt und Wachstumstrends, in: Jopp, Mathias/Schlotter, Peter (Hg.): Kollektive Außenpolitik - Die Europäische Union als internationaler Akteur, Baden-Baden: Nomos, 33-57.
- Riecke, Henning 1997: Nukleare Nichtverbreitung als Aktionsfeld von NATO und GASP, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 191-232.
- Riecke, Henning 2005: Strategiediskussionen in NATO und EU über die neuen Sicherheitsbedrohungen, in: Varwick, Johannes (Hg.): Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen: Budrich, 97-115.
- Risse, Thomas 2004: Kontinuität durch Wandel: Eine "neue" deutsche Außenpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11, 24-31.
- Robertson, George 1990: Britain in the new Europe, in: International Affairs 66 (4), 697-702.
- Rodman, Peter W. 2001: Die Außenpolitik der Regierung Bush, in: Reiter, Erich (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 497-509.
- Rotte, Ralph 2002: Europa und die USA nach Nizza: Auf dem Weg zu zögerlicher Emanzipation, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München: Olzog, 339-350.
- Rudolf, Peter 2001: Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush, in: Reiter, Erich (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 511-531.
- Rudolf, Peter 2002: Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25, <http://www.bpb.de/publikationen/DNGY8L.html>.

- Rudolf, Peter 2004a: Von Clinton zu Bush: Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen, in: Puhle, Hans-Jürgen/Schreyer, Söhnke/Wilzewski, Jürgen (Hg.): Supermacht im Wandel. Die USA von Clinton zu Bush, Frankfurt/New York: Campus, 263-295.
- Rudolf, Peter 2004b: Der Strategiewandel amerikanischer Außenpolitik und die Folgen für die transatlantischen Beziehungen, in: Vierteljahrszeitschrift für Sicherheit und Frieden 22 (4), 190-195.
- Rühle, Michael 2001: Transatlantische Aspekte der Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Reiter, Erich (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 413-431.
- Rühle, Michael 2003: Brauchen die USA die NATO noch?, in: Reiter, Erich (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 359-374.
- Rummel, Reinhardt 1996: Germany's role in the CFSP. 'Normalität' oder 'Sonderweg'?, in: Hill, Christopher (Hg.): The Actors in Europe's Foreign Policy, London/New York: Routledge, 40-66.
- Rummel, Reinhardt 2002: From Weakness to Power with the ESDP?, in: European Foreign Affairs Review 7 453-471.
- Rummel, Reinhardt 2003: Wie zivil ist die ESVP?, in: SWP-Aktuell 10 1-4.
- Rummel, Reinhardt 2006: Die zivile Komponente der ESVP. Reichhaltiges Gestaltungspotential für europäische Krisenintervention, in: SWP-Studie 16 1-27.
- Rummel, Reinhardt/Schmidt, Peter 2001: German views on the transatlantic security and defense link: motives, developments, perspectives, in: Hultdt, Bo/Rudberg, Sven/Davidson, Elisabeth (Hg.): The Transatlantic Link (Strategic Yearbook 2002), Stockholm: The Swedish National Defense College, 143-160.
- Rynning, Sten 2005: NATO Renewed. The Power and Purpose of Transatlantic Cooperation, New York: Palgrave Macmillan.
- Sandawi, Sammi 2007: Kohärentes Krisenmanagement? Die Operationen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Balkan und im Kongo, in: Jopp, Mathias/Schlotter, Peter (Hg.): Kollektive Außenpolitik - Die Europäische Union als internationaler Akteur, Baden-Baden: Nomos, 123-148.
- Santero, Manuel Casas 2008: The European Union's Military Contribution to the Stabilization and Integration Process of Bosnia and Herzegovina in the Family of European Nations, in: Leonhard, Nina/Aubry, Giulia/Santero, Manuel Casas/Jankowski, Barbara (Hg.): Military Co-operation in Multinational Missions: The Case of EUFOR in Bosnia and Herzegovina (FORUM International 28), Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 13-19.
- Schmalz, Uwe 2005: Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1990-2004, in: Varwick, Johannes (Hg.): Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen: Budrich, 45-59.
- Schmalz, Uwe 2007: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Erhart, Hans-Georg (Hg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wiesbaden: VS Verlag, 92-107.
- Schmidt, Peter 1997: Frankreichs neues Verhältnis zur NATO: Preisgabe oder Verwirklichung gaullistischer Prinzipien?, in: Maull, Hanns W./Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.): Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen: Leske + Budrich, 113-128.
- Schmidt, Peter 2000: Frankreichs Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten und der NATO - Entwicklungstrends einer mühsamen Partnerschaft, in: Scherpenberg, Jens

- van/Schmidt, Peter (Hg.): *Stabilität und Kooperation: Aufgaben internationaler Ordnungspolitik*, Baden-Baden: Nomos,
- Schmidt, Peter 2003a: *NATO-Politik: Das Bündnis im Wechselbad amerikanischer Politik*, in: Rudolf, Peter et al. (Hg.): *Zwei Jahre Präsident Bush. Beiträge zum Kolloquium der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin am 13. Februar 2003*, Berlin: SWP, 26-31.
- Schmidt, Peter 2003b: *ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel*, in: *SWP-Aktuell* 20, 1-8.
- Schmidt, Peter 2008: *A Hybrid Relationship. Transatlantic Security Cooperation beyond NATO*, Frankfurt a. M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Schmitt, Burkard 2004: *Europas Fähigkeiten - wie viele Divisionen?*, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)*, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 105-130.
- Schürr, Ulrich 2003: *Der Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Beziehungsgeflecht von EU, WEU, OSZE und NATO*, Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Schwarz, Klaus-Dieter 2002: *Die Rolle Europas in der amerikanischen Außenpolitik: "Transatlantic Drift" oder "Better Balance"?*, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 172-185.
- Schwegmann, Christoph 2002: *Kann die EU die NATO auf dem Balkan ersetzen?*, in: *SWP-Studie* S 43 (Dezember 2002), 1-28.
- Seidelmann, Reimund 1999: *Kontinuität, Rückbesinnung und Anpassung: Die deutsche Europapolitik der 1990er Jahre*, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, 203-226.
- Seidelmann, Reimund 2002: *Das ESVP-Projekt und die EU-Krisenreaktionskräfte: Konstruktionsdefizite und politische Perspektiven*, in: *Integration* 25 (2), 111-124.
- Shimkus, John 2007: *NATO-EU Operational Cooperation (NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports, Annual Session)*, in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=1168 (19.12.2008).
- Siedschlag, Alexander 2002: *Deutschland und die europäische Sicherheitsstruktur*, in: Meier-Walser, Reinhard C./Luther, Susanne (Hg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, München: Olzog, 114-123.
- Siedschlag, Alexander/Eder, Franz 2006: *Akteure und Zusammenspiel im EU-Krisenmanagement*, in: Feichtinger, Walter/Gebhard, Carmen (Hg.): *EU als Krisenmanager. Herausforderungen - Akteure - Instrumente*, Wien: Landesverteidigungsakademie, 61-89.
- Sloan, Stanley R. 2000: *The United States and European defence*, in: *Chaillot Papers* 39 1-54.
- Sloan, Stanley R./Borchert, Heiko 2005: *Hard Power and Soft Power: Plädoyer für einen neuen Transatlantischen Vertrag*, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 523-535.
- Smith, John 2004a: *The Development of Response Forces in NATO and the EU and the Evolving NATO-EU Relationship (NATO Parliamentary Assembly, Committee Reports, Annual Session)*, in: www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=488 (19.12.2008).
- Smith, Michael E. 2004b: *Europe's Foreign and Security Policy. The Institutionalization of Cooperation*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Solana, Javier 2000: *Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Das Integrationsprojekt der nächsten Dekade*, in: *Integration* 23 (1), 1-6.
- Solana, Javier 2004: *Vorwort*, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)*, Paris: Institut für Sicherheitsstudien, 5-12.

- Tams, Carsten 1999: The Functions of a European Security and Defence Identity and its Institutional Form, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press, 81-103.
- Terriff, Terry 2003: The CJTF Concept and the Limits of European Autonomy, in: Howorth, Jolyon/Keeler, John T.S. (Hg.): *Defending Europe. The EU, NATO and the Quest for European Autonomy*, New York/Houndmills: Palgrave Macmillan, 39-59.
- Theiler, Olaf 1997: Der Wandel der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos, 101-136.
- Thränert, Oliver 2002: Zwischen Hoffnungen und Befürchtungen: Die USA und die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 216-228.
- Tiersky, Ronald 1998: France, the CFSP, and NATO, in: Laurent, Pierre-Henri/Maresceau, Marc (Hg.): *The State of the European Union Vol. 4. Deepening and Widening*, Boulder/London: Lynne Rienner, 177-188.
- Toje, Asle 2008: The EU, NATO and European Defence - A slow train coming, in: *Occasional Papers 74* (Dezember 2008), 1-35.
- Tuschhoff, Christian 1999: Alliance Cohesion and Peaceful Change in NATO, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press, 140-161.
- Varwick, Johannes 2003: Brauchen Europa und Amerika einander? Das Streben nach einer sicherheitspolitischen Autonomie der EU, in: Reiter, Erich (Hg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitpolitik 2003*, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 391-405.
- Varwick, Johannes 2004: Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Nordatlantischen Allianz: Die Politik der rot-grünen Bundesregierung 1998-2003, in: Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marco (Hg.): *Deutsche Sicherheitpolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Baden-Baden: Nomos, 15-36.
- Varwick, Johannes 2005a: Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Opladen: Budrich.
- Varwick, Johannes 2005b: Die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und das Verhältnis zwischen NATO und EU - eine Einführung, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 15-22.
- Varwick, Johannes 2007: NATO und EU. Partnerschaft oder Konkurrenz?, in: Riecke, Henning (Hg.): *Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation*, Baden-Baden: Nomos, 155-174.
- Varwick, Johannes 2008: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München: Beck.
- Vershow, Alexander 2000: US Leadership is still essential - for Europe too, in: *European Affairs 1* (1) (http://www.europeanaffairs.org/archive/2000_winter/2000_winter_24.php4, 14.10.2008).
- Volle, Angelika 1994: Der mühsame Weg Großbritanniens nach Europa, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 383-395.
- Volle, Angelika 1998: Der mühsame Weg Großbritanniens nach Europa, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 459-475.
- Wade, Sebastian 2006: Die African Mission in Sudan. Schlüssel für den Frieden in Darfur, in: *SWP-Aktuell 39* (August 2006), 1-4.

- Wallander, Celeste A./Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O. 1999: Introduction, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press, 1-18.
- Wallander, Celeste A./Keohane, Robert O. 1999: Risk, Threat, and Security Institutions, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press, 21-47.
- Walt, Stephen M. 2000: Two Cheers for Clinton's Foreign Policy, in: *Foreign Affairs* 79 (2), 63-79.
- Watkins, Amadeo 2007: NATO and the Balkans: The case for greater integration, in: *NATO Review* 3.
- Weidenfeld, Werner 2003: Die transatlantische Nüchternheit, in: Reiter, Erich (Hg.): *Jahrbuch für internationale Sicherheitpolitik 2003*, Hamburg/Berlin/Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, 341-358.
- Wendt, Alexander 2001: Driving with the Rearview Mirror: On the Rational Science of Institutional Design, in: *International Organization* 55 (4), 1019-1049.
- Whitman, Richard G. 2004: NATO, the EU and ESDP: An Emerging Division of Labour?, in: *Contemporary Security Policy* 25 (3), 430-451.
- Wiesmann, Klaus 2003: Die vielleicht letzte Chance der NATO. Die Umsetzung der Prager Gipfelentscheidungen, in: *SWP-Studie* 21 1-30.
- Willigen, Niels van 2003: Germany and the transatlantic link. The role of Germany in the development of a balanced European Security and Defense Identity strengthening NATO, o.O.: NATO/EAPC
- Witte, Pol de/Rademacher, Fritz 2005: Partnerschaft oder Rivalität? Ein Blick aus der Praxis, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 271-292.
- Wittmann, Klaus 2005: Vorwort: "Konzeptionelle Hausaufgaben" in den Beziehungen zwischen NATO und EU, in: Varwick, Johannes (Hg.): *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?*, Opladen: Budrich, 9-13.
- Woyke, Wichard 2007: USA, NATO und EU. Zum Wandel eines Beziehungsgeflechts seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag, 224-237.